NEUES ROTES FORUM

1.50 DM 16.12.70 3/70

Eduardo Ferreira S. 3
Die Hintergründe der Ereignisse in der Republik Guinea

B. Braunbehrens S. 8
Nach den Lohnkämpfen im Metallbereich

David Yaffe S.11
Die Krise des britischen Kapitalismus

Dokumente zur Auseinandersetzung in Heidelberg:

Einleitung S.29

Dok. 1 : Zur Bildungspolitik S.35

Dok. 2 : Erklärung des AStA zur Situation der Heidelberger Linken nach der Generaldebatte S.40

Dok. 3 : Erklärung der Gruppe Neues Rotes Forum S.42

H. Schwarzenberg S.46
Das Kramersche "Explorationsmodell"

Dok. 4 : Referat von F. Kramer zur Generaldebatte S.49

Claus Koch S.52
Zum Stellenwert der Beiträge Kramers auf der Generalversammlung in den Fraktionsauseinandersetzungen

D. Hildebrandt S.57
Einheitsfront und Aktionseinheit. Zur Politik der DKP

Erklärung des TRIKONT-Verlages

Das "Rote Forum" war eine überregional verbreitete und gelesene theoretische Zeitschrift der Westdeutschen Linken. Als Organ des Heidelberger SDS wurde diese Zeitschrift von der Verbots-verfügung des Badeb-Württembergischen Innenministeriums gegen den Heidelberger SDS mitbetroffen. Da wir der Meinung sind, daß die Arbeit der früheren Redaktion des "Roten Forum" nicht durch den hinterwäldlerischen Verbotsakt einer stockreaktionären Landesregierung lahmgelegt werden darf, geben wir dieser Redaktion die Möglichkeit, in unserem Verlag eine neue, auf die ganze Westdeutsche Linke bezogene Zeitschrift zu publizieren.

Trikont-Verlag München

Zur Preiserhöhung

Die Preiserhöhung auf 1,50 DM pro Heft ist vor allem aus drei Gründen unumgänglich geworden. Der Umfang der einzelnen Hefte hat sich ständig vergrößert, dazu kommt jetzt eine Erhöhung des Papierpreises. In erster Linie aber zwang uns zu der Preiserhöhung die Tatsache, daß die linken Buchahndlungen, auf die wir beim Vertrieb angewiesen sind, auf einen angemessenen Rabatt bestanden, der in unserer ursprünglichen Kalkulation nicht enthalten war.

Impressum:

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr.
Es umfaßt jeweils mindestens 52 Seiten und hat eine Auflage von 5 000.

Erscheint im Verlag:
Trikont-Verlag, 8 München 80, Josephsburgstr. 16

Redaktion:

Joscha Schmierer (verantwortlich), Jürgen Sendler, Gerd Steffens
unter Mitarbeit von:
Gabi Ripke, Brigitte Steinmüller, Dietrich Hildebrandt.

Anzeigenverwaltung:
Frank Pohlers, 69 Heidelberg, Hans-Thoma-Platz 38
Tel: 06221/40812

Anschrift: Redaktion und Vertrieb des Neuen Roten Forum
c/o Politische Buchhandlung Jörg Burkhard, 69 Heidelberg, Schiffgasse 3, Tel: 06221/46153

Druck:
Caro-Druck, Heidelberg

Nach Möglichkeit sollte das Neue Rote Forum über die linken Buchhandlungen bezogen werden.

NEUES ROTES FORUM 3/70

Dieses Heft des Neuen Roten Forums wurde nach der Generalversammlung der Heidelberger Linken fertiggestellt, d.h. also nach ihrer Spaltung. Im Innenteil dieses Heftes gehen wir auf die Ursachen dieser Spaltung einigermaßen ausführlich ein. Einer größeren Zahl von Genossen werden die Auseinandersetzungen in Heidelberg wahrscheinlich durch den Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 27.11.70 bekannt sein. Wir drukken diesen Artikel auf der Rückseite ab. Ebenso wie bei einem Artikel in der Lokalpresse (HT, 25.11.70) schlug sich der Artikelschreiber verständlicherweise auf die Seite der ehemaligen Genossen, die "fernab" von "neoleninistischem Verranntsein" ihr Auskommen suchen. Das ist nicht erstaunlich. Erstaunlich ist nur, daß die Gruppe um den AStA den Artikelschreiber benützt, um die Auseinandersetzung in Heidelberg zu führen und, daß sie hier wie auch in der direkten Agitation an der Universität bewusst auf die antiorganisatorischen Ressentiments der Studenten spekuliert. Auch diese Tatsache mag sich erklären, wenn die weitere Auseinandersetzung in Heidelberg berücksichtigt wird.

Im Gegensatz zu manchen anderen Hochschulen haben die sogenannten "Neoleninisten" in Heidelberg nicht versucht, die Studentenbewegung in Sack und Asche zu tun und sich selbst zur proletarischen Partei zu erklären. Dementsprechend läuft der Angriff auf sie in zweierlei Richtung. Einerseits wird ihnen vorgeworfen, sie wollten die Studentenbewegung "fortsetzen", andererseits hält man ihnen vor, sie würden sich "dogmatisch" auf den Standpunkt des Proletariats stellen. Dieser Angriff wird positiv formuliert in zwei "Basissätzen":
1. Der "Zustand" der Arbeiterbewegung sei dergestalt, daß der "Bezug" auf sie völlig abstrakt bleiben müsse.
2. Die Studentenbewegung sei eine "Offensivbewegung" gegen die Ordinarien gewesen, "parallel zur Reform". Da die "Reform" nun stattgefunden habe, werde die Studentenbewegung ihr mähliches Ende finden. (Alle Zitate aus AStA-Papieren).

Die Auseinandersetzung in Heidelberg hat inzwischen all jene Formen angenommen, die aus anderen Städten bekannt sind. (So hat der AStA durch Druck auf die gemeinsame Vertragsdruckerei zu verhindern versucht, daß wir die Generalversammlung dokumentieren). Dem Inhalt nach ist sie freilich über die bisherigen Auseinandersetzungen hinausgegangen, insofern die Gruppe um den AStA Positionen artikuliert, die rechts vom SHB stehen..

Die Gruppe um das Neue Rote Forum wird versuchen, die Zeitschrift als Diskussionsorgan fortzuführen und weiterhin zur programmatischen Diskussion der kommunistischen Gruppen beizutragen.

Red.

Die Hintergründe der Ereignisse in der Republik Guinea

oder WIE DIE IMPERIALISTISCHEN MÄCHTE DEN PORTUGIESISCHEN KOLONIALISMUS UNTERSTÜTZEN

Seit dem 22. November dieses Jahres ist die Republik Guinea Opfer einer Invasion afrikanischer und europäischer Söldner. Von der Regierung Sekou Touré werden die portugiesischen Kolonialisten als Hauptanführer dieser Invasion angegeben, deren Ziel es sei, seine Regierung zu stürzen, die die Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau (PAIGC) stark unterstützt. Nigeria, Tansanien, Libyen, Algerien, Ägypten und Kenia haben Sekou Touré ihre Unterstützung für die Niederschlagung der Invasion angeboten.

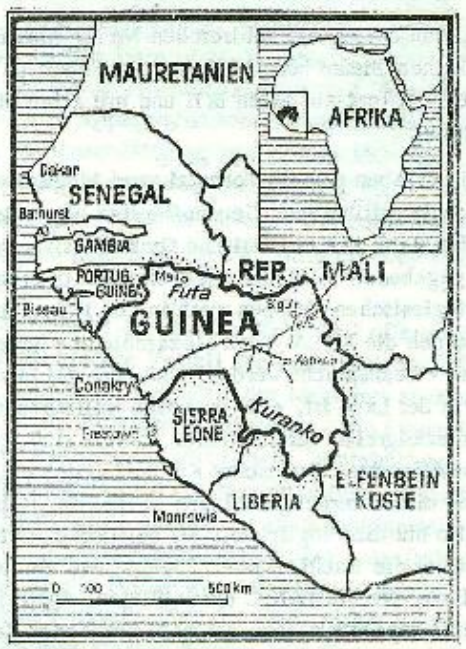
Die westliche Presse beeilte sich, die Nichtbeteiligung der Portugiesen zu betonen, andererseits verlautete von verschiedenen Seiten, es handle sich um einen Putsch der guinesischen Opposition oder um einen Volksaufstand gegen Sekou Touré.

Für die Beteiligung von Portugiesen an der Invasion sprachen jedoch u.a. die Aussage des Deutschen Johann Deuringer, der bei einem Angriff der Invasionskräfte auf das Haus von Amilcar Cabral, dem Führer der PAIGC, verwundet wurde, die Aussage des gefangenen portugiesischen Offiziers Ambrósio Fernando, der behauptete, daß jeder Söldner 1 Mill. Escudos (=portugiesische Währung) erhielt, sowie die Meldung, daß am 27. November 200 portugiesische Soldaten aus der portugiesischen Kolonie Guinea die Grenze zur Republik Guinea überschritten hätten.

Daß es sich ausschließlich um ein Unternehmen der im Ausland lebenden guinesischen Militärs handelt, behauptet ein sich als Zeuge ausgebender Guinese; ihm widerspricht jedoch ein Führer der guinesischen Oppositionsorganisation FLNG, der die Aktion ausschließlich für seine Organisation beansprucht.

Gegen die Auffassung schließlich, es handle sich um einen Volksaufstand, spricht die schlichte Tatsache, daß Sekou Touré selbst die Bevölkerung aufforderte, zu den Waffen zu greifen und sich zu verteidigen, was auch getan wurde, denn die ersten Angriffe wurden vom Volk selbst zurückgeschlagen. Dies wurde von einem Journalisten der amerikanischen Associated Press bestätigt.

Der einzige bis jetzt umfassende Bericht über die Ereignisse in der Republik Guinea stammt von dem Untersuchungsausschuß der UNO, der an Ort und Stelle eine Untersuchung durchführte und am 4. Dezember die Ergebnisse dem UN-Sicherheitsrat vorlegte. Der Ausschuß beschuldigte Portugal offiziell, an dem Angriff beteiligt zu sein. Portugiesische Streitkräfte haben zusammen mit oppositionellen Guinesen die Invasion unternommen. In dem Bericht kommt der Ausschuß zu dem Schluß, daß die Truppen von Schiffen in Guinea an Land gesetzt



wurden, "deren Besatzungen vorwiegend aus weißen Portugiesen unter dem Kommando weißer portugiesischer Offiziere" bestanden. Die Invasionstruppen selbst haben sich "aus portugiesischen Einheiten, vorwiegend afrikanischen Soldaten aus der portugiesischen Kolonie Guinea unter dem Befehl regulärer weißer portugiesischer Offiziere sowie aus einem Kontingent oppositioneller Guinesen, die in der portugiesischen Kolonie Guinea ausgebildet und bewaffnet wurden", zusammengesetzt.

Im folgenden wird der Versuch unternommen, die Hintergründe für diese Invasion zu analysieren. Aus dieser Analyse kann man dann den Schluß ziehen, daß es nicht widersprüchlich ist, wenn von verschiedenen Initiatoren der Aktion bzw. Invasoren die Rede ist. Interesse am Sturz Sekou Tourés haben die portugiesischen Kolonialisten, da Sekou Touré die PAIGC unterstützt, die imperialistischen Mächte, da Sekou Tourés Politik gegen die Interessen des Kapitals verstößt und die interne Opposition, die im Lande die Interessen der imperialistischen Mächte vertritt.

I Die Interessen des portugiesischen Kolonialismus

Das Jahr 1969 war ein Jahr entscheidender Erfolge für die revolutionäre Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau und Cap Verde (PAIGC), die sich in Guinea der militärischen Übermacht einer 30 000 Mann starken portugiesischen Armee widersetzt. In diesem Jahr wurde im Süden des Landes - mit Ausnahme einiger isolierter Städte - die Befreiung abgeschlossen. Noch wichtiger jedoch war die Befreiung der Region von Medina-Boé, die zum Zu-

sammenbruch der portugiesischen Ostfront führte und damit die Offensive nach Westen - d.h. die Befreiung der gesamten Kolonie - einleitete. Diese Niederlagen der kolonialistischen Armee machten die Nordfront, einschließlich der Stadt Bissau, zu dem entscheidenden Sektor in einer Kolonie, die bereits zum größten Teil befreit ist.

Diese Situation erklärt die zahlreichen NATO-Missionen, die 1969 Guinea-Bissau besuchten, und den Entschluß Portugals, die Nordfront auf jeden Fall und mit allen Mitteln zu verteidigen.

Theoretisch ergaben sich für Portugal zwei Möglichkeiten: eine große militärische Gegenoffensive oder eine politische Offensive. Die militärische Großoffensive kam unter den gegebenen Umständen jedoch nicht in Frage, da die portugiesischen Truppen auch in den Kolonien Angola - gegen die MPLA - und Mozambique - gegen die Frelimo - beansprucht werden. Daß Portugal tatsächlich nicht in der Lage ist, eine derartige militärische Großaktion erfolgreich durchzuführen, zeigte sich jetzt, als die Großoffensive "Gordischer Knoten" gegen die Frelimo von dieser zurückgeschlagen wurde. Es blieb Portugal also nur die Möglichkeit der politischen Offensive, indem es die Nachbarländer Senegal und die Republik Guinea, die die PAIGC unterstützten, angreift und zwar mit doppeltem Ziel: einmal, um - nach dem Muster Israels, das den Libanon angriff, um zu verhindern, daß es sich den palästinensischen Widerstandskämpfern anschloß - Feindschaft zwischen den Völkern zu säen, und zum anderen, um die Regierungen dieser Nachbarländer dazu zu bewegen, nicht mehr als Hinterland und Nachschubbasis für die PAIGC zu dienen.

So begann Portugal mit Angriffen auf den Senegal, jedoch nicht ohne Wissen und Rat Frankreichs, der "Schutzmacht" des Senegal. Im Dezember 1969 wurde das senegalesische Grenzdorf Samine bombardiert; die Stadt Ziguinchor wurde von Flugzeugen überflogen, die Flugblätter abwarfen mit der Drohung der Bombardierung, falls der Senegal nicht jegliche Verbindung mit Guinea-Bissau abbräche. Diese Taktik schlug zwar zuerst fehl, blieb jedoch später nicht ohne Wirkung auf die Haltung Senegals, als Portugal seine Angriffe fortsetzte. Senghor appellierte an die UNO und an Verhandlungen Frankreichs mit Portugal. Als dies zu keinem Ergebnis führte, ließ Senghor die im Senegal gelegenen Krankenhäuser der PAIGC schließen, behinderte den Durchgang von Waffen und Nachschub und unterstellte sogar die Medikamente und Lebensmittel für die PAIGC einer strengen Kontrolle.

Diese Reaktion der Regierung Senghor kam allerdings nicht unerwartet: von Senegal war 1969 ein Dreistufen-"Friedensplan" für Guinea-Bissau gekommen, demzufolge Guinea-Bissau nach einer Periode interner Autonomie die Unabhängigkeit im Rahmen einer luso-afrikanischen Gemeinschaft erhalten sollte. Diesem Plan widersetzte sich die PAIGC; sie erinnerte Senghor daran, daß Entscheidungen über Guinea-Bissau und dessen Beziehungen zu Portugal von der PAIGC zu treffen seien, und stellte fest, sie betrachte diesen "Friedensplan" als neokolonialistisch.

In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, daß in Dakar eine "Front für die Unabhängigkeit Guineas" (Fling) existiert und daß deren Führer Pinto Bull zweimal von Salazar in Lissabon empfangen wurde und sich anschließend "befriedigt über diese Unterhaltungen" zeigte.

Anders verhielt sich dagegen Sekou Touré in der Republik Guinea, der sehr entschieden Truppen an die Grenze zu Guinea-Bissau verlegte, um die Angriffe der Portugiesen abzuwehren. Diese Angriffe der portugiesischen Kolonialisten gegen Guinea begannen 1969. Im August 1970 protestierte die Republik Guinea vor der UNO-Vollversammlung gegen die Verletzung ihres Luftraumes durch Portugal. Im September wurden Söldner verhaftet, die in Guinea-Bissau von dem Kongo-Söldner Schramme für den Einsatz in der Republik Guinea trainiert wurden. Im Oktober wurden in Gambia die Söldner Samba Dialla und Boubacar, beide wohnhaft in Bissau, verhaftet zusammen mit 38 Guinesen, die dort trainiert wurden, später zu einem Militärlager in Guinea-Bissau gehen und von dort den Angriff auf Sekou Touré vorbereiten sollten. Die beiden Söldner hatten walkie-talkies bei sich, mit deren Hilfe sie sich mit einem portugiesischen Schiff in gambischen Gewässern in Verbindung setzen sollten.

Trotz dieser Drohungen unterstützt die Regierung Sekou Touré weiterhin die PAIGC, die ihren Hauptsitz in Conakry hat. Weil die Anstrengungen Portugals in der Republik Guinea nicht denselben Erfolg hatten wie im Senegal, war Portugal an einem Sturz Sekou Tourés interessiert, da Guinea nunmehr die einzige Nachschubbasis für die PAIGC darstellt.

Ohnmächtig gegen den Befreiungskampf der PAIGC suchte Portugal in verstärktem Maße Unterstützung bei seinen Verbündeten. Marcello Caetano, der Nachfolger Salazars, äußerte sich deutlich in einer seiner ersten Reden im November 1968:

"Der größte Teil der Bevölkerung von Guinea kämpft gegen den Terrorismus auf seiten der regulären Verbände. Aber der Terrorismus scheint in diesem Gebiet eine viel größere und wirksamere Unterstützung zu finden, besonders seitens der Sowjetunion, als in den anderen Provinzen. Es ist festzustellen, daß dort eine nachdrückliche und beschleunigte Anstrengung erfolgt, für die weder Waffen noch andere Hilfen gespart werden. Und der Grund für dieses besondere Interesse ist kein Geheimnis: Die Verantwortlichen verbergen nicht, daß Guinea die Ausgangsbasis für den Überfall auf die Kapverdischen Inseln bildet, die eine Schlüsselposition für die Verbindung zwischen Nord- und Südatlantik und sogar zwischen seinen beiden Ufern einnehmen."
"In einer Zeit, in der die russische Flotte im Mittelmeer von Tag zu Tag wächst und wo Rußland sucht, Militärstützpunkte zu errichten, kann der Aufmerksamkeit keines Menschen die Bedeutung entgehen, die der Besitz der Kapverdischen Inseln in rußlandfreundlichen Händern darstellt. Europa wäre dann eingeschlossen."
"Die Sicherheit der Länder kann heutigentags nicht an ihren Grenzen verteidigt werden. Die Nationen sind eingeschlossen in Großräume, deren Schicksal sie teilen. Die Freiheit und Unabhängigkeit der Länder West-

europas wird nicht nur im eigentlichen Europa entschieden, sondern ebenso in Afrika. Das ist der Grund, warum wir Guinea verteidigen müssen. Sicher in unserem eigenen Interesse, aber ebenso im Interesse Westeuropas und selbst Amerikas. "(Zitiert aus der Niederschrift der Rede "In ehrlicher Absicht, dem portugiesischen Volk aufs Beste zu dienen", hrsg. Secretaria de Estado da Informacao e Turismo (SNI), Lissabon 1968, S. 7-8.)

Dies ist ein "Wink mit dem Zaunpfahl" an die Adresse der imperialistischen Mächte und besonders der NATO, und der Hilferuf wurde gehört, da er den eigenen Interessen der portugiesischen Verbündeten entgegenkam.

II Ein britisches Geheimdokument

Um die Ereignisse in Guinea interpretieren zu können, ist es erforderlich, die allgemein von den imperialistischen Mächten in Afrika verfolgte Politik zu betrachten. Hier soll ein von der britischen Konservativen Partei vor ihrer Machtübernahme aufgesetztes Geheimdokument stellvertretend für alle reden. Es wird im folgenden in Auszügen und Stichworten wiedergegeben. (1)

"Wir schlagen diese Aktion vor, um Tragödien zu vermeiden, die in die Geschichte eingehen würden.

1. Die Kap-Route

Aus der Schließung des Suezkanals ergibt sich die Notwendigkeit der Kontrolle über die Länder der Kap-Route, damit der Transport auf dieser Route gesichert ist.

Allgemeine Überlegungen:

a. erhöhter Handels- und strategischer Wert dieser Route wegen der Schließung des Suezkanals;

b. für die westlichen Alliierten ist der Suezkanal praktisch wertlos geworden, da die großen Handelsschiffe und vor allem die Öltanker für Suez zu groß sind;

c. ein großer Prozentsatz des NATO-Handels spielt sich über die Kap-Route ab;

d. die Route führt nach Südafrika, einem der wichtigsten Handelspartner Großbritanniens;

e. Öltransporte vom vorderen Orient nach Europa und Nordamerika gehen über die Kap-Route;

f. die Route ist für den Weg nach Asien, Australien und Neuseeland von strategischem Wert.

Bedrohungen der britischen Interessen:

a. An der südafrikanischen Küste oder im Binnenkontinent könnten bewaffnete Angriffe vorkommen (auch ohne Krieg), ohne eine sofortige Antwort zu implizieren, wie dies im NATO-Gebiet der Fall wäre;

b. da die Route als Nicht-NATO-Gebiet besonders verletzlich ist, könnten Kriege ihre Sicherheit bedrohen, zum Beispiel durch direkt von den Kommunisten inspirierte und unterstützte Angriffe gegen Angola, Mozambique, Portugiesisch-Guinea, Rhodesien und Südafrika. (...) Die Russen und vielleicht auch die Chinesen könnten leicht ihre Kriegsschiffe in Sansibar oder Cap Verde stationieren. Diese letztere Möglichkeit ergibt sich evtl., wenn der kommunistisch inspirierte Aufstand in Portugiesisch Guinea Erfolg hat.

c. Die wachsende Konkurrenz, die die Sowjetunion auf dem Gebiet des Handels und der Marine dem Westen macht, stellt eine unterschwellige Drohung dar.

Vorschläge für notwendige Maßnahmen:

a. Auf dem politischen Sektor wird der erste Schritt die Wiederherstellung der Beziehungen mit Südafrika auf der Basis gemeinsamer Interessen sein. Verbesserung des Handels zwischen beiden Ländern und Lieferung von Waffen an Südafrika. Ebenso Beendigung der Sanktionen gegen Rhodesien.

Andernfalls besteht die Gefahr, daß Südafrika politisch isoliert und dadurch gezwungen wird, neutral zu werden. Dies würde den Verlust der Flottenbasis Simonstown bedeuten.

b. Unterstützung der afrikanischen Staaten, die Portugal, Rhodesien und Südafrika positiv gegenüberstehen.

c. Erneuerung des Abkommens von Simonstown;

d. Gemeinsame Übungen der südafrikanischen und englischen Marine;

e. Benutzung der anglo-portugiesischen Allianz, um zu Verteidigungsabkommen im Südatlantik zu kommen. In diesem Zusammenhang muß besonders an die Häfen Beira (Mozambique), Lobito (Angola) sowie an die Häfen Kap Verdes gedacht werden.

f. Förderung einer Allianz England-Südafrika-Argentinien-Brasilien.

weiterhin:

Verstärkung der britischen Präsenz entlang der Kap-Route,

1. Luftwaffe in der Region,

2. Atom-U-Boote zur Unterstützung Südafrikas,

3. Idee einer schwimmenden Basis mit Senkrechtstartern.

2. Die Sicherheit Portugiesisch-Afrikas:

Die gegenwärtig unmittelbarste Bedrohung der Sicherheit der Kap-Route kommt aus Portugiesisch Guinea. Diese Kolonie ist nur klein, aber wichtig einerseits wegen Kap Verdes mit seiner Flottenbasis San Vicente und dem Luftstützpunkt Sal und andererseits weil es, zusammen mit den anderen portugiesischen Kolonien betrachtet, eine vitale strategische Bedeutung gewinnt.

Der Waffenlieferungsboykott von Seiten Englands (Portugal benötigt vor allem Hubschrauber und Amphibienfahrzeuge) beeinträchtigt stark Portugals Kriegsanstrengungen. Dieser Boykott steht im Gegensatz zu den Interessen der NATO.

Sollte Portugal sich aus Portugiesisch Guinea zurückziehen oder hinausgedrängt werden, so ergibt sich

1. ein psychologischer Vorteil für die nationalistischen Kräfte in Angola und Mozambique;

(1) Dieses "streng geheime" Dokument wurde von der Zeitschrift Africasia (Paris, 20. Juli 1970, S. 16-21) veröffentlicht. Es wurde von einem ad hoc-Komitee unter Vorsitz des Abgeordneten Sir Frederick Bennett für den "Conservative Commonwealth and Overseas Council" vorbereitet. Es besteht aus einem von dem Komitee verfassten allgemeinen Teil und einer Sonderstudie über die portugiesischen Kolonien, die von dem Komiteemitglied Patrick Orr vorgelegt wurde.

2. der Hafen Bissau und der Flugplatz Bissalanca werden in die Hände der Russen fallen;
3. die Stabilität zahlreicher Staaten Westafrikas wird durch die Errichtung eines pro-sowjetischen Regimes in Bissau bedroht.

Sollte Portugal seine Kolonie Guinea verlieren, so würde die PAIGC und die Sowjetunion die Kapverdischen Inseln bedrohen:
1. Viele Bewohner Kap Verdes arbeiten in Guinea; dies erleichtert eine Infiltration von PAIGC-Anhängern und würde zu einer allgemeinen Auswanderung nach Guinea und einer "Unabhängigkeit" führen;
2. Es ist nicht undenkbar, daß die Russen der PAIGC bei einer Landung à la Castro in Cap Verde helfen würden;
3. Es ist sicher, daß die Sowjets planen, sich unter dem Vorwand "Befreiung" durch die PAIGC der Kapverdischen Inseln zu bemächtigen.(2)

Allgemeine Schlußfolgerungen:
Es gibt keine Anzeichen, die darauf hinweisen, daß Portugal seine Kolonien Angola und Mozambique nicht immer behalten kann. Es läßt auch nichts darauf schließen, daß sich die gegenwärtige portugiesische Politik ändern könnte.
Die britische Politik sollte sich einer Verminderung der Spannungen im südlichen Afrika zuwenden und in Anerkennung der Realität die Beziehungen der unabhängigen afrikanischen Staaten mit Portugal und Portugiesisch Afrika fördern.

Die britischen Diplomaten in diesen Staaten sollten nach Erhalt entsprechender Instruktionen in diesem Sinn arbeiten.
- England sollte in Zukunft Portugal nicht mehr im Sicherheitsrat dafür verdammen, daß es sich gegen bewaffnete Angriffe verteidigt.
- Auf dem Sektor der Kriegsmarine ist Portugal sehr schwach. Im Hinblick auf die Bedeutung der Kapverdischen Inseln sollte England seine gegenwärtige unfreundliche Haltung gegenüber seinem portugiesischen Verbündeten aufgeben und Portugal unterstützen, insbesondere in der Region San Vincente."

III. Wirtschaftliche Unabhängigkeitsbestrebungen sind gefährlich

Auf dem Hintergrund dieser politischen Linie der imperialistischen Mächte sind eine Reihe von Komplotts in Westafrika - u.a. in der Republik Guinea - zu verstehen: Die Regierungen der Länder an der Kap-Route müssen kontrolliert werden. Das wird durch wirtschaftliche Abhängigkeit erreicht. Sollten diese Länder versuchen, sich wirtschaftlich - und damit politisch - unabhängig zu machen, dann unternehmen die imperialistischen Mächte den Versuch, ihre Regierungen zu stürzen.

So fiel 1966 der Sturz von Kwame Nkrumah genau auf den Vorabend der Vollendung des Voltaprojekts, das Ghana eine erhebliche wirtschaftliche Unabhängigkeit verlieh. (3) Interessant ist, daß in der Nacht, in der Nkrumah verhaftet wurde, der US-Botschafter in Accra zusammen mit Afrifa, einem der Organisatoren des Putsches, gesehen wurde.

Der Putschversuch gegen Dr. Siaka Stevens in Sierra Leone im September dieses Jahres geschah unmittelbar nachdem die Regierung Stevens beschlossen hatte, eine Beteiligung von mehr als 51% an allen Bergwerken Sierra Leones anzustreben. Beteiligt an diesem Putschversuch waren u.a. 2 Majore aus Sierra Leone sowie der zweite Sekretär der US-Botschaft in Freetown, Mark Colby, der am Tage, an dem der Putsch stattfinden sollte, in der Residenz eines der Majore gesehen wurde.

Auch die Ereignisse in der Republik Guinea stehen im Zusammenhang mit Bestrebungen nach wirtschaftlicher Selbständigkeit. Seit 1960 sind die imperialistischen Mächte beunruhigt über die Dreijahres-Entwicklungspläne Guineas, die dieses Land evtl. zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit führen könnten. 1960 hatte die BRD ein Abkommen mit Guinea über den Bau einer Eisenbahnlinie Conakry-Kankan geschlossen. Diese Linie wurde nicht gebaut.

Sekou Touré war immer eine Störung für die Imperialisten. Sein "nein" an de Gaulle brachte ihm u.a. den Putschversuch des Jahres 1965 ein, der von französischen Diplomaten organisiert war. Ende September dieses Jahres kündigte Sekou Touré an, daß für Ende Oktober ein Komplott gegen ihn geplant sei, das von den oben erwähnten Söldnern aus Guinea-Bissau durchgeführt werden sollte. Gleichzeitig beschuldigte er vor der UNO-Vollversammlung Portugal der Planung von Angriffen auf Guinea und der Verletzung des guinesischen Luftraumes durch Militärflugzeuge. In diesen Tagen erlebten wir eine Invasion der Republik Guinea.

Das Projekt, das es Guinea erlaubt, sich wirtschaftlich eine gewisse Unabhängigkeit zu schaffen und dadurch zum Grund für dieses Komplott wurde, ist das Boké-Projekt. Es schliesst den Bau eines Bergwerkes und einer Stadt in Sangaredi ein, sowie einer Eisenbahnlinie, eines Hafens und einer Stadt in Kamsar. Die Bauxit-Vorkommen in Boé gelten als die reichsten der Welt: pro Jahr werden 8 Mio. Tonnen Bauxit (Aluminium) gewonnen. Mit diesem Projekt wird die Republik Guinea zum zweitgrößten Bauxit-Exporteur der Welt. 65% der zu versteuernden Gewinne sollen Guinea zufallen. Die Boké-Mine soll zu 49% der Regierung Guineas und zu 51% der Halco Mining Inc. gehören, ein Konsortium, in dem bis auf 16% die gesamte Beteiligung auf 3 US-Firmen verteilt ist. Halco investiert ca. 100 Mio. Dollar und die Weltbank gewährt einen Kredit in Höhe von 64,5 Mio. Dollar. Der Grund für die Beteiligung von US-Organisationen an diesem Projekt liegt nicht etwa darin, daß sie Sekou Touré helfen wollen, die beteiligten ausländ-

(2) Dasselbe wird sinngemäß angeführt für Angola und Mozambique.

(3) Für eine Analyse der Komplotts in den 3 im folgenden zitierten Ländern, siehe: "Africa in the World", London, Nov. 1970.

dischen Parteien erhoffen sich vielmehr den entsprechenden Gewinn aus diesen Investitionen und spekulieren weiterhin darauf, daß eine Regierung wie die Sekou Tourés, die sich der imperialistischen Beherrschung widersetzt, nicht immer an der Macht bleibt - ein Grund für die Teilnahme an Umsturzversuchen. Hinzu kommt, daß, sollte von amerikanischer Seite nicht investiert werden, die USA fürchten, Sekou Touré könne sich an die sozialistischen Länder wenden, was schon jetzt weitgehend der Fall ist, indem Projekte mit Unterstützung Chinas durchgeführt werden.

IV. Schlussüberlegungen

Die zitierten Fälle Ghana, Sierra Leone und Republik Guinea zeigen, in welche Gefahr sich eine afrikanische Regierung begibt, sobald sie versucht, wirtschaftlich - und damit politisch - unabhängig zu werden von den imperialistischen Mächten. Diese nutzen das Dilemma aus, in dem sich die afrikanischen Regierungen befinden, die dem Bedürfnis ihrer Völker nach einem besseren Lebensstandard entsprechen wollen, jedoch nicht über das für Förderungsinvestitionen erforderliche Kapital verfügen und deshalb auf ausländisches Kapital angewiesen sind. Die Gefahr entsteht dann, wenn die afrikanischen Regierungen anfangen, kapitalistische Unternehmen zu nationalisieren oder die Kapitalisten auf Grund der von den afrikanischen Staaten betriebenen Politik unsicher werden. Von hier bis zur bewaffneten Intervention ist es nur ein Schritt!

Die Konsequenzen daraus zu ziehen, heißt jegliche Verbindung mit den Wirtschaftsinteressen der imperialistischen Mächte zu unterbrechen, tatsächlich die Macht dem Volk übergeben und es für die Verteidigung gegen ausländische Interventionen bewaffnen. Angesichts der relativen Schwäche der afrikanischen Staaten gegenüber den großen imperialistischen Mächten kann diese Politik nicht mit Erfolg verfolgt werden, solange nicht ein politischer und militärischer Zusammenschluss existiert, der eine gemeinsame Verteidigung erlaubt und verhindert, daß einzeln eine Regierung nach der anderen gestürzt wird.

In diesem Zusammenhang ist die 16-tägige Reise des US-Staatssekretär Rogers zu betrachten. Die USA probieren eine neue Politik des verstärkten Engagements in Afrika aus. Zu dem von Rogers dargestellten Plänen äusserte sich der rhodesische Aussenminister Howman, sie seien "realistisch", was uns über ihren Inhalt genug aussagt. Zur gleichen Zeit betonte Nixon in einer Rede, die USA "könne nicht akzeptieren, daß eine progressive Änderung im südlichen Afrika mit Gewalt erreicht wird." Wenn diese neue Politik erklärt, daß die USA ihren Freunden in Afrika helfen wird, sich selbst zu helfen, wann immer sie von Aussenkräften bedroht werden, dann kann man darin nur die Neuauflage der Doktrin sehen, die die US-Interventionen in Asien (Vietnam, Laos, Thailand), Lateinamerika (Dominikanische Republik, Guatemala, Kuba) und in Afrika selbst (Kongo) legitimieren sollte.

Drei verschiedene Überlegungen könnten die USA zu einem verstärkten Interesse an Afrika veranlasst haben:

1. In der ganzen Welt wächst der Widerstand gegen die Beherrschung der Wirtschaft durch die USA und diese nationalistischen Bestrebungen führen zu Investitionsschwierigkeiten für die USA.
2. Die Konkurrenz innerhalb des imperialistischen Lagers wächst, da Japan, die BRD und Italien in wachsendem Maße die afrikanischen Märkte beherrschen.
3. Nicht zu unterschätzen sind die neuen Beziehungen militanter Organisationen in den USA - besonders der Black Panthers - mit den Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Regierungen in Afrika. Dies könnte zu einer größeren Unterstützung der Befreiung Afrikas - besonders gegen Pretoria, Salisbury und Lissabon - durch diese Organisationen führen, was seinerseits die Ermutigung der nordamerikanischen Schwarzen zum bewaffneten Kampf zur Folge haben könnte.

Diese neue Linie erklärt, warum in der 23. Sitzung der UN-Vollversammlung das Problem der Dekolonisierung auf den 2. Platz relegiert wurde und warum die Amerikaner, die sich bis dahin bei Resolutionen gegen die weißen Regierungen in Afrika der Stimme enthielten, jetzt auf einmal gegen pro-afrikanische Resolutionen stimmen. Diese neue Linie erklärt auch, warum die Zeitschriften der Wall Street in der letzten Zeit die Unternehmer auffordern, in afrikanischen Ländern vermehrt zu investieren, besonders in Ländern, die reich an Rohstoffen sind (Republik Guinea, Sierra Leone, Angola). Um diese Investitionen abzusichern, um die strategisch wichtige Kap-Route zu beherrschen und um die Gefahr zu bannen, daß die Präsenz antiimperialistischer Kräfte in Kap Verde die Azoren NATO-Basis neutralisiert, müssen die imperialistischen Mächte versuchen, die Regierungen in Afrika unter Kontrolle zu halten. Hier konvergieren die Interessen der portugiesischen Kolonialisten, die PAICC in Guinea-Bissau militärisch zu unterdrücken, mit den imperialistischen Interessen.

Zweifellos ist es richtig, die Ereignisse in der Republik Guinea in Zusammenhang zu bringen mit der Regierungsübernahme der konservativen Partei in England, der Afrikareise von Rogers im Februar dieses Jahres, der anschliessend an die NATO-Konferenz in Rom ein Aufenthalt in Lissabon im Mai folgte, sowie mit den einwöchigen Gesprächen des portugiesischen Aussenministers Rui Patricio mit Rogers in den USA und der Anwesenheit des Gouverneurs von Guinea-Bissau in Lissabon unmittelbar vor der Invasion in der Republik Guinea.

Eduardo Ferreira

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!
Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an:
EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

NACH DEN LOHNKÄMPFEN IM METALLBEREICH

Aus den Septemberstreiks 1969 hat die IG-Metallführung die Lehre gezogen: "Wir wollen nicht, daß sich Entwicklungen, wie wir sie mit den spontanen Arbeitsniederlegungen Anfang September vorigen Jahres erlebt haben, unter Umständen wiederholen... Davon dürfen wir auf keinen Fall erneut überrascht werden. Wir müssen von Anfang an diejenigen sein, die Forderungen formulieren, auf Verhandlungen drängen und diese dann im richtigen Moment durchführen." sagte Otto Brenner auf einer Klausurtagung der IG-Metall im Januar 1970. Verständnisvoll dazu ein Sprecher von Gesamtmetall: " Wir müssen uns überlegen, wie man den Gewerkschaften, die sich zur Zeit als Folge der spontanen Aktionen in die Flucht nach vorn gedrängt sehen, in geeigneter Form und für uns vertretbarer Form vielleicht ein dämpfendes Mittel gegenüber den Herden an die Hand geben kann, in denen solche Reaktionen entstehen. Solch ein Weg würde nach meiner Meinung auch den Gewerkschaften die Möglichkeit geben, gegenüber lokalen Unruheherden, die wir bei den spontanen Aktionen der letzten Monate ja kennengelernt haben, vielleicht dämpfend zu wirken." (1)

1. Der Doppelcharakter der Gewerkschaften aus der Sicht der Kapitalisten

Schon vor, aber besonders nach den Septemberstreiks hatte sich die Unternehmerpresse, vor allem in den Publikationen der Unternehmerverbände, für eine Wiederbesinnung auf die und Stärkung der Tarifautonomie eingesetzt. "Die Gewerkschaften werden benötigt als Ordnungsfaktoren der industriellen Welt. Diese Funktionen können sie allerdings nur erfüllen, wenn sie unabhängig bleiben und das Vertrauen der Arbeitnehmer haben." (2) Deutlich wird erkannt, daß die staatliche Lohnpolitik (Lohnleitlinien, Konzertierte Aktion) die Ordnungsfunktion der Gewerkschaften gefährdet. Die staatliche Lohnpolitik, die den langfristigen Interessen des Monopolkapitals entspricht, die Löhne niedrig und kalkulierbar zu halten, gerät in Widerspruch zur ordnungspolitischen Funktion der Gewerkschaften, da sie die Bindung der Arbeiter an die Gewerkschaften in Frage stellt. So stellt sich der widersprüchliche Charakter der Gewerkschaften für die Kapitalisten dar, solange sie auf eine Strategie der sozialen Konfliktregelung mit Hilfe der Gewerkschaften bauen. Die Angriffe der Unternehmer auf die Gewerkschaften lassen sich innerhalb dieser Strategie interpretieren als Funktion der Konfliktregelung. In den Angriffen der Unternehmer auf die Gewerkschaften kommt aber immer wieder auch die Tendenz zum Vorschein, die Gewerkschaften zu liquidieren und die offene faschistische Herrschaft des Kapitals durchzusetzen. Diese Tendenz tritt unter der Bedingung einer sich abzeichnenden Rezession offen zutage. Die "Entspannung auf dem Arbeitsmarkt" ermöglicht dem Kapital den offenen Angriff auf das bisher erreichte Lohnniveau. Diese Tendenz konnte sich in den Lohnkämpfen im Herbst 1970 nicht durchsetzen, weil die Konjunktur und die Lage auf dem Arbeitsmarkt dies noch nicht erlaubten. Es wäre aber falsch, sie zu verkennen, und in den ersten Angeboten der Unternehmer nur das nötige Theater von Tarifauseinandersetzungen zu sehen. Die Fraktion des Kapitals, die in diesem Sinne auf die Krise setzt, hat sich politisch bereits formiert, und will ohne Gewerkschaften und ohne SPD auskommen.

Es wäre ultralinkes Sektierertum, die Frontstellung der Gewerkschaften gegen diese faschistische Tendenz des Kapitals zu negieren. Allein daraus läßt sich aber keine politische Position zu den Gewerkschaften bestimmen, wie es von der DKP versucht wird.

2. Der Doppelcharakter der Gewerkschaften und die Arbeiterklasse

Der Doppelcharakter der Gewerkschaften im Spätkapitalismus wird in dem Zitat aus dem Unternehmerbrief deutlich. Die Gewerkschaften können ihre ordnungspolitische, staatserhaltende Funktion nur dadurch bewahren, daß sie Interessenorganisation der Arbeiter bleiben. Ökonomische Interessenvertretung und Sozialstaatspolitik der Gewerkschaften gerieten in der Nachkriegskonjunkturphase nicht in Widerspruch, da die Steigerung der Reallöhne und die Sicherung einer einigermaßen stabilen Lohnrate generell kampflos erreicht wurde. Dies war auch die Voraussetzung für die Verfestigung der auf die Vermeidung des Klassenkampfes gerichteten Sozialstaatspolitik (3). Zwei miteinander zusammenhängende Entwicklungen aber haben den widersprüchlichen Charakter der Gewerkschaften zum offenen Widerspruch nach außen treten lassen: Erstens ist die SPD, mit der die staats- und ordnungspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften eng verknüpft sind, Regierungspartei geworden und dadurch der oppositionelle Schein der gewerkschaftlichen Ordnungsvorstellungen verblaßt; zweitens hat die Krise von 1966/67die Möglichkeit kampfloser Durchsetzung von Lohnerhöhungen, Verteidigung der relativen Löhne, in-

(1) Zitate aus "Kommentar Nr.1 zu den Tarifverhandlungen", Heidelberg 4.9.70

(2) "Unternehmerbrief" 11.9.69. Aus gleichem Grund wendet sich der Verfasser gegen die Mitbestimmung, weil sie das Vertrauen der Arbeiter in die Gewerkschaft, die in den Vorständen der Unternehmen sitzt, zerstöre.

(3) Es wird hier darauf verzichtet, eine Darstellung der Sozialstaatsideologien, wie sie auch in der Mitbestimmungsforderung zum Ausdruck kommen, zu geben. Nur eins: Wirtschaftsminister Schiller wurde in einer Gewerkschaftspublikation als erster mitbestimmender Minister bezeichnet. Weiter wird hier auf eine Darstellung der historischen Entwicklung des widersprüchlichen Charakters der Gewerkschaften verzichtet. Diese Geschichte beginnt mit der Entstehung der Gewerkschaften selbst als Arbeitervereinigungen zur kollektiven Durchsetzung und Sicherung des Werts der Ware Arbeitskraft. Daß diese Aktivität nicht in unversöhnlichem Gegensatz zum revolutionären Klassenkampf steht, der auf die Beseitigung des Lohnsystems gerichtet ist, hat Marx schon in "Lohn, Preis, Profit" festgestellt. Dennoch ist dieser Gegensatz die Grundlage für die Entwicklung des widersprüchlichen Charakters der Gewerkschaften.

frage gestellt. Diese Entwicklung zwingt die Gewerkschaften, ihre Funktion der ökonomischen Interessenorganisation der Arbeiter kämpferisch wahrzunehmen. Ihre Bindung an die staatliche Wirtschaftspolitik der SPD macht ihr dies unmöglich und nicht einmal die Septemberstreiks, die zunächst nicht viel mehr als dies ökonomische gewerkschaftliche Bewußtsein ausdrückten, veranlaßten sie zu einer Korrektur ihrer Politik. Der Doppelcharakter der Gewerkschaften im Spätkapitalismus, der ihr Funktionieren im Sinne des Kapitals und seines Staates erst ermöglicht, wird so zum offenen Widerspruch, und die gegen die staatserhaltende Gewerkschaftspolitik von den Arbeitern durchgesetzten ökonomischen Kämpfe stellen die Möglichkeit eines politischen Klassenbewusstseins wieder her.

Diese Bestimmung des Verhältnisses von ökonomischem Kampf und politischem Klassenbewusstsein setzt sich klar von zwei Positionen ab. 1.) Die DKP und entsprechende Analysen aus der DDR (z.B. in: Imperialismus heute) behaupten die Möglichkeit der Bildung von Klassenbewusstsein allein schon aus der Tatsache, dass die Gewerkschaften ihre Aufgaben als staatspolitische wahrnehmen und verfallen damit den reformistischen Sozialstaatsstrategien der Gewerkschaften und der SPD der Weimarer Zeit. 2.) Bei einigen ML-Gruppen besteht die Tendenz, die Vermittlung politischen Bewußtseins als Verkündung der richtigen politischen Linie der Partei vorzunehmen. Sie gehen so an den reellen Erfahrungen der Arbeiterklasse in den ökonomischen Kämpfen und in der Auseinandersetzung mit ihren Gewerkschaften vorbei und versuchen, politisches Klassenbewusstsein ausserhalb dieser Erfahrungen zu vermitteln. Sie begeben sich somit in eine hoffnungslose Konkurrenzsituation zu den Gewerkschaften. Sie führt u.U. dazu, wie der KAB/ML Tübingen, unvermittelt zurückzufallen in eine Strategie, die darin besteht, den Gewerkschaften in den Arsch zu kriechen und allenfalls noch auf einige rechte Gewerkschaftsführer zu schimpfen.

3. Die Widersprüche zwischen Gewerkschaftsführung und den Mitgliedern

Der Doppelcharakter der Gewerkschaften tritt als Widerspruch von Gewerkschaftsführung und Mitgliedern in Erscheinung. Dies wurde besonders in den Septemberstreiks deutlich und veranlasste die meisten Gruppen, die während der Tarifauseinandersetzungen agitiert haben, ihre Agitation auf diesem Widerspruch aufzubauen. (4) Obwohl dies in der Agitation durchaus gerechtfertigt scheint, greift diese Argumentation zu kurz. Der Widerspruch muß inhaltlich als Widerspruch zwischen kapitalistischer und kommunistischer Gewerkschaftspolitik, zwischen Sozialstaatsideologie und Klassenbewußtsein entwickelt werden. Die Frontlinie verläuft mitten durch die Gewerkschaften, wie die Polarisierung in manchen Vertrauenskörpern, und in den Uranstimmungen zeigte. Die Vorstandslinie reicht weit in die Belegschaften hinein. Die Isolierung der Führung kann Mittel für die Entwicklung des Klassenkampfes sein, dessen Ziel nicht die Befreiung von der Bürokratie ist.

Wie verkürzt die Beschränkung auf den Widerspruch zwischen Gewerkschaftsführung und Mitgliedern ist, zeigt schon, daß auch die Antwort von Brenner auf die DKP-Analyse der Septemberstreiks sich auf die Feststellung eines Gegensatzes zwischen Führung und Mitgliedern beschränkt, dessen Grund in subjektiven Faktoren und Generationsproblemen gesehen wird. Die Einsicht, daß die Politik der IG-Metall den Gegensatz entwickelt hat und die objektive Entwicklung des Kapitalismus die Arbeiter zu Kampfformen gezwungen hat, die durch die Gewerkschaftspolitik nicht gedeckt werden, wird nicht einmal angedeutet. "Die sog. Vertrauenskrise" wird als "Produkt der Journalistik und gezielter Absichten", der "Zweckpropaganda" und von "Unzulänglichkeiten" im "Aufbau der Gewerkschaften" dargestellt. Gefolgert wird aus dieser "Analyse" der Vertrauenskrise die Notwendigkeit einer aktiveren Tarifpolitik, "mit einem Schlag im Rahmen einer Tarifbewegung u.a. die Tarifehrlichkeit zu fordern", "soviele Urabstimmungen wie möglich durch (zu)führen, damit der Vorwurf der 'Selbstherrlichkeit' entkräftet wird". Wir werden sehen, was aus diesen Vorsätzen bei den Tarifauseinandersetzungen 1970 geworden ist. Für den inneren Aufbau wird folgendes bemerkt. "Die Gefahr besteht, daß Beschlüsse und Weisungen des Vorstands im Sande verlaufen. Deshalb ist der Ansatz: Mehr Demokratie in Fragen der inneren Organisation mißverständlich. Die gewerkschaftliche Willensbildung... soll... von einem Maximum an Demokratie getragen werden. Das ist durchaus vereinbar mit mehr Ausführungsdisziplin in der Organisationshirarchie. Der meinungsbildende Strang der Gewerkschaft (von unten nach oben) müßte gestärkt werden...wobei der Aussprachecharakter vordergründig sein sollte. Der hirarchische Strang sollte dagegen stärker zentralisiert werden. " Das ist allerdings unmißverständlich: Meinungsbildung im Sinne von Meinungsforschung (Aussprachecharakter) und disziplinierte Durchführung der Vorstandsbeschlüsse.

4. Das taktische Verhalten der IG-Metall

Der erste Beschluß zur Strategie der Tarifauseinandersetzung 1970 wurde im August gefaßt: regionale Verhandlungen, tarifliche Absicherung, Veränderung des Lohngruppenschlüssels, Abbau der unteren Lohngruppen, Verhandlungsbeginn während der Kündigungszeit.

Die Höhe der Lohnforderung wurde aus einer Befragung der Vertrauensleute bestimmt. 15% und 25% Leistungszulage, um die Effektivlöhne abzusichern. Die Forderung nach pauschalen Lohnerhöhungen, gleichen absoluten Beträgen für alle Lohngruppen, die sich als klare Tendenz schon in den Septemberstreiks ergeben hatte, wurde von der IG-Metallführung abgebogen durch die Forderung nach Abbau der unteren Lohngruppen (Lohngruppenschlüssel). Diese Forderung wurde in den Verhandlungen genauso aufgegeben, wie die nach Absicherung der Effektivlöhne, obwohl diese keine kostenwirksame Lohnerhöhung bedeutet hätte. Die Verhandlungsergebnisse brachten also keine Anhebung

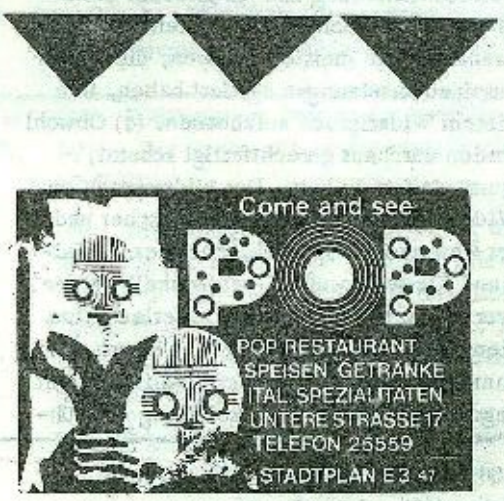
(4) Im Herbst 1969 vielfach auf den noch abstrakten Gegensatz von Spontaneität und Bürokratie (z.B. in Ffm).

der unteren Lohngruppen, in denen vor allem Frauen beschäftigt sind, also auch nicht den Ansatz einer Gleichstellung von Mann und Frau. Die nicht erfolgte Absicherung der Tariflöhne (höchstens 13 % bei 25 % bestehender Lohndrift) kommt einem Freibrief für die Unternehmer gleich, in der Krise die Löhne auf die Tariflöhe abzubauen. Von den 15 % Lohnerhöhung, die eindeutig als Mindestforderung bezeichnet wurde, wurden nur durchschnittlich 11% durchgesetzt. Die "demokratische Ermittlung" der Forderungen wurde durch die Verhandlungsführung zur Farce degradiert. Das Ergebnis bleibt zudem unter der Defensivlinie, Verteidigung der Lohnrate, die seit 1967 empfindlich gesenkt wurde und nur durch eine ungeheure Ausweitung der Überstunden in einem nach dem Krieg unbekannten Ausmaß vor einem stärkeren Absacken bewahrt blieb. Die IG-Metall hat also die minimale gewerkschaftliche Aufgabe der Lohnsicherung nicht erfüllt.

Der Ablauf der Verhandlungen aber zeigt, daß die IG-Metall aus den Septemberstreiks taktisch gelernt hat. Grundsätzlich gelang es der IG-Metall, selbst die zahlreichen Warnstreiks zu integrieren. Die regionale und zeitlich verschobene Verhandlungsführung verhinderte, daß aus den Warnstreiks eine Streikbewegung entstehen konnte. Meist waren die Warnstreiks von den Ortsverwaltungen inszeniert und damit von vom herein unter Kontrolle. Urabstimmungen und Versammlungen der Vertrauensleute wurden durch die Schlichtungsverhandlungen zur demokratischen Farce gemacht, oder in zynischer und spalterischer Weise gegen den Kampfwillen der Arbeiter gewendet. Dennoch blieben diese Integrationsanstrengungen ambivalent, wie ich aus der Gegenüberstellung der Auseinandersetzung in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zeigen möchte.

Nachdem in einem gelungenen ersten Überrumpellungsversuch die 10%-Abschlüsse in Hessen und fünf weiteren Tarifbezirken erzwungen wurden, wobei auf demokratischen Schein weitgehend verzichtet wurde, legte sich der Protest, und Brenner mußte erklären, daß Hessen kein Modellfall für die weiteren Verhandlungen sei. Die heftigsten Auseinandersetzungen entwickelten sich daraufhin in Nordrhein-Westfalen. Die Warnstreiks hatten ein Ausmaß erreicht, daß die Gewerkschaftzwang, die nach dem Scheitern der ersten Schlichtungsverhandlung angesetzte Urabstimmung zu verschieben, um nicht definitiv auf die Forderungen festgelegt zu werden. Das Ergebnis der in Eile einberufenen politischen Schlichtung konnte daraufhin zur Urabstimmung vorgelegt werden, in der nur noch dadurch für den Streik gestimmt werden konnte, daß man sich gegen die Empfehlung der Tarifkommission aussprach. Wer für den Lohnkampf und für die einheitliche ursprüngliche Forderung war, mußte mit nein stimmen. Der Streik konnte auf diese Weise verhindert werden, aber die demokratische Absicherung der Schlichtungspolitik mißlang. 51% stimmten gegen das Ergebnis, ganze Betriebe und Abteilungen gingen überhaupt nicht zur Urabstimmung. Die Taktik der Integration schlug insofern in ihr Gegenteil um, als die demokratische Farce die Artikulierung der innergewerkschaftlichen Opposition auch ohne Streik erlaubte. Die Gewerkschaftsführung erschien als Spalterin des einheitlichen Lohnkampfes. Anders in Baden-Württemberg. Vor allem im nördlichen Tarifbezirk gab es eine Reihe von Warnstreiks, viele Betriebe streikten zweimal, aber es gelang der Führung, sie auf die Verhandlungsführung hin zu funktionalisieren. Die erste Schlichtung scheiterte am Einspruch der Unternehmerseite und die Gewerkschaftsführung konnte so ihren Verrat an den eigenen Forderungen wieder zurücknehmen. Die erste Urabstimmung ging über die ursprüngliche Forderung, nachdem sie in der Schlichtung schon aufgegeben war. Ehe eine kritische Situation für die Führung entstehen konnte, war die Führung schon wieder auf Einheitskurs, den sie dann abermals verließ, allerdings mit dem Versprechen, nun mehr rauszuholen als in der ersten Schlichtung. In der darauf folgenden politischen Schlichtung kam dann ein knappes halbes Prozent mehr raus, dazu eine relative Verbesserung der Akkordlöhne. Das nordbadenwürttembergische Ergebnis schien außerdem wesentlich über den bisherigen Ergebnissen zu liegen (in Prozenten, absolut blieb es unter dem Ergebnis von Nordrhein-Westfalen). Fast 70% stimmten in einer zweiten Urabstimmung für das Ergebnis. Das Bewußtsein, dies „bessere" Ergebnis erkämpft zu haben, war vorherrschend und wurde auch in den Publikationen der IG Metall gestärkt. Der widersprüchliche Charakter der Gewerkschaften blieb latent, konnte aber von der Führung nicht in Richtung der sozialstaatlichen Politik gelöst werden, sondern nur in Zugeständnissen an den Kampfwillen der Arbeiterklasse.

Burkhard Braunbehrens



DIE KRISE DES BRITISCHEN KAPITALISMUS

DIE OFFENSIVE LOHNPOLITIK DER UNTERNEHMER, PRODUKTIVITÄTSABKOMMEN UND DIE "ANTI - STREIK" - VORLAGE

Ein kurzer Blick auf die gegenwärtige "Krise"

Das Echo der kapitalistischen Presse auf die Art, in der der mehr als vierwöchige Streik der Kommunalarbeiter Anfang November beigelegt wurde, könnte durchaus den Gedanken aufkommen lassen, der britische Kapitalismus habe sich am Rande des Zusammenbruchs befunden. (1) Die Beilegung des Streiks war das Ergebnis der Schlichtungsvorschläge von Sir Jack Scamp, dem Direktor der General Electric Company, der der Regierung für 13 Guineen (ca. 120 DM) pro Tag ausgeliehen worden war.(2) Danach wird der Wochenlohn um 50 sh erhöht, nachdem die Streikenden eine Erhöhung von 55 sh gefordert hatten. Der "Economist" stellt in einem Artikel mit der Überschrift "Führt ein Weg am Ruin vorbei?" diese Regelung als eine nationale Katastrophe dar (3), und der "Guardian" läßt uns wissen, daß die "Stimmung in Whitehall von unverhüllter Wut über Sir Jack Scamp und seine Kollegen in dem Untersuchungsausschuß gekennzeichnet ist, der vorige Woche praktisch die Kapitulation gegenüber den "dirty-job"-strikers empfohlen hat". (4) "Die Regierung", so erfahren wir, "sucht verzweifelt nach einem wirksamen Mittel gegen die zunehmend alarmierende inflationäre Situation"(5), und der "Guardian" selbst stellt in einem Leitartikel gar die Frage, "Können wir Karl Marx schlagen?" oder "Sind wir dazu verurteilt, Karl Marx posthum den Beweis für seine Theorien zu liefern?". Die später in diesem Leitartikel gestellte Frage, ob die "gemischte Ökonomie" wie eine rein kapitalistische Ökonomie an ihren inneren Widersprüchen zugrundegehen müsse, wird kurz und bündig mit "nein, nicht notwendigerweise, und jedermann in Großbritannien sollte etwas dagegen tun"(6), beantwortet. Das Problem besteht jedoch vermutlich darin, daß eben nicht jedermann etwas dagegen tut, und selbst ein Mann wie der Wirtschaftsprofessor Alan Day von der Universität London muß zugeben, daß die einzigen Maßnahmen, die die Inflation verhindern könnten, "davonzugalloppieren" keineswegs mit Sicherheit "im Rahmen unserer demokratischen Ordnung politisch akzeptabel" (7) sind. Sein eigener Lösungsvorschlag zeigt das ganze Maß der Originalität, die mittlerweile von diesen Hohepriestern der politischen Ökonomie zu erwarten ist. "Eine Arbeitslosenzahl in der Gegend von 1 Million über einen Zeitraum von 1 bis 2 Jahren müßte die Dinge wieder ins Lot bringen". Wir werden diese Fragen später noch unter einem anderen Gesichtspunkt behandeln.

Um seine Schlichtungsvorschläge zu rechtfertigen, erklärt der Scamp-Ausschuß in seinem Bericht ganz offen. "Unsere Vorschläge sind inflationär, aber das gleiche gilt für die Forderungen der Gewerkschaften und alle Angebote der Arbeitgeber. Wohl sind alle nennenswerten Lohnerhöhungen, die in Großbritannien im Laufe dieses Jahres ausgehandelt wurden, inflationär, und in der Kommunalverwaltung hat niemals Aussicht auf eine nichtinflationäre Regelung bestanden"(8). Der Erfolg der Kommunalarbeiter wird jetzt als Startsignal für einen allgemeinen Wettlauf um höhere Löhne angesehen. "Nach der Beilegung des Streiks der Kommunalarbeiter", schreibt die "Times", "befindet sich der größte Gefahrenherd für den Arbeitsfrieden in den Bergwerken, den Flughäfen, der Post, den Autofabriken und bei den Ersatzteilherstellern"(9). Die Inflation ist zum säkularisierten Teufel unserer Zeit geworden, und man bietet für ihn ebensoviele Erklärungen

1. Dies ist die übliche Taktik der herrschenden Klasse. Man verbreitet Panik in der Hoffnung, die Arbeiterklasse dadurch bereitwilliger gegenüber den Heilmitteln zu machen, die man für sie auf Lager hat.

2. The Observer, 15.11.70

3. The Economist, 7.11.70

4. The Guardian, 9.11.70. Die Bezeichnung "dirty-job strikers" (etwa: die Streikenden, die sonst die Dreckarbeit machen) ist interessant. Die Regierung weigerte sich, in dem Streik als Vermittler aufzutreten, weil sie meinte, daß das resultierende Chaos die Öffentlichkeit gegen die Streikenden aufbringen und damit den Boden für ihre Niederlage vorbereiten würde. Diese Bezeichnung ist ein Ausdruck der Sympathie der Öffentlichkeit für die Streikenden.

5. Bisher hat Heaths Heilmittel, "seine anti-inflationistische Bastelkiste", wie es der Economist vom 21.11.70 nennt, große Besorgnis hervorgerufen. Er hat bisher so gut wie nichts getan, um das Vertrauen in die alten "Marktmechanismen" zu stärken. Diese Heathsche "Politik der staatlichen Nichteinmischung" ist teils anachronistisch und beruht möglicherweise auf der richtigen intuitiven Erkenntnis, daß sich staatliche Einmischung und Privatkapitalismus nicht allzu gut miteinander vereinbaren lassen, (wie wir noch zeigen werden) teils eine Konzession an die potentiellen Powell-Anhänger unter seinen Wählern und teils zögernd gegenüber der sozialen Instabilität, die eine "rezessionäre" Politik in der gegenwärtigen Situation hervorrufen könnte. Seine Politik der Nichteinmischung hinderte die Regierung kürzlich natürlich nicht daran, Rolls Royce mit einem Kredit von 42 Mio. Pfund vor einem möglichen Bankrott zu retten.

6. Guardian vom 9.11.1970. Hier ist darauf hinzuweisen, daß der Ausdruck "gemischte Ökonomie" ein ideologischer Begriff ist. Die moderne kapitalistische Ökonomie ist nicht "gemischt", sondern rein kapitalistisch, wobei der Staat im Interesse des Kapitals "eingreift". Der Ausdruck soll suggerieren, daß der Staat eine neutrale Rolle spielt, was er natürlich nicht tut. Der Einfachheit halber werden wir diesen Ausdruck weiter verwenden, verstehen darunter jedoch immer eine kapitalistische Ökonomie, die zum Schutz der Kapitalinteressen des staatlichen "Eingriffes" bedarf.

7. Alan Day, The Observer, 15.1..70

8. The Economist, 7.11.70

9. The Times, 7.11.70

und Heilmittelchen an, wie für den unheiligen Teufel des Mittelalters. Anthony Harris, der Wirtschaftsredakteur des "guardian", greift dies Bild auf und zeigt, wie sehr er selbst ihm verhaftet ist:

"Die Inflation, der wir gegenüberstehen, nimmt Züge des Wahnsinns an. Es fehlt nicht an Rezepturen, doch ich brauche nur einige davon aufzuzählen, um zu zeigen, daß ihnen keinerlei gemeinsame Einschätzung der Krankheit zugrundeliegt. Einige von ihnen sind meines Erachtens ihren Ergebnissen nach ebenso primitiv wie die Mittel des Zeitalters der Abführmittel und Aderlässe."

Und seine eigene Liste möglicher Heilmittel rangiert von knapperem, teuererem Geld ("Financial Times" und "Times"), niedrigeren Gesellschaftssteuern (Confederation of British Industries CBI), einer freiwilligen Einkommens- und Wachstumspolitik bis zum kompromißlosen Widerstand gegen Streikende ("Economist"). Seine eigene Auffassung von der Inflation ist aufschlußreich; aber nicht für die Inflation, sondern für diesen Mann selbst.

"Die gegenwärtige Inflation - darüber herrscht meines Erachtens sehr weitgehende Einigkeit - ist in erster Linie psychologisch bedingt: Es handelt sich eher um eine Kosteninflation als um eine Nachfrageinflation. Kurz gesagt, die Preise werden nicht dadurch in die Höhe getrieben, daß wir von der Wirtschaft mehr verlangen, als sie zu leisten imstande ist, was eine Preissteigerung der Ressourcen durch konkurrierende Angebote zur Folge hätte. Im Gegenteil, die Wirtschaft könnte mehr leisten. Preise, Löhne und Zinssätze steigen, weil diejenigen, die Dienstleistungen und Güter zur Verfügung stellen und Geld verleihen, sich gegen eine von ihnen erwartete Inflation zu schützen suchen und dadurch diese Inflation unvermeidlich machen."

Er schlägt als Heilmittel gegen dieses "psychologische Mißverständnis" ein fast vollständiges Einfrieren der Reallöhne vor - d.h. niedrige Lohnsätze, verbunden mit einer Kompensierung von Erhöhungen der Lebenshaltungskosten - einhergehend mit einer Währungspolitik und ausreichenden Steuersenkungen, die geeignet sind, die Wirtschaft ein wenig zu stimulieren (10). Die Psychologie des Arbeiters verdient offensichtlich größte Aufmerksamkeit. Anscheinend braucht man nur drei von ca. 10 Heilmittelchen auszuwählen, wobei stets darauf zu achten ist, daß eine Lohnkontrolle dabei ist. Wenn man dann noch etwas Salz dazugibt und umrührt, ist der Zaubertrank fertig. Soviel über das Verständnis, das die Sprecher der kapitalistischen Presse von politischer Ökonomie haben.

In diesem Aufsatz soll ein anderer Rahmen für die Diskussion der gegenwärtigen Krise, insbesondere der Inflation, aufgezeigt werden. In diesem Kontext sollen dann die Rolle der Einkommenspolitik, der Produktivitätsabkommen und die jüngsten Vorschläge zur Gewerkschaftsgesetzgebung erläutert werden. Nach der dabei zu entwickelnden Auffassung "ist die Inflation tatsächlich das Produkt des Klassenkampfes unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus, der nur über sehr geringe oder gar keine Reserven an unbeschäftigten Arbeitern verfügt" (11). Das impliziert auf der einen Seite monopolartige Unternehmen, denen auf der anderen Seite eine erfahrene und gut organisierte Arbeiterbewegung gegenübersteht. Hinzu kommt noch eine weitere äußerst wichtige Kraft, die die Inflation der gegenwärtigen Phase schürt, der kapitalistische Staat. Mit dem Anwachsen des Phänomens, das als "permanent arms economy" (12) bezeichnet wird, haben die gegenwärtigen Staatsausgaben für Waffen- und andere Vergeudungsproduktion durch Defizitfinanzierung und Kreditexpansion zum Inflationsdruck beigetragen. Diese "Überhitzung" der Konjunktur wird in einem Industriestaat mit starker Arbeiterbewegung immer noch eher in Kauf genommen, als die politischen Konsequenzen, die eine Massenarbeitslosigkeit nach sich ziehen würde.

Marxistische politische Ökonomie

Nach Marx bestimmt "das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital den gesamten Charakter der kapitalistischen Produktionsweise"(13). Die Arbeitswerttheorie, das grundlegende Werkzeug der Analyse für die marxistische Ökonomie, bezieht sich auf die spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise.

Der Arbeitsprozeß wird zu einem werterzeugenden Prozeß, und die gesellschaftlichen Verhältnisse werden in der kapitalistischen Produktionsweise in ökonomische Kategorien überführt. Die Produktion unter kapitalistischen Verhältnissen orientiert sich nicht an Konsumbedürfnissen, d.h., nicht an der Produktion von Gebrauchswerten, sondern am Profit, d.h. an der Produktion von Tauschwerten. Der Doppelcharakter der Ware unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen, nämlich Gebrauchswert und Tauschwert zu sein, stellt den Grundwiderspruch im kapitalistischen System dar.

Der Arbeiter verkauft dem Kapitalisten nicht seine "Arbeit", sondern seine "Arbeitskraft", einen spezifischen Gebrauchswert, eine spezifische Ware. Dieser Gebrauchswert hat die spezifische Fähigkeit, neben seinem eigenem Tauschwert Mehrwert zu erzeugen. Mehrwert ist die Differenz zwischen dem Tauschwert der Arbeitskraft und ihrer tatsächlichen Produktivität. Dies impliziert ein

10. Guardian, 9.11.70 Man sollte hier erwähnen, daß der Dynamismus", der in "statischen" Modellen der bürgerlichen Ökonomie eingeführt wird, ein Pseudo-Dynamismus ist. Er umfaßt gewöhnlich 'time-lags' und Erwartungskorrekturen usw. Das erklärt in Wirklichkeit sehr wenig, doch man kann nicht von bürgerlichen Theoretikern dynamische Modelle erwarten, die die Widersprüche des kapitalistischen Systems aufzeigen. Um die "heutige Inflation" zu erklären, mußte Harris eine Beziehung zwischen dem Volk und der "Inflation von gestern" annehmen, die die "Inflation" kaum erklärt und nur "vage" aufzeigt, warum sie andauert.

11. T. Cliff und C. Barker, Incomes Policy, Legislation and Shop Stewards, London 1966, S. 19.

12. M. Kidron, Western Capitalism Since the War, Penguin 1969.

13. Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band MEW 25, S. 896f.

Zeitverhältnis zwischen der zur Reproduktion des Arbeiters notwendigen Arbeit und der Arbeit, die dem Kapitalisten als Mehrprodukt zufällt und später als Profit realisiert wird. Diese Produktionsweise ergibt sich aus der Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln, die sie, damit sie leben können, dazu zwingt, ihre Arbeitskraft an die Besitzer von Kapital zu verkaufen. Dies ist die Grundlage für die Marxsche Theorie der kapitalistischen Ausbeutung.

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität im Kapitalismus führt zur Verminderung des Tauschwerts von Waren verglichen mit ihrem Gebrauchswert (sie werden mit geringerem Aufwand an Arbeitszeit produziert, wobei die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit den Wertmaßstab darstellt) in Verbindung mit einer Vergrößerung der Menge von Gebrauchswerten, die den sich verringernden Tauschwert ausgleicht. Aus kapitalistischer Sicht ist eine Produktivitätssteigerung sinnlos, solange sie keine Vergrößerung des Mehrwerts mit sich bringt. Das bedeutet eine Veränderung des Verhältnisses der Mehrarbeitszeit zur notwendigen Arbeitszeit. Diese Veränderung der Mehrwertrate oder des Ausbeutungsgrades wird herbeigeführt entweder durch eine Verlängerung desArbeitstages (absoluter Mehrwert) oder eine Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit, d.h. eine Verringerung ihres Tauschwertes oder des Lohns(relativer Mehrwert)(14). Die profitable Akkumulation von Kapital erfordert die fortwährende Erhöhung des Mehrwerts und dadurch die fortwährende Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität.

Bevor wir Marx' allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation formulieren können, müssen wir zunächst den Begriff der organischen Zusammensetzung des Kapitals einführen. In Werten ausgedrückt, bedeutet dies das Verhältnis, in dem das Gesamtkapital sich aufteilt in konstantes Kapital, d.h. Wert der Produktionsmittel, und variables Kapital, d.h. Wert der Arbeitskraft oder Gesamtsumme der Löhne. Das Wachstum des organisch zusammengesetzten Kapitals bedeutet, daß die Masse der Produktionsmittel und die Produktion selbst schneller wachsen als der Wertumfang des Kapitals. Dies folgt aus der Verminderung des Tauschwerts, verursacht durch die gesteigerte Arbeitsproduktivität. Wenn die Mehrwertrate, das Verhältnis von unbezahlter zu bezahlter Arbeit, gleichbliebe, würde die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals zu einer fallenden Profitrate führen, da nur der variable Teil des Kapitals Mehrwert schafft, während die Profitrate an den gesamten Investitionen, d.h. an konstantem und variablem Kapital gemessen wird.

Dieses Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate wird von Marx "das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation" genannt.(15).

Da die Steigerung der Produktivität, des Mehrwertes und der Akkumulation von Kapital (für den Kapitalismus) ein und derselbe Vorgang ist, wird der tendenzielle Fall der Profitrate ausgeglichen durch die gesteigerte Arbeitsproduktivität, die aus der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals folgt. Solange die Mehrwertrate erhöht werden kann, bleibt der tendenzielle Fall der Profitrate nur latent. Dies kann auch anders ausgedrückt werden: in den Worten von Marx: "...das Kapital (muß) in größerer Proportion wachsen, als die Profitrate fällt... Damit der variable Bestandteil des Gesamtkapitals nicht nur absolut derselbe bleibe, sondern absolut wachse, obgleich sein Prozentsatz als Teildes Gesamtkapitals fällt, muß das Gesamtkapital in stärkerem Verhältnis wachsen, als der Prozentsatz des variablen Kapitals fällt."(16)

Der Prozeß der Akkumulation selbst arbeitet gegen den tendenziellen Fall der Profitrate, oder abstrakter ausgedrückt, zusammen mit der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals muß die Masse des Mehrwerts ausreichend mit der Masse des akkumulierten Kapitals steigen, um den latenten Fall der Profitrate auszugleichen. Nach dieser Theorie wird der Kapitalismus zu einer immer höheren gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität getrieben, um die Stagnation, die auf einen tatsächlichen Rückgang der Profitrate folgen würde, zu verhindern (17). Aber dieser Prozeß kann nicht ewig fortwähren. Mattick stellt dies wie folgt fest:

"Der Ausgleich der relativen Verringerung der Zahl der Arbeiter durch intensivere Ausbeutung kann nicht 'ewig' fortwähren, sondern muß allmählich seine absolute Grenze finden an der immer größer werdenden Masse des sich selbst verwertenden Kapitals und den Erfordernissen seiner Expansion. Wie groß auch immer die Zahl der Arbeitskräfte in der realen kapitalistischen Welt sein mag, in bezug auf das ständig schneller wachsende Kapital, muß sie zu einer sich relativ verringernden Quantität Mehrwert erzeugender Arbeitskraft werden. Bis zu ihrem 'logischen Ende' fortgeführt, wird die ständig beschleunigte Kapitalexpansion den relativen Fall der Profitrate in einen absoluten verwandeln, wegen eines Mangels von Mehrwert in bezug auf die aufgeblähte Kapitalmasse. Wenn dies geschieht, wird Marx' Modell der Kapitalakkumulation mit der Wirklichkeit übereinstimmen"(18).

Die Krise des Kapitalismus beruht auf diesem Zwang, einem Rückgang der Profitabilität zuvorzukommen. Die

14. Paul Mattick, Marx and Keynes, Extending Horizon Books, Boston USA 1969, S.58

15. Das Kapital, Bd.1, S.674

16. Das Kapital, Bd.3, S.232

17. Eine andere Möglichkeit ist die fortwährende Verlängerung des Arbeitstages. Da jedoch die Tendenz im modernen Kapitalismus dem zuwiderläuft, lassen wir sie unberücksichtigt. Dennoch ist die Frage der Überstunden in der modernen Industrie in diesem Zusammenhang interessant; wir werden sie jedoch hier nicht behandeln. Staatliche Eingriffe sind auf diesem Abstraktionsniveau nicht relevant. Wir werden uns später damit befassen.

18. Mattick, op.cit., S.65

Akkumulation muß ständig einhergehen mit der Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Das Kapital hat jedoch die Tendenz, "die Produktivkräfte absolut zu entwikkeln, abgesehen vom Wert und dem in ihm eingeschlossenen Mehrwert", wenngleich das Ziel der Produktion "die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maß" ist (19). Wenn die Expansion der Produktion ihre Profitabilität übersteigt, kommt der Prozeß der Akkumulation zum Halten. Diese Unterbrechung des Akkumulationsprozesses ruft die Krise im Kapitalismus hervor. Sie stellt eine Überproduktion von Kapital, bezogen auf den Grad der Ausbeutung dar. Vom Standpunkt der Profitabilität ist das auf dieser Stufe existierende Kapital gleichzeitig zu klein und zu groß: es ist zu groß in bezug auf den bestehenden Mehrwert, und es ist nicht groß genug, um den Mangel an Mehrwert zu überwinden (20). Nur in bezug auf die Profitabilität ist zuviel Kapital produziert worden. Dies ist keine materielle Überproduktion der Produktionsmittel, denn die Welt ist in diesem Sinne nicht ausreichend kapitalisiert (21). Es gibt nicht einmal genügend Produktionsmittel, um selbst die minimalsten Bedürfnisse der Weltbevölkerung zu befriedigen. Dies unterstreicht noch einmal den zentralen Widerspruch zwischen der Ware als Gebrauchswert und der Ware als Tauschwert, zwischen der Produktion für den Gebrauch und der für den Profit.

Die Auswirkungen der Krise zeigen sich in der Verringerung des bestehenden Kapitalwerts und der nachfolgenden Depression. Dieselbe Menge von Gebrauchswerten vor der Krise stellt einen geringeren Tauschwert nach der Krise dar. Der durch den unveränderten Gebrauchswert des Kapitals bestimmte Mehrwert wird in bezug auf einen geringeren Gesamtwert des Kapitals relativiert. In Hinblick auf die organische Zusammensetzung des Kapitals verändert sich materiell nichts (immer vorausgesetzt, daß nichts durch Krieg oder aus anderen Gründen zerstört worden ist), während sich sein Wert verringert hat. Diese Anpassung erhöht die Profitabilität des überlebenden Kapitals und der Prozeß der Akkumulation beginnt erneut. Tatsächlich bedeutet dies eine erhöhte Konzentration des überlebenden Kapitals (die Kapitalisten ersetzen einfach ihre schwächeren "Brüder" oder kaufen sie auf) und einen Konjunkturaufschwung.

Nach Marx müssen Krisen im Kapitalismus erklärt werden "aus der realen Bewegung der kapitalistischen Produktion, der Konkurrenz und der Kredite". Die Wertanalyse der kapitalistischen Entwicklung postuliert die Möglichkeit von Krisen durch die bloße Betrachtung des allgemeinen Charakters des Kapitals, ohne Berücksichtigung der zusätzlichen und realen Verhältnisse, die die Bedingungen für die reale Produktion bilden"(22). Wir gehen nun zur Untersuchung der sogenannten gemischten Ökonomie über und werden zu zeigen versuchen, wie diese Grundwidersprüche sich heute in der bestehenden Krisensituation manifestieren.

Die gemischte Ökonomie

Seit der letzten großen Depression in den dreißiger Jahren wurde allgemein angenommen, daß sich Marx' Voraussagen über die wachsende Schärfe von Krisen mit dem darauffolgenden Zusammenbruch als falsch erwiesen haben. Die "reformistischen" Tendenzen der "Keynesianischen Revolution", die direkten Eingriffe des Staates zur Beeinflussung des Marktmechanismus und der Beginn der gemischten Ökonomie haben, so sagt man, den Kapitalismus vor dem "vorzeitigen" Ende, das Marx ihm prophezeihte, gerettet. Zumindest einer interpretiert diese neue Situation jedoch ganz anders. Paul Mattick sagt in seinem Buch "Marx and Keynes" folgendes zu der gegenwärtigen "Stabilität": "Der 'innere Widerspruch' zwischen Gebrauchswert und Tauschwert ... (und) ... die Beherrschung und Kontrolle der materiellen Produktion nach Wertgesichtspunkten ... wird (nun) historisch verdeutlicht durch das Aufkommen nahezu ständiger Krisenbedingungen, die nun merkwürdigerweise als Zähmung der Konjunktur durch bewußte Eingriffe in den Marktmechanismus gefeiert werden" (23). Welche Strukturveränderungen sind im modernen Kapitalismus aufgetreten, und manifestieren sie tatsächlich diesen "inneren Widerspruch" ?

19. Das Kapital, Bd. 3, S. 259. Es gibt viele Versionen der Konjunkturtheorie, die das zu erklären versuchen.

20. Mattick, op. cit., S. 68

21. Mattick, op. cit., S. 70

22. Marx, Theorien über den Mehrwert, Stuttgart 1905, Band 2, S. 286 und 264, zit. von Mattick, op. cit., S. 61.

23. Mattick, op. cit., S. 69. Ein Großteil der theoretischen Analyse bezieht sich auf Matticks Erweiterung der traditionellen marxistischen politischen Ökonomie bis zur gemischten Ökonomie.

Um die Jahrhundertwende reichte der Konjunkturmechanismus nicht mehr aus, um eine Umstrukturierung des Kapitals zu höherer Profitabilität hervorzubringen. Dies zeigt sich anhand der Analyse derWirtschaft zwischen den Krisen. Mattick bemerkt dazu drastisch: "Die Konjunktur als Werkzeug der Akkumulation hatte anscheinend ihr Ende gefunden; oder besser gesagt, der Konjunkturzyklus wurde zum 'Zyklus' von Weltkrisen. Obgleich diese Situation politisch erklärbar sein mag, war sie auch eine Folge des Prozesses kapitalistischer Akkumulation" (24).

Der erste Weltkrieg bedeutete das endgültige Ende der britischen Beherrschung der Weltwirtschaft und die Übertragung der wirtschaftlichen Macht auf die USA (25). Amerikas Reichtum war 1929 zweieinhalb mal so groß wie 1914 (26). Es sollten noch weitere Kriege kommen, der Zweite Weltkrieg, der Koreakrieg, der Vietnamkrieg und mit ihnen der steigende Einfluß der Rüstung in der Wirtschaft, und zwar in einem Ausmaß, das heute die Rüstungsausgaben ungefähr der Hälfte der Bruttoinvestitionen entsprechen (27). Es ist heute vielleicht tatsächlich angebracht, von einer "permanent arms economy" zu sprechen. Die keynesianischen Vorschläge zur Rezessionshemmung müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Die Kriegsperiode hatte den Staat bereits dazu gebracht, massiv in die Wirtschaft einzugreifen. Das grundlegende Argument der Keynesianer besagte, daß staatliche Eingriffe notwendig seien, um die effektive Nachfrage zu erhöhen und den Rückgang der privaten Kapitalinvestitionen auszugleichen. "Waste production" und andere Arten staatlich induzierter Nachfrage stellen in der marxistischen Terminologie die Realisierung bereits erzeugten Mehrwerts dar. Sie könnte die Form der Rüstungsproduktion oder verschiedenartiger öffentlicher Arbeiten und Sozialleistungen annehmen. (27a) Tatsächlich wird die Rüstungsproduktion immer den Sozialprojekten vorgezogen.

Mattick sagt: "Kriegsproduktion war dann in ihren Auswirkungen keine wirkliche 'waste production', sondern ein Mittel für die Wiederaufnahme des Akkumulationsprozesses. In diesem Sinn war sie nicht nur eine Unterstützung für Rüstungsproduzenten, sondern auch eine Bedingung für die höhere Profitabilität des Nachkriegskapitalismus" (28). Das ist jedoch noch nicht alles: "Rüstungsproduktion ist in erster Linie nicht einfach eine andere Form staatlicher Ausgaben. Für die herrschende Klasse in Amerika stellt sie besonders annehmbare und sogar notwendige Produktionskosten dar, um die Welt für die Ausbeutung durch die Amerikaner offenzuhalten. Sie steigert die Hoffnung, daß sich die gegenwärtige waste production der Rüstungswirtschaft eines Tages durch die US-Ausbeutung des Auslandes bezahlt machen wird" (29).

Hier sollte hinzugefügt werden, daß steuer- und währungspolitische Eingriffe des Staates in die Wirtschaft in der Regel entstabilisierende Auswirkungen gehabt haben (30), oder wie in England oftmals, eher zur Entstehung als zur Beilegung von Arbeitslosigkeit geführt haben. Die ständige Innovation allein kann die zwei letzten Jahrzehnte der Stabilität nicht erklären. Innovation ist wichtig, jedoch kaum autonom, der Kapitalismus revolutioniert seine Methoden nur, wenn auf diese Weise größere Profite gemacht werden können als auf anderem Wege. Die Stabilität muß hauptsächlich durch die Rolle, die die Rüstungsproduktion in der Wirtschaft spielt, erklärt werden. Wie wir bereits feststellten, geht die Hälfte de Weltbruttoinvestitionen in die Rüstungsproduktion. Das sollte als Beweis genügen. Im FalleAmerikas war dies nicht einmal genug, um die produktiven Ressourcen voll auszuschöpfen. Mattick führt aus: "Nur unter der Bedingung groß angeleg-

24. Mattick, op.cit.,S.135. In dieser Schrift nehmen wir keine Untersuchung des "Imperialismus" vor. Für eine vollständige Analyse wäre dies offensichtlich notwendig, aber für die folgende Untersuchung der heutigen Verhältnisse in Großbritannien ist es nicht unbedingt erforderlich.

25. Die Gründe, die für Großbritanniens Niedergang angeführt werden, sind zahlreich. Ein wichtiger Grund war der, daß Großbritanniens Wirtschaft ungefähr in den letzten dreißig Jahren des 19.Jahrhunderts "eher zueiner parasitären als zu einer konkurrierenden Wirtschaft wurde, die von den Überresten ihres Weltmonopols, den unterentwickelten Ländern, ihrem in der Vergangenheit angehäuften Reichtum und dem Fortschritt ihrer Rivalen lebte". "Die britische Wirtschaft tendierte insgesamt dazu, sich von der Industrie zum Handel und Finanzwesen zurückzuziehen, wo unsere Dienstleistungen unsere zukünftigen Konkurrenten neu stärkten, aber auch sehr zufriedenstellende Profite brachten. Großbritanniens jährliche Überseeinvestitionen begannen tatsächlich die Nettoinvestitionen um das Jahr 1870 zu übersteigen," E.Hobsbawn, Industry an d Empire, Weidenfeld and Nicolsen 1968, S.161

26. Mattick, op.cit.,S.136

27. M.Kidron, op.cit.,S.49

27 a Bei den verstaatlichten Industriezweigen liegt die Sache etwas schwieriger, und eine korrekte Analyse hinge hier von der Art und den der Verstaatlichung zugrundeliegenden Intentionen ab. In Großbritannien, wo die verstaatlichten Industriezweige sich bereits in der Phase der Stagnation und der permanenten Verschuldung befinden, würde sich unsere Analyse kaum ändern. In jedem Falle sind die zur Sanierung dieser Industriezweige aufgewandten Kosten nur ein Bruchteil des Haushalts.

28. Mattick, op.cit.,S.137f.

29. Joel Stein, Locating the American Crisis, International Socialism 41, S.14.

30. Die meisten empirischen Analysen beweisen dies. Zur Untersuchung und für weitere Hinweise siehe Kidron, op.cit.

ter Kriege ... , in denen fast die Hälfte des Bruttosozialprodukts der Kriegsproduktion diente, wurden die produktiven Ressourcen voll ausgenutzt."(31) Vielleicht ist es also richtig, die gemischte Ökonomie als Kapitalismus in ständiger Krise zu beschreiben.

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, um die fallende Rate der privaten Kapitalbildung auszugleichen, haben dann durch Rüstungsausgaben und andere staatlich induzierte Produktion zwei Jahrzehnte lang das Produktions- und Handelswachstum sowie annähernde Vollbeschäftigung gesichert, wobei zur Vollbeschäftigung im allgemeinen auch noch die Arbeitslosigkeit gehörte, die für die Effektivität des Kapitalismus sozial annehmbar und wünschenswert ist. Kürzlich sind durch Amerikas ständige wirtschaftliche Stagnation und die Hemmung westeuropäischer Expansion neue Probleme aufgetreten. In diesem Zusammenhang muß man über das Problem der Inflation sprechen.

Die Ersetzung der unzureichenden Marktnachfrage durch staatlich induzierte Nachfrage ist in Europa und Amerika ein inflationärer Vorgang gewesen. Sie erforderte in großem Maße Defizitfinanzierungen und eine Währungspolitik, die sie ermöglichte. Letzteres ging Hand in Hand mit einem enormen Anstieg privater Verschuldungen von Unternehmen und Einzelpersonen. 1969 betrug die gesamte Nettoprivatverschuldung 1.247,3 Milliarden Dollar, und das Bruttosozialprodukt 932,1 Milliarden Dollar, so daß sich der Prozentsatz der Verschuldung gegenüber dem Bruttosozialprodukt auf 133,8 % belief. In bezug auf den Konsumenten ist seine gesamte Schuldenlast seit dem Zweiten Weltkrieg um das Fünfzehnfache gestiegen, während sein verfügbares Einkommen weniger als vierfach gestiegen ist (32). Genau diese Expansions- und Investitionsanleihen sind, abgesehen von staatlichen Maßnahmen, für den allgemeinen wirtschaftlichen Wohlstand verantwortlich (33). Man muß hier klarstellen, daß nicht ausschließlich das verfügbare Kreditvolumen Investitionen anregt und die Bedingungen für den Wohlstand schafft, sondern die zu erwartende Profitabilität des Kapitals, die durch die derzeitige Profitabilität des Kapitals angezeigt wird. Die Schuldenlast muß abgetragen werden, und ob dies möglich ist, hängt von der gegenwärtigen Profitabilität des Kapitals ab.

Inflationen entstehen, wenn das Geldeinkommen schneller steigt als das Realeinkommen. "Ein schwacher Inflationsgrad ist wahrscheinlich dem kapitalistischen Wachstum dienlich; er verringert den Wert aufgehäufter Schulden, zerstört einen Teil des Betrages, den die Arbeiter durch Lohnerhöhungen erhalten haben und stärkt das Vertrauen in die Wirtschaft." (34) In der Inflation steigen die Löhne weniger als die Preise anderer Waren, sie sind träger in ihrer Bewegung, um in gebräuchlichem Jargon zu sprechen. Die Inflation führt daher zu höheren Profiten und zu einem höheren Grad der Kapitalbildung (35). Die zur Inflation beitragende staatlich induzierte Nachfrage hilft der Kapitalistenklasse bei der Umverteilung des Einkommens durch den Inflationsprozeß, für den sie hauptsächlich verantwortlich ist. Staatliche Produktion ist keine profitable Produktion im marxistischen Sinn. Sie erzeugt keinen Mehrwert, sondern trägt zur profitablen Realisierung des bereits erzeugten Mehrwerts bei. Durch Defizitfinanzierungen und die begleitende Inflation wird die nicht profitable Inflation teilweise durch höhere Preise ausgeglichen. Inflation ist laut Mattick: "... eine andere Form der Unterstützung des 'big business' durch die Regierung. Sie ist nur eine der Techniken, mit denen das Einkommen der Masse der Bevölkerung in die Hände der von der Regierung begünstigten Unternehmer fällt." (36)

Solange die Inflation nur schwach bleibt, hilft sie die Profitabilität des Kapitals intern zu verbessern und steigert dadurch die Konkurrenzfähigkeit in bezug auf andere Volkswirtschaften, d.h. extern. Natürlich werden selbst bei einer schwachen Inflation diejenigen am meisten betroffen, die von einem festen Einkommen oder der Sozialfürsorge abhängig sind, d.h. im allgemeinen die schwächer organisierten Arbeiter und die schwächeren Teile der Gesellschaft überhaupt. Die Probleme dieser Teile der Gesellschaft treten jedoch gewöhnlich zu Zeiten auf, in denen die straffer organisierten Teile der Arbeiterklasse in rascher Folge Lohnforderungen erheben.

Die staatlich induzierte Nachfrage enthält freilich ein widersprüchliches Element, und zwar soweit die Regierungen private Ressourcen entweder besteuern oder beleihen, um private Unternehmer zur Rüstungsproduktion anzuregen: "Ihre Produktionskosten und Profite werden, obwohl vom Staat bezahlt, in Wirklichkeit aus den (privatwirtschaftlichen) Beiträgen für den Staat aus Steuern oder Anleihen bezahlt - wobei letztere lediglich einen Steueraufschub implizieren." (37) Vom gesamtgesellschaftlichen Standpunkt aus, nicht dem des einzelnen Rüstungsproduzenten (wir bleiben bei diesem Beispiel, es könnte jedoch auf den größten Teil der staatlich induzierten Produktion erweitert werden) entzieht die Rüstungswirtschaft dem Markt einen steigenden Teil der "Endprodukte" und verringert deshalb profitable produktive Investitionen. "Statt der Akkumulation von Kapital werden Staatsschulden akkumuliert,"(38) sodaß

31. Mattick, op.cit.

32. Monthly Review, Sept. 1970, Review of the Month, S.5-6. Die Zahlen von 1946 waren 153,4 und 208.5 bzw. 73%.

33. a.a.O., Seite 5

34. M.Barrat Brown, After Imperialism, Merlin Press 1970, S. 308

35. Mattick, op.cit., S 185f

36. a.a.O., S.184

37. Mattick, Arms and Capital, International Socialism 34, S. 34, 1968

38. a.a.O., S.34

"... eine fallende Expansionsrate des Kapitals die Regierungen zwingt, die Produktion für den Markt durch 'waste production' zu ergänzen, um Vollbeschäftigung und gesellschaftliche Stabilität sicherzustellen. Dies sind jedoch kapitalistische Unkosten, die das Überhandnehmen verborgener Krisenbedingungen anzeigen und die nur scheinbar und auch nur zeitweise überwunden werden können, und zwar durch eine Ausweitung des Kreditmechanismus mit Hilfe von Staatsanleihen, deren Begrenzung in dem relativ zurückgehenden profitproduzierenden Sektor der Wirtschaft liegt."(39) Die staatlichen Eingriffe stellen also eine Beeinträchtigung des privaten Sektors dar (40).

Ginge alles neugebildete Kapital in die "waste production", so hörte die Akkumulation von Kapital auf. Nichtakkumulierendes Kapital bedeutet jedoch "einen Kapitalismus in der Krise, denn nur durch Kapitalexpansion reicht die Marktnachfrage zur Realisierung von in der Produktion gemachten Profiten aus."(41). Deshalb gibt es in der kapitalistischen Wirtschaft Grenzen der Rüstungsproduktion und anderer staatlich induzierter Nachfragen, die von der Akkumulationsrate und letztlich der Profitrate diktiert werden. Während die Produktion im "nichtprofitablen" Produktionsbereich wächst, vor allem bei der "waste production" und bei anderen Arten staatlich induzierter Produktion, geht die Profitproduktion in bezug auf die Gesamtproduktion schneller als zuvor zurück, was wiederum eine noch raschere Vergrößerung des Mehrwerts erfordert, um den Fall der Profitrate zu verhindern. Solange die Arbeitsproduktivität genügend gesteigert werden kann (= relative Erhöhung der Mehrwertrate), um die erforderliche Profitrate und die nichtprofitable Produktion zu erhalten, wird letztere und hier vor allem die 'Rüstungswirtschaft" tatsächlich die Ursache für annähernde Vollbeschäftigung und gesellschaftliche Stabilität sein. Dieser Vorgang ist jedoch selbst-zerstörerisch:

"Um die Kosten der Rüstungsproduktion (etc.) zu decken, muß der Ausbeutungsgrad der Arbeit ständig erhöht werden. Das bedeutet eine höhere organische Zusammensetzung des Kapitals und eine Verringerung der ausbeutbaren Arbeitskraft im Verhältnis zum wachsenden Kapital. Um einen hohen Beschäftigungsgrad stets aufrechtzuerhalten, muß die Rüstungsproduktion schneller steigen als die Gesamtproduktion. Dies beinhaltet jedoch die langsame Verminderung des Privatkapitals (im Verhältnis zum Gesamtkapital - Anm.d.Übers.), die nur durch einen Stopp der Ausweitung der Rüstungswirtschaft gebremst werden kann" (42).

In dieser Lage wird die Profitabilität des Kapitals sowohl durch die Ausweitung als auch durch die Kürzung der Rüstungsproduktion und anderer nichtprofitabler Produktion gefährdet. "Während eine gesteigerte Rüstungsproduktion die Akkumulation von Kapital bedroht, erzeugt ihre Verringerung nicht notwendigerweise eine zur Sicherung gesellschaftlicher Stabilität ausreichende Akkumulationsrate" (43). Ein Ausweg aus dem Dilemma wäre der Versuch, die Löhne zu senken und dadurch die Profitabilität zu erhöhen. Da die Anpassung der Markt- und Preisverhältnisse mit Hilfe von Währungs- und Steuerpolitik zur Senkung der Löhne in dieser Hinsicht nicht zufriedenstellend war, wandte man zu diesem Zweck ein anderes Mittel an, nämlich Lohnkontrolle durch Einkommenspolitik. Gewöhnlich wurde sie begleitet von Versuchen, Lohnerhöhungen mit Produktivitätsabkommen zu verbinden. Der Zweck ist derselbe, nämlich die Steigerung des Ausbeutungsgrades, die notwendig ist, um den wachsenden nichtprofitablen Bereich der Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

Wie schon gesagt, ist die Vergrößerung des nichtprofitablen Wirtschaftsbereichs und besonders der Rüstungsproduktion ein inflationärer Prozeß gewesen, der eine enorme Ausweitung der Kreditmöglichkeiten beinhaltet. Das Ausmaß von Inflation und Kreditsteigerung beruht auf der Arbeitsproduktivität und letztlich der Profitabilität des Kapitals. Die Widersprüche der gemischten Ökonomie, die wir angedeutet haben, werden sich mehr oder weniger unterschiedlich in den verschiedenen Volkswirtschaften zeigen. Da die Beziehungen zwischen den Nationalwirtschaften außerordentlich wichtig sind - ein Beweis dafür sind die immer wiederkehrenden internationalen Währungskrisen- sind Ereignisse wie in den USA wichtige Anzeichen für andere Volkswirtschaften. Es folgt nun ein Beispiel, wie sich der oben behandelte grundlegende Widerspruch in der gemischten Ökonomie gegenwärtig in den USA darstellt.

Im ersten Viertel des Jahres 1970 wurde in den USA das Verteidigungsbudget geringfügig gekürzt (44), und wirkte sich verstärkend auf die Rezession im privaten Investitionsbereich aus. Es bestehen jedoch Unterschiede zwischen dieser Rezession und vorhergegangenen Nachkriegsrezessionen. "Der springende Punkt dabei ist, daß zum ersten Mal in der Nachkriegszeit eine wachsende Anzahl von riesigen Unternehmen bankrott ging bzw.vor dem Bankrott standen" (45). Die unmittelbare Ursache dafür liegt darin, daß aufgrund der bedeutenden Rolle, die Kredite in den umfangreichen Investitionsplänen großer Unternehmen spielen, "jeder geringfügige Rückschlag in der Wirtschaft die aufgeblähte Finanzstruktur erschüttert und (droht,) sie wie ein

39. Ibid.

40. Die Regierung unter Heath versucht die Ausgaben der Regierung zu kürzen, um der Privatwirtschaft zu helfen. Deshalb werden die Budgets für die verstaatlichten Industrien auf 42 Mio. Pfund bis 1971/72 reduziert. Das hinderte sie nicht daran, Rolls Royce zu retten, wie schon früher erwähnt. Sie erhöhten ebenfalls in ihrem ersten Budget die Gebühren für viele Sozialleistungen.

41. Mattick, op.cit. S.34

42. Ibid.

43. a.a.O.S.35

44. Monthly Review Vol.22, Nr.4, Sept.1970,S.2

45. a.a.O.S.3

Kartenhaus einstürzen zu lassen" (46). Unter inflationären Depressionsbedingungen geht die Produktion trotz ihres Mangels an Profitabilität mit Hilfe von Kreditausweitung und staatlicher Defizitfinanzierung weiter. Durch "die Eliminierung oder Abschwächung der rückläufigen Tendenz" schwillt die Schuldenlast weiterhin an - dies war zur Zeit klassischer Depressionen offensichtlich nicht der Fall. Die Auswirkungen auf große US-Unternehmen bestanden in einer beträchtlichen Senkung ihrer Liquiditätsrate, d.h. das Verhältnis zwischen liquiden Mitteln (Bargeld und staatliche Wertpapiere) einerseits und den kurzfristigen Verbindlichkeiten (Schulden, die in naher Zukunft gezahlt werden müssen), andererseits, ist beträchtlich zurückgegangen. Von 1946 bis 1969 ist sie von 73,4% auf 19,3% gesunken. "Dies zeigt einen wahrhaft dramatischen Niedergang dessen an, was als durchschnittlicher Unternehmensspielraum gegenüber der Zahlungsfähigkeit bezeichnet werden kann" (47). In einer Rezession ist daher eine geringfügige Reduktion staatlich induzierter Produktion wahrscheinlich eine Welle von Bankrotten aus, deren Auswirkungen der großen Depression von 1930 ähneln könnten. Im letzten Sommer ging Penn Central Railroad zusammen mit anderen kleineren Konzernen bankrott, was Investoren und Kreditgeber dazu brachte, sich nach anderen potentiellen Krisenherden umzusehen. Chrysler war bedroht und wurde mit Kreditbürgschaften in Höhe von 410 Millionen Dollar von den Bankiers gerettet. Früher oder später werden die Spannungen zwischen Schuldenlast und Liquidität auf die Spitze getrieben, und dann besteht die Möglichkeit eines erneuten wirtschaftlichen Zusammenbruchs mit den Ausmaßen der Weltwirtschaftskrise. Eine andere Alternative ist die massive staatliche Unterstützung absterbender Industrien. Gemessen an den Erfahrungen der Vergangenheit und der Tatsache, daß der Kapitalismus eine weitere Krise wie 1930 nicht überleben würde, scheint dies wahrscheinlicher zu sein. Man würde also eine Art der Kollektivierung einführen, um die private Unternehmerwirtschaft zu erhalten. Diese Art der Kollektivierung, jedoch entspräche einer Art von Klassenstaat (48), die gewöhnlich "Faschismus" genannt wird. Diese Situation mußte behandelt werden, da sie tendenziell die bisher ausgeführte theoretische Analyse bestätigt, dass die Widersprüche des "voll"kapitalistischen Systems sich nicht grundlegend verändert haben und in der gemischten Ökonomie erhalten bleiben; daß der Staat fortgesetzt zu Eingriffen in die Wirtschaft "gezwungen" sein wird, um die Privatwirtschaft zu "retten" und daß sich die Probleme trotzdem wegen des "widersprüchlichen" Charakters dieser Eingriffe ständig vergrößern. Eine politische Lösung ist der "faschistische" Staat, der die "politische" Forderung nach der anderen Lösung, nämlich der sozialistischen Revolution, noch zwingender macht.

Bevor wir uns den spezifisch britischen Verhältnissen zuwenden, müssen wir einiges über den Charakter von Investitionen in der modernen kapitalistischen Wirtschaft sagen. Im heutigen Kapitalismus sind die Einzelinvestitionen von Großunternehmen stark gewachsen. Daher kann die Verdoppelung von Investitionen und ihre Durchführung zum falschen Zeitpunkt außerordentlich kostspielig sein. Obgleich Investitionen durch den raschen Fortschritt der Technologie - wenn sie an der richtigen Stelle angewendet werden - sehr profitabel sein können, droht gleichzeitig mit dem technologischen Fortschritt auch die Rückständigkeit.

"Es ist in der Tat charakteristisch für die Planung im modernen Kapitalismus, daß die Neigung, sich auf das spekulative Unterfangen langfristiger Voraussagen einzulassen, von Industriezweigen kommt, die auf Grund der Art der Technologie, die sie anwenden, meinen gezwungen zu sein, große, unteilbare Kapitalmengen in Projekten festzulegen, die sich erst nach mehreren Jahren auszahlen" (49). Diese Entwicklung macht es für die typischen top manager in zunehmendem Maße zu einer lebensnotwendigen Frage, ob sie mit einem gewissen Grad von Zuversicht für einige Jahre im voraus planen können. Die systematische Analyse, die für solche Investitionen erforderlich ist, macht es für große Firmen notwendig, Kosten langfristig kontrollieren zu können, und zwar insbesondere Lohnkosten. Andrew Shonfield erklärt dazu in bezug auf die gegenwärtigen Probleme in Großbritannien ein wenige einseitig: "Das Problem besteht nicht darin, daß Lohnforderungen zu hoch sind, sondern darin, daß Tarifabkommen viel zu ungewiss sind, um dem Unternehmen eine Planung für den ständigen industriellen Fortschritt zu ermöglichen" (50).

Die zunehmende Ungleichheit der Bedingungen in den verschiedenen Bereichen kapitalistischer Industrie in ein und demselben Land stellt ein weiteres Problem im heutigen Kapitalismus dar. Während Industriezweige mit hohen Wachstumsraten sich die zu Zeiten der Vollbeschäftigung relativ hohen Löhne leisten können, fällt dies den langsamer wachsenden Industriezweigen sehr viel schwerer. Daher muß die Kapitalistenklasse darauf achten, daß die Löhne den Möglichkeiten der weniger entwickelten Industriebereiche entsprechen. Die Nichtbeachtung dieser Notwendigkeit würde zu einer Spaltung in der herrschenden Klasse führen, was sich freilich gegenwärtig immer schwerer vermeiden läßt.

Das letzte Problem betrifft die internationale Konkurrenz und die Anforderungen, die sie an die einzelnen Volkswirtschaften stellt. Eine hohe Inflationsrate im Verhältnis zu anderen Ländern erschwert den Export und macht Importe aus anderen Ländern attraktiver als Güter des "Binnenmarktes". Dies führt zu Zahlungsbilanzproblemen und zu einer Instabilität, die durch Währungsspekulationen in Gang gesetzt wird.

46. a.a.O., S.13

47. a.a.O., S.7f. In der "Times" vom 30.11.1970 wird über ähnliche Probleme in Großbritannien berichtet.

48. a.a.O., S.15

49. Andrew Shonfield, Modern Capitalism, London 1965, S.95; zitiert bei Cliff und Barker, op.cit.,

50. Andrew Shonfield, The Times, 6 Oktober 1970, S.10

Inflationen im modernen Kapitalismus, die nicht zu stark sind, können dann dazu beitragen, daß die Profitabilität im Rahmen eines wachsenden nicht profitablen staatlichen Produktionsbereichs erhalten bleibt, wie bereits erwähnt; sie können sich jedoch, wenn sie im Verhältnis zu anderen Ländern zu stark sind, gravierend auf die Exportleistungen eines Landes auswirken und Zahlungsbilanzprobleme hervorrufen. Darüberhinaus können die wachsenden Forderungen der organisierten Arbeiterklasse in inflationären Phasen durch Streiks und Produktionsausfall die Möglichkeiten der Vorausplanung für die Unternehmen gefährden. Nachdem wir eine ziemlich ausführliche theoretische Grundlage der Probleme, denen sich der moderne Kapitalismus gegenüber sieht, gegeben haben, können wir uns nun der Lage in Großbritannien zuwenden. Nur auf dieser Grundlage kann man die Militanz der britischen Arbeiterklasse heute verstehen und ihre Stärke einschätzen (51).

Der britische Kapitalismus und die Organisationen der Arbeiterklasse

Großbritannien hatte während der 50er und 60er Jahre die niedrigste Wachstumsrate in Europa, allgemein unter 2%. Das reale Bruttosozialprodukt ist in diesem Jahr ungefähr um eine jährliche Rate von nur 1 1/2% gestiegen (52). Die Vergleichszahl in der BRD liegt um 5% (53), und daraus erklärt sich, warum hier das Inflationsproblem bis jetzt nicht so vorrangig ist. Dieser ausserordentlich niedrigen Wachstumsrate wurde durch die ständigen Bemühungen, die britischen Zahlungsbilanzprobleme mit Hilfe der "stop-go" Politik sowohl von Seiten der Tories-als auch der Labour-Schatzkanzler zu lösen, nicht abgeholfen. Das bedeutete, daß die Kosten der britischen Industrie erhöht wurden, dass die Industrie lange Zeit gezwungenermaßen unterhalb ihrer Kapazität arbeiten mußte und auf diese Weise ebenfalls zur mangelnden Konkurrenzfähigkeit des britischen Kapitalismus beitrug. Man sollte sich klar machen, daß während dieser Zeit der stop-go Politik und Zahlungsbilanzprobleme "Großbritannien in einem Maße wie nie zuvor Kapital exportiert hat. ... Offizielle Schätzungen der langfristigen Kapitalexporte seit dem Krieg geben die akkumulierte Gesamtsumme von 4,5 Mio. Pfund an. Währungspolitisch gesehen, war das so viel wie Großbritanniens gesamten Auslandsinvestitionen vor dem Krieg (die natürlich im Laufe von hundert Jahren akkumuliert wurden)" (54).

Die Defizite müssen vor allem darauf zurückgeführt werden, daß Kapital aus Großbritannien herausgebracht wurde und große Unternehmen immer häufiger Tochtergesellschaften im Ausland gründen, ihre Profite wieder im Ausland investieren, anstatt sie umzuverteilen und ins Mutterland zurückzubringen, und diese Tendenz wird weitergehen. Es ist fast unmöglich, die Bewegungen des Kapitals zu kontrollieren, da es sein Ziel ist, die profitabelsten Gebiete zu finden, und die Beschränkungen der Profitabilität sind in einer langsam wachsenden Wirtschaft nur zu offensichtlich. Dieser Mangel an Privatinvestitionen verstärkt das Problem, macht den Eingriff der Regierung notwendig und die begleitende Inflation umso gefährlicher. Darüberhinaus verstärken die Militärausgaben in ausländischer Währung, die für die britischen Truppen im Ausland bezahlt werden müssen, um die Welt den Privatunternehmern zu erhalten, die Zahlungsbilanzprobleme. Durch die Verflechtung Großbritanniens im internationalen Bankwesen und dadurch, daß das Pfund, wie auch der Dollar als Reservewährung zur Finanzierung des internationalen Handels gebraucht wird, können internationale Spekulanten, wie auch Sachverständige des International Monetary Fund die nationalen Wirtschaftsmaßnahmen im großen Maße bestimmen.

Harold Wilson sprach von den "Züricher Zwergen",

---

51. Unter anderem war es ein Versagen in Hubertus Hueppauffs Artikel, "Fordstreik und der Mythos der Militanz" (Sozialistische Politik 3, Okt.1969), daß er den Streik nicht im Zusammenhang mit der sich entwickelnden Krisensituation gesehen hat, der sich der Kapitalismus gegenübersieht. Er schätzt die Fordarbeiter im subjektiven Rahmen dessen, was er als Politik ansieht, ein, und behauptet einfach, daß die Arbeiterführer weder eine politische noch eine Klassenperspektive hatten. Das ist, oberflächlich gesehen, richtig, aber auch eine Widerspiegelung der Situation, in der sich die Arbeiterführer befinden, und der Aufgaben, wie sie und die Arbeiter, die sie repräsentieren, sie (zu dieser bestimmten Zeit) sehen. Man sollte nicht politische Perspektiven fordern, als ob es ein mechanisches Verhältnis zwischen der Forderung nach einer "sozialistischen" Politik und ihrer allgemeinen Anerkennung gäbe. Die Arbeiterführer erheben keine politischen Forderungen, einfach deshalb, weil sie keine Sozialisten sind, sondern den allgemeinen Bewußtseinsstand derjenigen widerspiegeln, die sie gewählt haben. Militante Sozialisten werden gewählt, wenn sich das allgemeine Bewußtsein der meisten Arbeiter zu ändern beginnt, und die jetzige Lage ist einigermaßen vielversprechend, was ich noch später erklären werde. Die Subjektivität des Artikels zeigt sich außerdem in seinem Lob für Agitprop und Cinema Action, er betont ihre potentielle Katalysatorrolle. Pessimismus und utopischen Optimismus findet man oft in dialektischer Weise Seite an Seite. Eine andere Erklärung des Streiks findet T. Cliff, The Employers Offensive, Pluto Press, März 1970. Defensive Kämpfe haben verschiedene Bedeutungen in verschiedenen Perioden. Der Sieg über Ford war bedeutend für das Vertrauen und die Solidarität der Arbeiterklasse für die Kämpfe, denen sich die Arbeiterklasse jetzt in Großbritannien gegenübersieht.

52. The Economist, 7.11.1970, S.17

53. a.a.O., S.69

54. A.R. Conan, The Impact of Post-War Capital Movements, Westminster Bank Review, Aug.1963 (zit.nach Cliff, The Employers Offensive).

und seine Regierung folgte gerade ihrer Politik. Vor Wilsons Amtsantritt verdeutlichte Andrew Shonfield diesen Punkt folgendermaßen: "Wir sollten freimütig eingestehen, daß Großbritannien, nachdem seine Zahlungsfähigkeit derartig abhängig von den Launen ausländischer Investoren geworden ist, bereits die Kontrolle über große Teile seiner Innenpolitik verloren hat. Das Schlimme dabei ist die Tatsache, daß es vieles gibt, was die Regierung wohl gern tun würde, dass sie es jedoch z.Z. nicht zu tun wagt, weil sie die Auswirkungen ihrer Politik auf die Stimmung im Ausland fürchtet" (55).

Angesichts der Krise, vor der der Weltkapitalismus steht, und wegen dieser zusätzlichen Faktoren, ist Großbritannien eines der Länder, die zuerst von der Krise betroffen werden. Die Existenz einer starken und militanten Arbeiterbewegung (im gewerkschaftlichen Sinne) in Großbritannien erhöht die Krisengefahr.
Wir werden uns nun der Untersuchung dieser Bewegung zuwenden.
Die Organisation der Gewerkschaften ist in Großbritannien nicht zentralisiert, im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern. Es gibt zwar eine Dachorganisation, den Trade Union Congress (TUC), ihre Macht ist jedoch beschränkt, und tatsächlich sähen es Regierung und TUC-Funktionäre lieber, wenn sich in ihr mehr zentrale Macht vereinigte. Es gibt ungefähr 10 Mio. Arbeiter (blue and white collar) in 576 Gewerkschaften, nur 56 von ihnen haben mehr als 25 000 Mitglieder. Die drei größten Gewerkschaften repräsentieren mehr als 5,5 Mio. Arbeiter (T&GWU, AEF, G&MWU)(56).

Die Löhne der Arbeiter in Großbritannien hängen von 2 Hauptfaktoren ab:
1. den Tarifverhandlungen in den Industriezweigen zwischen der nationalen Gewerkschaft oder Gewerkschaftsvereinigungen und der entsprechenden Unternehmerorganisation;
2. den lokalen Verhandlungen innerhalb der einzelnen Firmen.

Im allgemeinen werden nationale Mindesttarife auf nationaler Ebene ausgehandelt, während Gegenstand der Verhandlungen auf lokaler Ebene Akkordlöhne und andere Lohnformen, übertarifliche Leistungen und Sonderzuwendungen sind. Diese Zweiteilung des Tarifsystems kann nicht in Bezug auf alle Arbeiter angewendet werden, so wird zum Beispiel dort, wo es nur einen Arbeitgeber (den Staat) gibt, wie im öffentlichen Dienst, der Verdienst auf nationaler Ebene festgesetzt. Im Privatbereich herrscht jedoch das zweigeteilte Tarifsystem vor. In einem einheitlichen Tarifsystem spezifizieren die Tarifverträge auf nationaler Ebene sehr genau den tatsächlichen Lohn der Arbeiter. In einem zweiseitigen Tarifsystem tritt eine als "Lohndrift" bekannte Erscheinung auf, das heißt eine Differenz zwischen dem national ausgehandelten Standardtarif und dem tatsächlichen Durchschnittsverdienst. So betrug z.B. im Juni 1968 der nationale Standardtarif eines Maschinenschlossers £ 12 15 s 8d, der Durchschnittsverdienst der Maschinenschlosser (mit Überstunden) betrug jedoch £ 22 15 s. (57) Weiterhin hat das zweiseitige Tarifsystem indirekte Auswirkungen auf nationale Tarifabkommen, weil die Arbeiter in einem Industriezweig ihren tatsächlichen Verdienst immer an dem der Arbeiter in anderen Industriezweigen messen. Die Höhe des Lohndrifts hängt " in großem Maße von der Stärke und dem Organisationsgrad der Arbeiter in den verschiedenen Firmen " ab.

Daher sagt T. Cliff :" der Terminus "Lohndrift" ist ein wenig irreführend. Er sollte besser "Lohndrive" genannt werden, weil er das Resultat des Druckes der Arbeiter in besser organisierten Industrien und Firmen in der Vollbeschäftigung ist." (58) Die durchschnittlichen Wochenverdienste üben einen rückwirkenden Effekt auf die nationalen Mindesttarife aus, die in jeder Verhandlungsrunde normalerweise annähernd auf die Höhe der tatsächlichen Wochenverdienste heraufgesetzt werden. Die Auswirkungen des Lohndrifts können anhand des folgenden Beispiels aus der Maschinenbauindustrie verdeutlicht werden: "Die nationalen Grundtarife für Facharbeiter erhöhten sich von einem Nulltarif im

Sex aus Dänemark

Sie erhalten bei uns einfach alles!

Umfangreiche Prospekte über Schmalfilme, Fotos, Dias und Magazine sowie Bücher in deutscher Sprache. Die Kataloggebühr wird beim Kauf angerechnet

Katalog A	5,— DM
Katalog B	10,— DM
Prachtkatalog	20,— DM

Bestellen Sie noch heute! Sie werden angenehm überrascht sein!

Vorkasse! Keine Nachnahme!

JEAN-PIERRE VILLENEUVE
Stockholmsvej 7
Kopenhagen F / Dänemark
Dept. FOAC

55. The Observer, 2.4.1961

56. Allan Flander, Trade Unions, London 1968

57. Zit. bei Cliff, op.cit. Prices and Incomes Board, Bericht Nr.49

58. Cliff, op.cit., S.40

59. a.a.O., S.42

re 64/65, 66 um 2,4 % und 1967 um 2,3%. In der gesamten Zeit sollten die Löhne um nicht mehr als 4,7 % steigen. Von Oktober 1964 bis April 1967 stiegen die Löhne jedoch um 17,1 % - die Lohndrift betrug 12,4 %" (59).

Die treibende Kraft, die dem Lohndrift zugrunde liegt, ist das System der Bezahlung nach Leistung.
Die Auswirkungen der Akkordarbeit, die von den Arbeiterorganisationen stets als ein Instrument zur Stimulierung der Konkurrenz unter den Arbeitern abgelehnt wurde, haben sich vollständig gewandelt. Eine gut organisierte Belegschaft kann sie in starkem Maße im Interesse aller Arbeiter ausnutzen. "Akkordsysteme fördern die Lohndrift, einfach deshalb, weil es offensichtlich unmöglich ist, einen Akkordsatz objektiv festzusetzen und weil das Management insbesondere im Anfangsstadium gegenüber derartigen Praktiken, die sich später bei gleichen Arbeitsmethöden nicht mehr korrigieren lassen, ein Auge zudrückt, um die Arbeit überhaupt erst einmal in Gang zu bringen. Hinzu kommt, daß die solcherart institutionalisierten Praktiken andere Einzelpersonen oder Gruppen in älteren Arbeitsbereichen durch eine Art Katalysatorwirkung veranlassen, eine ähnliche Verbesserung ihrer Verdienstmöglichkeiten zu fordern. Das bedeutet, daß eine allgemeine Steigerung des Verdienstes der Akkordarbeiter in dem Betrieb oder Bezirk dazu führt, daß auch die Zeitlöhner, um Schritt zu halten, auf eine Lohnerhöhung drängen, so daß schließlich der Lohndruck den ganzen Betrieb erfaßt." (60)

In einer Fabrik in Birmingham wurde ein Fonds geschaffen, in dem diejenigen Akkordarbeiter, die einen Wochenverdienst von mehr als 40 Pfund vor Steuerabzug haben, Beiträge einzahlen. Dem liegt der Gedanke zugrunde, andere Arbeiter zu schützen. Der demokratisch gewählte Belegschaftsvertreter erläutert dazu: "Wenn ein Mann mehr als 50 Pfund verdienen wollte, würden wir ihn stoppen. Wenn es soviel Arbeit gibt, würden wir einen weiteren Mann fordern, der die zusätzliche Arbeit macht, damit noch einer mehr Arbeit hat. Das machen wir so, um den Arbeitern gutes gewerkschaftliches Verhalten zu zeigen und worum es dabei überhaupt geht. Langfristig wird jeder davon profitieren. Wir wollen eine gerechtere Verteilung der Arbeit und, wenn möglich, die Anhebung der Mindestlöhne aller Mitglieder auf ein realistisches Niveau."(61)

Da nimmt es nicht Wunder, daß die kapitalistische Presse gegen dieses System eine Verleumdungskampagne gestartet hat. Die innerbetriebliche Demokratie ist meilenweit entfernt von dem, was die kapitalistische Presse darunter versteht.

Die Lohndrift ist daher in der britischen Industrie von höchster Bedeutung, und ihre Auswirkungen greifen über auf Gewerkschaften der white collar workers und der Angestellten, die sich über das ungünstige Verhältnis von Angestelltengehältern und den Verdiensten der manuellen Arbeiter beklagen. Ihre Bedeutung liegt weiterhin darin, daß sie ein Maßstab für die "Kontrolle" ist, die die normalen Arbeiter und die Ausschüsse der 'shop-stewards' dem Management abgerungen haben. Die meisten Gewerkschaften haben neben ihren oft hauptamtlichen Funktionären shop-stewards, die von der Belegschaft gewählt werden und für ihre Tätigkeit den Arbeitern in der Fabrik direkt verantwortlich sind. Die shop-stewards führen den Kampf für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen auf Betriebsebene, und diese "Bewegung" der shop-stewards ist die treibende Kraft der Lohndrift. Seit dem 2. Weltkrieg hat die Anzahl der shop-stewards beträchtlich zugenommen. "Von Mai 1947 bis Juni 1955 nahm die Anzahl der shop stewards der Amalgamated Engineers Union in Großbritannien um 24 % zu. Von Juni 1955 bis Dezember 1966 stieg die Anzahl um 65 %."(62) Die Gesamtzahl der shop-stewards liegt heute bei 175 000 (63). Man findet sie typischerweise in Großbetrieben, und ungefähr die Hälfte aller britischen Gewerkschaftsmitglieder wird von shop-steward-Organisationen erfaßt. Diese Hälfte ist der bestorganisierte und häufig auch der militanteste Teil der britischen Gewerkschaftsbewegung. (64) Während die hauptamtlichen Gewerkschaftsbürokraten (die shop-stewards arbeiten normalerweise in den Produktionsräumen, obwohl es Bestrebungen gibt, sie mehr und mehr Zeit außerhalb der Produktionsräume verbringen zu lassen) von den Arbeitermassen getrennt werden, die neue soziale Umgebung ihrer management-artigen Arbeitsplätze akzeptieren und von ihr beeinflußt werden, sind die Ausschüsse der shop-stewards und anderer Arbeiter zur militanten Kraft der Gewerkschaftsbewegung geworden. In den letzten Jahren war eine Tendenz zur Erhöhung der Anzahl hauptamtlicher convenors (senior shop-stewards) etc. zu verzeichnen, die einen zunehmend größeren Teil ihrer Zeit außerhalb ihrer Arbeitsplätze verbringen, die zunehmend einen bloß nominellen Charakter aufweisen. "In vielen Fällen werden die Arbeiter nicht nur hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären, sondern sogar ihren shop-stewards entfremdet. Sie sehen sie als einen Puffer zwischen sich und dem management. Daher rührt, vor allem in der Autoindustrie, die zunehmend zu beobachtende Erscheinung der wilden Streiks, die die Arbeiter völlig selbständig durchführen, sogar ohne die Billigung ihres shop-stewards." (65)

Dies Verhalten der shop-stewards entspricht im allgemeinen der Haltung der Basis, die sie gewählt hat. Darin liegt nicht nur ihre Stärke, sondern natürlich auch eine Schwäche. Wenn die Mehrheit der Arbeiter nicht sozialistisch, ja nicht einmal militant ist, so ist dies auch nicht von ihren Vertretern zu erwarten. Die shop-stewards sind im allgemeinen nicht militanter als ihre

60. Coventry and District Engineers Employers' Association, Working Party Report on Wage Drift; Work Measurement and Systems of Payment, S.7 (zit. bei Cliff, op.cit., S.42-4)

61. Zitat aus dem "Socialist Worker" vom 17.10.70

62. Cliff, a.a.O., S.200

63. Donovan Report, Royal Commission on Trade Unions and Employers' Associations, 1968, S.190

64. Cliff, a.a.O., S.201

65. a.a.O., S.205

Wähler und ihre Organisationen begnügen sich weitgehend mit der schmalen Palette ökonomischer trade-unionistischer Forderungen. Das bedeutet, daß sie sich auf den Kampf gegen die Ergebnisse des kapitalistischen Systems beschränken und sich selten gegen dessen Ursachen wenden. Das heißt allerdings nicht, daß es an einem grossen Potential für den Aufbau einer sozialistischen Bewegung fehlt. Viel hängt von der Natur der Schwierigkeiten ab, mit denen die Bewegung zu kämpfen hat, sowie von der organisierten Fähigkeit, sie zu überwinden. In diesem Aufsatz wird die These vertreten, daß die Kämpfe, die die englische Arbeiterklasse heute auszufechten hat, eine offen politische Form angenommen haben und daß darin die Möglichkeit liegt, immer mehr militante Arbeiter in den politischen und sozialistischen Kampf einzubeziehen. Ein Hinweis auf die sich heute vollziehenden Veränderungen liegt vielleicht in der wachsenden Anzahl von Akademikern und Wissenschaftlern, die sich gewerkschaftlich zu organisieren beginnen, und darin, daß im vergangenen Jahr der erste Streik in der Geschichte der Lehrergewerkschaft stattfand. Auch zwei politische Streiks der fortgeschritteneren Teile der Arbeiterschaft sind hier zu nennen. Diese Veränderungen werden wir noch im Zusammenhang mit dem Angriff, dem sich die englische Arbeiterklasse heute ausgesetzt sieht, behandeln.

Der bei weitem größte Teil (95 %) (66) der Streiks in Großbritannien wird inoffiziell geführt. Diese Streiks werden von der offiziellen Gewerkschaftsführung nicht unterstützt, und die Streikenden erhalten kein Streikgeld.

"Von allen 1967 in der Automobilindustrie durchgeführten Streiks war nur 1 % offiziell, das heißt von der betreffenden Gewerkschaft gebilligt". (67) Ebenfalls läßt sich sagen, daß der Anteil derjenigen Streiks, bei denen es um reine Lohnstreitigkeiten ging, abgenommen hat.
"In den zwanzig Jahren nach 1940, die einen hohen Beschäftigungsgrad aufwiesen, hat der Anteil von Streiks um "Lohnforderungen anderer Art als Erhöhungen" und (insbesondere) um "Arbeitsordnungen, Regeln und Disziplin" ging, erheblich zugenommen: von einem Drittel aller Arbeitsniederlegungen auf drei Viertel." (68)

Dies ist, wie die kapitalistische Presse unermüdlich betont, die Weigerung, "das unveräußerliche Recht der Betriebsleitung, den Betrieb zu leiten", anzuerkennen. Die Gewerkschaftsbürokratie bezieht normalerweise gegenüber diesen inoffiziellen Streiks eine sehr feindselige Position. Hierzu ein Zitat aus dem Bericht, den die Electrical Trades-Union der Donovan-Commission für Gewerkschaftsfragen vorlegte: "Das Management könnte dazu beitragen, indem es nicht mehr denjenigen, die inoffizielle Aktionen durchführen, mehr zugesteht als denen, die sich an das festgelegte Verfahren halten." (69)

John Davis, ehemaliger Generaldirektor der Confederation of British Industries (CBI) bekräftigte diese Anschauung aus Unternehmersicht:
"Wir glauben, daß die Gewerkschaften dieses verfassungswidrige, unverantwortliche Verhalten ihrer Mitglieder, die von der Gewerkschaft geschlossene Abkommen brechen, eigentlich nicht wollen. Wir alle kennen viele prominente Gewerkschaftler, die sich heute wie früher in sehr deutlicher Sprache über dieses Thema äußern - man könnte meinen, ihre größten Feinde wären nicht die Unternehmer, sondern diejenigen unter ihren rebellischen Mitgliedern, die die Gewerkschaft in Verruf bringen." (70)

Natürlich sind gerade das ordentliche Verfahren und diese Konstitutionalität, die Verehrung und Anbetung des Formalen, den Gewerschaftsfunktionären so teuer. Es gibt viele "Verfahrensstufen", die durchlaufen werden müssen, ehe ein Streik ausgerufen wird. Im Maschinenbau dauert diese Prozedur durchschnittlich drei Monate, und ziemlich oft wird keine Einigung erzielt, so daß das Ganze wieder von vorne anfängt. T. Cliff stellt die eingebaute Benachteiligung der Arbeiter sehr prägnant dar: "Eine der schlimmsten Seiten des Verfahrens liegt in seiner diskriminierenden Funktion: die Arbeiter dürfen keine Veränderung der Löhne oder Arbeitsbedingungen herbeiführen, ehe das Verfahren vollständig durchlaufen ist; doch den Unternehmern steht es frei, die Arbeitsbedingungen, das Arbeitstempo, die Akkordsätze usw. zu ändern, und erst nachdem diese Veränderungen erfolgt sind, können die Arbeiter sich auf das Verfahren berufen. Die Arbeiter dürfen ihre Arbeitskraft nicht verweigern ehe sie das ganze Verfahren durchlaufen haben; die Unternehmer können Arbeiter ohne vorhergehendes Verfahren entlassen." (71)

Wenn sie den Arbeitern die Initiative aus der Hand schlagen, haben die Unternehmer daher die stillschweigende Zustimmung der Gewerkschaftsfunktionäre ebenso wie die des Staatsapparates. Aber haben die Gewerkschaftsfunktionäre nun durch ihre Mitarbeit irgendwelche Zugeständnisse erreicht? Cliff schafft auch in diesem Punkt Klarheit: "Dem TUC ist es nicht gelungen, eine annehmbare Erhöhung der Anzahl der Fabrikinspektoren zu erreichen (trotz der anhaltend hohen Unfallrate in den Betrieben), ist es nicht gelungen, Zugeständnisse an die Opfer von Betriebsunfällen zu erreichen, ist es nicht gelungen, eine Standardisierung der Entschädigungszahlungen für die vor 1948 Verletzten zu erreichen usw. In vielen Fällen handelt es sich dabei um nichts anderes als ein klägliches Versagen." (72)

Daß das Gezeter über die Auswirkungen von Streiks auf die britische Produktion Heuchelei ist, zeigt ein Vergleich der Zahl der durch Betriebsunfälle verlorenen Arbeitstage mit der Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage. "1968

66. Donovan Report, a.a.O., S.19

67. Cliff, op.cit., S.197. Aus einem Bericht von Jack Scamp über die Autoindustrie.

68. H.A. Turner, The Trend of Strikes, Leeds 1963, S.18 (zit.in Cliff, S.187. Seit 1965 hat sich dieser Trend, wahrscheinlich aufgrund der verschiedenen Lohnkontrollen und der steigenden Inflation, gewandelt. Times, 27.11.70)

69. Dokument Nr.57, S. 2461 der ETU für die Donovan Commission (zit.in Cliff, a.a.O., S.187)

70. Bericht der Donovan Commission Nr.69, Dokument der CBI, S.2788, zit.in Cliff, a.a.O., S.188. Mr Davies ist heute Industrieminister in der Regierung der Konservativen.

71. Cliff, a.a.O., S.185

72. a.a.O., S.190

verloren wir 29,1 Millionen Arbeitstage durch Arbeitsunfälle... Diese Tatsachen werden zu einer Zeit bekannt, da beide politischen Parteien einen Verlust von 4,6 Mill. Arbeitstagen durch Streiks im Jahr 1968 als eine nationale Katastrophe ansehen." (73)

Außerdem gingen im gleichen Jahr 146 Mill. Arbeitstage durch Arbeitslosigkeit verloren. (74) Der konservative Arbeitsminister Carr vergaß die einschlägigen Unfall- und Arbeitslosigkeitsstatistiken anzuführen, als er die Notwendigkeit der Industrial Relations Bill hervorhob:
"Das letzte Jahr war ein sehr schlechtes Jahr (hinsichtlich der Streiks), doch 1970 erweist sich als viel schlimmer. Bis Ende Sept. haben wir 7,5 Mill. Arbeitstage verloren, eine erschreckende Zahl, eine Zunahme von 82 % gegenüber dem Vergleichzeitraum im Jahre 1969... Es liegt klar auf der Hand, daß Großbritannien einer sich schnell verstärkenden Tendenz ausgesetzt ist, erst zu streiken und dann zu verhandeln, mit all der unnötigen Zerrüttung, Vergeudung und Not, die das zur Folge hat." (75)

Doch die Unternehmer sind gerade nicht an der Produktion als solcher interessiert, sondern an profitabler Produktion. Sie akzeptieren hohe Arbeitslosenquoten, wenn ihre Profite dadurch nicht beeinträchtigt werden, und um die Produktionsverluste scheren sie sich dabei sehr wenig. In den Unterlagen, die der CBI der Donovan-Commission vorlegte, zeigte sich in dieser Hinsicht ein "guter Klasseninstinkt." "Einige der Unterlagen zeigten, daß die Auswirkungen (des Streiks) auf die Produktivität zwar ernst sind, jedoch nicht so ernst, wie immer gesagt wird. Weshalb sind wir dann so beunruhigt? Nicht in erster Linie wegen ihrer Auswirkungen auf die Produktion, sondern wegen ihrer Auswirkung auf die Verdienste und Arbeitspraktiken: sie schaffen eine inflationäre Lohndrift und perpetuieren restriktive Praktiken und ineffiziente Beschäftigungsstrukturen." (76)

Kranke, Verletzte und Arbeitslose erhöhen keine Löhne, Streikende aber sehr wohl! Mit der zunehmenden Integration der Gewerkschaften in den Staatsapparat sind die örtlichen Gewerkschaftsverwaltungen immer unwichtiger geworden. Das liegt daran, daß sie heute nur noch wenig mit der Festsetzung von Löhnen und der Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen zu tun haben, daß sie nicht mehr wesentlich als Unterstützungskasse fungieren, da ihre Funktionen auf dem Gesundheitssektor, im Versicherungswesen usw. vom Staat übernommen worden sind. Und die Verwaltung ist auch nicht mehr gesellschaftliches Zentrum, da immer mehr Arbeiter weit von ihren Wohnorten entfernt arbeiten. Der Bedeutungsverlust der lokalen Verwaltungen und die Zentralisierung der Tarifverhandlungen haben den Mangel an Demokratie in den Gewerkschaften verstärkt. Das Beispiel der Electrical Trades Union (ETU) möge genügen. Les Cannon, der rechtsstehende Präsident der ETU, machte dem Zustand, daß alle hauptamtlichen Funktionäre gewählt wurden, ein Ende. Seit dem 22. Sept. 1969 werden alle hauptamtlichen Funktionäre vom Executive Council aus den Reihen der Mitglieder ernannt. (77) Einige Funktionäre der ETU werden auf Lebenszeit gewählt. Das autoritäre Verhalten dieser Gewerkschaft trat im Aug. 68 offen zutage, "als Gewerkschaftsmitglieder, die vor der Gewerkschaftszentrale demonstrierten, aus Angst vor Schikanen Gesichtsmasken trugen." (78)
Das ist der Hintergrund der heutigen Situation in Großbritannien. Angesichts der Krise des modernen Kapitalismus, einer Krise, die es unerläßlich macht, die Produktivität zu steigern, die Löhne zu senken und für Stabilität zu sorgen (79), wird die Bedeutung der shop-stewards und der Arbeiterausschüsse klar. Wir wollen jetzt vor diesem Hintergrund die Rolle der Einkommenspolitik, der Produktivitätsabkommen und der kürzlich vorgeschlagenen Industrial Relations Bill untersuchen. Wir vertreten dabei die These, daß diese Erscheinungen nur verständlich sind im Zusammenhang mit einem Versuch der Kapitalistenklasse, die wachsende Opposition der Basis im Zaum zu halten, in einer Zeit, da sich der Kapitalismus in zunehmend gefährlicheren Krisensituationen befindet. Man wird versuchen, dazu die Gewerkschaftsfunktionäre einzusetzen.

Einkommenspolitik und Produktivitätsabkommen

Einkommenspolitik in dieser oder jener Form ist für Europa etwas relativ Normales. In Großbritannien wurde sie zum ersten Mal von den Konservativen unter Harold Mac Millan eingeführt. Im Juli 1961 führte der damalige Schatzkanzler Selwyn Lloyd eine "Zahlpause" als Teil der staatlichen Einkommenspolitik ein. Im Februar 62 veröffentlichte die Regierung ein Weißbuch unter dem Titel "Incomes Policy"; als nächster Schritt wurde die Idee einer "Richtlinie" von 2,5 % für Lohn- und Gehaltserhöhungen eingeführt. Als die Labour-Regierung unter Wilson an die Macht kam, mit ihren engen Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung, die sie für ihre Zwecke ausnutzen konnte, wurde dieser Prozeß noch weiter vorangetrieben. Im Dezember 64 unterzeichneten Regierungsvertreter, TUC und Arbeitgeber eine "Gemeinsame Absichtserklärung über Produktivität, Preise und Einkommen". Als Folge dieses "traulichen Zusammengehens" wurde die Preis- und Einkommensbehörde unter dem Vorsitz des ehemaligen Abgeordneten der Konservativen, Aubrey Jones eingesetzt. In ihrem ersten Stadium war diese Politik "freiwilliger" Natur. Während der zweiten Phase (Juli 66 bis Juni 67), zu Beginn der wachsenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten, verfügte die Regierung einen Lohnstop für die Dauer von 6 Monaten und später strenge Sparmaßnahmen zusammen mit einer strikt deflationären Politik. Während dieser Phase des Lohnstops konnten Löhne nur in Ausnahmefällen erhöht werden. In der 3. Phase (zwischen Juli 67 und März 68) waren 3 - 3,5 %ige Lohnerhöhungen zugelassen; Die Regierung nahm sich jedoch das Recht, zugestandene Lohnerhöhungen um bis zu 6 Monate zu verschieben. Nach April 68 wurde diese Regelung wie-

73. Sunday Times, 8.2.1970, S.37
74. Cliff, a.a.O., S.199
75. The Times, 7.11.70
76. Bericht der Donovan Commission Nr.67, CBI-Dokument
77. Cliff, a.a.O., S.180
78. a.a.O., S.183
79. Vgl. unsere Ausführungen über die gemischte Wirtschaft und Investitionsentscheidungen.

der aufgehoben, und es wurde für alle Lohnerhöhungen ein Höchstsatz von 3,5 % festgesetzt, mit Ausnahme der Fälle, in denen eine außerordentliche Produktivitätssteigerung erfolgt war. Diese Phase dauerte bis Ende 69. (80)

Es wäre zu erwarten gewesen, daß eine derartig einschneidende Gesetzgebung die Lohnerhöhungen eingedämmt hätte. Tatsächlich war aber die Einkommenspolitik während der "freiwilligen" Phase nahezu vollkommen wirkungslos. Während des tatsächlichen Lohnstops konnten durch die Einkommenspolitik die Erhöhungen dagegen auf 2 % beschränkt werden.

Nach Juli 67 wurden jedoch diese Schranken wieder durchbrochen, und die Löhne stiegen von 1967 - 68 um 7 % . Im Economist vom 1.Febr. 69 wird behauptet, daß es im 2. Halbjahr 68 die "größte Lohninflation" seit 12 Jahren gegeben habe. Alan Day, unser Wirtschaftsexperte von der Londoner Universität, führt die jetzigen Schwierigkeiten auf den relativ geringen Produktivitätszuwachs und die "Lohnexplosion in Großbritannien zurück, die auf die von Erfolgen gezeichnete, aber nur kurze Zeit andauernde Phase der Sparmaßnahmen 1968/69 folgte." Offenbar hat unser Professor die Daten etwas durcheinandergebracht, aber im allgemeinen hat er Recht. Ich meine in Bezug auf die Lohnexplosion, nicht aber hinsichtlich der Dauer oder der Zeitpunkte der Sparmaßnahmen. Aubrey Jones, Vorsitzender des P.J.B. , schätzte mit einiger Vorsicht die Auswirkungen dieser einschneidenden Gesetzgebung auf weniger als 1 %.

Wenn die Einkommenspolitik an sich eine langfristige strategische Maßnahme wäre, hätte die Regierung versuchen können, es auf eine gewaltige Konfrontation mit einem bedeutenden Teil der organisierten Arbeiter ankommen zu lassen, um möglicherweise einen raschen Sieg davonzutragen. In Anbetracht der Stärke der organisierten Arbeiterklasse und der Ereignisse vom Mai 68 in Frankreich, war diese Strategie jedoch zu gefährlich. Wie T. Cliff behauptet, waren gerade die indirekten Auswirkungen der Einkommenspolitik von Bedeutung, denn " die Einkommenspolitik bereitete den Boden für die wachsende Zahl von Produktivitätsabkommen, einer weitaus subtileren Waffe der Arbeitgeber, " (81) einer Waffe, mit der man die Teile der Arbeiterschaft unter Kontrolle zu bekommen versucht, die für die Beilegung der Krise, in der sich der moderne britische Kapitalismus befindet, eine Gefahr darstellen. Das heißt nicht etwa, daß die Einkommenspolitik nur als Vorstufe zu den Produktivitätsabkommen eingesetzt wurde, sondern vielmehr, daß das Scheitern der Einkommenspolitik selbst dazu beigetragen hat, Produktivitätsabkommen zu erzwingen, und daß es weiter dazu geführt hat, in den "Shop-floor"-Organisationen das Haupthindernis für die Durchführung einer Einkommenspolitik zu sehen (82).

Bevor wir dazu übergehen, die Art der Produktivitätsabkommen zu behandeln, müssen wir noch auf 2 Punkte eingehen, die im Zusammenhang mit der Einkommenspolitik stehen.

Zum einen handelte es sich nur um eine vermeintliche "Preis- und Einkommenspolitik." Die "Preis"-seite steht dabei kaum zur Diskussion, denn die Kontrolle der Preise ist äußerst kompliziert und kaum durchführbar, besonders wenn dies ohne besondere Dringlichkeit geschieht. Viele Unternehmer stellen verschiedene Produkte her, so daß sie den Preis eines Produkts herabsetzen und dafür einfach den eines anderen erhöhen können, um so ihre Gewinnspanne aufrechtzuerhalten. Um nur ein Beispiel zu nennen: " Während des Bäcker-Streiks im November 65 hielten die Arbeitgeber (the Federation of wholesale and multiple bakers) die Brotpreise mit Zustimmung des P.J.B. drei Monate lang niedrig. Während die Brotpreise eine Zeitlang gehalten wurden, beklagte sich jedoch die Bäckergewerkschaft bei George Brown darüber, daß die Preise für Brötchen und Konditorwaren an einigen Orten bis zu 50 % gestiegen waren, ohne jegliches Einvernehmen mit irgendeiner "Preis- und Einkommensbehörde". (83)

Das zweite Argument wurde von 2 Mitgliedern der Fabian Society aufgestellt, als sie 1963 die Idee einer Einkommenspolitik befürworteten: "Die Zustimmung zur Einkommenspolitik wird auch Auswirkungen auf das Streikrecht haben. Denn die Durchführung einer solchen Politik ist nicht möglich, wenn ständig die Gefahr eines Streiks einer unzufriedenen Gewerkschaft droht." (84) Der "Economist", die rechtsgerichtete Zeitschrift der Finanz- und Geschäftswelt drückt sich etwas deutlicher aus: "Der Preis für die Sicherung einer britischen Einkommenspolitik ist die Bereitschaft, sich gegen Streiks durchzusetzen." (85) Damit wurde das Bündnis von Politik und Wirtschaft zunehmend bloßgelegt, doch das war erst der Anfang.

Die Einkommenspolitik setzt die Grenze für die Ergebnisse der traditionellen Verhandlungen, und alle darüber hinausgehenden Lohnsteigerungen müssen mit Produktivitätssteigerungen begründet werden.

"Doch es geht nicht nur um die Frage der Einkommensverteilung. Vielmehr steht das Kräftegleichgewicht auf Betriebsebene, das diese Einkommensverteilung bestimmt, auf dem Spiel. Die Absicht ist nicht nur, die Arbeiter dazu zu bringen, für weniger Lohn mehr zu produzieren, sondern es handelt sich um den systematischen, langfristigen Versuch, jegliche Organisation am Arbeitsplatz zu unterbinden... Die Politik der Produktivitätsabkommen hat nur Sinn, wenn Leute da sind, die diese Politik in den Betrieben durchsetzen. Shop-stewards, die direkt von den Gewerkschaftsmitgliedern im Betrieb kontrolliert werden, sind dazu nicht in der Lage. Man muß also

80. Cliff, a.a.O.,S.19

81. Cliff, a.a.O.,S.20

82. a.a.O.,S.21

83. Cliff und C.Barker, a.a.O.,S 25. Information aus dem Guardian vom 22.11.1965

84. Michael Stewart und Rex Winsbury, An Incomes Policy for Labour, Fabian Tract 350, Okt.1963,S.18

85. The Economist, 5.6.65

die Kontrolle auf die der Mittelschicht entstammenden Technokraten und Bürokraten übertragen. Deshalb liegt das Gewicht nicht so sehr auf Produktivitätsabkommen, sondern auf solchen Abkommen, die erstens direkt zwischen den nationalen Gewerkschaftsbürokraten und d n örtlichen Management ausgehandelt werden; die zweitens beiden Zugang zum Betrieb gewährt (den sie gegenwärtig nicht haben), und damit die Möglichkeit, dort Kontrolle auszuüben und die Beteiligten zu "disziplinieren"; die 3. solche Arbeitspraktiken eliminieren, die gegenwärtig die Position der shop-steward-Organisationen bestimmen (wie z.B. die täglich neu ausgehandelten Akkordsätze und die Kontrolle über die jeweiligen Überstunden in den einzelnen Betrieben). Das Ziel ist also - kurz gesagt - eine Machtverschiebung weg von den Organisationen, die maßgeblich von der Basis her kontrolliert werden (shop-steward-Komitees usw.) hin zu Organisationen, die von den Gewerkschaftlern nur äußerst begrenzt und im Höchstfall indirekt kontrolliert werden können (nationale Gewerkschaftsbürokratie)." (86)

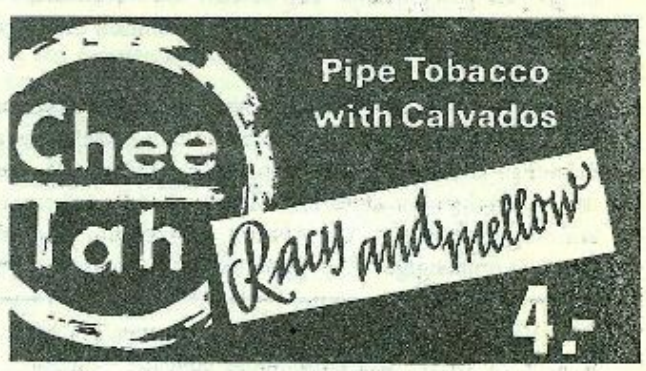
Die Unternehmer sind zur Durchsetzung ihrer Pläne oft zu beträchtlichen finanziellen Anreizen bereit. Mit dem ersten Produktivitätsabkommen, das im Juli 1960 in der Esso-Raffinerie in Fawley abgeschlossen wurde, unterzeichneten die Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) und sieben berufsständische Gewerkschaften mit dem Management ein Abkommen über einen 40%igen Anstieg der Lohnsätze. Doch die folgenden Jahre zeigten, wie nachteilig das Abkommen für die Arbeiter war. Bei der Anhörung vor der Donovan-Commission mußte das Esso-Management ein Eingeständnis machen: "Wir haben kürzlich eine Untersuchung im Gebiet um Southampton durchgeführt, und zwar in Zweigen der Öl- und Schiffsbauindustrie, der chemischen Industrie, des Elektro- Schwermaschinen- und Leichtmaschinenbaus, einem verstaatlichten Industriezweig und einem Zweig der Bauindustrie. Wir stellten in diesen 8 Industriezweigen fest ..., daß sie im Lohn entsprechend den Wochenstunden an letzter Stelle lag, mit dem gesamten Wochenlohn (Fawley) an sechster Stelle von 8." (87)

Das zeigt den Verlust der Kontrolle auf Betriebsebene. Andere Produktivitätsabkommen hatten den gleichen Effekt, so z.B. bei dem technischen Personal der Post und der Elektrizitätsversorgung. (88)
Die Abmachungen sollen die üblichen Lohnerhöhungen ersetzen und es den Unternehmern ermöglichen, die übrigen in den Abkommen enthaltenen Konzessionen, die sogenannten "Rationalisierungen" umsonst zu bekommen. Cliff schreibt dazu: "Sie kommen damit durch, weil die Arbeiter psychologisch auf eine bestimmte jährliche Lohnerhöhung fixiert sind... hier wird die vorausgegangene Lohnstop- und Einkommenspolitik wirksam, indem sie nämlich den Arbeiter dazu bringt, Produktionsabmachungen zu akzeptieren, die für den Unternehmer ausgesprochen vorteilhaft sind." (89)

In dem Abschnitt über die marxistische Ökonomie haben wir erklärt, daß Produktivitätssteigerungen im kapitalistischen System nur dann Sinn haben, wenn sie Profite, also den Mehrwert, erhöhen. Deshalb überrascht es nicht, wenn man feststellt, daß das auch für die in England abgeschlossenen Abkommen gilt. Cliff gibt dazu eine Reihe von Beispielen, von denen wir eins herausgreifen: "Aus dem Abkommen über das technische Personal der Post ergaben sich im Laufe der letzten 3 1/2 Jahre Einsparungen von insgesamt 89 Mio. £, und nur 18 Mio £ kamen davon den Arbeitern zugute." (90)

Wohl kaum gleiche Anteile! Wenn man die Zugeständnisse betrachtet, die die Arbeiter in disen Abkommen machen, wird die Motivation klar. Man sollte sich dazu den grundsätzlichen Inhalt eines Produktivitätsabkommens ansehen. Ein Industrieberater nennt den Inhalt in den folgenden 9 Punkten.

1. Reduzierung der Nicht-Arbeitszeit nach jeder Schicht, in den Pausen und zwischen den Arbeitsgängen.
2. Reduzierung der Überstunden und Kontrolle über die Überstunden im Rahmen der betrieblichen Planung verbunden mit der Abmachung, daß, wenn notwendig, Überstunden gemacht werden.
3. Größere Flexibilität im Einsatz der einzelnen Arbeiter.
4. Planmäßige Durchführung der Arbeit, auch wenn nach Abschluß keine neue Arbeit verfügbar ist.
5. Abschaffung, bzw. effektiverer Einsatz von Facharbeitergehilfen.
6. Reduzierung der Zeitverluste durch Verspätung oder Abwesenheit.
7. Eliminierung oder Reduzierung der Forderungen nach Sonderzulagen.
8. Einhaltung eines festgesetzten Arbeitstempos.
9. Allmähliche Beseitigung von Abgrenzungen zwischen den einzelnen Berufsgruppen.(Demarkation) (91)



86. International Socialism 36, April/Mai 1969, S.1f

87. Bericht der Donovan Commission Nr.39
Esso Petroleum Evidence S.1676.

88. Cliff, The Employers Offensive, S.27-38

89. a.a.O., S.36f

90. a.a.O., S.33

91. S.24, Zitat aus "Productivity Symposium"

Wir können nicht detaillierter auf die einzelnen Abkommen eingehen, Cliffs Buch gibt solche Einzelheiten, aber die 9 Punkte sind wohl eindeutig genug. Die Ziele sind: die Formalisierung der Arbeitsverhältnisse im Betrieb; die Beseitigung der Aspekte des Betriebslebens, die in erster Linie die gewerkschaftlichen Ausschüsse und shop-stewards betreffen; schließlich die Rationalisierung des Arbeitsprozesses durch eine Erhöhung der Arbeitsintensität, indem man einen Arbeiter häufig die Arbeit von zweien zuweist. Das folgt in den meisten Fällen aus Punkt 9, Punkt 3 ermöglicht es, militante shop-stewards in andere Abteilungen des Betriebs zu versetzten, sobald ihr Einfluß zu groß wird. Punkt 8 ermöglicht auch die Abschaffung bestimmter Arbeitsprozesse auf den Rat von "Experten", die auch Versetzungen von Arbeitern u.ä. empfehlen. Rationalisierung bedeutet sog. "wissenschaftliches" Management, Bewertung und Einstufung der einzelnen Arbeitsgänge und eine enorme Erweiterung des aufsichtführenden Managements. All das zielt darauf ab, die Arbeiter mit "Wissenschaft" zu verwirren, die gar keine ist (92), und den shop-stewards, den unmittelbaren Vertretern der Arbeitern, ihre Macht zu nehmen. Man könnte eine große Zahl von Beispielen anführen, die zeigen, wie sich die Arbeitsbedingungen aufgrund von Produktivitätsabkommen verschlechtert haben, aber dazu fehlt es hier an Raum. Es genügt, einige Konsequenzen der Abkommen zu nennen: mehr Schichtarbeit, höheres Akkordtempo (was zu einer gewaltigen Zahl von Arbeitsunfällen führte), mehr Entlassungen. Cliffs Buch liefert auch hier wieder ausführliche Informationen.

Das jüngste Kapitel dieses Großangriffs auf die Arbeiterklasse sind die Vorschläge zur Strafgesetzgebung, die Gesetzesvorlagen für die Beziehungen zwischen den "Sozialpartnern"; sie sind die logische und unvermeidliche Fortsetzung des Vorangegangenen. Ausgangspunkt der Lohnpolitk muß jetzt die Betriebsebene sein; das bedeutet den Beginn einer neuen Phase im Klassenkampf. (93)

Die "Industrial Relations Bill"

Nach dreijähriger Besinnung legte im Juni68 Lord Donovan, Vorsitzender der "Royal Comission on Trades Unions and Employers Associations" den Bericht der Kommission vor. Das Hauptangriffsziel war eindeutig, nämlich die Organisation auf Betriebsebene.

" Der Hauptmangel der englischen 'industrial relations' sind die ungeregelten Verhältnisse in den Fabriken und Betrieben und das Wirrwarr von Lohnsystemen , das durch das Nebeneinander eines formellen und eines informellen Systems entsteht. Um Abhilfe zu schaffen, sind effektive und ordnungsgemäße Tarifverhandlungen notwendig, über Themen wie: Kontrolle der Prämiensysteme, Regelung der tatsächlichen Arbeitszeit, Anwendung der Arbeitsplatzbewertung, Arbeitspraktiken und die Bindung von Lohnsteigerungen an Leistungssteigerungen, Erleichterungen für die shop-stewards, Disziplinarverfahren und Appellationsverfahren. " (94)
Weiter: " Gewisse Eigenheiten in der Struktur und Verwaltung der Gewerkschaften haben den Belegschaftsgruppen und shop-stewards eine unverhältnismäßig starke Rechtsstellung verschafft. "

Das große Problem war der wilde Streik, und die Komission empfahl eine Änderung der Definition der Gewerkschaften: "vorübergehende Organisation", also Belegschaftsausschüsse und shop-steward-Zusammenschlüsse, sollten ausgeschlossen werden. Nur für eingetragene Gewerkschaften sollte das Gesetz zum Schutz der Gewerkschaften gelten, damit auch das Streikgesetz, Absatz III des Trades Disputes Gesetzes (1906), das streikende Arbeiter vor der Haftbarmachung für Streikschäden schützt. Die Folge einer solchen Maßnahme wäre, daß alle an einem wilden Streik beteiligten Arbeiter zivilrechtlich verfolgt werden könnten. Die Kommission zeigte aber keine offene Absicht, wilde Streiks ungesetzlich zu machen. Sie schlug weiterhin einige institutionelle Veränderungen vor, und zwar als wichtigste örtliche Betriebsabkommen für Industrietarifverträge. Die Verträge sollten bei einer neu zu schaffenden Institution, der Industrial Relations Comission, eingetragen werden.

Kurz nach Veröffentlichung des Donovan-Reports rückte die Labour-Regierung mit ihren eigenen Absichten heraus, in einem Dokument mit dem sinnigen Titel "In Place of Strife" (Anstelle von Hader). Die Konservativen hatten ihr Dokument schon etwas früher herausgegeben. Es hieß "Fair Deal at Work" ("Gerechtigkeit am Arbeitsplatz"). Konservative und Labour haben offensichtlich ähnliche Intentionen und diese Ähnlichkeit spiegelt sich verständlicherweise auch in den Dokumenten wieder. Beide gingen über die Donovan-Empfehlungen hinaus und enthielten neue Vollmachten, Streiks hinauszuschieben - bei Labour für 28, bei den Konservativen für 60 Tage. Beide waren für eine Geldstrafe für Arbeiter, die während dieser Zeit streiken würden. Wir werden auf diese Dokumente nicht näher eingehen; es ist nur zu sagen, daß die Labour-Regierung durch Druck von Parteimitgliedern und der Gewerkschaften (deren Beiträge sie für ihren Wahlfonds benötigt), sowie durch 2 kleine, aber doch bedeutende Streiks (an dem Streik am 1. Mai beteiligten sich 200 000 Arbeiter), gezwungen wurde, die Strafklausel aus ihren Vorschlägen zu streichen.

---

92. Vgl. die Diskussion dieser Studien von T. Cliff, a.a.O., S.101ff. Wer entscheidet über die "durchschnittliche" Arbeitsintensität, den Durchschnittsarbeiter und die durchschnittliche Arbeitszeit. Kann das wissenschaftlich festgestellt werden? Natürlich nicht, und das ergibt sich auch aus den durchgeführten Studien.

93. Man sollte sich nicht von einem Denken leiten lassen wie "Aber solche Vorschläge existieren sowieso schon in vielen anderen Ländern, also was soll das ganze?" In Großbritannien, wo 95% der Streiks wilde Streiks sind, stellen sie sehr wohl eine politische Gefahr dar. Man kann nicht einfach Maßnahmen von einem Land auf ein anderes übertragen und dabei die jeweilige konkrete Situation des Landes außer acht lassen.

94. Donovan Report, a.a.O., S.262

Die Labour-Regierung hat die Parlamentswahlen verloren, und wir werden deshalb das neue Dokument der Konservativen besprechen. Vorher sollte jedoch noch erwähnt werden, daß auch der TUC ein Dokument veröffentlicht hat, das überraschenderweise mit "Program for Action" (Aktionsprogramm) betitelt war. Das alte Zugpferd kam jedoch nicht auf die Beine; das Dokument ähnelte sehr den Donovan-Empfehlungen. Der TUC akzeptierte grundsätzlich, daß die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern in eine Form gebracht werden müßten, die eine zentrale Kontrolle über die Arbeiter ermöglichte. Ein weiteres Ziel war die Reduzierung von Streiks, insbesondere von wilden Streiks. Der TUC ist allerdings der Ansicht, daß er selbst für die Disziplin der Arbeiter zuständig ist, nicht die Regierung. Die Gefahren eines solchen Dokuments sollten nicht unterschätzt werden. Es "liefert das Deckmäntelchen für rechtsgerichtete und schwachbeinige 'linke' Gewerkschaftsführer, die dem Management und der Regierung Konzessionen machen. Es kann die ideologische Rechtfertigung der militanten Arbeiter untergraben und sie von der rückständigen Masse der Arbeiter isolieren."
Damit würden weitere Angriffe auf die Arbeiterklasse noch leichter gemacht werden.

Die Vorschläge der konservativen Regierung

Das Dokument der Konservativen versteht sich als konsultativ und erschien Anfang Oktober 1970. Wir werden die Hauptpunkte einzeln besprechen. Wir zitieren aus dem Dokument:
"Jeder Einzelne sollte das Recht haben, einer Gewerkschaft beizutreten und an ihrer Aktivität teilzunehmen; ebenso das Recht, das nicht zu tun " (95)

Diese Bestimmung macht die Weigerung, mit Nicht-Gewerkschaftlern zu arbeiten, ungesetzlich, und sie ist wie geschaffen, die Solidarität im Betrieb und innerhalb der Gewerkschaft zu unterminieren, die notwendig ist als Ausgleich gegen das Vorrecht des Unternehmers, die Arbeitsbedingungen zu bestimmen.
K.W. Wedderburn, Professor für Recht an der Universität London nennt das milde ein Ignorieren des sozialen Unterschieds zwischen zwei verschiedenen Rechten (nämlich dem Recht des Beitritts und dem der Weigerung, einer Gewerkschaft beizutreten). Man sollte den braven Professor ergänzen und sagen, daß diese Bestimmung jenen Unterschied schlicht ausbeutet. Um das Argument zu verdeutlichen und weiterzuführen, heißt es im Dokument weiter:
"Es wird vorgeschlagen, es als regelwidrige Kampfmaßnahmen (unfair industrial actions) zu verurteilen, wenn ein Streik organisiert oder angedroht wird mit dem Ziel, auf einen Unternehmer dahingehend Druck auszuüben, einen Einzelnen wegen seiner Mitgliedschaft oder Nicht-Mitgliedschaft in einer eingetragenen Gewerkschaft zu diskriminieren." (95)

Den Kern der Gesetzesvorlage bilden die Vorschläge für neue Arbeitsgerichte und ein Oberstes Arbeitsgericht (National Industrial Relations Court), dessen Vorsitzende Mitglieder der jetzigen Gerichtshöfe sein sollen. Das N.J.R.C. wird die labour relations kontrollieren und mit Hilfe eines Kodex von "unfair industrial actions" die Streitigkeiten mit Gewerkschaften regeln, die unter den vom Staat auferlegten Bedingungen als eingetragene Gewerkschaften gelten. Zur demokratischen Entscheidungsfindung der Mitglieder wird sodann die Ansicht des N.I.R.C. über das, was für staatlich anerkannte Gewerkschaften sinnvoll zu tun ist, eingebracht. Eine wahrhaft faire Situation am Arbeitsplatz!

Wedderburn ist der Ansicht, daß die Definition der in der Gesetzesvorlage genannten "regelwidrigen industriellen Praktiken" ausgesprochen praktisch sind. "Sie würden die Legalität der Gewerkschafts- und Arbeiteraktivität bei den Verhandlungen auf ein erschreckendes Maß reduzieren" (96). Es genügt ein Beispiel, um das unmißverständlich klarzumachen: "Es wird vorgeschlagen, es als 'unfair industrial actions' zu verurteilen, wenn Organisationen und Einzelpersonen, die keine eingetragenen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände (oder deren Funktionäre und autorisierte Vertreter) sind, Arbeiter dazu zu überreden (oder zu überreden versuchen), im Verlauf eines Arbeitskonflikts ihren Arbeitsvertrag zu brechen." Es wird erklärt, warum: "Das ist notwendig, weil die gegenwärtige Immunität in solchen Fällen immer stärker in spontanen, wilden Streiks ausgenutzt worden ist, und weil man eine klare Unterscheidung machen muß zwischen den Vorrechten einer eingetragenen Organisation (die gewisse Verpflichtungen akzeptieren würde) und zwischen einer vergleichbaren Organisation, die keine derartigen Verpflichtungen akzeptiert." (95) Das heißt, die shop-stewards und die "rank and file" Militanz sollen von den integrierten Gewerkschaftsbürokraten isoliert werden, um so durch die Niederschlagung der Militanz die Arbeiterbewegung zu spalten. Wenn man bedenkt, daß 95% aller Streiks wilde Streiks sind, wird klar, daß sich der Angriff auf die Interessen der Arbeiterklasse kaum deutlicher offenbaren kann.

Unter den Begriff der "unfair industrial actions" würden beispielsweise auch Streikaktionen (oder deren Androhung) von Gruppen gehören, die gegen Arbeitgeber gerichtet sind, die nicht direkt in eine Auseinandersetzung verwickelt sind. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Streikenden eingetragene Gewerkschaftsmitglieder sind oder nicht. D.h., ein Lieferboykott gegen ein Unternehmen, das eine Auseinandersetzung mit einer anderen Gewerkschaft führt, wäre illegal. Ziel dabei ist ganz klar, eine Solidarisierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu verhindern, die sich aus dem gemeinsamen Handeln der Gewerkschaften ergeben würde. Die Regierung ist gegen "pre-entry closed shops", die einzelnen die Einstellung verweigern können, wenn sie nicht einer bzw. einer bestimmten Gewerkschaft angehören. Auch hier wieder das Ziel, die Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse zu unter graben. Wenn der (zuständige) Minister in einem Streik - auch wenn dazu ordnungsgemäß und offiziell aufgerufen wurde - eine Bedrohung der Wirtschaftsinteressen des

95. The Times veröffentlichte den gesamten Wortlaut des Dokuments am 6.10.1970. Die Zitate entstammen der Times.

96. The Times, 6.10.1970.

Landes sieht, könnte er über das N.I.R.C. eine Abkühlungsperiode von 60 Tagen erwirken, um einen sofortigen Streikaufruf zu verhindern. In diesem Falle könnte der Minister durch das N.I.R.C. eine geheime Abstimmung beantragen, deren Ergebnis allerdings nicht bindend wäre. Wozu dann also diese Abstimmung? Damit sollen ganz eindeutig spontane und effektive Aktionen der Gewerkschaften unterbunden werden. Ein Autor, der mit dem Inhalt des Regierungsdokuments sympathisiert, hielt es für angemessen, seine Leser daran zu erinnern, daß "Gewerkschaften letzten Endes Kampforganisationen sind" (97). Es geht jedoch darum, Mr. Shonfield, sie zu zähmen.

Schließlich wird den Arbeitern angeblich eine Konzession gemacht. Wie es in dem Dokument heißt, "gehört England zu den wenigen Ländern, in denen Entlassungen häufig zu Streiks führen." Die Verfasser des Dokuments führen das darauf zurück, daß der Arbeiter bei "ungerechter und willkürlicher Entlassung" keinen Anspruch auf Entschädigung hat, sofern die Kündigungsfrist eingehalten wurde. Es wird daher vorgeschlagen, den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, beim Arbeitsgericht gegen ungerechte Entlassungen Berufung einzulegen. Das Urteil muß jedoch nicht akzeptiert werden und/oder Entschädigung wird nur bis zur Höhe von zwei Jahresgehältern gezahlt, wobei alles, was über einen Wochenlohn von 40 Pfund hinausgeht, nicht berücksichtigt wird. Die Höchstsumme für eine Entschädigung läge demnach bei ca. 4000 Pfund. Die Beweislast liegt jedoch beim Arbeiter, und "eine Entlassung wäre schon dann gerecht, wenn sie mit der Führung oder Fähigkeit des Arbeiters, oder damit, daß er überflüssig geworden ist, begründet würde, vorausgesetzt, der Arbeitgeber hätte sich dabei einigermaßen fair verhalten" (95). Wie unser Professor sagt (96), ist die in dieser Klausel enthaltene Ausdehung des Rechtes der Arbeiter "praktisch wertlos". Auf diese Weise können "militante Arbeiter" einfach entschädigungslos entlassen werden, und die im schlimmsten Falle zu zahlende Höchstentschädigung wäre noch gering - denn jeder Streik oder dessen Androhung würde solange unter den Begriff der "unfair industrial actions" fallen, bis alle juristischen Möglichkeiten erschöpft wären. Und zweifellos sähe mancher Gewerkschaftsbürokrat und Manager einen militanten Arbeiter lieber von hinten als von vorn.

Wenn eingetragene Gewerkschaften oder Einzelpersonen zu "unfair industrial actions" greifen, können sie wegen Vertragsbruch haftbar gemacht werden. In diesem Falle würde das N.I.R.C. oder ein anderes Arbeitsgericht dem Arbeitgeber eine Entschädigung zusprechen. "Alle einer Gewerkschaft für 'industrial actions' zur Verfügung stehenden Gelder würden demnach zur Zahlung von Entschädigungsleistungen verwendet werden" (95). Arbeiter oder Gewerkschaften, die sich weigerten, für diese Kosten aufzukommen, würden wahrscheinlich im Gefängnis landen. So soll also die "Gerechtigkeit am Arbeitsplatz" aussehen. Lassen wir den "Economist" die Vorschläge und deren möglichen Konsequenzen vom Standpunkt der Unternehmer aus zusammenfassen: "Nach einer Phase, in der Aktivisten in einigen Fabriken gegen die Gesetzesvorlage kämpfen konnten und entlassen werden müssen, wogegen sie beim N.I.R.C. Berufung einlegen können, wobei aber die Gewerkschaften das finanzielle Risiko tragen, sofern sie weiterhin Aktionen zu ihrem Schutz durchführen, besteht jetzt die Aussicht, daß das Land mithilfe dieser Gesetzgebung allmählich von der schweren englischen Krankheit weg zu einer leichteren ausländischen kommt" (98). Wie sich das Blatt auch wendet, wir werden gewinnen! Das sind nicht etwa juristische Spitzfindigkeiten, die der "Economist" hier bringt, er versteht diese Gesetzgebung nur allzugut. Wir glauben, daß hier die Kampfkraft der Arbeiterklasse unterschätzt wird, die nach dem Zweiten Weltkrieg keine größere Niederlage erlitten hat und die diese Strafmaßnahmen kaum tatenlos hinnehmen wird.

Im "Economist" wird dagegen die Ansicht vertreten, daß die Unruhen, wie alle Widerstandsaktionen, nur auf einige Aktivisten zurückzuführen sind.

In Fortführung der Politik der Labour-Regierung sind die Konservativen erst recht entschlossen, die Schwierigkeiten, mit denen der Kapitalismus in England zu kämpfen hat, auf dem Rücken der werktätigen Bevölkerung auszutragen. Die Labour-Regierung hat dafür 6 Jahre lang den Weg geebnet, indem sie der Arbeiterklasse ihre Politik des Lohnstops, der steigenden Preise und der drohenden Anti-Gewerkschaftsgesetzgebung aufgezwungen hat. Das war allerdings zu erwarten, denn es ergibt sich aus den Grundtatsachen des kapitalistischen Systems. Die Produktion ist für den Profit da und nicht, um die Bedürfnisse der Masse der werktätigen Bevölkerung zu befriedigen, die diese Profite schafft. Die Regierung, die jeweils an der Macht ist, (gleichgültig ob Labour oder Konservative) wird daher alles tun, um diesen Zustand aufrechtzuerhalten und wird dem Kapital zu Hilfe kommen, wenn immer es bedroht ist.

Der Widerstand gegen die Gesetzesvorlage ist gewachsen, und der TUC sieht sich gezwungen, zu erklären, daß er nichts mit irgendwelchen "Konsultationsgesprächen" auf der Grundlage der Tory-Gesetzesvorlage zu tun hat. Der Generalsekretär des TUC, Vic Feather, scheint allerdings nicht gerade wie ein General in die Schlacht zu ziehen, wenn man betrachtet, was er kürzlich auf einem TUC-Kongress sagte: "Die Gewerkschaftsbewegung hat kein Interesse an irgendwelchen spektakulären Aktionen oder Konfrontationen. Darum geht es uns nicht!" (99) Die linken Gewerkschaftsführer und die Heuchler der Labour-Party (angeführt von Barbara Castle, die sich hartnäckig für die Einführung der Labour-Gesetzgebung eingesetzt hatte) haben den Kampf aufgenommen. Der wirkliche Widerstand gegen die Gesetzesvorlage wird jedoch von Seiten der "rank-and-file militance" und den shop-steward committees kommen. Als Protest-

97. Andrew Shonfield, The Times, 6.10.70, S.10

98. The Economist, 10.10.70, S.15

99. Zit. im Socialist Worker, 3.10.70

aktion gegen die Gesetzesvorlage haben militante Gewerkschafter für den 8. Dezember zu einem eintägigen inoffiziellen politischen Streik aufgerufen. Dieser Aufruf findet allmählich Unterstützung, und zum Entsetzen der kapitalistischen Presse haben sich eine Reihe von hauptberuflichen Gewerkschaftsfunktionären, im Gegensatz zum TUC, nicht gegen den Streik ausgesprochen, sondern überlassen es jeweils den einzelnen Mitgliedern, ob sie daran teilnehmen wollen. Der Streik wird ein guter Indikator dafür sein, wie groß die Möglichkeiten zur Schaffung eines politischen Widerstands gegen die Gesetzesvorlage sein werden und allerdings auch dafür, inwieweit es in England möglich ist, wieder "sozialistische Politik" zu betreiben (100).

Kein Kampf kann isoliert geführt werden, und wie schon die alte Labour-Bewegung aus dem Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse erwuchs, so muß auch jede neue Bewegung ihre Basis dort haben, wo militante Organisationen in der Industrie heute ihre Kämpfe austragen. Die Linke in England ist ebenso isoliert, wie die politische Militanz in der Industrie, aber es besteht eine Möglichkeit, diese Isolierung zu überwinden. Der Kapitalismus in England, alt und von Krisen zerrüttet, sieht seine Erlösung in einem Großangriff auf die Organisationen und den Lebensstandard der Arbeiterklasse. Daß dieser Angriff politischer Natur ist, wird sichtbar werden. Weder die Labour Party noch die Kommunistische Partei, obwohl diese noch immer bei weitem die beste Organisation in der Industrie hat, bieten in politischer Hinsicht mehr als ein pathetisches Bekenntnis zu dem parlamentarischen Weg zum Sozialismus. Zwar gibt es wahrhaft revolutionäre Organisationen; ihr Einfluss war jedoch bisher gering. In der jetzigen Situation kommt es darauf an, eine sozialistische Bewegung aufzubauen, und das erfordert wiederum den Zusammenschluss der verschiedenen sozialistischen Gruppen sowie die Erarbeitung einer gemeinsamen theoretischen Perspektive. Das ist eine große Aufgabe, die jedoch gelöst werden muß, wenn sich die Arbeiterklasse gegen die Angriffe, denen sie heute ausgesetzt ist, erfolgreich zur Wehr setzen will.

Mit einem massiven Angriff auf die Grundrechte der Arbeiterklasse, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung erkämpft wurden, hat sich die Politik wieder auf die Betriebsebene verlagert. Die antagonistischen gesellschaftlichen Verhältnisse und der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital treten klarer zutage, denn England gehört zu den Ländern, die von der Krise des Weltkapitalismus zuerst betroffen werden.

Wird die Linke den Kampf aufnehmen?

David Yaffe
30.11.70

(Übersetzt von der Institutsgruppe am Dolmetscher-Institut)

DIE AUSEINANDERSETZUNG IN HEIDELBERG

Seit ihrer Generalversammlung am 21./22. November ist die Heidelberger Linke gespalten. Formal vollzog sich diese Spaltung über der Frage, ob die Versammlung berechtigt sei, die Redaktion des Neuen Roten Forum zu wählen oder nicht. Die Redaktion des Neuen Roten Forum ist personell identisch mit der früheren Redaktion des Roten Forum, das als theoretisches Organ des Heidelberger SDS von dessen Verbot mitbetroffen worden war. Da die Generalversammlung der Heidelberger Linken aus politischen und keineswegs bloß aus juristischen Gründen nicht mit dem ehemaligen, jetzt verbotenen SDS identisch ist, war diese Frage formal eindeutig: die Versammlung war nicht berechtigt, eine Wahl der Redaktion des NRF durchzuführen. Wieso konnte diese formal völlig eindeutige Frage zur Spaltung der Heidelberger Linken führen? Nur deshalb, weil sich in ihr die inhaltlichen und organisatorischen Differenzen am klarsten manifestierten. Diese Differenzen fanden ihren Ausdruck auch in der Einschätzung der Generalversammlung selbst und im Charakter der Anträge. Aber nur in der Frage der Wahl der Redaktion fanden sie einen so zugespitzten Ausdruck, daß sie zur Spaltung führen konnten. Die Gruppe um den neuen AStA und um Mangold/Becker, der sich der wissenschaftliche Solitär Fritz Kramer angeschlossen hatte, verstand die Generalversammlung als letzte Möglichkeit, der Gruppe um das NRF einen Schlag zu versetzen; die Gruppe um das Neue Rote Forum verstand die Generalversammlung als Diskussionsforum, auf dem bloß der formale Rahmen beschlossen werden konnte, in dem zukünftig die Institutsgruppen ihre zentralen politischen Fragen entscheiden. Sie ging davon aus, daß nach dem Verbot und der von der anderen Gruppe oftmals lauthals verkündeten tatsächlichen Auflösung des SDS, allererst die Minimalvoraussetzungen geschaffen werden müßten, die wenigstens eine zentrale und einheitliche Politik an der Hochschule erlauben würden. Deshalb legte sie neben verschiedenen Diskussionspapieren nur einen einzigen Beschlußantrag vor. Dieser lautete:

1. Die Institutsgruppenvollversammlung kontrolliert den AStA, d.h. der AStA ist an die Entscheidungen der IGVV gebunden.
Abstimmungsberechtigt sind alle IG-Mitglieder
2. Die IG sind autonom. Sie geben sich einen Mitgliederstatus.

Später wurde dieser Antrag, der von IG-Politik eingebracht worden war, um folgenden Punkt 0 ergänzt:
0. Die IGVV legt die zentrale Politik an der Hochschule fest.

100. Die Arbeitgeber sind sich dessen bewußt geworden und haben bereits eine Verfügung gegen die Druckergewerkschaft erlassen, um zu verhindern, daß sie ihre Mitglieder zum Streik aufruft.

Daß ein solcher Antrag überhaupt eingebracht werden mußte, zeigt, in welcher organisatorischen Verfassung sich die linken Studenten nach Verbot und Auflösung des SDS derzeit befinden. Mit Ausnahme der IG-Politologie hatte keine einzige Institutsgruppe auch nur einen Mitgliederstatus festgelegt. Die Kontrolle des AStA war völlig ungeklärt (und ist es nach wie vor, wenn man von seiner institutionellen Kontrolle durch das Parlament absieht); entsprechend hat er sich nach dem Verbot des SDS zum selbständigen Entscheidungsgremium in zentralen Fragen der Politik an der Hochschule emanzipiert. Aus einem Instrument in der Hand des SDS hat er sich in ein unabhängiges Organ über den IG verwandelt, das sogar deren politische Programmatik und Organisation festlegen will (dazu s.w.u.). Die Autonomie der IG als Organisation der linken Studenten am Institut versteht sich von selbst, mußte aber deshalb ausdrücklich formuliert werden, weil die Gruppe um den AStA die IG von oben auf die Form von pluralistischen Arbeitskreisen festlegen wollte (siehe Antrag des AStA: S.40)

Dieser Antrag zeigt, ausser der Intention, den IG von oben ihren politischen und organisatorischen Charakter vorzuschreiben, auch sonst die völlige Geistesverwirrung der Antragsteller, die nur aus einer panischen Angst vor jeder organisierten politischen Arbeit erklärt werden kann. Der Antrag ist zunächst in sich selbst völlig widersprüchlich: die Instituts-, Basis- und Projektgruppen (das sind alles fachspezifisch organisierte Studentengruppen) sollen als "Zusammenschlüsse radikaldemokratischer und sozialistischer Studenten" die "Herstellung einer überregionalen Organisation der Sozialisten an den Hochschulen" anstreben. Oder wer sonst soll das Subjekt dieses passivisch postulierten dunklen Strebens nach überregionaler Organisation der Sozialisten sein, als die radikaldemokratischen und sozialistischen Studenten der IG (wobei erstere sich wohl selbst aus der überregionalen Organisation ausschließen sollen, die sie gleichzeitig anzustreben haben). Aber die "Radikaldemokraten" sollen nicht nur eine überregionale Organisation der Sozialisten anstreben; sie sollen auch unter Anleitung der Theoretiker der Arbeiterbewegung die marxistische Theorie des Spätkapitalismus erstellen helfen. Dabei sollen sie sich selbstverständlich dem "Absolutheitsanspruch", den die bürgerliche Wissenschaft dem Marxismus vorzuwerfen pflegt und der sich ihnen in Gestalt "mancher linken Gruppen" unkeusch aufdringen könnte, nicht anerkennen. Aus all diesen Gründen lehnen die Institutsgruppen die Anerkennung einer bestimmten "Linie" ab und führen selbstverständlich auch keine Hierarchisierung etwa nach Aktivisten, Mitgliedern und Kandidaten durch. Wichtiger als die blinde Furcht vor "manchen linken Gruppen", die der einzige Inhalt des Antrags ist, scheint uns folgendes: einerseits durchbricht der Antrag implizite die Autonomie der IG, indem er sie politisch und organisatorisch festlegen will, andererseits verliert er über die Kontrolle des AStA durch die IGVV kein Wort. Besser wird es noch, wenn man den Antrag im Ensemble aller Anträge des AStA analysiert: Voraus gingen ihm nämlich ein Antrag, der eine "vierköpfige paritätische Redaktion" des NRF durch die Generalversammlung wählen lassen und das NRF in ein Organ der "radikaldemokratischen und sozialistischen" IG verwandeln wollte, und ein Antrag, der eine Resolution zur Hochschulpolitik, die der AStA ohne vorherige Diskussion in der IGVV in eine Vollversammlung der Universität eingebracht hatte, nachträglich bestätigen lassen wollte. Während also das NRF paritätisch besetzt und zum Organ der pluralistischen IG werden sollte, sollte der AStA als unabhängiges Gremium durch Annahme des Indemnitätsantrags ausdrücklich bestätigt werden und seine formale Unabhängigkeit ausdrücklich erhalten bleiben.

Wir haben die Behandlung der formalen Gegensätze vorangestellt, weil der AStA und die bürgerliche Presse (FR) Bevor wir zu den inhaltlichen Differenzen übergehen, noch einige Bemerkungen zum Verlauf der Generalversammlung. Zunächst kam es zu einer Diskussion über die Abstimmungsberechtigung, wobei wir auf der Abstimmungsberechtigung aller anwesenden Heidelberger Linken bestanden, um die Diskontinuität zu früheren Generaldebatten des SDS und den ungeklärten organisatorischen Status der Institutsgruppen deutlich zu machen, während der AStA alle ehemaligen SDS-Mitglieder und die "Mitglieder" der Institutsgruppen abstimmen lassen wollte. Numerisch bestand in dieser Hinsicht kein wesentlicher Unterschied. Vielmehr ging es bei dieser Frage um den Status der Versammlung selber, den die Gruppe um den AStA wegen der Forum-Frage aufwerten wollte, obwohl sie wußte, daß es überhaupt keine Kriterien für die Mitgliedschaft in den Institutsgruppen gab. So ließ sich denn auch die Position des AStA nicht aufrecht erhalten. Dennoch wollte er dann die Wahl einer Redaktion des Neuen Roten Forum als ersten Tagesordnungspunkt behandelt wissen. Auch in dieser Diskussion ging es letztlich nicht um die Tagesordnung, sondern um den Status der Versammlung. Die Abstimmung spitzte sich auf folgende Frage zu: Ist die Versammlung berechtigt, eine Wahl der Redaktion, die vom ehemaligen SDS gewählt worden war, durchzuführen oder nicht. Für das Recht zur Wahl der Redaktion gab es 207 Stimmen, dagegen 170. Der SDS hatte beim Verbot ca. 150 Mitglieder, davon vielleicht 100 aktive. Vor der Abstimmung hatten wir ausdrücklich festgestellt, daß wir uns an einer Abstimmung über die Redaktion nicht beteiligen würden. Konsequenter wäre es gewesen, wenn wir uns schon an der Abstimmung über das Recht der Versammlung zur Abstimmung nicht beteiligt hätten. Unsere Beteiligung an dieser Abstimmung hat die durch den AStA-Antrag von vorneherein intendierte Sprengung der Versammlung zwar um einen Tag aufgehalten, mehr aber auch nicht. Statt dessen hat sie dieser Sprengung einen Schein demokratischen Rechts verschafft, in den sich die Gruppe um den AStA seither hüllt. Wir hatten ein Übergreifen der Spaltung innerhalb der ehemaligen Mitglieder des SDS auf die Institutsgruppen und die Institutsgruppenvollversammlung vermeiden wollen, weil diese Spaltung hier nicht inhaltlich vermittelt ist und weil es lächerlich ist, studentische Massenorganisationen zu spalten. Dies ist uns nicht gelungen. Inzwischen gibt es zwei Institutsgruppenvollversammlungen, die sich in ihrem Organisationsgrad und ihrer Zusammensetzung kaum unterscheiden und sich jeweils um einen Kern ehemaliger SDS Mitglieder sammeln. Wie kam es zu der Spaltung innerhalb dieser ehemaligen Mitglieder des SDS und wie ist sie inhaltlich begründet?

Noch im Frühsommer 1970 konnte die Nationale Konferenz der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), Deutsche Sektion der 4. Internationale, in ihren Thesen zur Studen-

tenbewegung in Westdeutschland folgendes schreiben:
"Von der alten SDS-Organisation sind einige funktionierende lokale Gruppen geblieben, die unterschiedliche Aktionsziele verfolgen und verschiedenartige Perspektiven herausbilden; konstitutiv für diese Gruppen ist ihr Versuch, zu einem eigenen politisch-organisatorischen Selbstverständnis zu kommen, und die Ablehnung einer organisatorischen Fraktionierung (die als "Zirkelwesen" bezeichnet wird) vor Abschluß der strategischen und klassenanalytischen Gesamtdiskussion (Beispiel: der Heidelberger SDS)."

Diese Beschreibung ist nicht ganz falsch: Im ehemaligen Heidelberger SDS gab es tatsächlich keine organisierten Fraktionen und er trat sowohl innerhalb des ehemaligen Bundesverbandes des SDS als auch in der Stadt als geschlossene Einheit auf. Aber diese Einheit war im wesentlichen personal vermittelt. Deshalb mußten auch die inhaltlichen Differenzen innerhalb des ehemaligen SDS als persönliche Differenzen erscheinen. Sie erscheinen zum Teil selbst den Protagonisten dieser Differenzen als solche. Dementsprechend konnten diese Differenzen, die zudem lange Zeit viel geringer waren als die Differenzen der ganzen Gruppe zu anderen Organisationen, weder in der Gruppe selbst, geschweigedenn nach außen inhaltlich vermittelt werden. Das und nicht ein wie immer geartetes Fraktionsverbot, daß die Trotzkisten vermuten, war der Grund für die fehlende organisierte Fraktionierung innerhalb des Heidelberger SDS. Seine spezifische Geschichte hatte ihm aber auch durchaus eine "privilegierte Erkenntnisposition" gegenüber den Fraktionierungen in der westdeutschen Linken verschafft, die es lange Zeit verhinderte, daß sich die oft bloß sozialpsychologisch zu beschreibende Mechanik irrationaler Fraktionierungen und Spaltungen in Heidelberg durchsetzte. Die Hochkonjunktur der "ML"-Gründungen in Westdeutschland ging am Heidelberger SDS fast völlig vorbei, lediglich zwei Genossinnen am Rande des SDS traten dem KAB-ml bei und sind wohl inzwischen beim KJVD gelandet, ohne daß sich eine dieser Gruppen in Heidelberg auch bloß hätte bemerkbar machen können. In Heidelberg gab es bis vor kurzem auch keine Eintrittswelle in die DKP und sie hält sich auch jetzt noch in Grenzen (inzwischen hat sich eine DKP- Hochschulgruppe gegründet, die aber nicht weiter in Erscheinung tritt). Andererseits hat sich durch diese fehlende organisierte Fraktionierung auch keine kontinuierliche politische Auseinandersetzung entwickelt, vielmehr brach diese bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder neu auf, und konnte von der Vielzahl der Genossen bloß als persönliche Auseinandersetzung begriffen werden. Dies um so mehr, als der SDS nach außen von relativ wenigen Genossen einheitlich vertreten wurde, die zudem weithin der selben "Fraktion" angehörten. Trotz aller erfolgreichen Politik an der Hochschule und in der Stadt (ständige publizistische Agitation und Propaganda; viele Teach-ins und Demonstrationen; Wahlerfolge und erfolgreiche Boykottmaßnahmen; regelmäßige und wahrscheinlich keineswegs erfolglose Propaganda vor den Betrieben) führte dies zu einer Entpolitisierung innerhalb des SDS. Eine der Ursachen lag darin, daß Mangold/Becker, die damals vor allem die Auseinandersetzung führten mit den Genossen, die jetzt als "Neoleninisten" gelten, inhaltlich keine nachprüfbare Gegenposition entwickelten (sondern die "Neo-Leninisten" als Fortführer der Studentenbewegung zu entlarven versuchten) und erst recht keine organisatorischen Initiativen ergriffen, sondern halt von Zeit zu Zeit ihre sporadischen und durchaus wechselhaften Angriffe in der MV führten. Dasselbe gilt mutatis mutandis für den Genossen Kramer, der zwar immer wieder mit neuen Einfällen brillierte, aber sich ansonsten in der bloßen Betrachtung gefiel. Diese Situation änderte sich bis zu einem bestimmten Grad, als mit dem jetzigen AStA sich eine Gruppe herausbildete, die sowohl analytisch als auch organisatorisch den Anspruch einer "neuen Politik" erhob, an die sich Becker/Mangold und Kramer als graue Eminenzen anschließen konnten. Alle drei hatten sich inzwischen aus jeder praktisch-politischen Tätigkeit zurückgezogen, und vor allem Becker/Mangold verstanden sich zunehmend als Liquidatoren jeglicher Politik, während Kramer, mehr kontemplativ veranlagt, inzwischen die Einsicht gewonnen hatte, daß in einer schlechten Gesellschaft halt bloß schlechte Politik zu machen sei und man deshalb am besten gar keine mache. Durch die Koalition AStA, Mangold/Becker und Kramer ist nun eine zwar unglaublich heterogene Gruppierung entstanden, die aber doch eine beträchtliche Basis in der Heidelberger Linken hat, wenn sie daran geht, die bisherige Politik zu liquidieren und statt dessen eine attentistische Haltung zu etablieren. Diese liquidatorische und attentistische Haltung erstreckt sich zwar auf die ganze politische Arbeit, hat aber vorläufig ihren Einfluß vor allem auf die Politik an der Hochschule. Das Verbot des SDS und das weitverbreitete Gefühl innerhalb der Linken, in der Demonstration gegen das Entwicklungshilfeministertreffen in Heidelberg (19. Juni), das zum Anlaß des Verbotes wurde, zu weit gegangen zu sein, schuf die Stimmung, in der sie gedeihen kann.
Was ist der Kern der neuen Politik der Gruppe um den AStA ?
Der Kern dieser Politik ist die Reduktion der Politik der Sozialisten in Heidelberg auf die Politik an der Hochschule und die Reduktion der Politik an der Hochschule auf das Erschleichen linker Lehrstühle. Diese Politik wird gerechtfertigt mit dem Hinweis darauf, daß "die wissenschaftliche Entwicklung einer marxistischen Theorie des Spätkapitalismus kaum begonnen wurde." Weil man also nicht wisse, was es mit dem Spätkapitalismus auf sich hat, solle man mit Angriffen auf ihn besser zurückhalten; und weil man durch "selbständige wissenschaftliche Arbeit" offensichtlich so schnell keine marxistische Theorie des Spätkapitalismus erstellen kann, braucht man erstmal linke Lehrstühle; Lehrstühle kann man ohne marxistische Theorie des Spätkapitalismus, die allererst eine politische Praxis ermöglichen würde, auch nicht anders bekommen, denn durch Erschleichung. Diese Erschleichung ist dann am ehesten möglich, wenn die fortgeschrittenste Fraktion des Kapitals, das Großkapital, das bekanntlich Forschung und Lehre verbinden will und an kritischer Theorie interessiert ist, die Hochschulpolitik bestimmt. Wenn deshalb überhaupt noch ein Kampf sinnvoll ist, dann allerhöchstens der gegen das Kleinkapital, dessen "bloß noch reaktionärer Vertreter" der baden-württembergische Kultusminister Hahn ist. Die Leussink-Rahmenpläne, Ausdruck der fortschrittlichen Tendenzen des Großkapitals, verfallen der Kritik bloß noch insofern sie Kompromisse darstellen mit Baden-Württemberg und Bayern, den Refugien des Kleinkapitals. Aber auch in Baden-Württemberg hat das Großkapital zum Glück der Sozialisten schon Ba-

stionen erobert, nämlich in der Grundordnung der Universität, und deshalb ist die Möglichkeit kritische Lehrstühle zu erschleichen auch in Heidelberg nicht so gering, entspricht sie doch den Notwendigkeiten des Großkapitals, die sozialistisch auszumutzen, die GO glücklicherweise Mittel und Wege bietet. Hinter dieser Politik stehen zwei Axiome:
1. die Behauptung einer zwar begrenzten, aber in sich selbst widerspruchsfreien Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus, dessen Widersprüche insgesamt nur noch als Widersprüche zwischen einzelnen Kapitalfraktionen begriffen werden.
2. wird der Wechsel in der Erscheinungsform der Studentenbewegung als Ende der Studentenbewegung begriffen, die den Sozialisten, die aus dieser Bewegung hervorgingen, bloß die Möglichkeit eines "Überwinterns" läßt, weil es ja auch keine Arbeiterbewegung gibt.

Beide Axiome stehen in engem Zusammenhang, indem sie auf einer völligen Abstraktion von den internationalen Klassenkämpfen des Proletariats beruhen, und so erlauben, die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zu negieren und die Studentenbewegung, die es gab, und die es nun nicht mehr gibt, als einmaliges und isoliertes Phänomen zu den Akten zu legen. Es ist einleuchtend, daß sich eine solche Position nicht offen äußern kann, und daß sie deshalb ihr eigenes Selbstverständnis nur verstellt zum Ausdruck bringt. Dieses Selbstverständnis äußert sich positiv als Ruf nach "neuen Kategorien" und negativ als Geschrei gegen den "Dogmatismus" und die rigiden Organisationsformen "mancher linker Gruppen", die unter dem heimgestickten Popanz des "Neo-Leninismus" subsummiert werden.

Der Kampf gegen den "Neo-Leninismus" ist denn auch der gemeinsame Boden, auf dem sich die verschiedenen Strömungen, die sich um den AStA gesammelt haben, stellen können. Als Kern des "Neo-Leninismus" in Heidelberg wurde die Redaktion des Neuen Roten Forum ausgemacht. Dem entsprechend wurde die Redaktion des Neuen Roten Forum in dem Maße zum politischen Angriffsziel, wie sich der Kampf gegen den "Neo-Leninismus" als gemeinsamer Nenner der verschiedenen liquidatorischen Strömungen herausstellte. Obwohl dieser Kampf gegen den "Neo-Leninismus" und daraus abgeleitet gegen die Redaktion des Neuen Roten Forums viele wahnhafte und irrationale Züge aufweist, hat er doch eine beträchtliche propagandistische Wirkung, denn er kann sich auf den ganzen antikommunistischen Bodensatz beziehen, der in der Studentenbewegung zurückblieb. Die Konstruktion des "Neo-Leninismus" durch die Gruppe um den AStA gleicht denn auch bis in Einzelheiten der Konstruktion des Kommunismus durch Leute wie Koestler, Bochénski etc., nur dass sie unter "sozialistischen" Vorzeichen entwickelt wird und irgendwo und irgendwie einen linken Anspruch zu erheben versucht. Klar ist, daß in diesem Zusammenhang feinsinnige Anspielungen auf Stalin gemacht werden, um die "Neo-Leninisten" im Vorübergehen gleich schnell als "Stalinisten" zu kennzeichnen, d.h. also im vorherrschenden Verständnis als Leute, die nicht nur "dogmatisch" sind, "rigide Organisationsformen" lieben, sondern tendenziell auch Verbrechen begehen. Besonders feinsinnig verfährt Kramer, der in der Einleitung zu seinem Referat auf der Generaldebatte sich zunächst als unbefangener Gutachter in Sachen "Neo-Leninismus" vorstellt und dann meint: "Noch eine Anmerkung zum Ausdruck Leninismus. Den Ausdruck verwende ich im Sinne seines Begründers, das ist bekanntlich nicht Lenin." Zuruf: "Sondern Stalin". "Ja, ja." Im Referat selbst kommen dann all die netten Sachen, die ein Scheuch etwa schon gegen den alten SDS vorbrachte, und die Kramer den "Neo-Leninisten" vorwirft: "In einer Gesellschaft, in der sich nicht mehr leben läßt, sucht sich eine geschlossene, allseitig immunisierte Weltanschauung ein paradoxes Gefühl von Heimat und Vertrautheit zu verschaffen, das nun freilich der revolutionären Gesten nicht mehr entbehren mag." (Seite 40). "Der rabulistische Dogmatismus will aus allgemeinsten Sätzen, jedes Besondere abgeleitet wissen." Da es zweifellos solche Tendenzen in der Linken gab und gibt, klingt das zunächst plausibel. Da ihre Kennzeichnung dann von vorneherein in die Definition des "Neo-Leninismus" aufgenommen wird, braucht man bloß noch jemanden als "Neo-Leninisten" bezeichnen um klar zu machen, was es mit ihm auf sich hat. Das erstaunliche nun ist, daß dieses Verfahren verfängt. Obwohl es in Heidelberg keinerlei "rigide Organisationen" gibt (ein Begriff, der ohnehin schon pejorativ ist) und niemand jemals behauptet hat, er hätte die "Theorie des Spätkapitalismus" in der Tasche, verfängt dieses Geschwätz, das ohne tatsächliche Kenntnis der ML-Gruppen einfach deshalb für wahr gehalten wird, weil ein weites Einverständnis darüber herrscht, daß es derzeit das Beste ist, auf jede Organisation und Praxis zu verzichten. Nur so ist auch die Subsumption der Gruppe um das Neue Rote Forum unter den Popanz "Neo-Leninismus" möglich, obwohl sie aus ihrer kritischen Distanz zu den diversen ML-Gründungen niemals einen Hehl machte und einer der zentralen Punkte ihrer Kritik gerade die fehlende theoretische und programmatische Klärung zentraler Fragen gewesen ist. So richtete sich z.B. auch die historische Rekonstruktion der Leninschen Parteiauffassungen gegen zwei Tendenzen in den damaligen ML-Gruppierungen: gegen den Proletkult und das soziologistische Anti-Intelligenzlertum, sowie gegen die Unterschlagung der Dialektik von Parteibildung des Proletariats und Massenbewegung. Dieser Aufsatz rief schon damals den Zorn des Herrn Brüggemann hervor, der in "Politikon" einen Angriff gegen den Artikel ritt, der in "links" nachgedruckt wurde und in Heidelberg als Vorbereitungsmaterial für die Generalversammlung lauthals angepriesen wurde. Hier schon wird die Rezeption der Theoretiker der Arbeiterbewegung, die allerdings ein wichtiger Schritt in der Erarbeitung einer revolutionären Strategie für die Epoche des Imperialismus darstellt, einfach deshalb unter den Dogmatismusverdacht gestellt, weil diese Rezeption selbst noch keine revolutionäre Theorie des Imperialismus sein kann. Gleichzeitig wird freilich betont, daß die Erarbeitung der revolutionären Theorie generell "noch gar nicht begonnen hat" (Politikon 31, S.3). Wenn das aber so ist, dann ist allerdings die Rezeption der Theoretiker der Arbeiterbewegung ein wesentlicher Schritt zur Erarbeitung dieser Theorie und "schon" sie "hilft" uns, die schlechte Abstraktheit der gegenwärtigen Diskussion um die Parteibildung zu überwinden, wie damals im Roten Forum 2/70 gegen jene eingewandt wurde, die eine leninistische Partei gründen wollten, nicht nur ohne revolutionäre Theorie, sondern auch ohne die Werke z.B. Lenins überhaupt gründlich rezipiert zu haben.

Bei Brüggemann finden sich all die Kalauer, die inzwischen zum festen Schimpfvokabular gegen die "Neo-Leninisten" geworden sind: "Rigide Organisationsmodelle", "fetischisierte Schulung", simple voluntaristische Machtpolitik", "eifrige Konstruktion von hierarchischen Kadermodellen", etc.

All diese Anwürfe sind lächerlich und lediglich die demagogische Verhüllung des Verzichtes auf jede politische Praxis nicht nur ausserhalb der Universität sondern auch in der Universität selber, die dann durch den ständigen Hinweis auf die fehlende revolutionäre Theorie gerechtfertigt wird. Deren Erarbeitung würde natürlich ebenfalls schon bestimmte organisatorische Bedingungen voraussetzen und sie kann natürlich nicht auf der Grundlage politischer Abstinenz in Angriff genommen werden.

Fritz Kramer versuchte die inhaltlichen Differenzen auf der Generalversammlung zu beschreiben, indem er folgende Alternativen als "hypothetische Verlängerung" der derzeitigen Auseinandersetzung angab: "daß man entweder versuchen würde, daß die sozialistischen Intellektuellen eine wesentliche Rolle bei der Organisierung des proletarischen Kampfes übernehmen oder aber, daß die sozialistischen Intellektuellen an der Universität gerade versuchen, die sehr viel breiter angelegte, tatsächlich antikapitalistische Bewegung der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz so zu politisieren oder so zu versuchen zu beeinflussen, daß sie tatsächlich zu einem Bündnispartner des Proletariats werden kann, vorausgesetzt, daß eben das Proletariat autonome Klassenkämpfe (führt), oder eine autonome Arbeiterbewegung überhaupt zustande kommt. Diese Alternative hat sich übrigens angedeutet im ehemaligen SDS mindestens seit den Diskussionen um die Gründung eines Zentralausschusses. Damals hatte ich die Auffassung vertreten, daß es noch nicht hinreichend klar sei, welche von diesen beiden Alternativen richtig sei, oder ob sich das überhaupt als Alternative stellen wird. Inzwischen haben sich die Verhältnisse meines Erachtens sehr weitgehend geklärt. Damals ging es nämlich darum, ob man den ZA spezifisch hochschulpolitisch gründet oder ob man einen ZA gründet, der nun ganz deutlich die Perspektive der Betriebsarbeit in sich schon enthält. Und das ist ganz klar, daß diese Alternativen genau unterschiedliche Interpretationen der Studentenbewegung bzw. der sozialistischen Intelligenz an der Hochschule implizieren würde." (Zweiter Beitrag auf der GV) Unseres Erachtens ist diese Alternative falsch entwickelt; und zwar ergibt sich das notwendig aus der Verdrängung der Perspektive der kommunistischen Organisation, in der diese "Alternativen" in der einheitlichen organisatorischen und propagandistischen Praxis vermittelt würden. Diese organisatorische Vermittlung der politischen Arbeit in der Arbeiterklasse und an der Hochschule ist zwar derzeit bloß bedingt möglich, aber wenn sie von vorneherein ausgeschlossen wird, kommt man eben zu "Alternativen", die keine sind. Nun zur Frage der "autonomen Klassenkämpfe" und zur Frage der "autonomen Arbeiterbewegung". Es scheint klar zu sein und alle historischen Erfahrungen bestätigen das, daß Klassenkämpfe des Proletariats und die Bewegung der Arbeiterklasse nicht einfach als "autonome" entstehen, sondern, daß die Entwicklung des Proletariats von der Klasse "an sich" zur Klasse "für sich" ein langwieriger Lernprozeß mit vielen Rückschlägen ist und daß die "Autonomie" der Arbeiterbewegung nicht dasselbe sein kann wie eine im soziologischen Sinn "reine" Arbeiterbewegung. Die Frage der Autonomie der Arbeiterbewegung ist ein inhaltliches Problem und sagt zunächst überhaupt nichts aus über die Rolle der sozialistischen Intelligenz in dem Prozess der Herausbildung dieser Autonomie, das heißt der Befreiung der Arbeiterklasse zunächst von der bürgerlichen Ideologie. Dieser Prozess ist inhaltlich widersprüchlich und widersprüchlich ist auch das Verhältnis von sozialistischer Intelligenz und Arbeiterklasse in diesem Prozess (für die russische Revolution z.b. vergl. ROTES FORUM 2/70). Ob sich die Arbeiterklasse dabei von der "Intelligenz "usurpieren" läßt, wie Kramer fürchtet, ist ebenfalls ein inhaltliches Problem: es wird bestimmt durch die Entwicklung der Klassenkämpfe des Proletariats und nicht durch den Willen der Intelligenz, sondern durch den Inhalt der Ideologie, den die sozialistische Intelligenz in der Arbeiterklasse vertritt. Klar ist z.B., daß die marxistische Theorie eine Usurpation der Arbeiterbewegung inhaltlich gar nicht zuläßt, und daß die marxistische Theorie auch wenn sie durch Intellektuelle dem Proletariat vermittelt wird, gerade Voraussetzung der Autonomie der Arbeiterklasse ist und nicht deren Hemmnis sein kann. Auf die Kramerschen Beiträge wird noch weiter (Claus Koch und Harald Schwarzenberg) eingegangen. Hier jedoch muß noch folgende Anmerkung gemacht werden: Kramer kommt zu seinen "Alternativen" bloß, weil er deren mögliche Vermittlung durch eine kommunistische Organisation völlig negiert und weil er nicht sieht, daß eine revolutionäre Arbeiterbewegung Ausdruck der Totalität der bürgerlichen Gesellschaft sein wird oder nicht sein wird, daß ihre Autonomie also gerade nicht in der Beschränkung auf sogenannte reine Arbeiterklassen bestehen kann. Freilich haben sowohl Kramer als auch der AStA und Becker/Mangold ohnehin kein Vertrauen in die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse: bei Kramer ist die Furcht vor der Usurpation der Arbeiterbewegung durch die Intelligenz nur die andere Seite der unvermittelten Hoffnung auf die Autonomie der Arbeiterbewegung. Bei den anderen Teilen dieser Fraktion ist der Begriff des Proletariats selbst schon mit dem Etikett des Dogmatismus versehen.

Bei Kramer ist das Hinundherschwanken zwischen Furcht vor der Usurpation der Arbeiterbewegung durch die Intelligenz und Hoffnung auf die unvermittelt auftauchende autonome Arbeiterbewegung begründet in seiner Technokratiethese, die vom Klasseninhalt des Staates völlig abstrahiert. Der Staat schiebt sich dann zwischen den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital. Gleichzeitig wird er zum Instrument einer Art neuen Klasse, der Technokraten, die die Arbeiterbewegung zugunsten ihrer Emanzipation von der Bourgeoisie funktionalisieren will. Gegenüber dieser Perspektive, die in der Entwicklung der monopolkapitalistischen Gesellschaft selber angelegt sei, bleibt bloß der Rekurs auf eine autonome Arbeiterbewegung, deren Möglichkeit gerade durch die angeblich objektiven Tendenzen, die der Technokratiethese zugrunde liegen, negiert werden. Da die Studentenbewegung global als Ausdruck dieser "technokratischen" Tendenzen verstanden wird, ist es klar, daß die einzige Chance für eine autonome Arbeiterbewegung gerade darin besteht, die so-

zialistischen Intellektuellen von der Arbeiterklasse fern zu halten. Damit würde auch von hier aus das Verhältnis von sozialistischen Intellektuellen und Arbeiterklasse nicht mehr inhaltlich bestimmbar, was z.b. eine Differenzierung der Intelligenz nach ihrer Ideologie und Politik vorraussetzen würde, und es ist bloß folgerichtig, wenn dann die Aufgaben der sozialistischen Intellektuellen generell auf bloße Reflektion reduziert werden.

Beim AStA verläuft die Argumentation wesentlich einfacher: hier gibt es bloß noch die Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus ,und solange der Kapitalismus die Produktivkräfte überhaupt noch entwickeln kann, ist es sinnvoll, die fortschrittlichste Fraktion des Kapitals, die "Großindustrie" (übrigens ein Begriff, der lediglich den Arbeitsprozeß umfasst) zu unterstützen, in der Beseitigung aller Hemmnisse, die ihr entgegenstehen. Es ist klar, daß diese Argumentation auf den Klassenkampf angewandt, die Abwehrbewegungen der Arbeiterklasse gegen kapitalistische Produktivitätssteigerung etc. selber als reaktionär denunzieren müßte, genauso wie den Kampf der Befreiungsbewegungen gegen die imperialistische Ausbeutung. Statt dessen ist in den Abwehrbewegungen des Proletariats die sozialistische Perspektive zu propagieren, die heute auf der Tagesordnung steht, weil die transitorische Notwendigkeit des Kapitalismus heute abgeschlossen ist. Dies , daß der Kapitalismus heute in seine Niedergangsepoche eingetreten ist, ermöglicht es auch den Befreiungsbewegungen eine andere Perspektive zu entwickeln als die des Kampfes "bis zur völligen Erschöpfung oder bis zur Ausrottung" (R. Luxemburg). So gesehen ist die Position des AStA genau die Inkarnation jener"technokratischen" Tendenzen, die Kramer konstatiert. Wie sich dies auf das Bündnis zwischen AStA und Kramer auswirken wird, bleibt abzuwarten. Klar ist, daß eine solche "technokratische" Kritik des Kapitalismus nicht durch Lenin gedeckt werden könnte, und so ist die hysterische Denuntiation der"Neo-Leninisten" durch den AStA verständlich. Da Kramer unvermittelt die Pannekoeksche Interpretation der Russischen Revolution (vergl. "Lenin als Philosoph", Ffm 1969) auf die Bedingungen Westeuropas und der USA überträgt, wenn er eine "leninistische ", d.h. für ihn technokratische Machtübernahme fürchtet, soll hier ebenso unvermittelt ein Zitat Lenins gegen die "technokratischen" Verbündeten Kramers gewandt werden, die zunehmend zu Apologeten des Kapitalismus regredieren. Lenin schreibt 1895 gegen Struve, den Wortführer der "legalen Marxisten", und wir glauben, daß in diesem Zitat etwas über unsere methodischen Differenzen mit der Gruppe um den AStA ausgesagt ist, folgendes:

"Der Objektivist spricht von der Notwendigkeit des gegebenen historischen Prozesses; der Materialist trifft genaue Feststellungen über die gegebene sozialökonomische Formation und die von ihr erzeugten antagonistischen Verhältnisse. Wenn der Objektivist die Notwendigkeit einer gegebenen Reihe von Tatsachen nachweist, so läuft er stets Gefahr, auf den Standpunkt eines Apologeten dieser Tatsachen zu geraten; der Materialist enthüllt die Klassengegensätze und legt damit seinen Standpunkt fest. Der Objektivist spricht von 'unüberwindlichen geschichtlichen Tendenzen'; der Materialist spricht von der Klasse, die die gegebene Wirtschaftsordnung 'dirigiert' und dabei in diesen oder jenen Formen Gegenwirkungen der anderen Klassen hervorruft. Auf diese Weise ist der Materialist einerseits folgerichtiger als der Objektivist und führt seinen Objektivismus gründlicher, vollständiger durch. Er begnügt sich nicht mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit des Prozesses, sondern klärt, welche sozialökonomische Formation diesem Prozeß seinen Inhalt gibt, welche Klasse diese Notwendigkeit festlegt. Im gegebenen Fall z.B. würde sich der Materialist nicht mit der Feststellung 'unüberwindlicher geschichtlicher Tendenzen' zufrieden geben, sondern auf das Vorhandensein bestimmter Klassen verweisen, die den Inhalt der gegebenen Verhältnisse bestimmen und die Möglichkeit eines Auswegs ausschließen, der nicht das Handeln der Produzenten selbst voraussetzt. Andererseits schließt der Materialismus sozusagen Parteilichkeit in sich ein, da er dazu verpflichtet ist, bei jeder Bewertung eines Ereignisses direkt und offen den Standpunkt einer bestimmten Gesellschaftsgruppe einzunehmen." (W.I.Lenin; Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung; Werke Band 1, Berlin (Dietz) 1968, S.414)

Wir glauben, dass der Fraktionierungsprozeß in Heidelberg, gerade weil er so spät einsetzt, in mancher Hinsicht über die früheren Fraktionierungen in der Linken hinausweist. In Heidelberg taucht nicht zufällig zur selben Zeit eine DKP-Hochschulgruppe und eine Fraktion der Linken auf, die sich auf Hochschulpolitik beschränkt. Diese Gruppierungen haben nicht nur mit den richtigen noch vorwärtsweisenden Impulsen der Studentenbewegung gebrochen, sondern auch auf den Anspruch verzichtet, durch organisierte politische Arbeit die Arbeiterbewegung zu unterstützen, die Fesseln der bürgerlichen Ideologie abzustreifen, um die kapitalistische Gesellschaft radikal umzuwälzen. Vor den theoretischen und praktischen Schwierigkeiten dieser Arbeit suchen sie ihr Heil

politische buchhandlung
ökonomie
befreiungsbewegungen
materialismus
arbeiterbewegung
lehrerbildung
erziehung
psychologie
soziologie
hochschulpolitik
recht
faschismus
zeitschriften
schiffgasse 3 - an der mensa
ca. 11 - 18.30 uhr tel. 46153

im Schoß der DKP oder in der eskapistischen "Problematisierung" der marxistischen Theorie, die bis jetzt nichts hervorgebracht hat als den Ruf nach "neuen Kategorien", ohne das irgendwie gezeigt worden wäre, daß die "alten", die Kategorien von Marx und Engels, unbrauchbar geworden wären. In Heidelberg sind alle reformistischen Gruppen durch den SDS vor dessen Verbot zerstört worden. Nach dem Verbot des SDS tauchen sie plötzlich wieder auf. Es ist klar, daß die ersten wirklichen Schläge der Staatsmacht hier ihre Wirkung zeigen.

Die nachfolgenden Dokumente der Auseinandersetzung in Heidelberg werden nicht weiter kommentiert. Lediglich zur Erklärung des AStA wollen wir folgendes festhalten: sie ist der letzte konsequente Schritt in der Spaltung der studentischen Massenorganisationen, die schon vorher eingeleitet worden war. Sie wurde an der Mensa verteilt und spekuliert bewußt auf die Ressentiments der Studenten, die sie zudem durch gezielte Lügen über die Generalversammlung hinters Licht führte. Die Studentenbewegung wurde von uns als Bewegung interpretiert, die den Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie und tatsächlicher Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft artikulierte und wurde insofern als kleinbürgerlich-demokratisch bezeichnet. Niemals aber haben wir die Studenten als Kleinbürger, d.h. als kleine Warenproduzenten bezeichnet. Das versteht sich von selbst, und der AStA verbreitete derlei Geschichten natürlich nur, weil er hoffen konnte, daß viele Studenten den analytischen Begriff "kleinbürgerlich-demokratisch", der den Inhalt einer Ideologie bezeichnet, als Schimpfwort verstehen würden. So weit ist die Gruppe um den AStA inzwischen gekommen, die die Wissenschaftlichkeit aufs Panier geschrieben hat. Es ist klar, daß wir mit dieser Gruppe bloß noch im Rahmen von studentischen Massenorganisationen zusammenarbeiten können, aber nicht im Rahmen einer sozialistischen Organisation.

Der Beitrag von Fritz Kramer wird abgedruckt, weil Fritz Kramer von der Gruppe um den AStA als wissenschaftlicher Herold vorausgeschickt wurde. Wir werden die Auseinandersetzung in Heidelberg weiter referieren, sofern sie eine Relevanz über Heidelberg hinaus hat.

Red.

Dokument 1

ZUR BILDUNGSPOLITIK

DISKUSSIONSPAPIER FÜR DIE GENERALVERSAMMLUNG DER HEIDELBERGER LINKEN AM 21./22. 11. 70.

Dieses Papier bezieht sich auf verschiedene Publikationen des derzeitigen AStA, u.a. auf Bregers Aufsatz "Hochschule und Kapital" in ROTES FORUM 2/70.

Die angekündigte "technokratische" Hochschulreform hat bisher nicht stattgefunden, vielmehr ist ihre Vorbereitung noch im Gange. Im Einzelnen haben sich allerdings einige Veränderungen durchgesetzt, die in diese Richtung gehen (unter anderem: Einführung der Zwischenprüfung als Vorbereitung der endgültigen Trennung zwischen Grund- und Hauptstudium; personelle Auffüllung des Mittelbaus, Studienzeitbeschränkung etc); im Ganzen aber ist sie vorerst noch Plan geblieben. Die Hochschulgesetze haben zwar die Aufgabe, die monopolkapitalistische Reform vorzubereiten, brachte aber meist kaum mehr als die Bestätigung des Status quo (vgl. Lachmann, DUZ 8/70, S. 4).

Die schleppende Durchführung der Reform kann zunächst einmal - aber nicht allein - aus den prinzipiellen Schwierigkeiten, Investitionen im Bildungssektor vorzunehmen, erklärt werden. Investitionen in das Erziehungswesen werfen - zumindest kurzfristig - keine Profite ab. Der Zusammenhang zwischen den Investitionen und dem tatsächlichen Gewinn ist darüberhinaus für die Bourgeoisie nicht durchschaubar. Sie beklagt wortreich das Fehlen einer klaren Perspektive (Lachmann, DUZ 8/70, S. 6; Steinbuch, S. 246 f). Die ganze Diskussion um die "Bildungsökonomie" dreht sich um die Frage, wie das Prinzip der Rentabilität auch im Bildungssektor zum Nutzen des Kapitals durchzusetzen sei. Bis jetzt jedenfalls herrscht darüber ziemliche Verwirrung.

Das zeigt schon, daß hinter dem bisherigen Stand der Bildungsreform mehr steht als bloße Kapitalknappheit, die freilich auch systembedingt ist. (Bölsenkötter: Die Hochschule konkurriert mit allen anderen Kapitalnutzern in der Volkswirtschaft um den knappen Produktionsfaktor Kapital) - der Widerspruch ist prinzipieller Art.

Hier zeigt sich darüber hinaus, daß dem Staat als "geschäftsführendem Ausschuß der herrschenden Klasse" die Aufgabe zukommt, diese Schwierigkeiten zu überwinden, d.h. die mangelnde Investitionstätigkeit für gesellschaftlich notwendige Aufgaben durch Planung und Finanzierung auszugleichen. Die "chronische Unterinvestition in (kurzfristig) nicht profitablen Bereichen" ist Anzeichen dafür, daß die Vergesellschaftung der Produktion schon so weit fortgeschritten ist, daß die Verwertungsbedingungen des Kapitals nur durch Anerkennen dieser Vergesellschaftung in dem Versuch, gesamtgesellschaftlich zu planen, aufrecht erhalten werden können.

Damit steht die Bourgeoisie vor dem Dilemma ihrer Klasseninteressen, die erst einmal in der Aufrechterhaltung der ökonomischen "Naturgesetze" bestehen, organisiert durchzusetzen. Bedeutet die Übernahme von "Planwirtschaft" bereits die "Kapitulation des Klassenbewußtseins der Bourgeoisie vor der des Proletariats" (Lukacs) - was sich in der Universität deutlich etwa an der Zerstörung der Ideologie von der Einheit von Forschung und Lehre, Freiheit des Lernens und der Berufswahl zeigt - so versucht die Bourgeoisie natürlich den ökonomischen Ausgleich zwischen der "Planwirtschaft" und ihren Klasseninteressen zu erreichen. Freilich kann dieser Versuch der Rettung des Kapitalismus nur die äußerste Zuspitzung seiner inneren Widersprüche bedeuten.

Nachdem sowohl der Faschismus militärisch geschlagen als auch der Sozialismus in der Westzonen verhindert worden war,

entsprach die Politik der CDU genau den Bedingungen der Rekonstruktionsperiode. Die Rezession 66/67 zeigte, daß diese Periode vorbei war, und die Regierung Erhard, Vertreter dieses neo-liberalen Konzepts, hatte völlig abgewirtschaftet (Huffschmid u.a. in: Kursbuch 21, S.58). Um die Realisierungsschwierigkeiten des Kapitals zu überwinden, waren die Reste planwirtschaftlicher Theorien in der SPD bestens geeignet. Die Konzertierte Aktion, die mittelfristige Finanzplanung und auch die neue offensive Ostpolitik waren nur durch diese Partei zu leisten. Die SPD hat die Aufgabe, in einer relativen Krisensituation des Kapitals ein volles Kompendium staatsmonopolistischer Regulierungsmittel unter Stillhalten der Gewerkschaften und unter Bindung der Arbeiterklasse durchzusetzen. Die Bildungspolitik ist ein wichtiger, aber eben nur ein Teil davon.

Die Notstandsgesetze, zu deren Verabschiedung die SPD auch notwendig war, zeigten die weiteren politischen Möglichkeiten der Monopole. Strauß schickt sich an, durch die Sammlung aller Rechten sich dem Monopolkapital als der bessere Vertreter dessen Politik anzubieten, gerade in der Bindung der meist kleinbürgerlichen Massen an eine chauvinistische Partei. Dabei kann man die Interessen der Monopolfraktion, die Strauß (augenblicklich) vertritt (z.B. die Rüstungsindustrie), nicht von seinen reaktionären Agitationsreden und seiner demagogischen Kraftmeierei ablesen, sonern eher vielleicht aus seinem Buch " Entwurf für Europa", wo er dem deutschen Kapital die europäische Hegemonie verspricht.

Die Politik der SPD/FDP reiht sich würdig ein in die Tendenz zur Entdemokratisierung seit 49. Ihr Versuch, die Herrschaft des Monopolkapitals gerade in Krisenzeiten abzusichern, besteht in verstärkter Zentralisierung und Formierung der staatlichen Verwaltung und einer Ausdehnung ihrer Kompetenzen. Der Kampf zur Verhinderung einer reaktionären Politik der Monopole kann also gerade daran nicht vorbei gehen, daß die SPD mit ihrer Politik der Herrschaftssicherung des Monopolkapitals diesem gerade alle Mittel in die Hand gibt, zu einer offen faschistischen Politik zurückzukehren.

II

Die CDU hat auf die Krise 66/67 mit Plänen zur stärkeren Formierung im Ausbildungssektor reagiert. Mit Hilfe von Effizienzberechnungen waren vor allem Rationalisierungsmaßnahmen geplant, die aufgrund höheren Leistungsdrucks eine r input - output - Maximierung westdeutschen Rückstand auf dem Bildungs- und Forschungssektor ausgleichen sollte. Der Versuch der CDU, die alte Ordinarienuniversität abzuschaffen, und sie den Verwertungsbedingungen des Kapitals zu unterwerfen, besteht weniger in einer strukturellen Reform, als in einer Pression auf die Bildungsinstitutionen selber und deren quantitativem Ausbau, um dem Bedarf zu entsprechen. Benötigt aber die schlichte Kompression eine genaue Bedarfsberechnung, so die Politik der rigiden Bedarfserfüllung die verschärfte Kompression. Beide Seiten der CDU-Politik erwiesen sich als undurchführbar: Die bloße Formierung erreichte erstens nicht ihr Ziel, und führte noch dazu zu sozialen Konflikten. Mit dem HGP hat das CDU-Kultusministerium in Baden/Württemberg die bisher detaillierteste Bedarfsplanung vorgelegt, und doch gilt er bei bürgerlichen Experten (Steinbuch) bereits als veraltet. Die bedarfsorientierte Planung für den Arbeitsmarkt, auf den sie selber nicht Einfluß nehmen kann, steht vor unlösbaren prinzipiellen Schwierigkeiten. Vergangenheits- und Gegenwartsdaten werden einfach in die Zukunft verlängert. Dem schnellen Wandel der konkreten Arbeit und damit der Berufe ist sie nicht gewachsen.

Die SPD vertritt dagegen ein Programm, der strukturellen Reformen,: Gesamthochschule, durchlässige Studiengänge, Auflösung der starren Berufsbilder, usw. Den pointiertesten ideologischen Ausdruck hat dieses Programm in dem Weizsäckerschen Baukastenplan gefunden, der auf jede Reglementierung verzichtet und durch ein aufgefächertes Angebot von Studieneinheiten, die verschieden kombiniert werden können, die Harmonie zwischen Studiennachfrage der Studenten, Lehrangebot und Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften herstellen will.

Herbert Breger folgerte auch sofort: "Der Baukastenplan ist die harmonische Einheit zwischen den fortgeschrittensten Monopolinteressen und den Interessen der Studenten, mindestens soweit diese von der Studentenbewegung formuliert wurden." (RF 3/7o, S. 39)

Vor diesem Hintergrund müssen die Leussink-Thesen oder jetzt der neuste Referentenentwurf als fauler Kompromiß zwischen dem monopolorientierten Leussink und den "bloß noch reaktionären" CDU-Kultusministern Hahn und Huber erscheinen. Freilich bleiben da einige Ungereimtheiten zurück. Keineswegs kann z.B. das bayrische Hochschulgesetz, das durchaus reaktionärste in Westdeutschland, als Ausdruck bloßen klerikal-reaktionären Hinterwäldlertums gesehen werden. Bildungspolitik ist kein isolierter Raum. Durch die notwendige Industrialisierung Südbayerns kommt es gerade zur besten Zusammenarbeit zwischen der CSU-Regierung und forschungsintensiven Konzernen, wie etwa dem Rüstungskonzern Bölkow; die bayrische Bildungspolitik liegt durchaus in deren Interesse. Ähnlich einzuschätzen ist auch die Rolle der BASF in ihrer Zusammenarbeit mit Hahn und der Mitarbeit von Ludewig und Sinn, beide von der BASF, am HGP (vergl. auch INFO 11o, Hochschulgründung Kaiserslautern und die BASF).

Tatsächlich sind die Kapitalinteressen nicht einheitlich. Die Interessenkonflikte innerhalb des Monopolkapitals finden ihren zeitlich und räumlich (zwischen Bonn und Stuttgart) verschobenen Ausdruck, vermittelt durch die jeweiligen politischen Kraftverhältnisse. Die unterschiedlichen Konzeptionen, die selber noch uneinheitlich sind, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die strategischen Differenzen natürlich nichts an ihrem Klassencharakter ändern. Die Kompressionspolitik der CDU brachte vor allem das Interesse zum Ausdruck, die Kosten der Bildungspolitik erst mal zu verteilen, d.h. auf den Steuerzahler abzuladen. Von daher wären die Stellungnahmen von Amerongens, Präsident des DIHT, gegen eine großzügigere Ausgabenpolitik zu interpretieren. Immerhin sehen die Verfasser von "Wissenschaft und Klassenkampf" (S. 128) den DIHT ganz eindeutig als "monopolistische Dachorganisation," deren Bezug zu den Klein- und Mittelbetrieben ein demagogischer ist. Natürlich ist der DIHT gerade ein Instrument der Monopolherrschaft gegenüber dem Klein- und Mittelkapital und W.v. Amerongen, selber Großunternehmer, der beste Vertreter

des Monopolkapitals im Ostgeschäft (vgl. dagegen SONDER-INFO vom 19.11.7o).

Tatsächlich müssen die Widersprüche in der Bildungspolitik der herrschenden Klasse grundsätzlicher interpretiert werden; anders wäre ja noch nicht einmal erklärbar, wieso Leussink überhaupt so weitgehende Kompromisse mit dem "bloß noch reaktionären Hahn" schließen müsste.

Die Einverleibung der Wissenschaft in das Kapital muß von dem Augenblick an durch den Staat organisiert und auch gegen kapitalistische Einzelinteressen durchgesetzt werden, wo die Aneignung der Wissenschaft auf einzelkapitalistischer Grundlage nicht mehr ausreicht, um die kapitalistischen Reproduktionsbedingungen zu sichern. Schon hier entsteht ein Widerspruch. Während einzelne Konzerne die Verbindung zur Wissenschaft und zur staatlich finanzierten Forschung in der Universität durchaus noch über den Industrie-Ordinarius, über die Ordinarienherrlichkeit, suchen, liegt es in ihrem Gesamtinteresse, daß die Forschung gesamtgesellschaftlich-staatlich organisiert und dem Zugriff einzelner Gruppen (so die DUZ) entzogen wird. Natürlich ist der Widerspruch zwischen Einzel- und Gesamtkapital unauflöslich.

Der Ruf nach dem Staat (Degussa-Chef Prentzel: "Es fehlt bei uns immer noch in manchen Bereichen an der notwendigen Koordination zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft." - Vortragsreihe des Industrieinstituts, Köln, 19/68) wurde deshalb stärker (vgl. etwa die Befürwortung der zentralen Bundeskompetenz durch CDU-Vogel) weil die Steigerung der Arbeitsproduktivität, also auch des technischen Fortschritts nach der extensiven Phase, d.h. der Rekonstruktionsperiode, zum einzigen Mittel wurde, ein ausreichendes wirtschaftliches Wachstum auch unter wachsendem Lohndruck bei Vollbeschäftigung und wachsendem Konkurrenzdruck aufrechtzuerhalten. Die mangelnde Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft und die Beharrlichkeit, mit der sie sich einem allzu schnellen Wandel der konkreten Arbeit widersetzt, sind nach Janossy die Hauptgründe für das Stagnieren der westdeutschen Wirtschaft nach der Rekonstruktionsperiode. Freilich ist durchaus noch nicht geklärt, wie die Expansion des Bildungssektors in Lehre und Forschung tatsächlich die realen Bewegungen des Kapitals beeinflußt. Vahrenkamp (RF 3/7o, 55ff) und Hirsch (Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Ffm 197o, S. 95 f) machen darauf aufmerksam, daß eine stete Expansion der Wissenschaftsausgaben durchaus nicht im Interesse des Kapitals, auch nicht des forschungsintensivsten Monopolkapitals liegt. Die Verfasser von "Wissenschaft und Klassenkampf" (S. 27 f) betonen im Anschluß an Lenins Imperialismustheorie, daß gerade die Herrschaft der Monopole über die Forschung zu deren Existenzbedingung geworden ist, umso mehr, wenn das größtmögliche Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für jedes einzelne Monopol zur Bedingung hoher Profite geworden ist. (O.Reinhold, "Monopole, Profite, Aggression, Notstand", Berlin, S. 56, zit. nach "Wissenschaft und Klassenkampf", S. 27).

Produktivitätssteigerung ist nicht nur eine Frage des Arbeitsprozesses und der Qualifikation der Arbeitskraft, sondern auch des Verwertungsprozesses des Kapitals.

Die Tendenz zur Entwicklung der Produktivkräfte besteht im Kapitalismus nicht an sich. Sie ergibt sich vielmehr nur aus dem Kampf um den Extra-Profit, der dem Produktivitätsunterschied zwischen verschiedenen Produktionseinheiten entspringt. (Janossy, S. 249). Sie ist also Funktion der Konkurrenz, und zwar so, daß der Kapitalist dann an einer Produktivitätssteigerung interessiert ist, wenn ihm dies einen Vorsprung vor dem Konkurrenten verschafft. Die Entwicklung der Produktivkräfte bleibt also an den Tauschwert als einziges Maß des Reichtums gebunden.

Nicht gesellschaftliche Bedürfnisse bestimmen die Investitionen, sondern die Möglichkeit zur Profitmaximierung. Der Kapitalist aber investiert auch dort in die Forschung, wo es ihm lediglich Profit, der Gesellschaft aber keinen Fortschritt bringt; d.h. der Monopolkapitalist maximiert seinen Profit auf Kosten des gesellschaftlichen Reichtums, denn die für seine Produktenentwicklung aufgewendete Forschung muß nicht einmal eine nennenswerte Verbesserung des Gebrauchswertes bringen. Hirsch (Anm. 54, S. 91) bringt das einprägsame Beispiel der Pharmazeutischen Industrie, aber natürlich gehört hierher auch die ganze Rüstungsindustrie und die für sie instrumentalisierte Forschung; ebenfalls die Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften, deren Wandlung zur bloßen Methodologie (vgl. RF 5/69, zur Analyse der Studentenbewegung; Konstanzer Technologie- Papier) lediglich zur Aufrechterhaltung der Monopolherrschaft dient.

Tatsächlich kann die reelle Subsumption der Wissenschaft unter das Kapital nur in einem verzweifelten Sinne als "historisch progressiv" bezeichnet werden, etwa, um einen etwas metaphorischen Vergleich zu bemühen, wie die Entwicklung der Produktivkräfte in den unterentwickelten Ländern durch deren Kapitalisierung. Die aktuelle Alternative ist der Sozialismus. Die Entwicklung der Produktivkräfte durch die endgültige Unterwerfung der Wissenschaft unter das Kapital bedeutet schon immer deren Fesselung.

Der Widerspruch zwischen dem Drang zur Steigerung der Produktivkräfte und zu deren Fesselung ist also nicht einzelnen Fraktionen zuzuordnen, sondern dem Kapitalverhältnis immanent. Dieser Widerspruch verschärft sich gerade im Monopolkapital, während etwa das Kleinkapital, je nach spezifischer Lage, auf die eine oder andere Seite des Widerspruchs zeitweilig sich schlagen kann.

Von der Konkurrenz zur Mehrwerterhöhung gezwungen, vervollkommnet der Kapitalist seine Maschinerie, zunächst ohne sich darum zu kümmern, ob er dadurch die Ware Arbeitskraft, den einzigen Besitz des Arbeiters, in ihrer konkreten Gestalt als Kenntnisse und Fertigkeiten entwertet. Er kauft die Ware Arbeitskraft auf dem Markt an und zwingt den Arbeiter, nach dem Diktat der Maschine zu arbeiten und dadurch seine konkrete Tätigkeit nach Maßgabe der Entwicklung der Produktionsmittel zu ändern. Er kümmert sich zunächst keineswegs um die Qualifikation der Arbeitskraft und brauchte das auch nicht, da die Bedienung der Maschine zunächst keine qualifizierte Tätigkeit verlangte und sogar Kinder beschäftigt werden konnten.

Auf diesem Hintergrund wird das Konzept der SPD, das Bildungsfreiwahlsystem, der Baukastenplan, schon leichter verstehbar. Es ist nichts anderes als der Versuch, auf notwendig er-

tem Niveau der Gesamtqualifikation der Arbeitskraft Verhältnisse wiederherzustellen, die dem Kapital die Gleichgültigkeit der bestimmten Arbeit gegenüber erlauben (MEW 26,3 , S. 437). Wenn Denk- und Anpassungsvermögen verlangt werden, vielleicht sogar kritisch-selbständiges Handeln, oder wie Winfried Schlaffke vom Deutschen Industrie-Institut es sich wünscht, "Urteilsfähigkeit, Flexibilität und Dynamik", damit der "junge Mensch in verschiedenen Tätigkeitsbereichen gleich effektiv eingesetzt werden kann", - dann doch deshalb, weil es dem Kapitalisten abstrakt auf die mehrwertschaffende Arbeitskraft ankommt und auf nichts sonst. Sie soll heute halt Qualifikation zur Qualifikation besitzen, nach amerikanischer Devise: describe a job, find a man, train him. So gesehen sind das "Bildungsfreiwahlsystem" und all die Pläne der SPD nichts anderes als der Versuch, mit der notwendig gewordenen Entwicklung der Hauptproduktivkraft Mensch unter kapitalistischen Verwertungsbedingungen fertig zu werden und sie diesen gleich zu unterwerfen. Dabei sollte einem auch nicht entgehen, was bei dem Weizsäckerschen Baukastenplan schlichte Ideologie ist und etwa die Ideologie der freien Marktwirtschaft auf anderer Ebene reproduziert, um damit nur zu verschleiern, daß der Baukastenplan die totale Anpassung an den Arbeitsmarkt schaffen soll, deren Freiwilligkeit er auch nur ideologisch verbrämt behaupten kann.

Disponibilität der Ware Arbeitskraft bedeutet nichts anderes als die Schaffung einer Reservearmee, und insofern hat der reaktionäre Personalberater Kroeber-Keneth, als er von den Studentenunruhen als vorweggenommener Arbeitslosenunruhen sprach, einige Einsichten in das System des Kapitalismus manchen linken Studenten voraus.

III

Der Hauptwiderspruch zwischen den Erfordernissen der Reproduktion des Menschen in seiner Totalität und seiner tatsächlichen Reproduktion als Ware Arbeitskraft kann durch die monopolkapitalistische Bildungsreform natürlich nicht überwunden werden, er kehrt vielmehr in verschiedener Gestalt in allen Konzepten der herrschenden Klasse zur Unterwerfung der Wissenschaft unter das Kapital, d.h. zu ihrer reellen Subsumption wieder.

Die immer stärkere Zentralisierung des gesamten Bildungs- und Forschungswesens durch den Staat, sei es durch den Ausbau der staatlichen Institutionen, sei es durch Finanzierung der Industrieforschung, ist nur Ausdruck dafür, daß die Produktivkräfte den Produktionsverhältnissen längst entwachsen sind. Zweifellos ist auch unter monopolistischen Produktionsverhältnissen noch eine nicht zu unterschätzende Entwicklung der Produktivkräfte möglich (vgl. Marschall, S. 28). Die Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft, ihre Fähigkeit den Produktionsprozeß zu leiten, wird dabei immer mehr zur Bedingung dieses Fortschritts. Dagegen verhindert die weitere Produktivitätssteigerung, da sie von der Kapitalbewegung abhängig ist, die allseitige Entwicklung der menschlichen Qualifikation. Es kommt ja im Gegenteil auf eine bestimmte Qualifikationsstruktur an, deren Entwicklung daraus widersprüchlich ist. Fortwährend wird qualifizierte Arbeit durch unqualifizierte ersetzt, während andererseits mit vervielfältigter Maschinerie hochqualifizierte Arbeit nötig wird. So wird etwa in der Forschung durch aufwendige Apparate die Routinearbeit abgespart. Die Gesamtzahl der in der Forschung Beschäftigten wächst schneller als die Zahl der Forscher (Marschall, S. 17). Im Ausbildungsbereich entspricht dies der Trennung in Elite - und Heloten-studium, die in allen Plänen, und natürlich implizit auch im Baukastenplan enthalten ist. Auch die verschiedenen Studiengänge in der Gesamthochschule bedeuten nichts anderes. Die Bildungsschranken, die in der Gesamthochschule aufgeweicht werden sollen, werden durch Kurssystem und permanente Selektion wieder errichtet. Nur wenige werden dem Massenstudium mit begrenzter Semesterzahl und vollgepropften Studiengängen entgehen (nach BMWF 2% eines Jahrgangs), ihre qualifiziertere Ausbildung wird sie später dann so spezialisieren, daß sie umso mehr der Herrschaft des Kapitals unterworfen sind (vgl. Arbeitslosigkeit i.d. USA nach der Kürzung des NASA-Programms). (Hier wäre allerdings noch genauer nach Wissenschaftszweigen zu differenzieren).

Für den Ausbildungsgang bedeutet dies in jedem Falle die endgültige Formierung, wobei man sich durch aktuelle politisch-abgestufte Konzepte nicht täuschen lassen darf. Es bedeutet darüber hinaus natürlich den völligen Ausschluß von Mitbestimmung und Demokratisierung. Gerade diejenige Fraktion, die SPD/FDP, die noch am ehesten eine weitergehende Beteiligung der Studenten in den Entscheidungsgremien befürwortet hat, treibt energisch die Zentralisierung und Bürokratisierung des gesamten Ausbildungs- und nicht nur des Hochschulbereichs an. Dieser Ausbau der staatlichen Lenkungsinstrumente ist Teil der SPD/FDP-Politik, deren Aufgabe überhaupt darin besteht, die staatsmonopolistische Maschinerie effektiver zu machen. Genschers Ausbau des Innenministeriums zur Verbrechens- und Ausländerbekämpfung zeugt von der gleichen Rationalität, nämlich der Monopolherrschaft.

Bis in diese formalen Bestimmungen vollzieht sich die Widersprüchlichkeit der gegenwärtigen Bildungsplanung. Der Plan der Bundeshochschulkonferenz, die die Hochschule in ihrer Autonomie vor allem auch gegenüber den Ländern stärken soll, geht durchaus konform mit einer Stärkung der Formierung durch zentrale bürokratische Instanzen, von denen dann die gesamte Planung ausgeht.

Bei der Beurteilung der reellen Subsumption der Wissenschaft darf kein globaler Begriff von Wissenschaft und wissenschaftlicher Intelligenz zugrundegelegt werden; es würde nur eine scheinbare Totalität produziert werden. Während einerseits das Verhältnis des Kapitals zur Produktivkraft Wissenschaft widersprüchlich ist, indem deren Fesselung gleichzeitig notwendig mit deren Entwicklung, so ist das Verhältnis zu den Gesellschaftswissenschaften eindeutig: die Entwicklung besserer Herrschaftstechniken des bürgerlichen Klassenstaates kann nicht als Fortschritt der Produktivkräfte gewertet werden, es sei denn, man wolle sich entschließen, auch die Guillotine gegenüber dem Hackbeil als schlichten Fortschritt zu werten.

Roth unterteilt grob drei Ansatzpunkte der Verwertung der Wissenschaft:

1) als integraler Bestandteil des Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital.

2) Als Bestandteil des Klassensystems im Dienstleistungssektor (Mediziner, Lehrer).
3) Als Moment des Klassenstaates.

Hier wäre also innerhalb der Wissenschaft zu differenzieren. Von daher gewännen die verschiedenen Berufserwartungen der Studenten ihre Bedeutung für die Politik an der Hochschule, allerdings nicht so, daß sich hieraus der klassenspezifische Ansatz der Hochschulpolitik selbst gewinnen ließe. Die bloße Aufklärung des Akademikers über seine künftige Situation im Beruf, vermittelt ihm nicht notwendigerweise die Einsicht in die Notwendigkeit der revolutionären Veränderung der Gesellschaft. Aufklärung über das kapitalistische Gesundheitswesen, über Kriegsforschung usw. richtet sich zunächst an eine humanistische Gesinnung, deren politische Relevanz nicht von selbst kommt. Die Entscheidung eines Arztes oder eines Lehrers, revolutionär zu arbeiten, d.h. letztlich auf den Sturz dieser Gesellschaftsordnung hin, ergibt sich nicht aus der unmittelbaren Unterwerfung unter den Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital, d.h. nicht unmittelbar aus seiner materiellen Situation, sondern aus verschieden motivierter Einsicht.
Ohne die Perspektive der möglichen Veränderung der Gesellschaft, der sozialistischen Revolution, kann gerade die Aufklärung über die Situation im Beruf nicht sinnvoll sein.

Diese Perspektive ergibt sich weder aus der Hochschule oder der Bildungspolitik allein, noch aus der bloßen Aufklärung der bürgerlichen Intelligenz über ihre Deklassierung im Beruf.

Dieter Hildebrandt

DER PALÄSTINENSISCH- JORDANISCHE WIDERSTAND NACH DEM BÜRGERKRIEG

Dieses Heft enthält u.a.:

Die Widerstandsbewegung in der neuen Etappe
Interview mit Nayef Hawatmeh
Die Abkommen von Amman und Kairo
Zur Strategie der FPDLP
Hilfsaktion sozialistischer Mediziner
Resolution der TRIKONT Hamburg
Die Strategie der Tories in Afrika und am Persischen Golf
Zur Lage im Iran
Resolution der FRELIMO

SPENDEN FÜR DIE DEMOKRATISCHE VOLKSFRONT FÜR DIE BEFREIUNG PALÄSTINAS - FPDLP AUF DAS KONTO: AL-DJABHA, NR. 5012, HEIDELBERGER VOLKS - BANK.

Dokument 2

Erklärung des AStA zur Situation der Heidelberger Linken nach der Generaldebatte

Am vergangenen Wochenende erfolgte auf einer öffentlichen Generaldebatte, die zwei Tage lang geführt wurde, die Spaltung der linken Studenten Heidelbergs in zwei politische Richtungen. Damit ist ein organisatorischer Vorgang in Gang gesetzt, wie er in ähnlicher Weise in der BRD und in Westberlin sich abspielte - mit dem wichtigen Unterschied allerdings, daß die sozialistische Richtung gegenüber der "neoleninistischen" um die Redaktion des Neuen Roten Forums sich eine Mehrheit erkämpfte.

Wer ist abstimmungsberechtigt?

Die Generaldebatte begann mit einer dreistündigen scharfen Auseinandersetzung um formale Fragen (wer ist abstimmungsberechtigt, Tagesordnung usw.) Darin deuteten sich die Gegensätze in den politischen Positionen bereits an: der ASTA vertrat die Auffassung, nur Institutsgruppenmitglieder sollten stimmberechtigt sein, das Neue Rote Forum wollte, daß "alle Heidelberger im Saal" (=alle anwesenden, an PH und Uni immatrikulierten Studenten) Stimmrecht haben sollten. Jede Einschränkung, etwa auf Institutsgruppen, sei real und politisch nicht zu begründen. Der ASTA verwies darauf, daß die zurückliegenden Erfahrungen der Studentenbewegung sich schärfer im Bewußtsein der organisierten Studenten niedergeschlagen hätten und es daher auch im Interesse schärferer politischer Entscheidungen läge, auf diese das Stimmrecht zu beschränken. Diese Annahme erwies sich durch die Beiträge der NRF-Red. und der IG Politologie als falsch, daher verzichtete der ASTA auf seinen Antrag. Alle hatten Stimmrecht, - ein zweiköpfiges Präsidium, in dem beide Gruppen vertreten waren, wurde en bloc per Akklamation gewählt.

Tagesordnung als Grundordnung

Hatte die Gruppe um das NRF, die sich übrigens bereits vor der Generaldebatte offen als "Fraktion" bezeichnet hatte, bei der Auseinandersetzung um das Stimmrecht den Anschein erweckt, als plädiere sie für breiteste Demokratie, so stellte sich bei der Festlegung der Tagesordnung heraus, daß es Fragen für sie gibt, wo auch noch das schmalste Nadelöhr als Durchgang zum Beispiel zur Wahl und Mitbeteiligung an der NRF-Redaktion als Verrat an den "Prinzipien" erscheinen mußte. Hatte es erst nur linke Heidelberger gegeben, so gab es plötzlich nur noch Kleinbürger, die über ein "Organ des wissenschaftlichen Sozialismus" (vgl. Flugblatt der Redaktion vom 13.10.70) natürlich nichts zu bestimmen haben. Die zwei wichtigsten Tagesordnungspunkte waren a) die Hochschulpolitik und b) Diskussion und Neuwahl der NRF-Redaktion. Nur über den ASTA sollte die Versammlung abstimmen dürfen, erklärte ein Redaktionsmitglied des NRF, als würden die anwesenden Linken nicht genausogut das NRF gekauft, gelesen und geschrieben haben, wie sie den AStA gewählt hatten. Der AStA, der seine Vollversammlungsresolution zur Diskussion und Abstimmung stellen wollte, verband mit der Abstimmung die Rücktrittsfrage. Zwar war er von weit mehr Studenten gewählt worden als die ungefähr 400 anwesenden im Klausenpfad, jedoch war er seiner personellen Besetzung nach von den organisierten linken Studenten bestimmt worden.

In der Abstimmung über die Tagesordnung ging es um die Frage: NRF-Diskussion mit Neuwahl der Redaktion (Vorschlag A) oder ohne Wahlmöglichkeit (Vorschlag B). Unmittelbar vor der Abstimmung erklärte die NRF-Red. der Ausgang dieser Wahl sei ihr prinzipiell gleichgültig. Für A entschieden sich 207, für B 170 Anwesende. Damit war die Heidelberger Linke gespalten. Die NRF-Red. und alle, die diese Abstimmung nicht anerkannten, hatten sich damit aus der Versammlung, deren Rahmen von ihnen selbst vorgeschlagen worden war, ausgeschlossen. Damit konnte die Diskussion über die Rolle der Studentenbewegung, über die AStA-Hochschulpolitik, über den Status der Institusgruppen etc. beginnen, die die folgenden 1 1/2 Tage ausmachte.

Die NRF-Red. und alle, die die Abstimmung nicht anerkannten, hatten einen Innen-Außen-Standpunkt bezogen, aber in Wahrheit waren sie draußen und nicht drinnen, d.h. sie waren ausgeschlossen. Sie wähnten sich auf dem Gipfel der Kunst der Taktik und lagen in Wirklichkeit schon auf der Matte, als die Auszählung an der Tür begann. Den Ringrichter allerdings bildete die Öffentlichkeit und nicht Lenin (der allerdings, irgendwo hinter dem Vorhang versteckt, amüsiert mitgezählt haben soll).

Sind die Studenten Kleinbürger, und ist die Studentenbewegung kleinbürgerlich?

Die Diskussion der Generaldebatte kreißte sehr wesentlich um diese Frage (der andere wichtige Schwerpunkt war die Analyse der kapitalistischen Hochschulreform) und gebar Gottseidank nicht einmal eine Maus. Aber sie brachte an den Tag, wie es um die "Prinzipien" bestellt war, die es der NRF-Redaktion erlaubten, sich außerhalb und innerhalb der Versammlung zugleich anzusiedeln, um damit das NRF außerhalb der Wahl zu halten. In einem Beitrag eines Redaktionsmitgliedes wurde behauptet, die Studentenbewegung sei "Symptom der Krise des Kapitalismus im Weltmaßstab", sei eine kleinbürgerlich-demokratische Bewegung, die in einem "objektiven Zusammenhang" mit dem Proletariat stehe und revolutionärer Bündnispartner des Proletariats werden könne. Wenn man von einer marxistischen Analyse ausgeht, und das beanspruchte dieser Beitrag zu tun, dann gründet sich die Klasse der Kleinbürger und des Kleinbürgertums als Klasse auf den Warenhandel und auf die Kleinproduktion von Waren. Nun treiben Studenten aber offensichtlich keinen Handel, und sie produzieren auch nicht. Auch wenn Studenten einmal als Ärzte, Rechtsanwälte und Lehrer z.B. ihren Beruf ausüben, treten sie nicht der Klasse der Kleinbürger bei, und dies genausowenig, wenn

sie den Beruf des Juristen oder Arztes im Staatsdienst als Beamte ausüben. Etwas ganz anderes ist es allerdings, ob man diese Schichten ihrem Lebensstil, Einkommensniveau etc. nach als "Kleinbürger" bezeichnen will, was sinnvoll sein kann.
Dann ist man aber in der Soziologie und nicht meh in der Klassenanalyse. Das ist so offensichtlich wahr, daß mancher Leser jetzt froh sein wird, diese Generaldebatte im Klausenpfad versäumt zu haben. Doch damit hätte er nur recht, wenn nicht diese "Klassenanalyse" der Studentenbewegung jenes "Prinzip" darstellen würde, das es der NRF-Red. erlaubte, die versammelte Studentenbewegung mal von innen, mal von außen zu betrachten, kurz: die Neuwahl der Redaktion nicht zuzulassen.
Nachdem man den Studenten erst suggeriert hatte, sie seien Teil der Klasse der Kleinbürger, Teil einer schwankenden Klasse, versuchte man, sie so heftig hin und her schwanken zu lassen, zwischen .
Reaktion und Proletariat, bis sie, des Schwankens müde, nach der rettenden Hand des revolutionären Proletariats griffen. Das konnte nicht gut gehen. Wenn es überhaupt sinnvoll ist, so etwas wie eine "Klassenanalyse" der Studentenbewegung zu versuchen, dann muß man allenfalls nach der sozialen Herkunft der Studenten fragen, ob sie aus dem Kleinbürgertum, der Bourgeoisie, der Arbeiterklasse usw, stammen. Als Studenten sind sie offensichtlich eine Schicht, die in Ausbildung begriffen ist und keiner Klasse schlicht zuzuordnen ist, am allerwenigsten aber dem Kleinbürgertum.
Standen also die "Neo-Leninisten" um die NRF-Red. zu Beginn der Diskussion lediglich außerhalb der Versammlung, so standen sie am Ende außerhalb jeder marxistischen Analyse, ja außerhalb jeder Analyse. Diese eben geschilderte "prinzipielle Analyse" stellt nichts anderes dar, als die eingangs geschilderte Tatsache des Selbstausschlusses dieser Gruppe aus den Organisationen der sozialistischen Studenten in Heidelberg; sie ist präziser keine Entwicklung des Klassenstandpunktes der Studenten, sondern die Entwicklung eines Ausschlusses. Diese Analyse ist kein "Symptom der Krise des Kapitalismus im Weltmaßstab", sie ist Symptom des Zerfalls des Denkvermögens im Maßstab der Redaktion des NRF und des Willens einer Clique, was sie hat, nicht herauszurücken. Dies letztere ist in der Tat symptomatischer Ausdruck kleinbürgerlichen Verhaltens, der Bindung ans Privateigentum.
Da die "kleinbürgerlichen" Studenten ja bekanntlich zwischen Bourgeoisie und Proletariat hin-undherschwanken, wird nun auch deutlich, warum die Redaktion des NRF nicht allein auf der Verweigerung jeglicher Kontrolle bestand. Der AStA war , laut Schmierer, zum Großkapital hinübergeschwankt. Die andere Alternative für Angehörige einer "kleinbürgerlichen" Studentenbewegung, nämlich sich aus ihrer Klasse herausbrechen zu lassen und den Standpunkt des Proletariats einzunehmen, wurde von der Gruppe um die Redaktion ergriffen, die willig auf eine Einflußnahme verzichtete. Ein derartiger Masochismus kann nur mit dem Bewußtsein verkraftet werden, ein Sozialist zu sein, der sich schon jetzt der sozialistischen Intellektuellenorganisation (der, nach Redaktion, zukünftigen Kontrollinstanz des NRF) zugehörig wissen darf und damit einer Keimzelle der großen Partei. Die Besitzer des NRF werden selbst bestimmen, wann der notwendige Organisationsgrad für eine sozialistische Intellektuellenorganisation und damit für die Voraussetzung von Kontrolle erreicht ist. Der organisatorische Zusammenhalt zwischen der Redaktion und der um sie gescharten Gruppe besteht z.Zt. in nichts anderem als einer gemeinsamen "Linie", die Kontrolle natürlich unnötig macht. Wenn diese "Linie" eine größere Basis okkupiert haben wird, die Organisation dieser Basis zur Kontrollinstanz erklärt ist, dann wird es nur noch "Abweichungen" zu kontrollieren geben.

Der Standpunkt des Großkapitals

Die hochschulpolitische Debatte bewegte sich nicht zwischen zwei vorgegebenen positiven Alternativen, sondern nur um die Frage: für oder gegen die Resolution zur Uni-Vollversammlung, oder genauer: für oder gegen die AStA-Politik. Die Debatte war von der NRF-Gruppe als Tribunal gegen den AStA konzipiert, denn nur zu diesem Punkt stellte sie sich "innerhalb" der Versammlung, nur zu diesem Punkt hatte sie Anträge vorgelegt, und nur dazu sollten Abstimmungen durchgeführt werden. Das zeigte sich dann auch in ihren Referaten, die auf die Kritik der Resolution der Uni-VV hin konzipiert waren, und in dem Verzicht dieser Gruppe, ihre Position, die Wahlplattform "Den demokratischen Kampf entschlossen fortzusetzen und das feste Bündnis mit der Arbeiterklasse ins Auge fassen" (Wahlinfo SS 70) auch nur zu begründen oder zur Abstimmung zu stellen. Selbst auf die in zwei Referaten geübte Kritik an der Wahlplattform gingen sie nicht ein. Mochte auch die Wahlplattform (die ja auf der These von der kleinbürgerlich-demokratischen Studentenbewegung beruhte und deshalb den formaldemokratischen "Kampf" zur hochschulpolitischen Parole erklärte) lädiert werden, wenn nur nachgewiesen werden konnte, daß sich erstens die Bildungsökonomie sowieso im Widerspruch von Produktivkräften und fesselnden Produktionsverhältnissen festbeißt und zweitens im AStA die schlechteren Bildungsökonomen sitzen. Wenn die Reform "nur in einem verzweifelten Sinne als 'historisch-progressiv' bezeichnet werden" kann (weil nicht sein kann, was nicht sein darf), dann mußte man konsequenterweise auch zu der im Februar (nach der numerus-clausus-Diskussion) verlassenen Position vom völlig verrotteten Kapitalismus zurückkehren, der schon " bei lebendigem Leibe" verfault und dem " die aktuelle Alternative" des Sozialismus gegenübersteht (vgl. Lukacs: Leninbiographie).

Eben wegen der Überreife und Verfaultheit des K italismus durfte die Hochschulreform auch keine progressiven Elemente aufweisen und mit der Gebrauchswertseite des Kapitalismus nichts zu tun haben, denn wer die Reformen des Kapitalismus auch nur auf dem Bildungssektor in ihren Möglichkeiten und Grenzen zu beschreiben versucht, steht ja bereits auf dem "Standpunkt des Großkapitals". Zu der kühnen Behauptung der Institutsgruppe Politologie, die Hochschulreform sei im Bündnis von Staat und Ordinarien gegen die

Studenten erfolgt (ob die Ordinarien nur mal so zum Spaß Verfassungsbeschwerde gegen das Hochschulgesetz einlegen, Rendtorff, Kreibich etc. bekämpfen und den "Bund Freiheit der Wissenschaft" gründen?) sei hier nur das erneute Studium der schon fast ein Jahrzehnt alten SDS-Denkschrift "Hochschule in der Demokratie" und der dort beschriebenen Tendenzen von Wissenschaftsentwicklung und Hochschulorganisation empfohlen.

Was sind nun die Konsequenzen der Generaldebatte?

Während der AStA bereit gewesen war, seine Politik zur Abstimmung zu stellen und gegebenenfalls auch zurückzutreten, behandelte die Forum-Gruppe die Generaldebatte der Institutsgruppen als eine Versammlung von unpolitischen studentischen Interessenvertretern, die zwar die Kontrolle des AStA beschließen sollte, deren Beschlüsse zum "Neuen Roten Forum" aber nichtig sein sollten. Die Forum-Gruppe erkannte die beschlossene Tagesordnung und damit die Generaldebatte der Institutsgruppen selbst nicht an. Damit hat diese Gruppe die Spaltung der Heidelberger Linken vollzogen.
Auf der vom AStA für Dienstag, 24.11.70, 20 Uhr, Mensacafé, einberufenen öffentlichen Versammlung werden daher diejenigen, die sich auf der Generaldebatte selbst außerhalb gestellt haben, kein Stimmrecht haben können. Nur die Institutsgruppenmitglieder, die auf der Generaldebatte den berechtigten Anspruch auf Kontrolle von NRF und AStA gestellt haben, sind auf dieser neuen Versammlung abstimmungsberechtigt.

Die Konsequenzen der Generaldebatte und besonders die Frage der Statuten für Institutsgruppen (Mitgliederstatus, Selbstverständnis) werden jetzt von den Institutsgruppen intensiv diskutiert werden müssen. Der Antrag des AStA zur Generaldebatte scheint uns dafür eine geeignete Diskussionsgrundlage:
Die Instituts-, Basis- und Projektgruppen sind Zusammenschlüsse radikal-demokratischer und sozialistischer Studenten. Sie wollen die Aufklärungsarbeit der Studentenbewegung fortsetzen. Den von manchen linken Gruppen erhobenen Absolutheitsanspruch ihrer Analyse und Organisation erkennen die Institutsgruppen nicht an.
Da die wissenschaftliche Entwicklung einer marxistischen Theorie des Spätkapitalismus kaum begonnen wurde, andererseits aber zahlreiche Gruppen mit Kategorien aus einer unhistorisch übernommenen Klassenanalyse arbeiten, ist die selbstständige wissenschaftliche Arbeit unter der methodischen Anleitung der Theoretiker der Arbeiterbewegung eine dringende Aufgabe für die linken Studenten. Die Herstellung einer überregionalen Organisation der Sozialisten an den Hochschulen ist anzustreben.
Die Institutsgruppen lehnen es aus diesen Gründen ab, ihre Mitglieder auf die Anerkennung einer bestimmten "Linie" zu verpflichten oder eine Hierarchisierung etwa nach Aktivisten, Mitgliedern und Kandidaten durchzuführen.

24.10.70 AStA

Dokument 3

ERKLÄRUNG DER GRUPPE NEUES ROTES FORUM

Die Gruppe von Genossen um Mangold-Becker und Kramer und den AStA trat auf der Generaldebatte mit zweierlei Anspruch auf, mit dem Anspruch des demokratischen Verhaltens und dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit. Sowohl der demokratische als auch der wissenschaftliche Anspruch sind geplatzt. Der demokratische Anspruch war von vorneherein von folgendem Widerspruch geprägt: Während die Redaktion des Neuen Roten Forums von der Generalversammlung der Institutsgruppen gewählt werden sollte, ohne daß irgendwelche Kriterien zur Abstimmungsberechtigung vorgelegt werden konnten, sollte die Kontrolle des AStA durch die Institutsgruppenvollversammlung weiterhin unbestimmt bleiben.

Als Abstimmungskriterium hätte, nach Interpretation des neuesten AStA-Flugblattes, die Schärfe des Bewußtseins der " organisierten Studenten" gelten sollen, womit vielleicht das Bewußtsein nicht aber die organisatorischen Kriterien "schärfer" gefaßt würden.
Im übrigen gibt der Verfasser jenes Flugblattes selbst zu, daß j e t z t als Konsequenz der Generaldebatte d i e Institutsgruppen die Frage der Statuten (Mitgliederstatus und Selbstverständnis) intensiv werden diskutieren müssen. (Was mit dem Antrag der IG-Politologie schon längst angegangen werden sollte). Hier wird klar, wie mit den Begriffen Abstimmungskriterien, Mitglieder, Bewußtsein und "Schärfe" gespielt wird, um den tatsächlichen Charakter der Generaldebatte zu verschleiern, nämlich ihre Diskontinuität zu früheren SDS-Generaldebatten.

Für die Redaktion des NRF sollte ein inhaltsleerer Pluralismus zum Prinzip erhoben werden, durch Beschluß einer Vollversammlung, die dazu keine Legitimation hatte. Für den AStA sollte dagegen die Möglichkeit geschaffen werden, seine selbstherrliche und falsche Politik in Zukunft auch unkontrolliert durchführen zu können: Weder sollte seine politische Verantwortlichkeit gegenüber der IV festgelegt werden, noch sollte ein Prozeß eingeleitet werden, der die IG überhaupt erst in die Lage versetzen könnte, eine entsprechende Kontrolle organisiert durchzuführen. Dies obwohl die Redaktion des NRF sehr verschiedene Meinungen veröffentlichte, während der AStA seine eigene Meinung durch undiskutierte Veröffentlichung auf der Uni-Vollversammlung den IG verordnen will. Entsprechend legte der AStA keinen Antrag vor, der die Abstimmungsberechtigung auf der IV hätte klären können, sondern

einen Antrag, der die ungeklärte Situation verewigen sollte. Die Rücktrittsdrohung des AStA, mit der die AStA-Mitglieder sich jetzt zu vollkommenen Demokraten aufputzen wollen, ist nur die Kehrseite der Medaille, deren andere die Verweigerung der Kontrolle durch die IV ist. Die Generaldebatte hatte nur über bereits vollendete Tatsachen abzustimmen, die Resolution war hinter dem Rücken der IV der Uni-VV vorgelegt worden.
Die IV wurde jetzt nur noch funktionalisiert. Am deutlichsten wird dies bei der lächerlichen Forderung, die SDS-Wahlplattform zur Abstimmung zu stellen; die ist nämlich von der SDS-MV diskutiert und mit Mehrheit verabschiedet worden, ganz im Gegensatz zur Univollversammlungsresolution. Wir sind allerdings der Meinung, daß es auf der Generaldebatte nicht darauf ankam, unter Rücktrittsdrohung und dem Druck bereits geschaffener Fakten eine verspätete Legitimation einzuholen, sondern daß es darauf ankommt, politisch und organisatorisch weiterzukommen. Deshalb war der Antrag auf Nichtbefassung die angemessene Reaktion auf die Unverschämtheiten des AStA.
Das schlicht machtpolitische Kalkül schien auch sonst deutlich durch das pseudodemokratische Mäntelchen durch: auf einen Antrag zu den Kommentaren wurde verzichtet, weil man offensichtlich hofft, sie aushungern zu können, und weil die fehlende Legitimation der Generalversammlung für eine Abstimmung in dieser Frage allzu offensichtlich gewesen wäre. In der formal und politisch gleichgelagerten Frage des NRF dagegen wurde ein Antrag vorgelegt, weil man meinte, daß hier ein pseudodemokratisches X leichter für ein demokratisches U vorgemacht werden könnte. Außerdem ist klar, daß der Versuch, das NRF auszuhungern, noch aussichtsloser wäre, als schon bei den Kommentaren, wobei ja im Gegenteil die Paralysierung des NRF zur Funktion der Kommentarepolitik der betreffenden Genossen werden sollte.

Jetzt wird in dem AStA-Flugblatt ganze 9 Mal beschwörend versichert, die Gruppe NRF hätte sich selber ausgeschlossen oder außerhalb der Versammlung gestellt. Die Wunschvorstellungen sollen stärker sein als die Realität. Die Kommentare und vor allem die Frage des Verhaltens von 5 früheren Mitarbeitern, die sang- und klanglos aus der Redaktion verschwanden, standen nach Ansicht dieser Leute immer schon "außerhalb". Für den Rest wird schnell die Identität zwischen sozialistischen Studenten und Studentenbewegung behauptet, die dann auch nur noch hervorgeholt wird, um ein letztes Mal über das NRF abzustimmen. Naiverweise glauben die Genossen, die Selbstbezeichnung "Fraktion" denunziatorisch gegen die Gruppe NRF wenden zu können. Die Generaldebatte selber, die sog. "Forumsdiskussion" ist von ihnen fraktionistisch vorbereitet worden. Glauben die Genossen, das Flugblatt vor der Mensa, ihr Verhalten auf dem SDS-Teach-In seien schon wieder vergessen worden? Oder glauben sie, ihre Fraktionssitzungen wirklich geheimhalten zu können?

All diese Tricks haben nicht ganz verfangen. Schon die erste Abstimmung zeigte, daß viele Genossen das Manöver durchschaut hatten. Eine sehr starke Minderheit stimmte gegen die Abstimmung über die Redaktion des NRF. Sieht man die Buntscheckigkeit der sog. AStA-Fraktion und ihr Zustandekommen, so stellt sich ihr Sieg als Pyrhussieg dar.

II.

Was vom Demokratismus der Genossen um den AStA zu halten ist, kam dann in der Antragsdiskussion zutage. Die Widersprüche der Anträge des AStA wurden schon eingangs beschrieben. Sie schlugen sich in der Taktik nieder. Der Antrag zur Wahl einer Redaktion des NRF, der lediglich eine Fortsetzung des Angriffs auf die Kommentare mit anderen Mitteln war (Genosse Kramer äußerte z.B. selbst privat, daß diese Frage eigentlich "intern" gelöst werden müsse. Fragt sich wo, nachdem seine Genossen mehrmals öffentlich die Auflösung des SDS verkündet haben.), war in Wirklichkeit als Mittel zur Unterwerfung des NRF unter die liquidatorischen Tendenzen, bzw. zur Sprengung der Generalversammlung gedacht. Nur so läßt sich erklären, daß er an erster Stelle stand, obwohl er in seiner ganzen Leere sogar noch hinter die übrigen AStA-Anträge zurückfiel; und obwohl die theoretische und praktische Auseinandersetzung vor allem um die Politik an der Hochschule geht. Dabei hatten die Genossen offensichtlich mit einem Auszug unserer Fraktion aus der Generalversammlung gerechnet. Das zeigt ihre völlige Borniertheit, die den eigenen Taktizismus uns unterstellt. Wir verstanden uns als Fraktion innerhalb einer Generalversammlung. Wenn wir deren Anspruch auf das richtige Maß beschränkten, dann zielten wir natürlich keineswegs auf eine Sprengung der Generalversammlung, sondern auf eine Konzentration auf die Aufgaben, die sie zu lösen vermochte. Diese Aufgabe konnte bloß darin bestehen, eine Kontrolle des AStA grundsätzlich einzuleiten und festzulegen, da dieser im Gegensatz zum NRF tatsächlich die Institutsgruppen zentral vertritt und in bestimmtem Maße festlegt.
Statt der Kontrolle des AStA, dessen Macht seit dem Verbot des SDS ganz beträchtlich ist, wollte aber die Fraktion um den AStA die Immobilisierung der Redaktion des NRF, damit auch dieses Instrument der theoretischen Auseinandersetzung lahmgelegt werde, und der völlig fraktionistische und keineswegs paritätisch besetzte AStA völlig freie Hand habe. Der in der Generalversammlung der Heidelberger Linken ganz unangebrachte Antrag auf Wahl der Redaktion des NRF, sollte die Generaldebatte sprengen, um die ganz angebrachte Kontrolle des AStA durch die IG auf Dauer zu verhindern. Deshalb mußte die Fraktion um den AStA die Generalversammlung selbst sprengen, als wir ihr diesen Gefallen nicht tun konnten. Sie tat dies auf bezeichnende Weise: sie visierte die Sprengung der IV selbst an, und erklärte schamlos, daß sie diese in Zukunft zum Instrument des AStA machen will, statt umgekehrt.

Mit dem Versuch, der Gruppe NRF den "Selbstausschluß" zu verordnen, wird die IV in der Mitte gespalten. Als Institutsgruppen werden nur die bezeichnet, die willig dem AStA folgen, der eine Fraktionssitzung zur IV machen will

(oder umgekehrt), an der nur die abstimmungsberechtigt sein sollen, die schon einmal "richtig" abgestimmt haben. Das ist freilich ein "schärferes" Kriterium für die Abstimmungsberechtigung, als das "Bewußtsein von den zurückliegenden Erfahrungen der Studentenbewegung"(vgl. AStA-Flugblatt). Die Gruppen, die für die Erhaltung des NRF gestimmt haben, werden zu willenlosen Werkzeugen einer kleinen Clique stilisiert, weil man auch nur so die bewußte Spaltung der IG hinter dem Ausdruck "Selbstausschluß" kaschieren zu können meint. Der Vorwurf an die Redaktion des NRF, sich nicht einem völlig unbestimmten plebiszitären Verfahren hinzugeben, ist nichts anderes als der zynische Versuch, die Verbotssituation für partikulare Interessen auszunutzen, und sich dabei einen Dreck um die Erfordernisse und Bedingungen der politischen Arbeit im AStA, im Parlament und an den Instituten zu kehren.

Dem gegenüber bestehen wir auf der Abstimmung unseres Antrages zur Kontrolle des AStA durch die IV, die wir nicht als Instrument der Fraktionen betrachten, sondern als Gremium, in dem sich die Fraktionen politisch bewähren müssen. Dasselbe gilt für die IG, deren Organisation wir für nötig halten und nicht deren Spaltung . Wir gehen inzwischen aus von der tatsächlichen politischen Auflösung des ehemaligen SDS und der Notwendigkeit der Neu-Organisation der Sozialisten in Heidelberg. In den IG und auf der IV müssen sich die sozialistischen Gruppierungen ausweisen durch ihre Arbeit. Die IG und die IV spalten zu wollen, statt sie so zu organisieren, daß sich die Sozialisten in ihnen organisiert auseinandersetzen können, ist ein selbstmörderisches Verlangen. Ein solches Verhalten zeichnete sich bei der Gruppe um den AStA am Ende der Generalversammlung ab und wurde von dem Tandem Th.Ripke und Lis Reuther inzwischen fortgesetzt, indem sie simultan bei den Medizinern und Juristen folgende Resolution einbrachten:

Die Projektgruppe Medizin (bzw. BG-Jura) verurteilt das undemokratische Verhalten der Redaktion des NRF. Bis zur Wahl einer neuen Redaktion durch die IV sieht die PG keine Möglichkeit , solidarisch mit der NRF Redaktion zusammenzuarbeiten.(Abstimmungsergebnisse: Juristen: 15 dafür, 10 dagegen; Mediziner: 12:11 für Aufschieben der Entscheidung bis nach einer Diskussion in der Projektgruppe).

Wenn dieser Antrag ernst gemeint ist, dann bedeutet er die Festlegung der IG insgesamt auf eine bestimmte Fraktion und den generellen Ausschluß der anderen. Dieses Vorgehen erscheint umso verantwortungsloser, als eine Spaltung sich keinesfalls aus unterschiedlichen Auffassungen über die Politik z.B. der PG Medizin an der Fakultät herleiten kann. Wir sind gespannt, was diejenigen dazu zu sagen haben, die von "Fraktionsverbot" bei den Politologen glaubten sprechen zu müssen. Damit wird klar, was es mit dem Geschrei der Genossen um den AStA gegen die Politologengruppe auf sich hatte, als diese lediglich bei der Diskussion ihrer eigenen Verfassung aus bekannten Gründen nicht-öffentlich tagen wollte, nachdem sie stundenlang mit dem AStA über die entsprechenden Tagesordnungspunkte diskutiert hatte. Das Verfahren des Tandems Th.Ripke/Reuther bedeutet dagegen den Versuch der dauerhaften Festlegung der IG auf eine Fraktion des ehemaligen SDS, die gezeigt hat, was sie von organisierter sozialistischer Arbeit hält.

III.

Zwischen all diesen Tricks muß der Anspruch der Wissenschaftlichkeit umso mehr herausgestrichen werden. Diesen Anspruch sollte vor allem der Beitrag des Genossen Kramer einlösen. Aus dessen Analogie-Ketten und freien Assoziationen schälte sich schließlich eine These heraus: die Behauptung einer Ablösung des Kapitalismus durch die Technokratie, die die sogenannten Neo-Leninisten nicht durchschauen würden. Diese These Kramers, die wie immer apodiktisch und unter wortreicher Beschwörung der Wissenschaft (die offensichtlich in der Technokratie ihren Klassencharakter verloren hat) vorgetragen wurde, beruht auf dem angeblichen Gegensatz von Staat und Privatkapital als den Kramer den Widerspruch zwischen Einzel - und Gesamtkapital inzwischen versteht. Die spezifische Kramersche "Wissenschaftlichkeit" war immer schon mehr auf Verblüffung denn auf Einleitung von Erkenntnisprozessen, mehr auf hermetische Demagogie denn auf wissenschaftliche Klärung aus.

Die Verblüffung wenigstens dürfte Kramer spätestens dann gelungen sein, als er folgenden Zwischenruf machte: "Die Hochschulreform ist doch nicht kapitalistisch gewesen. Sie wurde doch nicht vom BDI durchgeführt sondern vom Staat." Auf den Genossen Paul Mattick, der eine marxistische Analyse der Bewegung des Kapitals versucht, kann sich Kramer bei seiner Verkündung der gemischten Ökonomie und der Technokratie freilich nicht berufen. Mattick schreibt z.B.: "Die Struktur des heutigen Kapitalismus ist nur scheinbar eine "Mischform"; dieser Eindruck ergibt sich aus der Tatsache, daß die staatlich induzierte Produktion die ganze Wirtschaft stimuliert.....
Die Wirtschaft erscheint so mit ihrem öffentlichen und privaten Sektor als ein wirtschaftliches "Mischsystem", daß dem Privatkapital und der Gesellschaft als ganzer gleichen Nutzen bringt. Es wird als ein neuer Typ des Kapitalismus gefeiert oder beklagt; zuweilen ist sogar von einem 'nachkapitalistischen' System die Rede. Aber es handelt sich nach wie vor um den bekannten Kapitalismus, der durch staatliche Eingriffe zusammengehalten wird, die ihrer eigenen und der Natur des Kapitals entsprechend, nur zeitweiligen Nutzen spenden können. Während sie einige Probleme kurzfristig lösen, schwören diese Eingriffe neue und größere Probleme für die absehbare Zukunft herauf." (P. Mattick, Kritik an Herbert Marcuse, 1969, S. 34 f.)

Kramer ist inzwischen auch nicht mehr in der Lage, den Formwechsel der Herrschaft des Kapitals über die Wissenschaft marxistisch zu analysieren. Die Abschaffung der Hochschulautonomie sieht er nicht als Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus, sondern als Übergang vom Kapitalismus zur Technokratie. Wahrscheinlich sind den meisten Genossen diese positiven Seiten der Kramerschen Kritik des "Neoleninismus", unter

welchen Popanz er die Gruppe und das NRF subsumieren wollte, nicht aufgefallen. Insofern steht die breite Entlarvung dieser Art von Wissenschaft noch bevor.
Die Kramersche Wissenschaft ist tatsächlich nur auf den ersten Blick "erschreckend wissenschaftlich". Auf den zweiten Blick ist sie schlicht falsch. Was ansonsten von den Genossen, die uns "Wissenschaftlichkeitsfeindlichkeit" vorhalten, vorgetragen wurde, bestand im wesentlichen in der Behauptung der eigenen Voraussetzungslosigkeit, die unserem angeblichen Dogmatismus entgegengehalten wurde. Und genau auf diesen ständigen Dogmatismus-Vorwurf kam es den Genossen an, deren wissenschaftliche Skrupel noch nicht einmal die schriftliche Vorlage ihrer Beiträge erlaubt hatten. Sie wollen die politische Auseinandersetzung auf den Gegensatz von demokratischem und undemokratischem, von wissenschaftlichem und unwissenschaftlichem Verhalten herunterbringen. Die ganze theoretische Auseinandersetzung wurde von ihnen natürlich auch nur als notwendiges Zwischenspiel betrachtet, bevor die vom Zaune gebrochene Machtauseinandersetzung wieder offen ausgetragen wurde.
Der Verfasser des AStA-Flugblattes bestätigt dies in wünschenswerter Klarheit. Auf die Frage, ob die Kategorie des Kleinbürgertums dienlich sein könnte zur Analyse der Studentenbewegung, fällt ihm nur ein, daß Kleinbürger ein Schimpfwort ist und meint so, d i e Studenten gegen diejenigen aufbringen zu können, die den Ausdruck benutzen. Unter der Hand wird einfach bewußt darüber hinweggetäuscht, daß die Kategorie " kleinbürgerlich" auf die Studentenbewegung, und vor allem auf deren Inhalt, nicht aber auf die Studenten angewandt wurde.
Die "analytische" Bemerkung, daß Studenten im allgemeinen keinen Handel treiben, ist schon nicht einmal mehr witzig. Sie zeigt nur, daß der Verfasser die marxsche Klassenanalyse für eine saubere Schubladenfächerordnung hält, und alles andere, was darüberhinausgeht, zur Soziologie erklärt. Kein Wunder, daß solchen "Marxisten" die bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften progressiv erscheinen. Kein Wunder auch, daß solche "Marxisten" verzweifelt nach einem progressiven Loch in der kapitalistischen Hochschulreform suchen.
Sie fühlen sich verunglimpft, wo sie doch nur "versucht" haben, die Reformen des Kapitalismus auch nur auf dem Bildungssektor in ihren Möglichkeiten und Grenzen zu beschreiben." (AStA-Flugblatt) Wohin das führt, zeigt das Sonderinfo vom 19.11., wo Leussink nur noch in dem Maße kritisiert wird, als er mit Hahn Kompromisse schließt.
Warum geben sich die Genossen eigentlich solche Mühe, die Progressivität des Kapitalismus zu behaupten?
(H. Breger: "Der Kapitalismus ist immer noch progressiv")
Sehen sie keine anderen politischen Möglichkeiten, als im Dienste seiner "progressiven" Reformen?

Bei der Auseinandersetzung hat sich die ganze theoretische Verwirrung gezeigt, die diese Fraktion kennzeichnet, die einzig durch den gemeinsamen Kampf gegen die sogenannten "Neoleninisten" und das NRF zusammenhalten wird.

Angesichts der völligen Entlarvung der pseudodemokratischen und demagogischen Tendenzen der Gruppe um den AStA ist es umso notwendiger, wenigstens die formale Kontrolle des AStA sicherzustellen. Wir legen deshalb aufs Neue den Antrag der IG-Politologie vor:

1. Die Institutsgruppenvollversammlung kontrolliert den AStA, d.h.: der AStA ist an die Entscheidungen der Institutsgruppenvollversammlung gebunden.
   Abstimmungsberechtigt sind alle Institutsgruppenmitglieder.

2. Die Institutsgruppen sind autonom. Sie geben sich einen Mitgliederstatus.
   &
   (Dieser Antrag wurde am 24.11. von dem Teil der IV, der in der Mensa blieb, angenommen.)

Zusatzantrag: (angenommen bei keiner Gegenstimme und 5 Enthaltungen)

Auf der Grundlage dieses Papiers verurteilt dieser Teil der Institutsgruppenvollversammlung die Spaltung der IG-VV durch den AStA. Er fordert die IG-VV auf, am nächsten Dienstag die Erklärung des AStA und dieses Papier zu diskutieren.
Er fordert zudem den AStA auf, eine Erklärung zur zukünftigen Politik gegenüber der GO abzugeben.

Dieses Papier wurde am 24.11.70 von dem Teil der Institutsgruppenvollversammlung, der in der Mensa blieb, als Diskussionsgrundlage für die Institutsgruppenvollversammlung am 1.12.70 verabschiedet.

DAS KRAMERSCHE «EXPLORATIONSMODELL»

UNTERSUCHUNG SEINER THEORETISCHEN UND PRAKTISCHEN IMPLIKATIONEN

Dieser Artikel ist als Beitrag zu einer noch intensiv zu führenden Diskussion Kramerscher Theoreme zu verstehen. Zunächst sollen bestimmte Verhältnisse, wie sie sich in dem Kramerschen "Explorationsmodell" konstituieren, aufgezeigt und interpretiert werden, dazwischen Hinweise auf Eigenarten Kramerscher Verfahrensweise eingeflochten und schliesslich eine allgemeine Einschätzung der Kramerschen Position gewagt werden.

1. Kritik als Subjekt-Objekt-Verhältnis

Was an den Ausführungen über die "Neo-Leninisten" auffällt, ist die konstatierende, definitive Form. So "wird" von den Neoleninisten eine Revolutionstheorie nicht mehr gesucht, so "ist" bei ihnen das Bewusstsein innerer Widersprüchlichkeit "ausgerottet" usf. Es wird hier nicht z u Subjekten, sondern ü b e r Objekte gesprochen. Kramer steht schriftstellernd ausserhalb des Objekts, beobachtet und interpretiert es bloss, er hat ein kontemplatives, kein praktisches Verhältnis zu ihm. Doch die Art der Kritik lässt auch kein praktisches Verhältnis mehr zu: das kritisierte Objekt erstarrt nach klassifizierender Identifizierung in schlechter Positivität. Was den Kritisierten vorgeworfen wird, das angeblich fehlende Bewusstsein innerer Widersprüchlichkeit, fehlt erst recht der Kritik: es ist eigentlich keine Kritik, sondern Aufbau eines Popanz, negative Konstruktion eines Objekts.

Diese Konstruktion stützt sich freilich nur auf Behauptungen, nicht Beweise: es fehlt jede Art von Beleg! Das ist dem Kramerschen Text eigentümlich: es handelt sich um eine Art Essay, um Schlussätze, deren Prämissen fehlen.

Welchen politischen Vorwurf macht Kramer den "Neoleninisten"? Er wirft ihnen eine unrealistische Beurteilung des spätkapitalistischen Systems vor: in diesem fehlten, so Kramer, "fast alle Bedingungen für eine revolutionäre Bewegung" usw. - An diese Behauptung anknüpfend, soll jetzt Kramers Beurteilung des Spätkapitalismus skizziert und gezeigt werden, wie aus ihr Funktion der Intelligenz, Arbeiterschaft, Partei abzuleiten versucht werden.

2. Das spätkapitalistische System stabil?

Als eine Ursache für die Integration der Arbeiterklasse in den spätkapitalistischen Staat nennt Kramer die Praktizierung einer "gemischten Ökonomie": durch den Eingriff des Staates werden die Schwierigkeiten des Privatkapitals bei der Realisierung des Wertes gemildert und tendenziell beseitigt. Zugleich verhindert der Staat, daß das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital antagonistisch wird. "Der Staat schiebt sich zwischen den Antagonismus von Arbeit und Kapital". Der Staat übernimmt eine quasi klassenneutrale Rolle. Das bedeutet tendenzielle Stabilisierung des spätkapitalistischen Systems. Widersprüche gibt es nur noch zwischen "öffentlichem und privatem Sektor", einer Disparität der Lebensbereiche Offescher Provenienz. Diese kann kaum mehr als systemgefährdend aufgefasst werden und Kramer tut das auch nicht.

Wir haben hier eine Version vom "organisierten Kapitalismus" vor uns, der seine Widersprüche tendenziell durch Planung aufheben und sich dadurch stabilisieren könne. Kramer weiss um die Problematik dieser Konzeption und es scheint nicht zufällig, daß der These von der tendenziell stabilen "Mischökonomie" später die Prophezeiung ihres Unterganges folgt.

Auch hier wieder Behauptungssätze, denen begründende Argumente fehlen. Zudem handelt es sich offensichtlich zum Teil um übernommene Theoreme, deren Quellen hoffentlich noch angegeben werden.

Welche Rolle spielt nun in diesem relativ stabilen System die Intelligenz in Staat und Wirtschaft?

3. Zukunft der Intelligenz - Technokratie?

Auffallend die unterschiedlichen Bezeichnungen für "Kopfarbeiter":

> "Nur da, wo partikulare Strukturreformen notwendig werden, wie im Bildungsbereich, wird ein Moment lang sichtbar, daß die Interessen d e r Intelligenz und ihr Begriff von Rationalität in der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr a u f g e h e n." und es folgt:
>
> "der antikapitalistische Protest der S t u d e n t e n war echt....", etwas weiter heisst es widerum:
>
> "Eine leninistisch angeleitete Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums könnte mit grosser Wahrscheinlichkeit die gesellschaftliche Macht objektiv in die Hände d e r Intelligenz fallen lassen." und schliesslich:
>
> "Dass aber die technische und wissenschaftliche Intelligenz sich einer a u t o n o m e n Arbeiterbewegung anschliessen würde, statt sie zu u s u r p i e r e n..." (meine Hervorhebungen)

Nicht unwahrscheinlich ist die Verlegenheit, zwischen Intelligenz, technisch-wissenschaftlicher Intelligenz und linken Studenten zu differenzieren, die verschiedenen Fraktionen der Kopfarbeiter auf einen Begriff zu bringen. Es müsste z.B. erklärt werden, weshalb etwa bei den Studenten und nur bei bestimmten Studenten der Begriff von Rationalität in der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr "aufging", warum er dagegen bei den Assistenten und Professoren "aufging" etc. Der Begriff der "Intelligenz", wie ihn Kramer verwendet, ist unscharf und für eine exakte Gesellschaftsanalyse unbrauchbar.

Ausgehend von der These der "Mischökonomie" kann die sozio-ökonomische und politische Funktion der "Technokraten" bestimmt werden: sie stabilisieren nicht nur als Staatsbeamte das System sondern in ihrer Funktion als Topmanager der Wirtschaft vergrössert sich mit dem Abstand zwischen Eigentum und Verfügung auch ihre Macht bis zur tendenziellen Ablösung der Kapitalistenklasse. Zwar sichert sich Kramer hier ("die spätkapitalistische Technokratie bleibt trotz ihrer wachsenden Macht von der Bourgeoisie abhängig") gegen die Definition der Technokraten als neuer, bald herrschender Klasse ab - aber an anderer Stelle heisst es:

"Unter anderen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, die vielleicht schon bald eintreten, kann aber der Leninismus einen anderen Sinn erhalten und zu einer wirklich politischen Kraft sich entfalten, weil er mit bestimmten objektiven(!) Tendenzen der spätkapitalistischen Entwicklung korrespondiert."
Das ist eine ganz andere Tonart und eine neue Einschätzung der politischen und sozialen Möglichkeiten der "Intelligenz". Zugrunde liegt ihr eine Reihe von Voraussetzungen: Kramer hält eine Übernahme der Macht durch die Intelligenz für möglich. Freilich nur als "leninistische". (Kramer hält den "Leninismus" für die Ideologie einer Technokratenclique - es soll hier nicht untersucht werden, ob diese Annahme Kramers richtig ist und auf was und wen sie sich stützt.)
Vorab ist hinzuweisen auf den prophetischen Charakter der Behauptung "objektiver Tendenzen" zur "Stützung" der These, auf die mögliche Basis-Überbau-Konzeption, die in dem "korrespondiert" sich ausdrückt und die mechanistisch und voluntaristisch zugleich sein dürfte (eine gewisse Tendenz der sozialen Realität ist prophezeit und die "leninistische" Theorie muss da quasi nur angewandt werden...). In diesem "Korrespondieren" "leninistischer Theorie" mit spätkapitalistischer Entwicklung äussern sich Elemente einer Konvergenztheorie - Annäherung der östlichen und westlichen Industriegesellschaften in Basis und Überbau, Etablierung der Technokratie im Westen, die den "Leninismus" anwende, um zur Macht zu gelangen und hernach - wie sich Kramer das bei "Leninisten" vorstellt - die Arbeiterschaft in Unfreiheit zu halten.
Wie wird nun die Intelligenz behandelt, nachdem ihre zukünftige historische Rolle durch den Hinweis auf "objektive Tendenzen" prophezeit wurde? Erinnern wir uns: Kramer hatte die "Neoleninisten" als unrealistische Dogmatiker verhöhnt, da "fast alle Bedingungen für eine revolutionäre Bewegung" fehlten. Jetzt wird ihnen unversehens die reale geschichtliche Entwicklung günstig zugeschlagen: die nächste historische Station ist nicht der Sozialismus, sondern die "leninistische" Technokratie. Technokratie hiesse Unterdrückung der Arbeiterklasse. Als deren Anwalt tritt Kramer auf: er will sie vor "neoleninistischer" Unterdrückung bewahren. Da er aber die objektiven d.h. realen historischen Tendenzen zur Prophezeiung des "Leninismus" bemüht hat, kann er nicht anders gegen diese "objektiven Tendenzen" angehen als moralisch: "Dass aber die ...Intelligenz...sich einer autonomen Arbeiterbewegung anschliessen würde, statt sie zu usurpieren..." Die Intelligenz soll die ihr nach Kramer zukommende historische Rolle nicht übernehmen, sondern zugunsten der Arbeiterklasse auf sie verzichten. Im Wort "usurpieren" steckt der moralische Vorwurf und Appell. Dieser ist bei Kramers Prämissen nicht nur moralisch, sondern auch idealistisch, denn es gibt bei ihm keinerlei materielle, ökonomische Gründe für die "technische" und "wissenschaftliche" Intelligenz, ihre zukünftige Rolle zu problematisieren.
Abgesehen von der fragwürdigen Auffassung des "Leninismus" als angeblicher Technokratenideologie, steckt in Kramers Intention ein richtiges Moment: der Hinweis auf die Möglichkeit der Verselbständigung einer Technokratie nach dem Sturz des Kapitalverhältnisses. Diese Verselbständigung wird bei Kramer freilich nicht aus ökonomischen und sozialen Bedingungen abgeleitet, sondern: "Widerspiegelungstheorie, Naturdialektik, die leninistische Version des Verhältnisses von Partei und Klasse, der technologische Gedanke der Umsetzung objektiv wahrer Theorie in die Praxis sind ... so strukturiert, daß sie sich ...tendenziell in der ersetzenden Stellvertretung der Macht der Arbeiter zu legitimieren vermögen." Der als "Leninismus" den Überbau dominierende Teil entwickelt sich anscheinend ausserhalb der "objektiven Tendenzen" der Basis: er verselbständigt sich eigengesetzlich durch die Art seiner Struktur. Dies ist eine idealistische, deterministische Auffassung des Basis-Überbau-Verhältnisses.
Wie stellt sich Kramer die historische Überwindung der Technokratie vor? Er prophezeit die Möglichkeit des "Umschlagens" einer technokratisch dominierten in eine befreite Gesellschaft: "Das heisst nicht, daß eine solche Gesellschaft nicht viel leichter als eine kapitalistische in eine befreite umschlagen kann." Wiederum werden keine Begründungen und realen sozio-ökonomischen Bedingungen dieser Prognose genannt, weshalb es sich abermals um Prophetie handelt. Dahinter stecken wohl Thesen von Marcuse und Deutscher, die das Umschlagen der sowjetischen Gesellschaft von zwei Bedingungen abhängig machen: von der Entwicklung der Produktivkräfte zu einem Stand der überreichen Produktivität und von der kritischen, systemsprengenden Kraft der technokratischen Ideologie. Letzterer Bedingung liegt wieder eine idealistische Bewertung der Funktion der Ideologie zugrunde.
Was bleibt hier der Arbeiterklasse an historischen Möglichkeiten der Befreiung?

4. "Und sie bewegt sich doch" - Arbeiterbewegung bei Kramer

Kramer hat zunächst der von Technokraten beherrschten Industriegesellschaft Stabilität beschleunigt und die Technokratie gewissermassen als nächste historische Gesellschaftsformation bestimmt. Da muss nach den realen Möglichkeiten einer emanzipatorischen Arbeiterbewegung gefragt werden. Mit der Stabilität des Systems entfallen die materiellen Bedingungen des ökonomischen, geschweige des politischen Kampfes der Arbeiter. Bei Marx ist die Krise das Lehrstück der Arbeiterbewegung. Sie ist wichtiger Katalysator der Bewusstwerdung und theoretischen Ausbildung der Arbeiterklasse im Kapitalismus. Bleibt sie aus, das System stabil, die Gebrauchswerte reichlich, so verdeckt Befriedigung Befreiung. Wie in einem relativ stabilen Wirtschaftssystem noch revolutionäre Theorie möglich sein soll, verschweigt Kramer. Wahrscheinlich wird er hier ebenfalls emanzipatorische Interessen und einen Begriff von Rationalität hypostasieren, ohne ihn konkret aus den Systembedingungen herzuleiten.
Wie sehr die Kramersche Optik bei der Untersuchung der kapitalistischen Realität verzerrt ist, kommt besonders bei der Schilderung der Lage der Industriearbeiterschaft zum Vorschein: Nachdem er kollektive Arbeit studentischer Gruppen als "willkürlich" und "zwangshaft" verleumdet, wird dieser "zwangshaften" Verbindung eine wohl nicht-willkürliche entgegengestellt, denn in der Arbeiterklasse ist "...die Verbindung der Individuen durch die Sache realisiert..." Kramer meint wohl die kollektive Arbeit im Industriebetrieb. Aber die Verbindung der unmittelbaren Pro-

duzenten erfolgt aus ihrer Stellung im System der Produktion und der Eigentumsverhältnisse. Gleichsam blinder Naturzwang zwingt die Arbeiter unter das Kuratel des Kapitals und nicht die Sache, womit wohl die Maschinerie gemeint ist. Der zitierte Satz, der jedem Apologeten des Kapitalismus gelingen könnte, scheint mir nicht ein Ausrutscher, sondern Beleg der tatsächlichen Schwierigkeiten für Kramer, eine objektive Analyse des Kapitalismus vorzunehmen. Es unterläuft Kramer hier das "An-sich-Betrachten" der kapitalistischen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse.

Kramer spricht wiederholt vom Fehlen einer Arbeiterbewegung. Unvermittelt werden jedoch die Septemberstreiks als Ansatz zur "Rekonstruktion" der Arbeiterbewegung gepriesen. Dieser Widerspruch leitet sich aus dem Nichtunterscheiden zwischen einer ökonomistischen und einer politischen Arbeiterbewegung her. Eine ökonomistische Arbeiterbewegung hat es selbst in der BRD fast immer gegebenund in anderen kapitalistischen Ländern wie USA, England, Italien, Frankreich und Belgien immerzu. Wichtig dabei ist, daß diese Arbeiterbewegungen vornehmlich unpolitisch blieben. Kramer gibt selbst zwei Gründe für die Integration der Arbeiterklasse ins kapitalistische System an: die relative Systemstabilität der "gemischten Ökonomie" unddie "Loyalität der Arbeiterklasse zur Sozialdemokratie"(deren Korruption von ihm nicht bestritten wird.)

Freilich wird die Korruption der SPD und der Arbeiterklasse durch die Stabilität des Systems und den Überfluss an Gebrauchswerten als gewissermassen "notwendige" erklärt. Im Nennen der integrierten Partei als Grund der Reduzierung der Arbeiterbewegung auf eine ökonomistische zeigt sich die richtige Ahnung von der Funktion einer nicht-integrierten sozialistischen Partei für die Befreiung der Arbeiterklasse. In diesem Zusammenhang müsste auch die Rolle der Intelligenz bestimmt werden. Gerade aber die Rolle der sozialistischen Intelligenz in der Entwicklung der Arbeiterklasse zur Klasse "für sich" bezieht Kramer kaum mehr in seine Überlegungen zur Theorie und Praxis linker Intelligenz mit ein.

Er empfiehlt dieser, auf eine "Rekonstruktion" der Arbeiterbewegung zu warten, deren Bedingungen er nicht nennt und bei seinen Prämissen auch nicht nennen kann. Er muss das Entstehen der Arbeiterbewegung entweder aus einem dumpfen Gefühl der Unversöhntheit der Arbeiter mit ihrer menschlichen Bestimmung erklären oder das Aufscheinen eines Begriffs wahrer Rationalität im Bewusstsein der Arbeiter als quasi himmlische Eingabe konstruieren. Eine materialistische Vermittlung ist ihm versperrt.

5. Rückzug auf Theorie - abermalige grosse Weigerung

Wie schon nachgewiesen, kann nach Kramer die Intelligenz entweder ihre historische Rolle übernehmen, das hiesse die technokratische Unterdrückung der Arbeiterklasse, oder sie kann, aus moralischen Motiven, aus Sympathie mit der Arbeiterklasse, sich ihrer historisch möglichen Herrschaftsrolle v e r w e i g e r n . Hier kommen wir wieder zum Anfang der Studentenbewegung. In einer Gesellschaft, "in der sich nicht mehr leben lässt", beschlossen die Studenten, sich ihrer Integration ins Herrschaftssystem zu verweigern. Nach vorübergehenden Illusionen, mit Hilfe des Proletariats eine Gesellschaft schaffen zu können, in der sich leben liesse, müssen sie sich wiederum verweigern, diesmal der politischen Praxis selber.

"...angesichts der Zerstörung der Arbeiterbewegung (ist) das Verhältnis von Theorie und Praxis (der linken Intelligenz) so empfindlich gestört, ... daß der Marxismus zu nicht mehr als der Negation seiner Verzerrungen in der Lage ist."

Für die linke Intelligenz bleibt die Verweigerung der politischen Praxis und als Trost gleichsam der Rückzug auf eine Reflexion, die so unnütz nicht sei: sie darf die Identität des Marxismus in der Theorie ständig neu herstellen - mehr nicht.

6. Charakteristika der Kramerschen Argumentation

a) latenter Idealismus und Mechanizismus: An den Stellen, wo Umschläge behauptet werden und dort, wo eine tendenzielle Verselbständigung des Überbaus sich abzeichnet, wird idealistisch argumentiert. Der Begriff von der "Korrespondenz" von objektiver historischer Tendenz und Ideologie weist auf eine mechanistische Denkweise hin.

b) Positivistische und strukturalistische Verfahrensweise: Die Behauptung, daß eine gewisse Überbaustruktur quasi eigengesetzlich auch unter völlig anderen Basisbedingungen gleiche Wirkungen hervorbringe wie in ihrer ursprünglichen Umgebung, ist naiv strukturalistisch, unhistorisch und unmaterialistisch. Nur so aber konnte Kramer zur schlechten positivistischen Konstruktion der "Neoleninisten" kommen. Inwieweit in der Kramerschen Argumentation uneingestandener Antikommunismus zum Tragen kommt (gerade bei seiner "Behandlung" der "Neoleninisten"), mag dahingestellt sein: Wer von sozialistischen Ländern als "Ost-Block-Staaten" spricht, zeigt bedenklichen Mangel kritischer Distanz gegenüber antikommunistischer Terminologie, der kaum noch zu ironisieren ist.

c) Prophetie statt Prognose und Widersprüchlichkeit der Theoreme: Ein Merkmal des ganzen Textes ist das Fehlen von Begründungen und Belegen. So können einander widersprechende Thesen aufgestellt werden, wobei dem Leser eine auf rationalen Argumenten beruhende Entscheidung verunmöglicht wird, da ihm der Begründungszusammenhang vorenthalten bleibt. Grund der inhaltlichen Widersprüchlichkeit scheint der noch nicht entschiedene Kampf in Kramer zwischen Marx, Adorno, Offe, Habermas, Marcuse etc., zwischen Kramer und Kramer zu sein. Wer wen letztlich revidiert, ist noch nicht auszumachen.

Harald Schwarzenberg

Rechtshilfefonds
Heidelberger Volksbank
kto. Nr:
9980

Dokument 4
REFERAT VON FRITZ KRAMER ZUR GENERALDEBATTE

(Tonbandprotokoll)

Auf der diesjährigen Jahresversammlung der Gruppe Arbeiterpolitik, die die Tradition der KPD-Opposition in der Bundesrepublik fortzuführen versucht, die in der Klöckner-Hütte in Bremen die avanciertesten Positionen in den innerbetrieblichen Auseinandersetzungen in Westdeutschland erkämpft hat, warf ein marxistisch-leninistischer Student dem westdeutschen Proletariat ganz allgemein vor, nicht in der Lage gewesen zu sein, eine Kommunistische Partei zu gründen, eine Aufgabe, die deshalb den marxistisch-leninistischen Gruppen zufalle. Auf einer Gewerkschaftversammlung kritisieren die marxistisch-leninistischen Studenten das Fehlen einer proletarischen Sprache. In den Septemberstreiks gaben radikale Studenten die nicht-reformistischen politischen Losungen aus. Die radikalen Studenten sind der Lukacsschen Intellektuellentheorie folgend bereit, ihre eigene Klasse zu verraten und sich auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen. Proletariern und gar klassenbewußten Proletariern gegenüber wirken sie eher onkelhaft, hilflos und arrogant, aber auf das Proletariat hoffen sie wie auf einen deus ex machina, der nicht nur ihre Ohnmacht gegenüber dem Allgemeinen beseitigen wird, sondern zudem auch noch einer revolutionären Führung bedarf, zu der er selber nicht fähig ist.
Die Neoleninisten hängen noch dem Traum von einer Revolution nach, wie sie vor einem halben Jahrhundert stattgefunden hat. Fast alle neo-leninistischen Begriffe sind versteinerte Formeln aus der Theorie der revolutionären Bewegung am Ende des ersten Weltkrieges, die heute zur Mythologie sektiererischer Studentengruppen sich gewandelt und den Charakter marxscher Beschwörungsformeln angenommen haben. Nicht zufällig ist der Studentenbewegung die existentialistische vorausgegangen, die außer den primitivistischen Emblemen auch das lebenspraktische Ziel mit den neo-leninistischen Nachfolgeformen der Studentenbewegung gemeinsam hat. In einer Gesellschaft, in der sich nicht mehr leben läßt, sucht sich eine geschlossene allseitig immunisierte Weltanschauung ein paradoxes Gefühl von Heimat und Vertrautheit zu verschaffen, das nun freilich der revolutionären Gesten nicht mehr entbehren mag. In der Vorstellung etwa im Jahre 1830 am Beginn der Arbeiterbewegung sich zu befinden, oder im Jahre 1902 - die russischen Studentenzirkel beginnen das Proletariat zu organisieren - durch die von keiner Dialektik gebrochene Mythologisierung der leninschen Theorie, durch die Stilisierung der GO zur Duma,
Zwischenruf Hildebrandt: Du, ich habe die GO nicht mit der Duma, sondern mich mit Lenin verglichen, das hast du nicht verstanden.
Kramer: durch die Stilisierung der Studentenbewegung zu einer kleinbürgerlich-demokratischen, die durch eine proletarische auszulösen sei, durch die Verketzerung ... - ? - Personen als Menschewiki und vor allem durch die Selbstglorifizierung der Bolschewiki, verbreitet sich ein Schein von einfacher Klarheit,
Zwischenruf Schmierer: Mao Tse Tung!
Kramer: der halb pathetisch verkündet, halb bekichert, der Aktualität wenigstens das Beängstigende ihrer Undurchdringlichkeit zu nehmen scheint. Es ist schon alles klar, man muß nur Marx, Engels und Lenin studieren und die Kämpfe des Proletariats organisieren und führen.

Die Zerstörung der revolutionären Arbeiterbewegung war nur möglich um den Preis der Einbeziehung pervertiert sozialistischer Sektoren in den Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise. Dadurch wurde einerseits eine Entwicklung der Produktivkräfte möglich, wie sie anders im Kapitalismus undenkbar wäre, und deren Grenzen noch nicht bestimmt werden können. Andererseits konnten die spätkapitalistischen Staaten und besonders die Sozialdemokratie als Agenten der pseudo-sozialistischen Sektoren sich einen Teil des ungeheueren historischen Kredits sichern, der rechtmäßig erst der sozialistischen Gesellschaft zukäme. Die Loyalität der Arbeiterklasse zur Sozialdemokratie, ihre sogenannte Versöhnung mit dem Staat, ist nicht nur manipulativer Schein, sondern auch in sozio-ökonomischen Verhältnissen des spätkapitalistischen Mischsystems begründet. Der Staat schiebt sich zwischen den Antagonismus von Arbeit und Kapital. Der im Verhältnis zur Bevölkerung relativ große Umfang der Warenproduktion hat durch die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Tauschverhältnisse und die Durchsetzung einer Ersatzprogrammatik der Dingwelt ihre spezifischen Qualitäten genommen. Wenn auch der Untergang der gemischten Ökonomie wahrscheinlich ist, so ist doch der Charakter dieses Prozesses ungewiß. Eine Revolutionstheorie, die diesen Bedingungen adäquat wäre, gibt es nicht, und von den Neoleninisten wird sie auch nicht mehr wirklich gesucht.

War zumindest eine vage Vorstellung von dieser Problematik in den Anfängen der Studentenbewegung durch die kritische Theorie vermittelt lebendig, so wurde sie zusammen mit der Kritik der experimentellen Vernunft im Niedergang der Studentenbewegung seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze von Studentenführern mit dem ganzen Pathos der Verständnislosigkeit als Mystizismus vom Tisch gewischt. Das Bewußtsein innerer Widersprüchlichkeit, die Voraussetzung dialektischen Denkens, ist in den neo-leninistischen Gruppen endgültig ausgerottet.

Der Faschismus, die Erweiterung der ökonomischen Funktionen des Staates und die Manipulation der Öffentlichkeit haben die bürgerliche Demokratie unwiderruflich beseitigt. Auf der Basis der ge-

mischten Ökonomie ist keine bürgerliche Demokratie mehr möglich. Einzig der autoritäre Sozialstaat kann ihr gerecht werden. Indem die Leninisten, die den Faschismus als eine Art Feudalismus auffassen, die DDR als das Resultat zweier Revolutionen, einer bürgerlich-demokratischen und einer proletarisch-sozialistischen verstehen, können sie die leninistische Revolutionstheorie auch für Westdeutschland verwerten, und in ihren Reihen für die Erneuerung der Demokratie ihre Werbung treiben. Die Neo-Leninisten bedienen sich eines ähnlichen Tricks, wenn sie den Begriff des bürgerlich-demokratischen Kampfes von der gesamtgesellschaftlichen Institution des Staates ablösen und auf partikulare Institutionen wie die Hochschule anwenden, wo er nur einen organisations-soziologischen Sinn haben kann. Das Postulieren des Begriffs, die Vorstellung, es gehe um die Erkämpfung der Bürgerrechte gegen den professoralen Feudalismus, nicht um die Beseitigung der veralteten bürgerlichen Universität, heimst die Demokratie - Parole assoziativ die Aura einer Bedeutung ein, die sie in der russischen Revolution hatte. Die neo-leninistische Mythologie kann sich anreichern in den Vorstellungen einer kleinbürgerlich-demokratischen Studentenbewegung, die wie weiland die russische Bauernrevolution mal in eine sozialistische zu überführen ist, mal den proletarischen Kampf ergänzen, mal einen Teil der Bourgeoisie neutralisieren soll. Die kraft tieferer Einsicht sozialistischen Individuen in der demokratischen Studentenbewegung verwandeln sich in Agenten des Proletariats und beginnen die Führung des Klassenkampfes mit der Schulung und Organisierung ihrer selbst. Der demokratische Zentralismus wird in der Praxis der linken Studentengruppen zur Don-Quijoterie. Wo praktische und theoretische Fragen zu lösen wären, wird der Konsens durch einen Konformitätsdruck herbeigeführt, durch die Angst vor der Abweichung und ihre Sanktionierung wird der einzelne aus Schwäche bereitwillig auch da noch sich unterwerfen, wo seine Einsicht ihm etwas anderes sagt. Studenten, die noch vor 2 Jahren gegen die autoritäre Struktur von Seminaren aufgemuckt haben, nehmen sie nun von ihresgleichen widerstandslos hin oder fordern sie sogar.

Der haßerfüllte, von keiner Vernunft mehr gezügelte Kampf mancher Gruppen und Fraktionen, in dem die ehemals antiautoritär gewendeten Aggressionen sich nun gegen die Konkurrenzgruppe richtet, ist ist von diesen Konformitätsstrukturen die abstrakte Rückseite. Die Denunziation von allem und jedem, was sich der Positivität entzieht, entlarvt die demokratischen Zentralisten als Fetisch (?).

Statt kollektiver Arbeit entsteht in den neo-leninistischen Organisationen die Unterwerfung unter das Kollektiv, die willkürlich und zwanghaft sein muß, solange weder die spontane Bereitschaft zur politischen Aktion vorhanden, noch in der Arbeiterklasse die Verbindung der Individuen durch die Sachen realisiert ist.

Der Fortschritt der Gesellschaft zur Freiheit drängt zur Aufhebung des Individuums im Kollektiv. Die Unverbundenheit der Bewegung und des Denkens, die die industrielle Lebenswelt hervorbringt, können nur in kollektiver Arbeit zu einem neuen Ganzen sich wandeln. Aber in der spätkapitalistischen Pervertierung der Vergesellschaftungsprozesse durch die weitere Sicherung des kapitalistischen Privateigentums wird die Dekomposition des bürgerlichen Individuums zu seiner Verwandlung in einen Funktionenkomplex, wie er von der Psychologie eher registriert als untersucht wird. Der Einzelne resigniert vor der Macht des Allgemeinen und sucht Zuflucht in einer Gruppe, die seiner objektiven Entwertung das Versprechen historischer Bedeutung entgegenhält. Der Mythos von der Perspektive der Kommunistischen Partei, bei deren Aufbau oder Wiederaufbau Lenin zufolge die sozialistischen Intellektuellen die revolutionäre Theorie wie in der französischen Revolution und von außen in das Proletariat tragen sollen, ihre historische Mission finden, wird noch verstärkt durch das Bedürfnis, das Fehlen fast aller Bedingungen für eine revolutionäre Bewegung durch das Postulat einer Kommunistischen Partei zu rationalisieren, die dann autoritär-voluntaristisch zur eigentlich wirklich notwendigen Voraussetzung der Revolution hypostasiert werden kann, bis hin zu der Erklärung des Scheitens der November-Revolution aus dem Fehlen einer Kaderpartei.

Am Mythologiecharakter des neo-leninistischen Parteikonzepts ändert sich dann auch nur wenig, wenn der Zeitpunkt für die Gründung der Partei in die Zukunft verlegt wird. Da die Vorstellung die gleiche bleibt, erfüllt sie auch die gleiche Funktion. Das alles heißt weder, daß in den neo-leninistischen Gruppen nicht ein revolutionäres Potential aufgehoben ist, noch das der Leninismus für immer dazu verurteilt ist, Mythologie zu bleiben. Die Mythologisierung des Leninismus hat ihren Grund in dem Fehlen einer revolutionären Arbeiterbewegung und dem Zerfall der Studentenbewegung, der durch die Einleitung der Hochschulreform ihrer ursprünglich politischen Motivation und Basis entzogen, und die durch die Übermacht der reaktionären und reformistisch-konservativen Kräfte zur politischen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt wird. Unter anderen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, die vielleicht schon bald eintreten, kann aber der Leninismus einen anderen Sinn erhalten und zu einer wirklich politischen Kraft sich entfalten, weil er mit bestimmten objektiven Tendenzen der spätkapitalistischen Entwicklung korrespondiert. Und hier beginnt der eigentlich politische Kern der Fraktionsauseinandersetzungen, die sich aus der Studentenbewegung entwickelt haben. Ein wesentlicher Teil der Durchschlagskraft ihrer Argumentation hat die Studentenbewegung vor allem in der Phil.Fak. durch die Kritik des Wissenschaftsbegriffs bezogen. Traf diese Kritik wesentlich Hermeneutik und Phänomenologie, insofern war sie auch vor der Studentenbewegung als positivistische vorgetragen worden, so gab sie sich doch äußerlich im Zusammenhang an die An-

lehnung an die kritische Theorie als Positivismus--Kritik.
In der Nachfolge dieser Kritik scheint denn auch der vielzitierte Grundwiderspruch auf die Dialektik als Waffe der neoleninistischen Studentengruppen hinzuweisen. Der Grundwiderspruch erscheint aber als wirkendes Wesen, als positive Entität, die einen Standpunkt darstellt, auf dem sie stehen läßt. Der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital verweist, dialektisch verstanden, auf die Nicht-Identität des Äquivalententausches mit der Ausbeutung. Die proletarische Revolution wäre aber die Einlösung der Versprechung der bürgerlichen Gesellschaft als ihre Abschaffung. Wie der Leninismus selbst verwendet der Neoleninist bestenfalls eine positive Dialektik, die einerseits in einer Forderung nach einem fröhlichen "ja" andererseits in der Dialektik der Entwicklung objektiver Systeme sich auf ihren Begriff bringt, dem eines um die Kategorie der Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Systeme angereicherten Funktionalismus. Wenn in den neoleninistischen Gruppen gefordert wird, die Lehre Lenins müsse historisch rezipiert werden und damit ihre bloße Anwendung zurückgewiesen und durch ihre Verbindung mit den spätkapitalistischen Verhältnissen ersetzt werden soll, so zeigt sich darin die Vorstellung der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung, die phasenverschoben nach in den Werken der Klassiker enthaltenen Regeln zu entschlüsseln sei. Wenn einzelne Hypothesen in der Theorie des Marxismus-Leninismus, etwa deren je sogenannter konkreter Teil auch nicht mehr anwendbar seien, so enthielten sie doch allgemeingültige oder strukturell relativierbare Hypothesen, die dann den Schatz eines Grundwissens ausmachen und die, mit neuen verbunden, wieder eine neue Theorie ergäben, welche in das Proletariat getragen zur materiellen Gewalt werden sollen. Daß das tatsächlich die Vorstellung ist, zeigt sich in Arbeitskreisen, wo nach der aktuellen Anwendung einzelner Sätze aus den Werken der Klassiker geforscht wird. Dieses Verfahren versteht sich selber als antiakademisch und durchaus nicht buchgläubig, da es ja gerade die Bedingungen der Anwendung der reflektive ... ? ... Es gibt Arbeitskreise, die das Studium gleicher Probleme, sei es des Ideologiebegriffs, sei es der Geschichte der Weimarer Republik, mit der Lektüre von "Lohnarbeit und Kapital" beginnen. Vom exemplarischen Lernen oder gar soziologischer Phantasie kann keine Rede mehr sein. Der rabulistische Dogmatismus will aus allgemeinsten Sätzen, letztlich dem Grundwiderspruch, jedes Besondere abgeleitet wissen. Die neoleninistische Auffassung des Verhältnisses von Theorie und Geschichte und von Theorie und Praxis unterscheidet sich von der neopositivistischen, von der Ableitbarkeit von Wahrheitsgesetzen aus Hypothesen, und vom Verhältnis von nomologischen und technologischen Hypothesen nur durch größere Schludrigkeit und insofern als, was für den Positivisten einfache Hypothesen, für den Neoleninisten, aber leider auch schon für Lenin selbst, gesicherte Wahrheiten sind. Während der Positivist zur Kritik logische Argumente oder empirische Falsifikation ins Feld führt, packt der Leninist die geballte Autorität von Marx und Engels auf den Tisch und orientiert sich noch soweit an der Autorität, daß ihm an Gedanken nur die Zuordnung interessiert, die er einem vertrauten Dogma oder in einer vertrauten Ketzerei subsumiert. Neoleninismus und Neopositivismus gleichen sich in ihren Zielen an: der endgültigen Ausrottung dessen, was sich dem positiven Denken, dem Bereich falsifizierbarer oder dogmatisierbarer Wahrheiten entzieht.

Ich skizziere nun ein Explorationsmodell, das keinen pragmatischen Wert haben, sondern bestimmte vorhandene Tendenzen durch ihre hypothetische Verlängerung verdeutlichen soll. In den Planwirtschaften der Ostblockstaaten wird Umfang und Proportionalität der Produktion nach den Gebrauchswerten und damit den gesellschaftlichen Bedürfnissen festgelegt. Bei dieser Art von Planung handelt es sich nur scheinbar um bloß der Logik der Sache folgende Entscheidungen, denn innerhalb eines Systems von Gebrauchswerten ist die Verteilung der Arbeit über die Abteilungen der Reproduktion und die Fest-setzung der Wachstumsrate in weiten Grenzen variabel. Die Entscheidung darüber kann nicht durch die Wissenschaft allein gefällt werden, sondern hat einen durchaus politischen Charakter. Wer in einem solchen System die Planung bestimmt, hat die gesellschaftliche Macht effektiver in der Hand, als die Bourgeoisie es je vermochte. Auch wenn Kommunistische Parteien sich als die Parteien des Proletariats oder des Volkes bezeichnen, auch wenn sie von echter Menschlichkeit durchdrungen sind, so sind es doch de facto Parteienbürokratien, also eine Schicht von Kopfarbeitern, die die sog. wissenschaftliche Leitung der Gesellschaft in der Hand hat, weder die Arbeiterklasse noch das Volk. Das heißt nicht, daß eine solche Gesellschaf t nicht viel leichter als eine kapitalistische in eine befreite umschlagen kann. Das heißt auch nicht notwendig, daß nicht viele, vielleicht alle, Entscheidungen genauso getroffen werden, wie die Proletarier sie treffen würden, aber das verweist auf die Möglichkeit, daß die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums nicht notwendig auch schon die Befreiung der Arbeiterklasse bedeutet. Die Intelligenz des Spätkapitalismus, die staatliche Bürokratie, die technischen und wissenschaftlichen Wirtschaftskader haben ihre Rechte, die auf partikulare Bereiche und die korrigierende indirekte und unsichere Steuerung des Ganzen begrenzt sind, vom Privatkapital delegiert erhalten. Die spätkapitalistische Technokratie bleibt trotz ihrer wachsenden Macht von der Bourgeoisie abhängig. Der objektive Widerspruch zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit und der Profitproduktion, zwischen dem öffentlichen und privatkapitalistischen Sektor wird durch den festen Glauben an seine langfristige Versöhnung verdeckt. Nur da, wo partikulare Strukturreformen notwendig werden, wie im Bildungsbereich, wird einen Moment lang sichtbar, daß die Interessen der Intelligenz und ihre Begriff von Rationalität in der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr aufgehen. Der antikapitalistische Protest der Studenten war echt und hatte seinen Grund in der Sache, und nicht in der Agitation des SDS. Es ging ihm nicht einfach um Bürgerrechte und Demokratie, sondern tatsächlich um die Beseitigung des

kapitalistischen Privateigentums. Daß er sich dennoch vornehmlich gegen den Staat richtete, verweist auf seine Ziele und hat darin seinen Grund, daß auch die sozialdemokratisch geleitete Bürokratie nicht die Absicht hat, auch nur den Widerspruch von öffentlichem und privatem Sektor zu verschärfen, sondern, und das hat sich vorerst als durchführbar erwiesen, die Strukturreform mit den Interessen des Privatkapitals zu versöhnen. Als die Grenzen der Strukturreform und die Grenzen der Möglichkeiten einer studentischen Protestbewegung sichtbar wurden, begannen die radikalen Studenten, sich nach einem Bündnispartner umzusehen, dem Proletariat. War ihre Ideologie bis dahin von allgemeinen Emanzipationsforderungen bestimmt, so mußtensie jetzt spezifischerauf die Interessen des Proletariats eingehen. Das Proletariat unter der Führung des radikalen Teils der Intelligenz, der sich selber als solcher verleugnet oder bagatellisiert, genau das ist ein zentrales Merkmal einer revolutionären Bewegung, der der Leninismus adäquat ist. Eine proletarische Revolution oder doch wenigstens Massenbewegung unter Führung einer leninistischen Kaderpartei, scheint in Westeuropa prinzipiell nicht unmöglich. Und ihr Resultat könnte eine Gesellschaft sein, die sich nicht prinzipiell von den östlichen Plan wirtschaften unterscheidet. Zwar würde die führende Partei einer solchen Bewegung wohl eher aus den KP's entstehen, als aus einer der neo-leninistischen Studentengruppen, deren sukzessiver Anschluß an die KP's nicht unwahrscheinlich scheint, aber vorerst müßte der Einfluß der neo-leninistischen Gruppen an den Hochschulen noch einige Zeit beträchtlich sein , zumal in dem studentischen Protest nach wie vor ein Schuß romantischer Antikapitalismus eingeht. Zwar wäre die Errichtung einer technokratisch - sozialistischen Gesellschaft, d.h einer sog. sozialistischen Produktionsweise sui generis in Westeuropa, wenn sie möglich ist, gewiß ein großer gesellschaftlicher Fortschritt, aber die Befreiung der Arbeiterklasse wäre es nicht. Damit soll nicht die subjektive Ehrlichkeit der Leninisten und Neo-leninisten bezweifelt sein. Die Kritik versteht sich vielmehr als eine an den Inhalten des Leninismus, der zur revolutionären Ideologie des Proletariats gemacht werden soll. Die Wiederspiegelungstheorie, Naturdialektik, die leninistische Version des Verhältnisses von Partei und Klasse, der technologische Gedanke der Umsetzung objektiv wahrer Theorie in die Praxis, sind in sich so strukturiert, daß sie sich tendenziell in der ersetzenden Stellvertretung der Macht der Arbeiter immer zu legitimieren vermögen. Eine leninistisch angeleitete Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums könnte mit großer Wahrscheinlichkeit die gesellschaftliche Macht objektiv in die Hände der Intelligenz fallen lassen.

Daß diese Kritik, die sich an die Traditionen der linkskommunistischen Leninismuskritik anlehnt, keine positiven Alternativen formuliert oder gar Verbesserungsvorschläge macht, liegt wesentlich daran, daß angesichts der Zerstörung der Arbeiterbewegung das Verhältnis von Theorie und Praxis so empfindlich gestört ist, daß der Marxismus zu nicht mehr als der Negation seiner Verzerrungen in der Lage ist. Pläne für eine sozialistische Zukunft würden in dieser Situation schon den technokratischen Planungsbegriff unterstellen. Auch die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung kann, wie die Septemberstreiks es ahnen ließen, nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Daß aber die technische und wissenschaftliche Intelligenz sich einer autonomen Arbeiterbewegung anschließen würde, statt sie usurpieren zu wollen, ist im Prozeß der Verwissenschaftlichung der Produktion nicht unwahrscheinlich. Dem gilt unser Kampf an den Hochschulen.

ZUM STELLENWERT DER BEITRÄGE KRAMERS AUF DER GENERALVERSAMMLUNG IN DEN FRAKTIONSAUSEINANDERSETZUNGEN

Die Frage nach der Einschätzung der beiden Beiträge des Genossen Kramer auf der Generalversammlung (GV) kann nicht von außen an seine Ausführungen herangetragen werden. Ein solcher Versuch, Kramers Beiträge immanent zu interpretieren, d.h. auf Brüche, Widersprüche etc. in seiner Argumentation hinzuweisen, käme insofern der Absicht Kramers selber entgegen, sich mit ihm zusammen außerhalb des politischen Erfahrungszusammenhanges zu stellen und dort einen wissenschaftlichen Disput auszutragen. Es ist nicht damit getan, in den Kramerschen Beiträgen Theoreme der kritischen Theorie aufzuspüren, auf die sie sich stützen, sondern es muß nach dem objektiven Stellenwert dieser Beiträge innerhalb der Fraktionsauseinandersetzungen gefragt werden. Damit interessiert Kramers eigene Meinung - was diesen Beitrag angeht - nur wenig, auch wenn er sich nach der GV beeilte festzustellen, daß seine Beiträge selbst nur ein Explorationsmodell darstellten und keine Basis für praktische Politik abgeben können. Die Frage nach dem objektiven Stellenwert der Beiträge ist gerechtfertigt, da sich eine Koalition zwischen der AStA-Gruppe und Kramer aus seinen Beiträgen nicht unmittelbar herleiten läßt. Es kommt also darauf an, aufzuzeigen, welche Positionen sich aus den Kramerschen Beiträgen - die von der AStA-Gruppierung sozusagen als wissenschaftlich-theoretische Plattform vorgezeigt wurde - herleiten lassen. DieseAufgabe stellt sich dieser Artikel.

1. Einschätzung der Beiträge des Gen. Kramer bezüglich der Diskussion auf der GV

a) Kritische Theorie als Resignation vor dem Bestehenden. Verdoppelung der Theorie.

Beide Beiträge des Gen. Kramer auf der GV widerstehen der durchgängigen Analyse. Die Form aber, in der sie vorliegen, spiegelt den Inhalt - das gesellschaftliche Ganze - wider, das Kramer vor Augen hat, wenn er einmal von einer Totalität ausgeht, der der Einzelne ohnmächtig gegenübersteht, zum andern von einem Erfahrungszusammenhang, über den sich nur vage Aussagen formulieren lassen, die hypothetisch bleiben, und die nur

als über diesen Erfahrungszusammenhang hinaus verlängerte an Deutlichkeit und Verständlichkeit gewinnen. Die mangelnde Trennschärfe der Begriffe, die Kramer gebraucht, sein ständiges Sich-absichern gegen irgend eine positive Aussage, machen den eigentlichen Zauber seiner Beiträge aus, der sie allgemeingültig und unangreifbar erscheinen läßt. Letzteres trug allgemein dazu bei, daß die Kritik an den Beiträgen Kramers auf der GV ihrerseits nur vage formuliert werden konnte und relativ wirkungslos blieb.

Ich gehe davon aus, daß der allgemeine Rahmen, in den sich die Kramerschen Beiträge einordnen lassen, tatsächlich von den Anfängen der Kritischen Theorie vorgesteckt ist, also von Theoremen, wie sie vonAdorno und Horkheimer vor dem Krieg formuliert wurden. Wenn auch auf eine philosophische Begründung verzichtend (das Ganzeist unwahr) und eher sozialpsychologisch argumentierend, so stellt Kramer - vor allem in seinem Referat - den Einzelnen einer Totalität gesellschaftlicher Beziehungen gegenüber, in die er nur schwer einzudringen vermag:

"In einer Gesellschaft, in der sich nicht mehr leben läßt, sucht sich eine geschlossene und allseitig immunisierte Weltanschauung ein paradoxes Gefühl von Heimat und Vertrautheit zu verschaffen..."

"...der Einzelne resigniert vor der Macht des Allgemeinen und sucht Zuflucht in seiner Gruppe, die seiner objektiven Entwertung das Versprechen historischer Bedeutung entgegenhält..."

"...aber auf das Proletariat hoffen sie wie einen deus ex machina, der nicht nur ihre Ohnmacht gegenüber dem Allgemeinen beseitigen wird,..."

Weitere Zitate ließen sich hier anfügen. Das Gesellschaftliche erst einmal als Totalität, in die sich nicht eindringen läßt, als Prämisse vorweggenommen, denunziert politische Praxis als ohnmächtige Sektiererei, als puren Aktionismus, transformiert die Arbeiterklasse in ein ideelles Substrat, an das man glauben muß, um nicht an der Unmöglichkeit historischen Fortschritts zu verzweifeln. Entsprechend ist Praxis nur noch als negativ bestimmte möglich, der theoretische Ausgangspunkt verweist stets nur auf einen neugefaßten theoretischen Standpunkt. Kramer schreibt folgerichtig am Ende seines Referats:

"Daß diese Kritik, die sich an die Traditionen der linkskommunistischen Leninkritik anlehnt, keine positiven Thesen, Alternativen formuliert oder gar Verbesserungsvorschläge, liegt wesentlich daran, daß angesichts der Zerstörung der Arbeiterbewegung das Verhältnis von Theorie und Praxis so empfindlich gestört ist, daß der Marxismus zu nicht mehr als der Negation seiner Verzerrungen in der Lage ist."

Das Ganze erst einmal als übermächtig eingeführt und dann noch der historischen Kraft einer Arbeiterbewegung beraubt, läßt allerdings kaum noch eine andere Praxis zu, als Reflexion aufs eigene Selbst im stillen Kämmerlein. Dieser Konsequenz konnten sich auch Exponenten der kritischen Theorie wie Adorno oder Horkheimer nicht entziehen. Daß aber die Kramerschen Beiträge doch eine bestimmte Praxis ermöglichen, hängt einmal zusammen mit seiner widersprüchlichen Rezeption bestimmter Theoreme der kritischen Theorie, zum anderen davon, daß er - wenn auch halbherzig - auf zwei Probleme näher eingeht, die von der kritischen Theorie Adornos und Horkheimers nicht genau bestimmt wurden.

b) Zum Stellenwert von "Proletariat" und "Wissenschaft" in den Ausführungen Kramers und der kritischen Theorie.

In Bezug auf eine gesellschaftliche Praxis vermochte die kritische Theorie auf zwei Fragen keine ausreichende Antwort zu geben: Erstens auf die Frage nach der historischen Bestimmtheit des Proletariats. An seine Stelle treten in der kritischen Theorie die Einzelnen, die aber dem gesellschaftlichen Ganzen gegenüber in Ohnmacht verharren. Der Widerspruch von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften verwandelt sich in der kritschen Theorie (u.a. in Horkheimer, "Der autoritäre Staat") in einen Widerspruch zwischen Herrschaftsverhältnissen, die die Produktivkräfte willkürlich manipulieren,und den Möglichkeiten dieser Produktivkräfte, die aber nach den Erfahrungen von Faschismus und Stalinismus ihre systemsprengende Kraft verloren haben. Damit wird der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ad acta gelegt, ohne daß er durch irgendeinen anderen - was Adorno und Horkheimer angeht - ersetzt wird.

Diese aus den Prämissen der kritischen Theorie notwendig gewordene Konsequenz zieht Kramer in dieser ausschließlichen Form jedoch nicht, wenn er auch später mit dem Hinweis auf die "gemischte Ökonomie" die dirigistische Rolle des Staates betont. In dieser Hinsicht nähert er sich dem Standpunkt Habermas', "Der Staat schiebt sich zwischen den Antagonismus von Arbeit und Kapital".
Hieraus aber schließt er nicht - wie andere vor ihm - auf eine von nun an unbedeutende Rolle des Proletariats, sondern hält es noch für fähig, Träger historischer Veränderungen zu sein, wenn er dem Proletariat eine "autonome" Entwicklung einräumt." Eine proletarische Revolution oder doch wenigstens Massenbewegung unter der Führung einer leninistischen Kaderpartei scheint in Westeuropa prinzipiell nicht unmöglich. ... Auch die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung kann, wie die Septemberstreiks es ahnen ließen, nur das Werk der Arbeiter selbst sein." Kramers Argumentation ist widersprüchlich. Wenn er hier nach Marx schreibt, "kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein", so kann das, seinem Zusammenhang folgend, nicht aus dem Grundwiderspruch, nicht aus dem Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital hervorgehen, sondern kann nur eine Entwicklung beschreiben, die aus irgend etwas anderem - nicht Erklärbarem - hervorgeht. Das geht aus dem folgenden Zitat mit einiger Klarheit hervor, wo sich Kramer gerade für nicht bereit erklärt, aus dem Grundwiderspruch irgend etwas herzuleiten, auch wenn er die Möglichkeit dazu nicht ganz ausschließt. "Wie die Entstehung autonomer Arbeitergruppen (nicht Partei! CK)vor sich zu gehen hat, darüber will ich hier nicht spekulieren, und ich habe auch nicht behauptet, daß ich hier über irgendwelche positiven Rezepte verfüge,

das tue ich natürlich nicht, weil das natürlich gerade die Frage ist, die aus der Entwicklung der Sache, d.h. also aus den Verhältnissen der Produktion selber und aus der Entwicklung des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital sich nun tatsächlich ergeben muß."

Das Theorie-Praxis-Verhältnis bei Kramer wird undialektisch aufgefaßt. Das Subjekt wird als ohnmächtiges Einzelnes auf sich und die marxsche Theorie zurückgeworfen und vertraut ansonsten auf eine autonom sich entwickelnde Arbeiterbewegung.

Zweitens vermochte die kritische Theorie den modernen Wissenschaften keine eindeutige Bestimmung zu geben. Hierzu gab sie sich kulturpessimistisch (Dialektik der Aufklärung), andererseits prangerte sie (zu Recht) ihren verdinglichten Charakter an, setzte sie aber dann schlicht dem Positivismus gleich. Kramers Fassung dieser Problematik leitet über zu einer anderen Fragestellung.

2. Kritische Theorie als Deckmantel reformistischer Praxis. Zum Stellenwert "Technokratie - Technologie" bei Kramer - Habermas - AStA-Gruppe.

Einleitend kann festgestellt werden, daß Kramer aus seiner von der kritischen Theorie beeinflußten resignativen Haltung eher eine "Technokratie-These" vertritt, wohingegen die AStA-Gruppe der von Habermas entwickelten "Technologie als erste Produktivkraft" näher steht. Hierin liegen auch die schon anfangs betonten Schwierigkeiten, den Standort der AStA-Gruppe direkt aus den Kramerschen Beiträgen herzuleiten.

a) "Technokratie" bei Kramer.

Ich möchte auf diese Frage nicht weiter eingehen. Erstens verweise ich auf den vorangehenden Artikel, der gerade eine Übereinstimmung einer Kramerschen Technokratie-These mit der von ihm prognostizierten möglichen revolutionären Entwicklung Westeuropas unter Führung einer leninistischen Partei versucht aufzuzeigen, zum anderen drückt Kramer sich selbst sehr vorsichtig und zurückhaltend aus: "... die spätkapitalistische Technokratie bleibt trotz ihrer wachsenden Macht von der Bourgeoisie abhängig." Kramer hat kein so negativ gefärbtes Bild von "Wissensc haft" und einer gesellschaftlichen Praxis, die auf wissenschaftlichen Erfahrungen aufbauen würde, wie die kritische Theorie, aber er verfolgt auch nicht das Modell von Habermas, welcher Technologie als erste Produktivkraft aus dem Rahmen von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften herauslöst und ihr selbständigen, progressiven Charakter verleiht. Gerade letzteres, Technologie Progressivität zu verleihen, oder den Technokraten objektiv fortschrittlichen Charakter zuzusprechen, tut Kramer nicht und verliert auf diese Weise auch nicht den Zusammenhang zwischen dem kulturpessimistischen Ansatz und seiner Technokratiethese, was dann zu einer distanzierten Haltung, was zu erwartende historische Veränderungen angeht, führt.

b) Technologie bei Habermas

Die reformerische Wende erfuhr die kritische Theorie durch die Arbeiten von Habermas, der den nur-theoretischen Anspruch der kritischen Theorie aufgab, zugunsten eines an der Technologie orientierten Modells von Praxis. Technologie erlangt bei Habermas, der gegen die "Naturverfallenheit" besonders Adornos argumentiert, durchweg fortschrittlichen Charakter.

"Wie immer dem sei, die Leistungen der Technik, die als solche unverzichtbar sind, könnten durch eine Natur, die die Augen aufschlägt, gewiß nicht substituiert werden."(Habermas, Technik und Wissenschaft als"Ideologie", ed.Suhrkamp, Frankfurt 1968, S.57)
In der kritischen Theorie hatte sich der Widerspruch von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften in den Widerspruch zwischen Herrschaftsverhältnissen, die die Produktivkräfte weitgehend manipulieren können, und den Möglichkeiten dieser Produktivkräfte, wenn sie nicht beherrscht würden, (u.a. ausgeführt in Marcuse, Der Eindimensionale Mensch) verwandelt. Hieraus folgte, daß es zwar nach wie vor das Proletariat gibt, aber nicht mehr als revolutionäre Klasse.

Auch bei Habermas wird das Proletariat als revolutionäre Kraft abgeschafft. "Seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts machen sich in der kapitalistisch fortgeschrittenen Gesellschaft zwei Entwicklungstendenzen bemerkbar; 1. ein Anwachsen interventionistischer Staatstätigkeit, welche die Stabilität des Systems absichern muß; 2. eine wachsende Interdependenz von Forschung und Technik, die die Wissenschaft zur ersten Produktivkraft gemacht hat... Damit entfallen auch relevante Anwendungsbedingungen für die politische Ökonomie, die Marx ihr in Hinblick auf den liberalen Kapitalismus mit Recht gegeben hatte."(S.56) Habermas vertritt nun folgende These: Legitimierte sich der Kapitalismus in seiner liberalen Ära über den Tausch auf dem kapitalistischen Markt, so wird er jetzt legitimiert durch die interventionistische Tätigkeit des Staates und das wiederum gelingt dem Staat nur dadurch, daß Technologie zur ersten Produktivkraft geworden ist. Hierdurch verliert der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital an Aktualität.

"Wenn sich die Gesellschaft nicht mehr autonom - und das war das eigentlich Neue an der kapitalistischen Produktionsweise - als eine dem Staat voraus- und zugrundeliegende Sphäre selbstregulierend erhält, stehen Gesellschaft und Staat nicht länger in einem Verhältnis daß die Marxsche Theorie als das von Basis und Überbau bestimmt hatte." Mit der Einführung von Technologie als erster Produktivkraft verän dert sich auch das Verhältnis von Basis und Überbau, und kehrt sich um. Die Rolle der Produktionsverhältnisse wird zweitrangig.

"Nun, da indirekt über den Tauschprozeß ausgeübte Macht ihrerseits durch vorstaatlich organisierte und staatlich organisierte Herrschaft kontrolliert wird, kann die Legitimation nicht länge r aus einer unpolitischen (!) Ordnung mit den Produktionsverhältnissen hergeleitet werden."(S.76)
"Mit der Industrieforschung großen Stils wurde Wissenschaft, Technik und Verwertung zu einem System zusammengeschlossen. Sie verbindet sich inzwischen mit einer staatlich organisierten Auftragsforschung, die in erster Linie den wissen-

schaftlichen und technischen Fortschritt auf militärischem Gebiet fördert. Von dort fließen die Informationen in den Bereich der zivilen Güterproduktion zurück. So werden Technik und Wissenschaft zur ersten Produktivkraft, womit die Anwendungsbedingungen für Marxens Arbeitswerttheorie entfallen. Es ist nicht länger sinnvoll, die Kapitalbeträge für Investitionen in Forschung und Entwicklung auf der Grundlage des Wertes der unqualifizierten (einfachen) Arbeit zu berechnen, wenn der wissenschaftliche Fortschritt zu einer unabhängigen Mehrwertquelle geworden ist, gegenüber der die von Marx in betracht gezogene Quelle des Mehrwerts, die Arbeitskraft der unmittelbaren Produzenten, immer weniger ins Gewicht fällt."(84)
"Die kapitalistische Gesellschaft hat sich so verändert, daß zwei Schlüsselkategorien der Marxschen Theorie, nämlich Klassenkampf und Ideologie, nicht mehr umstandslos angewandt werden können... Daß eine relative Steigerung der Produktivkräfte nicht mehr eo ipso ein überschießendes und emanzipatorisch folgenreiches Potential darstellt, an dem die Legitimation einer bestehenden Herrschaftsordnung brüchig wird."(S.88)
"Aber sie, (die Produktivkräfte, CK) scheinen nicht, wie Marx angenommen hatte, unter allen Umständen ein Potential der Befreiung zu sein und emanzipatorische Bewegungen auszulösen - jedenfalls nicht mehr, seitdem die kontinuierliche Steigerung der Produktivkräfte von einem wissenschaftlich - technischen Fortschritt abhängig geworden ist, der auch herrschaftslegitimierende Funktionen übernimmt."(S. 92)

(Alle Zitate aus: Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'", ed. Suhrkamp, Frankfurt 1968)

Eines folgt aufs andere, bis von dem Grundwiderspruch nichts mehr übrig bleibt. Was den Staat angeht, so reguliert er eher die Interessen des Kapitals, als daß er selber technokratische Herrschaft ausübt. "Gewiss ist diese technokratische Intention nirgends auch nur in den Ansätzen entwickelt." Immerhin schränkt Habermas diese These schon ein, wenn er schreibt: "Die manifeste Herrschaft des autoritativen Staates weicht den manipulativen Zwängen der technischen Verwaltung."

Sieht Habermas die Technokratie noch in den Anfängen, so spricht er doch von einem "technokratischen Bewusstsein". Dies aufzuheben ist Kunststück jeder Praxis. Das Verhältnis von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften wird diesbezüglich verwandelt in eines von Arbeit und Interaktion. Hieraus wird die reformistische Praxis abgeleitet.

c) Der Reformismus der AStA-Gruppe

Wir haben einige Aspekte der kritischen Theorie dargestellt. Wir haben ihren zwiespältigen Charakter aufgezeigt, der es möglich macht, einmal aus der These Einzelner-Allgemeines eine antiautoritäre, gegen das Allgemeine und eine sozialpsychologische, für den Einzelnen, Praxis herzuleiten; zum anderen wurde am Beispiel Habermas gezeigt, wie - unter Negation des Grundwiderspruchs und der Einführung einer omnipotenten Technologie - reformistische Praxis sich aus ihren Prämissen ableiten läßt. Stützte man sich auf die erste These vor allen Dingen in der anti-autoritären Phase der Studentenbewegung, so stützte sich ihre Fraktion von Reformisten nach Beendigung dieser Phase auf Habermas.

Wir haben ferner gesehen, daß die Kramerschen Thesen von denen Habermas', außer was die Rolle des Staates angeht, abweichen. Welche Position nimmt nun die Fraktion ein, die sich mit ihrer "neuen" Analyse des Spätkapitalismus u.a. auf die Kramerschen Beiträge stützt? Die Schwierigkeit einer näheren Bestimmung der Position des AStA besteht darin, daß schriftlich noch wenig von ihr vorliegt, und daß sie nach Aufnahme "neuerer" Kategorien wie "progressives Monopolkapital" usw. die "alten" Kategorien noch nicht ausreichend bestimmt haben. Klar ist, daß diese Fraktion den kulturpessimistischen Ansatz Kramers nicht teilt, sondern vielmehr wie Habermas auf den "progressiven" Charakter technologischer Entwicklung abhebt. Ist letzteres noch nicht falsch, so führt es doch zu Konsequenzen, die dieser Fraktion eine reformistische Politik ermöglicht und ermöglichen wird.

"In dem Maße, in dem die Theorie nicht ernsthaft als wissenschaftliche Analyse verstanden wird, sondern als politischer Hebel dient, in dem Maße wird der "Standpunkt des Proletariats" zum Standpunkt derjenigen Gruppe, die ihn für sich reklamiert, da ja das empirische Proletariat nicht gemeint ist und ein wissenschaftlich ausgewiesener Standpunkt nicht existiert." (aus: Die Linken Gruppen in der BRD, AStA-Gruppe) Dem Proletariat, auf das man sich heute als Sozialist berufen kann, wird als lediglich ein ideelles Vorhandensein eingeräumt, einen empirisch ausgewiesenen Standpunkt von ihm gibt es aber noch nicht. Wird auch noch nicht gesagt, daß es das Proletariat gar nicht mehr gibt, so wird doch darauf hingewiesen, daß es als das, was es einmal bei Marx war, nicht mehr gibt. Die wissenschaftliche Untersuchung fehlt noch. Immerhin ist sie - von dem gleichen Ausgangspunkt angegangen - von anderen schon geleistet worden. Auf diese beruft man sich (noch) lieber nicht. Hinweise gibt es genügend:

In dem Artikel Bregers im Roten Forum 2/70, 'Hochschule und Kapital', wird die Kategorie der Technologie ähnlich verwandt wie bei Habermas. "Objektiv hat die Studentenbewegung also die Position der fortgeschrittensten Monopole vertreten. (Bei Habermas Technologie) Und zwar konnte sie das deshalb, weil sie erstens vom "autoritären Staat" sehr rigide Maßnahmen erwarten mußte, und zweitens auf den Thesen des Vergeudungskapitalismus fußend, den Kapitalismus schlicht für unfähig hielt, und deshalb meinte, sich auf die Position der Entfaltung der Produktivkräfte zu stellen sei schon automatisch und unmittelbar im Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen."

In diesem Satz stecken nun mehrere Theoreme, die die Praxis des AStA bestimmen und denen von Habermas durchaus gleichen. Der Kapitalismus ist also nicht schlicht unfähig, sondern er ist fähig und zwar zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Die Marxsche Bestimmung

des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wird - wie bei Habermas - hinfällig, der Widerspruch zwischen beiden aufgehoben. Die Begründung fehlt in dem Artikel oder wird nur vage formuliert: "Die Analyse der Hochschulpolitik des Kapitalismus muß zunächst die Rolle der Technologie für die Wachstumsbedingungen des BRD-Kapitalismus untersuchen." "... aber die pauschalen Thesen vom Vergeudungskapitalismus und der Unmöglichkeit des Kapitalismus, mit den gewaltig entwickelten Produktivkräften etwas anzufangen, bedürfen der Revision."

Es wird also zunächst auf den Begriff der Technologie hingewiesen, was die Wachstumsbedingungen des Kapitalismus angeht, und kurz darauf folgt, daß eben die Unterstellung des Widerspruchs derselben mit den Produktionsverhältnissen der Revision bedürfen. Diese vorzunehmende Revision wird begründet durch den Hinweis auf die "internationale Konkurrenz", und darauf - und dadurch sind sich Habermas und Breger wieder sehr ähnlich - daß technologische Erneuerungen auch dem zivilen Sektor zukommen: "Wegen der hohen Bedeutung der militärischen Forschung wird dadurch der Rhytmus technologischer Erneuerung auch für zivile Zwecke beschleunigt, insbesondere in Chemie und Elektronik. Daneben wird die Systemkonkurrenz im Konsumgüterberich immer wichtiger."

Aus diesem Insistieren auf dem progressiven Charakter der Produktivkraftentfaltung durch Anwendung neuer Technologien ergibt sich dann auch eine an der Universität reformistische Praxis, die mit den Interessen des Proletariats dann allerdings nichts mehr gemein haben kann. Daß diese Praxis schon Anwendung fand, läßt sich durch die Stellungnahme des AStA zur GO und zum Assistentenstreik recht eindeutig belegen. In dem Sonderinfo hierzu heißt es u.a.:

"Allgemein kann gesagt werden, daß das Verhältnis von Forschung und Lehre mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Organisation dieser Entwicklung in enger Beziehung steht, sowie mit den gesellschaftlichen Schranken, durch die sie begrenzt ist. So ist das Großkapital notwendigerweise forschungsintensiv und langfristig auf eine enge Verknüpfung von Forschung und Lehre bedacht; es kalkuliert jedoch andererseits ebenso unter momentanen Profitinteressen, die es erfordern können, daß Investitionen vom Ausbildungsbereich abgezogen werden.
Hahns Sparstrumpfpolitik dagegen zielt auf Einschränkung der Forschung und richtet sich damit gegen technologische Entwicklung.
Der Protest der Assistenten gegen die Trennung von Forschung und Lehre ist insofern fortschrittlich, als er sich objektiv für die Entwicklung der Produktivkräfte einsetzt ... Er muß kritisiert werden in dem ideologischen Ausdruck, den dieser Protest findet."

Was die beiden Beiträge des Genossen Kramer auf der GV angeht, so geht aus ihnen eine solche reformistische Praxis bzw. ein solcher Begriff von "Progressivität" zwar nicht schlüssig hervor, aber er wird eben ermöglicht, und ist als einziger Ausweg zu verstehen, der aus der Sackgasse herausführt, in den die kritische Theorie einmündet, wenn man nicht mit ihren wichtigsten Theoremen brechen will. Habermas verschaffte sich einen Ausweg und landete dafür in der historischen Sackgasse des Reformismus.

Claus Koch

DO 3.12. "brassy brew"
Wolfram Sutter, Thomas Wind, Horst Osterwald, Klaus Siegmund

DO 10.12. The Groovers
soul, the whole soul and nothing but the soul

DO 17.12. Fritz Münzer Group
memphis underground

DO 24.12. geschlossen

DO 31.12. Sylvesterparty

DO 7.1. peter nell group
pop-jazz

DO 14.1. frederic rabold group - Stuttgart

DO 21.1. dave pike set
dave pike, volker kriegel, hans rettenbacher baumeister

DO 28.1. barba rossa
Jasper van Hof e.p., totto blanke git., pierre corbois dr., Sigi Busch b.

Beginn der Konzerte jeweils 20.30 Uhr, Ende ca. 24.00 Uhr
Änderung des Programmes behalten wir uns vor.
Jeden Samstag, Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag
Tanz mit unserer Stereo-Discothek und modernsten Lightshow.

CAVE 54
Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e. V.
Heidelberg, Krämergasse 2 · Tel. 06221/27840

Werden Sie Mitglied im ältesten Studenten Jazz- Club Deutschlands

EINHEITSFRONT UND AKTIONSEINHEIT
Zur Politik der DKP

"Die im Geist von Marx, Engels und Lenin wirkende neukonstituierte Kommunistische Partei wird das politische Leben in der Bundesrepublik bereichern."
(Erklärung der DKP: An die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens, 29.9.1968)

"Ob jedoch eine Partei wirklich eine politische Arbeiterpartei ist oder nicht, hängt nicht nur davon ab, ob sie sich aus Arbeitern zusammensetzt, sondern auch davon, wer sie führt und was der Inhalt ihrer Aktionen und ihrer politischen Taktik ist. Nur das letztere ist maßgebend dafür, ob wir wirklich eine politische Partei des Proletariats vor uns haben."
(Lenin, Werke Bd. 31, S. 247)

I.

Die Studentenbewegung in Westdeutschland ist zunächst von der Nichtexistenz einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse ausgegangen. Die sozialistischen Gruppen stellten sich daher die Aufgabe der "Rekonstruktion der Arbeiterbewegung", aus der sich schliesslich die Aufgabe ergab, an dem Aufbau der revolutionären Partei des Proletariats teilzunehmen. (1) Das stolze Wort vom SDS als "die größte geschlossene Organisation der Sozialisten in der BRD" (2), setzte sich fort in einem Selbstverständnis als sozialistische Avantgarde, die in Westdeutschland am Punkte Null anfangen mußte und konnte.

Es ist leicht zu erklären, wie es zu dieser Einschätzung kam, die ja auch nicht ganz unberechtigt war. Das KPD-Verbot von 1956 hatte schliesslich einer Partei den Garaus gemacht, die bereits damals zur Splittergruppe herabgesunken war (wenn auch ihre Position in den Betrieben ungleich stärker war, als sich das in den Wahlen ausdrückte). Die KPD überstand Verbot und Verfolgung kaum; ihre Kader überlebten meist nur in der Selbstverleugnung.

In dieser Situation, die narodnikiähnliche Vorstellungen in der "Basisgruppenstrategie" begünstigte, wurde die Haltung der sozialistischen Intellektuellen zu den bestehenden sozialistischen Parteien und Staaten vor allem durch die Ereignisse in Frankreich Mai 68 und in der CSSR bestimmt, an Hand derer die Distanz zu ihnen verdeutlicht werden konnte, wenn auch die Notwendigkeit, dies theoretisch zu begründen, durchaus noch verspürt wurde.

In ihrer eigenen Praxis allerdings glaubten sie sich über diese Auseinandersetzungen schon hinaus. Elmar Altvater und Christel Neusüss sahen in der Reaktion der westeuropäischen Linken auf den Einmarsch der 5 Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR, die "neue Qualität" dieser Linken und stellten fest: "Formen und Inhalte ihres eigenen politischen Kampfes hatten sie von der Politik der UdSSR und damit auch den traditionellen kommunistischen Parteien emanzipiert." (3) Die Ereignisse in Frankreich und der CSSR waren den Linken Beweis für "das endgültige Versagen und die definitive Selbstentlarvung jener, die sich höchst zu Unrecht das schmückende Beiwort "Kommunist" zulegen, der KPF, der KPdSU und der KPC, den Überbleibseln einer vorläufig gescheiterten Revolution, die die neuen revolutionären Möglichkeiten nicht nur nicht sehen, sondern positiv hintertreiben." (4) Tatsächlich war die Führung der Studentenrevolte gegen den Widerstand der "Traditionalisten" im SDS von diesem übernommen worden. Die Tatsache, dass die "an Marx und Lenin orientierten Genossen", wie sie sich selbst nannten, vorerst kein Mittel fanden, in der sich ausbreitenden Studentenbewegung eine andere als bremsende Rolle zu spielen (5), kann natürlich nicht allein dafür herhalten, über die Richtigkeit der Positionen schon zu entscheiden, zeigt aber soviel, dass keine Organisation bestand, die in der Lage war, auf die auftretenden Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft (d.h. hier der Zusammenbruch der Ideologie der "Demokratie" und des "Rechtsstaates" bei einem großen Teil der jungen Intelligenz) mit einer revolutionären Politik zu antworten, d.h. Möglichkeiten zu radikalen Veränderungen aufzuzeigen, sondern dass die Intellektuellen, die "revolutionären" Studenten sich diese selbst eben gerade ohne Rückhalt im etablierten Sozialismus erarbeiten mußten. (6)

Die Anmerkungen: 10, 11, 21, 30, 31, 46 - 49 entfallen

(1) "Die marxistischen Studenten und Intellektuellen, die den bürgerlichen Standpunkt verlassen haben, 'um sich auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen' (Komm. Man., Berlin 1957, S. 55) können sich nicht einfach in das Proletariat und seine Organisation einreihen, sondern haben selbst an deren Aufbau teilzunehmen." J. Schmierer in: Rotes Forum 2/70, S.12

(2) So in: neue kritik Nr. 41, April 1967, Editorial

(3) Elmar Altvater und Christel Neusüss, Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation, in: neue kritik Nr. 51/52, Feb. 1969

(4) J. Schmierer und J. Noth, Vorwort zu: La Chienlit, Dokumente zur französischen Mairevolte, hrsg. v. Jean Jacques Lebel und Jean Louis Bron, Darmstadt 1969

(5) Das hindert sie freilich nicht, sich heute auch an die billigsten Parolen der Studentenbewegung anzuhängen, vgl. das Hochschulaktionsprogramm des Spartakus

(6) In dem Organ der FDJ "Forum" wendet sich Siegfried Wolff in einer Artikelserie über den SDS mit dem Titel "Ausstellung eines Totenscheins" scharf gegen jede Interpretation in dieser Richtung. Er hat damit insofern Recht, wenn er die damalige Selbsteinschätzung eines großen Teils des SDS meint Was er aber als Beweis zitiert, um die Präsenz der Kommunisten zu dokumentieren, schlägt auf ihn selbst zurück. Wolff führt einen Artikel von Jupp Angenfort in der Oktoberausgabe 67 des KPD-Organs "Freies Volk" an und zitiert daraus u.a.: "in diesem Sinne für ein gemeinsames Handeln der Arbeiterschaft und der demokratischen Studenten für Frieden, Demokratie, soziale Sicherheit und sozialen Fortschritt zu wir-

Dadurch konnten die Linken mit der "neuen Qualität", mit den "neuen revolutionären Möglichkeiten" in der Auseinandersetzung mit den "Traditionalisten" lediglich Fraktionskämpfe sehen, die "uns immer ständig wieder zurückwerfen". (7) Die Praxis der "Arbeiter-, Schüler- und Studentenbewegung" schien diesen möglichen Auseinandersetzungen immer schon voraus zu sein.

Aber die Bewegung hat in dieser Einheit sowieso nur als Untertitel der RPK existiert, hat dort viele Veränderungen überlebt und ist erst kürzlich mit der Nummer 76/77(7.8.70) endgültig eliminiert worden.

Statt dass man also die beschriebenen Schwierigkeiten hinter sich gelassen hätte, hat man sich noch lange nicht auf das Niveau emporgearbeitet, wo den politischen Auseinandersetzungen der verschiedenen Gruppen tatsächlich Fraktionen innerhalb der Arbeiterklasse entsprechen. Die Linken sind über die Phase der Zirkelbildung, in denen meist noch "das intellektuelle Element vorherrscht" (so die Formulierung eines entsprechenden Geständnisses eines KPD-AO Mitgliedes) nicht hinausgekommen. Die DKP ihrerseits ist zwar die einzige sozialistische Organisation im nationalen Rahmen, in der auch "richtige Arbeiter organisiert sind" (8), von der man aber keineswegs sagen kann, sie sei in der Arbeiterschaft verankert. Umso sträflicher ist es, wenn die kleinste Abspaltung von kleinsten Gruppen, die Streitigkeiten und Animositäten verschiedener Cliquen in den welthistorischen Kategorien des "Links"- und Rechtsopportunismus behandelt werden. Die bombastische Verwendung der Begriffe der traditionellen Fraktionsauseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung wird dann erst recht lächerlich, wenn sich herausstellt, dass diese Querelen auf nichts als auf Lesefrüchten beruhen und dem mehr oder weniger fortgeschrittenen Vordringen in den Werken der Klassiker und der Geschichte der Arbeiterbewegung entsprechen. (9)

Die notwendige Auseinandersetzung um die politische Linie, um die Frage des Parteiaufbaus in Westdeutschland hat es also ziemlich schwer, das ihr bisher angelegte viel zu große Kostüm loszuwerden. Mit einigem Realitätsgehalt kann sie geführt werden um die Praxis und Aktionsformen der Studentenbewegung selbst, und der aus ihr hervorgegangenen Gruppen oder aber auch - im günstigen Falle - um die Wiederherstellung der Orthodoxie, der "Rekonstruktion der marxistischen Theorie". Die Distanzierung von den "revisionistischen" sozialistischen Staaten und Parteien entsprang zum einen dem tief verwurzelten Antikommunismus, zum anderen aber auch aus deren Schwäche und Misserfolgen, sie zog ihre vorläufige Legitimation aus den überraschenden Erfolgen der antiautoritären Bewegung. Die rücksichtslose Auspowerung der Schriften Mao Tse-tungs und die dekorative Aneignung der chinesischen Revolution hat bisher dazu hergehalten, diesen Zustand nur zu verlängern. In dem Maße, wie die formelhafte Revisionismuskritik der ML., deren opportunistische Tendenzen manchmal offen zu Tage liegen (12), durchgehalten wird, steigt die Wahrscheinlichkeit, daß umso mehr linke Studenten der DKP anheimfallen, die sich anschickt, den Abfall des antiautoritären Aufstandes einzusammeln.

In der DKP sind Arbeiter organisiert, als "marxistische Partei der Arbeiterklasse" bietet sie sich den Intellektuellen als einzigen Weg zur Verbindung mit der Arbeiterklasse an. Dem Hang zum "Links"radikalismus unter linken Intellektuellen entspricht deren dauernde Gefährdung durch den Reformismus, die Geschichte der Jusos etwa illustriert das schlagend. Umso wichtiger wird die theoretische Auseinandersetzung gerade auch dann, wenn die richtige Linie sich noch nicht in entfalteten Klassenkämpfen durchsetzen kann.

II. Nach Heidelberg - Aktionseinheit(?)

Das Verbot des Heidelberger SDS hat nicht nur in Heidelberg selbst, sondern auch fast überall dort, wo Solidaritätsaktionen durchgeführt wurden, die Frage der Bündnispolitik aufgeworfen. Das ist vor allem erst einmal ein Zeichen für die unterschiedlichen politischen Standpunkte verschiedener linker Zirkel (13). In Heidelberg konnte das Problem vergleichsweise einfach gelöst werden. Die Führungsrolle des Heidelberger SDS an der Universität war unbestritten. Da er selber schon das Verhältnis von demokratischem Kampf und sozialistischer Bewegung zum Thema der Agitation gemacht hatte, konnten die sozialistischen Studenten nach dem Verbot eine wirksame Massenagitation entfalten, in der auf inhaltliche Positionen keineswegs verzichtet werden musste. Der Augen-

---

ken, sollte Aufgabe aller Kommunisten sein." Angenfort formuliert gerade die Politik, die eben unfähig war, eine bestimmende Rolle zu spielen. "Der Anarchismus ist die Strafe für die Sünde des Opportunismus", sagt Lenin.- Übrigens wurde der Artikel von Spartakus/AMS in der "Roten Korrespondenz Extra" Nr. 9 ohne Quellenangabe nachgedruckt.

(7) Diskussionsbeitrag von J. Schmierer auf der 23. o. DK des SDS 1968 in F/M, zitiert in: "Facit Aktuell" Nr.5, Soll der SDS gespalten werden?, S.6

(8) So das DKP- und Spartakus-Mitglied M. Kohnen auf einem VDS-Seminar in Marburg, Jan. 1970. Übrigens spielen Statistiken von Arbeitermitgliedern umso mehr eine Rolle, je weniger die Arbeiter eine Rolle spielen.

(9) So hat der Neudruck von Dimitroffs Bericht auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der KI im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus) und vielleicht die Lektüre weiterer Bände von Stalins Werken die Tübinger Studenten des KAB/ML dazu gebracht, die Einheitsfront, ebenso wie die "demokratischen und friedliebenden Kräfte" wieder zu entdecken. - Der Dimitroff wurde also nicht ohne Erfolg vom Spartakus neu herausgegeben.

(12) Vgl. z.B. die vom ML-AStA vorgeschlagene (und angenommene) Resolution zur Aggression der US-Imperialisten in Kambodscha, in: Bochumer Studentenzeitung, Nr. 61 v. 26. 5.70

(13) Vgl. dazu: Sozialistische Correspondenz, Frankfurt, Nr. 51 und 52/53, und Rotes Blatt, München, Nr. 12 und 13

schein des Opportunismus und der Schwäche nach dem Anschlag der Reaktion konnte dadurch nicht auftreten. Gleichzeitig aber wurden vor allem alle Organisationen der Linken wie auch der Liberalen, die politisch auch eine Rolle spielen wollten, gezwungen, gegen das SDS-Verbot Stellung zu nehmen. Dabei stellte sich faktisch ein Bündnis her bis weit in die Reihen der Bourgeoisie, über dessen Haltbarkeit keine Illusionen möglich sind. Auch waren es nicht die verschiedenen, sich solidarisierenden Organisationen, die etwa die Mobilisierung für die Demonstration hätten leisten können. Im besten Falle brachten sie einen Großteil ihrer Mitglieder. Die Politik und Agitation des SDS war die Grundlage der großen Demonstration der Zehntausend, die unter demokratischen und sozialistischen Parolen das gesamte mobilisierbare Potential vereinigte, dem zwar die verschiedensten Motive zugrundelagen, das aber in der gemeinsamen Aktion erste Bedingungen schuf, um weiterhin organisierte politische Arbeit von Sozialisten möglich zu machen.

Die andere, wichtigere Seite des Problems der Bündnispolitik bestand in der Frage des Bündnisses mit der Arbeiterklasse oder deren Organisationen, wobei sie zumeist in der gegenwärtig vorherrschenden beschränkten Gestalt des Problems der Propaganda in und gegenüber der Arbeiterklasse auftaucht.

Die DKP hielt sich selber für die Lösung dieser Frage und hat sich auch so angeboten. In einem nach der Solidaritätsdemonstration verteilten, und wohl auch überregional verbreiteten UZ-Extrablatt, hat die DKP die Heidelberger Aktion als ein Modellfall der "gemeinsamen demokratischen Abwehrfront" mit "Bedeutung für das ganze Bundesgebiet" interpretiert. Sie verband ihre Berichterstattung über Heidelberg mit der Forderung nach "Aktionseinheit". Diese Einheitsfront wird in der UZ (14) entweder dadurch charakterisiert, daß sie "demokratisch" ist, oder vor allem durch das Bündnis von Arbeitern und Studenten. "Heidelberg am 30.6. - das kann ein Anfang werden für das Zusammengehen und die Solidarität der Arbeiter und Studenten," heißt es in dem Extrablatt. Dass es in Heidelberg "einen Schritt nach vorn im Verhältnis Arbeiter - Studenten" gegeben hat, wie die DKP meint, rechnet sie sich vor allem selber als Verdienst zu. Die DKP legt Wert darauf, als einzig möglicher Vermittler dieses Bündnisses zu gelten. (15) Deshalb erscheinen die Studenten im Extrablatt fast immer nur schlicht als - Studenten - es geht um die Solidarität mit den "Heidelberger Studenten", die Rote-Punkte-Aktion sei von "den Studenten" gestartet worden - nicht aber als politisch bestimmte Studenten, nämlich als Sozialisten. Nach dem Verbot kommt nicht mehr ihre Politik, sondern nur noch die "Breite der Solidarität" zum Ausdruck (16). Nur einmal werden sie erwähnt, um sie gleich zu warnen, die gewonnene Eintracht ja nicht wieder zu stören. "Ob es zu diesen gemeinsamen Aktionen kommen wird", schreibt DKP - und Spartakus-Mitglied Michael Maercks, "hängt auch von den sich als progressiv verstehenden Studenten ab. Noch ist es ungewiß, ob nicht diejenigen, die heute stolz auf Solidaritätserklärungen der Arbeiter hinweisen, nicht doch morgen wieder einen destruktiven Kampf gegen die Organisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, und gegen die Partei der Arbeiterklasse, die DKP, aufnehmen." Und Bezirksvorsitzender Walter Ebert sagte auf der Kundgebung: "Alles was sich dieser Einheitsfront entgegenstellt, handelt objektiv im Interesse des Großkapitals." Agitiert die DKP die Studenten auf der einen Seite schlicht mit der Einheitsfront, mit dem Aktionsbündnis, so entspricht dem auf der anderen Seite, daß dieses Aktionsbündnis unter der Hand einen Inhalt bekommt, der schon von vorne herein von der DKP festgelegt ist. So wird es allerdings schwer, sich damit auseinanderzusetzen, ohne "destruktiv" zu werden und "objektiv im Interesse des Monopolkapitals" zu handeln. Doch wer sagt: Ihr müßt für die Einheitsfront sein, und gleichzeitig immer schon bestimmt, was das ist, wird sich auf die Finger schauen lassen müssen.

III. Einheitsfront - Not oder Tugend ?

Die Notwendigkeit der Politik der Einheitsfront entspringt aus zwei schwerwiegenden Niederlagen der Arbeiterklasse: 1. Ihre Spaltung durch das Vorherrschen bürgerlicher Ideologien in ihren Organisationen und 2. das Wiedererstarken des Imperialismus nach dem Ersten Weltkrieg und der Sieg des Faschismus, wobei beide Bedingungen in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander stehen.

Bei Lenin, in der "Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution" (Stalin) stand der erste Punkt im Vordergrund. In einer Situation "beginnender revolutionärer Gärung" (17) kam es darauf an, daß die Arbeiterklasse die Fesseln sprengte, die sie an den bürgerlichen Staat und dessen Verkehrsformen band. Lenin erklärte die Vorherrschaft des Opportunismus in vielen europäischen Arbeiterparteien durch die Schaffung einer Arbeiteraristokratie im Imperialismus. Die durch die Monopole erzielten und über dem in der ganzen Welt üblichen, normalen kapitalistischen Profit liegenden Extraprofite versetzten die Bourgeoisie in die Lage, die oberen Schichten "ihrer" Arbeiter zu bestechen. Die Arbeiterparteien wurden zu "bürgerlichen Arbeiterparteien", und der "schonungslose Kampf" gegen den Opportunismus notwendiger Teil des K

(14) Die UZ selber unterscheidet nicht deutlich zwischen den Begriffen Einheitsfront und Aktionseinheit.

(15) Man wird ruhigen Gewissens davon ausgehen können, daß die sozialistischen Studenten durchaus nicht weniger Arbeiter mobilisiert haben, als dann die DKP auf die Demonstration mitbrachte. Freilich waren diese organisiert.

(16) Peinlicherweise geriet die DKP dadurch etwas - jedenfalls in dieser Hinsicht - in Kumpanei mit der Journalistenkreatur vom Süddeutschen Rundfunk, die in ihrem Fernsehfilm vom 14.8. ebenso tat, als wäre das Verbot schon insofern wirksam gewesen, daß bei den Protestaktionen die sozialistischen Studenten gar nicht mehr auftraten. Allerdings ereilte hier die DKP das gleiche Schicksal: sie wurde gar nicht erwähnt.

(17) vgl. Lenin: Der Opportunismus und der Zusammenbruch der Zweiten Internationale, hier zitiert nach: Lenin: Gegen den Revisionismus, Berlin 1959, S. 277

fes gegen die imperialistische Bourgeoisie.(17a)

Die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegungbedeutete hier den unversöhnlichen Bruch mit dem Opportunismus durch die schonungslose Entlarvung der konterrevolutionären Elemente, der Legiens, Davids und Co. und ihrer zentristischen Liebediener (17). Das war die Voraussetzung für das Fortschreiten der proletarischen Revolution und für ihren endgültigen Erfolg. Daraus ergaben sich auch eindeutige Forderungen, die eine revolutionäre Politik der Aktionseinheit zu erfüllen hatte. Bedingungen für ein Aktionsbündnis waren "sowohl die Klarheit der grundlegenden ideologischen Ansichten als auch eine genauere Festlegung dieser oder jener Aktionsmethoden" (18) und unbedingte Freiheit der Agitation in den Reihen der anderen. "Es kommt nur darauf an, dass man es versteht, diese Taktik so anzuwenden, dass sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewusstseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt." (19) Die Frage der Einheitsfront "von oben" oder "von unten", die die KP-Führung von 1929 bis 33 so quälte, wird damit völlig gegenstandslos, weil es grundsätzlich auf die erfolgreiche Agitation ankommt, die Schwankungen innerhalb der opportunistischen und kleinbürgerlichen Elemente ausnützt, jene, die kämpfen wollen, absondert von denen, die es nicht wollen. Nicht auf diplomatische Erfolge kommt es also an, sondern auf das tatsächliche Zurückdrängen des Reformismus, der die Arbeiterklasse schwächt.

Mit dem Wiedererstarken des Imperialismus, erst recht mit dem Sieg des Faschismus in Deutschland und seinen mörderischen Folgen wurde aber die Politik der Einheitsfront als solche systematisch neu formuliert und für die kommunistischen Parteien verbindlich gemacht. Auf den entsprechenden Beschluss des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationalen und auf das Referat zu dieser Frage von Georgi Dimitroff beruft sich die DKP auch heute noch (20). Die weitere Berufung auf Lenin, die die Kontinuität revolutionärer kommunistischer Politik dokumentieren soll, bleibt rein philologisch, (22)wo ein völlig anderes strategisches Konzept, das versucht, auf die Niederlage der proletarischen Revolution zu antworten, mit Hilfe von Zitaten als leninistisch ausgewiesen werden soll.

Kaum dass die DKP gegründet war, unterbreitete sie der SPD ein Angebot für ein Aktionsbündnis gegen die Rechtsentwicklung, gegen die "neue Harzburger Front". Für die Landtagswahlen in Bayern und Niedersachsen bot sie der SPD an, den Wahlkampf gemeinsam gegen CDU/CSU und NPD zu führen. In einigen Wahlkreisen forderte sie auf, dem SPD-Kandidaten die Stimme zu geben. Wie bekannt hätte sie - wenn sie nur gekonnt hätte - bei der Bundespräsidentenwahl für Heinemann gestimmt, der z.B. neulich bei dem Besuch des Faschisten Suharto, Indonesien als Faktor der Stabilität in Südasien lobte.

Mit dem Programm der Aktionseinheit schlechthin ist die DKP überhaupt ins Leben gerufen worden. "Wir Kommunisten setzen uns für die Herstellung der Aktionseinheit aller kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Kräfte der Arbeiterbewegung ein." (Grundsatzerklärung der DKP, Essen 1969, S. 52; im folgenden kurz: GE) und: "Die DKP hat sich als einigende Kraft konstituiert", so der Vorsitzende Bachmann (23), der im übrigen diese Politik allgemein so begründet: " eine fortschrittliche Entwicklung (?) wird es ... ohne Arbeitereinheit, ohne das Zusammenwirken von Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialisten und ohne das Bündnis aller demokratischen Kräfte nicht geben." (24)

Das ist ganz falsch. Schlicht von "Fortschritt" zu reden, sollten die Kommunisten den Bourgeois überlassen (und nicht einmal dem DGB - Parole des DGB zum 1.5.70: "Wir sichern den Fortschritt"). Vor allem aber besteht die Arbeitereinheit gerade nicht in dem "Zusammenwirken von Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialisten". Die Notwendigkeit dieses Bündnisses ist der Ausdruck der Spaltung der Arbeiterklasse in Revolutionäre, Reformisten, kleinbürgerliche Demokraten etc. Ihre Überwindung, die Gewinnung der Arbeitereinheit kann nur auf dem Standpunkt des Proletariats in der Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus geschehen, wobei alle bürgerlichen reformistischen Einflüsse zurückgedrängt werden müssen. Das ist ein unverzichtbares Moment jeder Einheitsfrontpolitik, die auch nur so ihre Aufgabe, Abwehr der imperialistischen Offensive, leisten kann. So betont Lenin, dass die Bolschewiki nur solche Kompromisse und Übereinkommen eingingen, "die den Sieg erleichterten und beschleunigten, und die Bolschewiki auf Kosten der Menschewiki festigten und stärkten". (25)

Die DKP hat nichts besseres zu tun, als sich der SPD anzubiedern, die ihr als natürlicher Bündnispartner gilt. Das stimmt gewiss, was die soziale Herkunft eines großen Teils der SPD-Mitgliedschaft betrifft und es stimmt in dem Sinne, dass der Einfluss des "Sozialdemokratismus" zurückgedrängt werden muß. Die DKP aber ist der Meinung, dass lediglich "bürgerliche und rechtssozialdemokratische Anschauungen" (Hervorhebung vom Verf.) die Arbeiterklasse davon abhalten, sich "ihre Rolle als revolutionäre Kraft bewusst zu machen". (GE 51)

Bei einem Angebot der Aktionseinheit an die SPD hatte man früher davon auszugehen, dass die Sozialdemokraten Reformisten waren, d.h. an einem friedlichen, parlamentarischen Weg zum Sozialismus glaubten und von daher vor der revolutionären Aktion zurückschreckten und die bürgerlichen Re-

(17a) Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Werke Bd. 23, S. 102ff

(18) Lenin, Werke Bd. 21, S. 378

(19) Lenin, Der Linksradikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus, Berlin 1968, S. 67

(20) vgl. H. Mies, Zur Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, in: Marxistische Blätter 4/70, S. 5ff

(22) Vgl. Die DKP - eine neue sozialdemokratische Partei, von FU-Projektgruppe DKP und Bernd Rabehl, Berlin 1969, S, 17

(23) Kurt Bachmann, Die DKP nach dem Essener Parteitag, in: Marxistische Blätter 4/69, S. 43

(24) Kurt Bachmann, a.a.O., S. 42 f.

(25) Lenin, Der Linksradikalismus ..., S. 67

publik verteidigen wollten (was ihnen nebenbei gerade deshalb gegenüber dem Faschismus nicht gelang). Heute muß man davon ausgehen, dass die Sozialdemokraten deshalb Sozialdemokraten und nicht etwa Mitglieder der DKP sind, weil sie Reformen wollen innerhalb des kapitalistischen Systems und keineswegs mehr an die - auch parlamentarisch-gesetzmäßige Umwandlung des Kapitalismus in Sozialismus denken. Bei ihren Führern handelt es sich keineswegs um Opportunisten, die die "Zusammenarbeit mit dem Großkapital und die Anpassung an das kapitalistische System" predigen, wie die DKP meint, sondern das ist die Bourgeoisie selbst, und das Renegatentum Einzelner ist wirklich nur von lebensgeschichtlichem Interesse.

Doch davon will die DKP nichts wissen. Mit jedem Tritt, den sie von der SPD-Führung erhält, kriecht sie näher. "An diesen Gemeinsamkeiten (mit der SPD) halten wir unerschütterlich fest", erklärt Herbert Mies, stellvertretender Vorsitzender der DKP (26). Und Kurt Bachmann beteuert: Die DKP habe "sich nicht konstituiert ..., um der SPD zu schaden", sondern diese könne im Kampf gegen CDU und NPD vielmehr "nur gewinnen". (27) Kein Wunder, wenn es dann bei den Septemberstreiks dazu kommt, dass "die sozialdemokratischen Gewerkschafter erleichtert(sind), daß die Kommunisten die antigewerkschaftliche Stimmung 'nicht für sich ausnutzen' ". (28) Noch epochaler drücken sich die Verfasser von "Imperialismus Heute" aus, die sich darum sorgen, wie eine "selbständige historische Perspektive für die Sozialdemokratie" zu erhalten sei, was übrigens in der Einheitsfront ginge. (29)

In dem Bedürfnis die Sozialdemokratie fest zu umarmen, um sie nach links zu rücken, klammert sich die DKP an die Sozialdemokratie und macht nicht etwa die Klassenlage der Arbeiter selber zum Ausgangspunkt ihrer Agitation, sondern ein wie auch immer geartetes demokratisches Bewußtsein.

Seitdem die Ratifizierung des Moskauer Vertrages ansteht, enthält sich die UZ (Unsere Zeit, hrsg. v. K. Bachmann) jeder Kritik an der sozialdemokratischen Regierung und erteilt höchstens mal ein paar Ratschläge, wie etwa den, die Regierung möge sich doch auf das Volk stützen (Gerd Deumlich, in: UZ, Nr.43, 24.10.70 und in Nr. 44, 31.10.70). Die Leitartikel dieser Zeitung machen den Eindruck, als wären sie sowieso nur für die sozialdemokratischen Partei- und Bezirksvorstände geschrieben.

In ihrem Angebot an die SPD begreift sich die DKP offenbar selber nur noch als Juniorpartner, der dafür sorgt, daß die SPD eine "konsequente demokratische Reformpolitik" fortführt, die dann ermöglicht, daß die Kommunisten, wie Herbert Mies sagt, ihren "Beitrag dazu leisten, daß diese Bundesrepublik den Weg des Friedens und des demokratischen Fortschritts geht." (UZ, Nr. 46, 14.11.70).

Dem Versuch, die "Aktionseinheit aller kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Kräfte der Arbeiterbewegung" (GE, 52) herzustellen, liegt nichts anderes zu Grunde, als ein idealistisches Konzept, von dem Sozialdemokraten als Sozialdemokraten und Christen als Christen angesprochen werden sollen.

Wie weit der prinzipienlose Pluralismus dabei schon gediehen ist, erfahren wir aus dem Buch "Spätkapitalismus ohne Perspektive", das auch in der BRD, beim Verlag Marxistische Blätter erschienen ist. Dort heisst es: "In eine antiimperialistische Gesellschaftskonzeption werden vielfältige demokratische Erkenntnisse und Zielvorstellungen eingehen. Letztlich ist sie jedoch nur auf der wissenschaftlichen Grundlage des Marxismus möglich. Das ist kein Ausdruck eines "geistigen Alleinvertretungsanspruchs". Zweifellos haben die demokratischen Kräfte aus den verschiedensten sozialen und politischen Gruppen und Schichten viele wertvolle Erkenntnisse und Teilvorstellungen für eine antiimperialistische Gesellschaftskonzeption in der Bundesrepublik beigetragen." (32)

Was sind, bei Gott, "demokratische Erkenntnisse" ? Was sind diese Ansammlungen von Kraut und Rüben, die "sozialen und politischen Gruppen und Schichten", oder noch besser bei Bachmann, "die demokratischen Parteien, Bewegungen (!) und Persönlichkeiten", mit denen sich die DKP in der ADF zusammengeschlossen ha be (33). Wiederum ist Ausgangspunkt nicht die Klassenlage, sondern irgendwelche Vorstellungen und Ideale, an die man sich hofft, anhängen zu können. Dabei werde man freilich, so wird besorgt zugestanden, um "gegensätzliche Auffassungen in Details" nicht herumkommen. (34)

Aber wenn es um die Aktionseinheit geht, dann doch gerade um ein Abkommen von Organisationen, die noch durch tiefe prinzipielle Gegensätze geschieden sind. Was sind das für Kommunisten, die nicht durch Welten von den Opportunisten oder gar Christen getrennt sind. Die DKP aber erstrebt die Einheitsfront "auch für die Zukunft, im Kampf für die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik" und auch "beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft" (GE 53). In der Erklärung zur Neukonstituierung spricht die DKP zwar noch leichthin von "unterschiedlichen Auffassungen in manchen grundsätzlichen und aktuellen Fragen" bei Sozialisten und Demokraten, aber in den Marxistischen Blättern wird uns schon gleich wieder erklärt, "dass das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten auf gleicher Einschätzung der Grundfragen" beruhe. (35) Wodurch wären Sozialisten, Kommunisten, Reformisten und kleinbürgerliche Demokraten unterschieden, wenn nicht durch grundsätzlich verschiedene Auffassungen in den Fragen der gesellschaft-

(26) Herbert Mies, Zur Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, in: Marxistische Blätter 4/70, S.4

(27) Kurt Bachmann, a.a.O., S.45

(28) Auf den Arbeiter kommt es an, Die Septemberstreiks, Frankfurt 1969, S.14 - vgl. auch: Die Septemberstreiks, hrsg v. IMSF, Frankfurt 1969, S. 64

(29) Autorenkollektiv: Imperialismus heute, Berlin 1965, S. 71

(32) Spätkapitalismus ohne Perspektive, Autorenkollektiv, Frankfurt 1970, S. 329

(33) Bachmann, a.a.O., S.44

(34) Spätkapitalismus ..., S.329

(35) Helmut Bublitz, in: Marxistische Blätter 4/70, S.52

lichen Veränderung, der Revolution, des sozialistischen Aufbaus, der Diktatur des Proletariats. Aber nein, da gibt es Unterschiede "in Details". Die DKP stellt sich schließlich dar als die Partei eines demokratischen Bündnisses, die sich noch dazu als "Hauptaufgabe" stellt (Hervorhebung von mir, D.H.), "immer größere Teile der Arbeiterklasse an das Bündnis heranzuführen". (36) In der Frage der Revolution kann es keine Einheitsfront geben (37). Wer sie dennoch in dieser Weise zur Grundlage der Politik einer kommunistischen Partei macht, wird eine gänzlich andere Analyse des Imperialismus vorweisen müssen, als etwa noch Lenin, auf den sich die DKP unverändert beruft.

IV. Auf Schleichwegen zum Sozialismus

Georgi Dimitroff begründete die Notwendigkeit der Einheitsfront aus dem Angriff des Imperialismus: "Die herrschende Bourgeoisie sucht immer mehr ihre Rettung im Faschismus, um die schlimmsten Ausplünderungsmaßnahmen gegen die Werktätigen durchzuführen, um einen imperialistischen Raubkrieg, um den Überfall auf die Sowjetunion ... vorzubereiten." (38) Es ging um die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie einerseits und der Sowjetunion, als einziges sozialistisches Land, als "Herz der Revolution" (Weinert) andererseits. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse sollte sich "gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr" richten.

Die Kommunistische Internationale setzte sich damit von ihrer bisherigen Politik gegenüber dem Faschismus und der Sozialdemokratie, dem "Sozialfaschismus", ab und kritisierte die "sektiererische Beschränktheit" dieser Politik (39). In Wirklichkeit aber erscheint diese Schwenkung der KI nur als Fortführung der "Politik der Panik" in anderer Gestalt (40), die spezifische Theorie des Faschismus als Herrschaft "der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" (41) als Kehrseite der Theorie des Sozialfaschismus. Das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des Deutschen Volkes der KPD von 1930, das sich noch gegen die "verräterische Sozialdemokratie" und gegen jede "Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie" richtet, das versucht die Nationalsozialisten in allen Punkten propagandistisch zu übertrumpfen, und für den "revolutionären Sturz der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung" (42) sich ausspricht, wird abgelöst durch die Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD 1935, die in einer "neuen taktischen Orientierung" entsprechend den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der KI die Schaffung einer proletarischen Einheitsfront und einer antifaschistischen Volksfront fordert und "den Kampf für alle demokratischen Rechte und Freiheiten an die Spitze des antifaschistischen Kampfes" stellt. (43) Beiden Programmen ist allerdings gemeinsam die Ersetzung einer Klassenkampfstrategie durch eine Strategie des Volkskampfes, die, nachdem die Politik der revolutionären Phrase in der Niederlage durch den Faschismus geendet hatte, allzu konsequent durch das Zusammengehen mit den bürgerlichen Kräften und durch den demokratischen Kampf des Volkes fortgeführt wurde. (44) Gruppen wie die KPO, die vor 35 als "rechte" Abweichung galten, treten dann plötzlich als "linke" Kritiker an der Volksfrontstrategie auf. Die grobe Interpretation des Faschismus als offene Diktatur der am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals, statt eines "bestimmten Gesamtverhältnisses der Klassen" (Thalheimer) rechtfertigte eine Politik, die auf den automatischen Widerstand der großen Mehrheit des Volkes rechnete und eine vermeintliche Volksstimmung zur Grundlage der Strategie machte, die letztlich dann in der Forderung nach einer "neuen demokratischen Republik" (45) endete, in der alle Wurzeln des Faschismus ausgerottet sein sollten. An die Stelle des Kampfes für den Sozialismus tritt ein Etappenmodell der gesellschaftlichen Entwicklung, getragen durch den demokratischen Kampf des ganzen Volkes.

Die Strategie der DKP heute ist das totgeborene Kind dieser mißratenen Mutter. Der Kampf gegen die Rechtsentwicklung soll die antifaschistischen Impulse wieder aufnehmen. Dabei reicht schon die personelle Identität zwischen der faschistischen und der bundesrepublikanischen Oberschicht, um die Identität mit der faschistischen Entwicklung überhaupt zu behaupten. Nicht dieselben Fehler wie 1933 zu wiederholen ist dann auch die ständige Warnung an die SPD und die Abwehr aller linken Kritiker. Was unter dem faschistischen Terror noch den Schein der Realität für sich gehabt hat, die direkte Gegenübersetzung von Monopolkapitalisten und dem Volk, wird dann zum bloßen Dogma, wenn sie für die spätkapitalistische Gesellschaft nur wiederholt und durch keine Analyse des Gesamtverhältnisses der Klassen vermittelt zur Grundlage der Strategie gemacht wird. Das tatsächlich vorhandene - dann eben falsche - Bewusstsein der Volksmassen kann

---

(36) Bachmann, a.a.O., S.45

(37) In dem Bündnis der Arbeiter und Bauern in der Oktoberrevolution sah Lenin gerade den "bürgerlichen Charakter überhaupt" dieser Revolution. Dem russischen Proletariat stellte sich die Aufgabe, die bürgerlich-demokratische Revolution gegen den bürgerlichen Reformismus zuende zu führen. Die Bündnispolitik in der Oktoberrevolution ist daher gerade nicht zu verallgemeinern.

(38) Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der KI im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, neu herausgegeben durch Spartakus/AMS, Rote Drucke, 1970, S.5

(39) Dimitroff, a.a.O., S.23

(40) Rabehl, a.a.O., S.154

(41) Dimitroff, a.a.O., S.7

(42) in: Revolutionäre Parteiprogramme, Berlin 1965, S.123 ff.

(43) ibid. S. 146

(44) vgl. Rabehl, a.a.O., S.153 ff.

(45) vgl. Resolution der Berner Konferenz der KPD, in: Revolutionäre Parteiprogramme, S.178 ff.

nur noch durch die herrschende Manipulation, nicht mehr aber durch ihre materielle Klassenlage erklärt werden.

In der Grundsatzerklärung der DKP heisst es: "Der Gegensatz von Kapital und Arbeit, zwischen der von Millionen Menschen, also gesellschaftlich betriebenen Produktion und der Aneignung der Früchte der Arbeit durch das Großkapital - das ist der grundlegende Widerspruch dieser Gesellschaftsordnung. Aus ihm erwachsen die Auseinandersetzungen zwischen der kleinen Gruppe des Monopolkapitals und allen antimonopolistischen demokratischen Volkskräften."(GE 19)

Da steckt schon ein methodischer Fehler drin. Auf der abstrakten Ebene, in der hier vom Gegensatz von Kapital und Arbeit die Rede ist, kann es nur darum gehen, dass halt die gesellschaftlich erzeugten Produkte privat angeeignet werden; dass darüberhinaus das "Großkapital", besser die Monopole, zu Extraprofiten gelangen, mitunter auf Kosten kleinerer Kapitale, liegt auf einer gänzlich anderen Abstraktionsstufe der Analyse, ergibt sich erst aus der konkreten Entfaltung des Grundwiderspruchs selber in der historischen Entwicklung. So kann es dann bei der DKP dazu kommen, dass sich jetzt die "kleine Gruppe der Monopolbourgeoisie" und "alle antimonopolistischen,demokratischen Volkskräfte" gegenüberstehen wie weiland Bourgeoisie und Proletariat. Was sich wie ein Versuch der historischen Konkretisierung der marxschen Lehre ausnehmen sollte, entpuppt sich als deren Verballhornung.

Die DKP mag noch soviel den Gegensatz von Kapital und Arbeit beschwören, sie setzt vielmehr an seine Stelle den von Großkapital und - Moral. Die These von der Kluft zwischen den Möglichkeiten des Reichtums und seiner unzureichenden Realisierung wird zum ideologischen Ausdruck dafür, dass an die allgemeine Unzufriedenheit aller "politischen und sozialen Gruppen und Schichten" angeknüpft werden kann. "Das spätkapitalistische System ist durch unlösbare Widersprüche zerissen. Seine äusserliche Stärke verbirgt die tiefe innere Schwäche, die Unfähigkeit,die sozialen Gegensätze zu überwinden." (GE 19) Da dieses System die Produktivkräfte fesselt, ist es reaktionär . Diese "Entwicklung ruft die Kräfte des Widerstandes auf den Plan". (GE 19) Deren "gemeinsames Handeln" besteht nun schlicht darin, "dem gesellschaftlichen Fortschritt den Weg zu bahnen". (GE 21) Ein historisches Stadium des Kapitalismus, nämlich sein "höchstes", das Stadium des "parasitären und sterbenden Kapitalismus" (Lenin) wird uminterpretiert in den objektiven Gegensatz zwischen einer Handvoll Monopolkapitalisten und dem ganzen Volk, was auf der anderen Seite Breiten Raum dem Subjektivismus lässt, und zwar sowohl in Bezug auf die Herrschaftsseite, wo das Monopolkapital zur finsteren Macht wird, die in "abenteuerlicher Politik" und "Unternehmerwillkür" schaltet, als auch in Bezug auf "alle Volkskräfte", deren Eintreten für den Fortschritt letztlich moralisch und gar nicht mehr mit ihrer Klassenlage vermittelt ist. Die unmittelbare Übertragung des Gegensatzes von der Entwicklung der Produktivkräfte und deren Fesselung auf die gegensätzliche politische Entwicklung hat mit Klassenanalyse nichts mehr zu tun. Da kann man sich doch gleich fragen, warum nicht auch die Bourgeoisie angesichts dieser Perspektivlosigkeit auf die Seite des Fortschritts übertritt. (50)

In der Analyse des Imperialismus, der höchsten Zuspitzung der Widersprüche des kapitalistischen Systems, hat Lenin noch versucht, das Auftreten des Opportunismus in der Arbeiterbewegung materialistisch zu erklären. Der "Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus"ist dagegen heute zur Phrase verkommen, die nur noch den endgültigen und offenen Übertritt der "rechtssozialdemokratischen Führer" auf die Seite der Bourgeoisie erklären soll. Ansonsten dient der"Monopolismus" der DKP gerade dazu, klassenmäßige Differenzierungen aufgehen zu lassen in das breite Bündnis aller demokratischen und antiimperialistischen Volkskräfte.

Die besondere Rolle der Arbeiterklasse in diesem Bündnis kann nur noch notdürftig begründet werden. Vor dem gleichen Dilemma muß auch der bekannte Revisionist und Arbeiterverräter der II. Internationale Otto Bauer gestanden haben. Er erfand in dieser Situation die "5 sozialen Machtfaktoren", die als objektive Gegebenheiten dafür sorgen sollten, dass irgendwie die Entwicklung zum Sozialismus führt. Diese Machtfaktoren der Arbeiterklasse waren: "1. die Zahl der Klassenangehörigen; 2. die Art, Stärke, Leistungsfähigkeit ihrer Organisation; 3. ihre Stellung im Produktions- und Verteilungsprozess, die die wirtschaftlichen Machtmittel bestimmt, über die sie verfügt; 4. die Stärke ihres politischen Interesses, ihre Beweglichkeit, Aktivität, Opferfähigkeit; 5. die Höhe ihrer Bildung, der Grad ihrer Fähigkeit, ihre eigenen Klassenangehörigen und andere Klassen mit geistigen Mitteln zu beeinflussen, die Anziehungskraft ihrer Ideologie." (51) Lenin hat Otto Bauer scharf angegriffen und sich über diesen "ausgemachten deutschen Spiesser" ausgiebig lustig gemacht. Die etwas tragi-komische Geschichte ist allgemein bekannt, dass das ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in ihren 14 Thesen zum 100. Geburtstag Lenins diese "Theorie" der sozialen Machtfaktoren in traurig plumper Weise Lenin selbst zuschrieb und gleichzeitig versicherte: "Lenin schätzte das Proletariat der Industriestaaten hoch ein." (52)

Nun heisst es, dass Ulbricht selbst diesen ungeheuerlichen faux pas entdeckt haben soll (worauf lediglich die falsche Quellenangabe - Lenin - entfernt wurde; die Marxistischen Blätter verbreiteten die ursprüngliche Fassung). Leider aber war das kein zufälliger Fehler. Ulbrichts stellvertretender Abteilungsleiter Gerhard Meyer schreibt: "Die Hauptkraft in dieser Auseinandersetzung (zwischen den reaktionärsten

(50) Natürlich setzt die Entwicklung des Kapitalismus auch andere Schichten zu seiner Produktionsweise in Gegensatz, z.B. "die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern." Sie sind aber daher "reaktionär, denn sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen". (MEW, Bd.4, S.472, Kom. Man.)

(51) Otto Bauer, Bolschewismus oder Sozialdemokratie?, Wien 1920, S. 109, zit. nach Peking Rundschau, Nr. 17, 1970, 28.4.70, S.20

(52) Dieses besondere Dokument ist nachzulesen in einem Sonderdruck zu den Marxistischen Blättern 1/1970, hier S.

Kräften des Monopolkapitals und den breiten Volksschichten) ist zweifellos die Arbeiterklasse der Bundesrepublik: Ihre Stärke, Organisiertheit und Aktivität gibt den entscheidenden Ausschlag." (53) In der Grundsatzerklärung der DKP heißt es unter der Überschrift "Die Arbeiterklasse als Hauptkraft": "Ihre Stellung als ausgebeutete Klasse in der kapitalistischen Großproduktion, ihre Stärke, Organisiertheit und Solidariät machen die Arbeiterklasse objektiv zur Hauptkraft der gesellschaftsverändernden Bewegung." (GE 50) Die "gesellschaftsverändernde Bewegung" entsteht aus dem Gegensatz zwischen den reaktionären Monopolen und den breiten antimonopolistischen Volkskräften. Davon ist die Arbeiterklasse die Hauptkraft, aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung, ihrer Stärke, Organisiertheit und Solidarität, und zwar objektiv. Das hat nun doch zuviel mit Otto Bauer zu tun, als dass es noch eine "ferne Erinnerung an die marxschen Sätze" auslösen würde, "daß das Proletariat, wenn es sich als Klasse befreit, die ganze Gesellschaft aus ihren Fesseln löst." (54) Spätestens hier ist der Übergang zur bürgerlichen Soziologie vollzogen. In den Thesen der KPdSU kommt die platte mechanistische Auffassung auch dadurch zum Ausdruck, daß sie siegesgewiss schreiben, "seit Lenin diesen Gedanken geäussert hat (wir wissen, er hat nie), ist die zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse rapide gewachsen, haben sich ihre Organisiertheit, ihre politische Aktivität, ihre Allgemeinbildung und berufliche Ausbildung beträchtlich erhöht." (55) Die DKP fügt das Wörtchen "objektiv" ein, wohl weil man noch auf den subjektiven Faktor Wert legen wollte. Aber gerade diese Ausdrucksweise unterstreicht noch den Fehler: "Organisiertheit" und "Solidariät" sind nichts objektives, was sich ohne Zutun durchsetzt.

Die DKP vertritt ein "schreibtischmäßig abstraktes Etappenmodell" (56) der gesellschaftlichen Entwicklung, an deren Ende irgendwo der Sozialismus steht. Da die Entwicklung nun mal so läuft, kommt es darauf an, sie zu erkennen. Dem sturen Objektivismus entspricht ein moralischer Subjektivismus, der alle möglichen bürgerlichen Bewusstseinsinhalte (Humanismus, Christentum, Gerechtigkeitsliebe, Ehrlichkeit) zum Vehikel der fortschrittlichen Entwicklung macht. Da der Gegensatz von Kapital und Arbeit, der sich immer wieder entlädt in den ökonomischen Krisen, wo also die "beiden Faktoren, die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen, miteinander in Widerspruch geraten" (57), überdeckt ist durch den Gegensatz von Möglichkeit und Wirklichkeit der gesellschaftlichen Produktion, steht der antimonopolistische Kampf auf der Tagesordnung.

Der Massenkampf für den Sozialismus kann also nicht mit dem Kampf für den Sozialismus beginnen. Daß das mal im Sozialismus enden soll, weiß vorerst nur die DKP (58). Sie ist aber "überzeugt davon, daß die große Mehrheit der Arbeiterschaft und aller Werktätigen in unserem Land im Verlauf des Kampfes um ihre sozialen Rechte (!) und um demokratische Veränderungen die Notwendigkeit des historischen Vorwärtsschreitens zu höheren menschlichen Lebensformen, zur sozialistischen Gesellschaft erkennen wird". (GE 45) Na also, wird schon kommen. Vorerst aber haben die Arbeiter in dem breiten Volksbündnis zu kämpfen um "soziale Sicherheit, Mitbestimmung, reale politische Demokratie", um eine "moderne (!) Bildungspolitik", auch um den "Schutz der bäuerlichen Betriebe"; "die beherrschende Stellung der Konzernherrren in der Wirtschaft" soll zurückgedrängt, die "Über (!) macht der Industrie- und Bankherren" eingeschränkt werden. "Die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum" hält die DKP für "aktuell und zeitgemäß". (59)

Da man die Erscheinungsformen des spätkapitalistischen Systems bekämpft, alle "Disparitäten" sammelt, ist es z.B. kein Wunder, daß die Rote-Punkt-Aktionen in Hannover und Heidelberg zu den exemplarischen Vorbildern des demokratischen Massenkampfes hingestellt werden. Die Interpretation, die Gerhard Meyer liefert, ist bezeichnend. Dieser "Kampf breiter Volksschichten" mit "gesamtstaatlicher Bedeutung" war deshalb so erfolgreich und beispielhaft, weil "es den demokratischen Kräften (gelang), die Unzufriedenheit, die Gedanken und Wünsche von Zehntausenden von Menschen ... zum Ausdruck zu bringen". Also nicht: "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" und: "Zahlt die Fahrpreise aus Unternehmerprofiten", Parolen, mit denen die Heidelberger "Linksopportunisten" des SDS auf die Straße gingen, sondern: "Runter mit den Preisen". (60)

Folglich achtete die DKP in Hannover auch ängstlich darauf, daß nichts dieses eingebildete Bündnis stören könnte. Und während Arbeiter die Weichen der Straßenbahn mit Zement unbrauchbar machten, verbreitete die DKP: "Gewalt ist nicht unsere Methode". (61) Die Ambivalenz dieser "populistischen Massenaktion" kann nicht mehr ins Blickfeld kommen, das Bewusstsein der Massen, ihre subjektive Fähigkeit, den Sozialismus zu erkämpfen, wird unerheblich.
Jetzt wissen wir auch besser, was Bachmann meinte, wenn er davon sprach, daß die DKP sich als "einigende Kraft konstituiert" habe. Die marxsche Forderung, "das Interesse der Gesamtbewegung zu vertreten", ist völlig verkommen zu ei-

(53) Gerhard Meyer: Erfordernisse demokratischer Erneuerung in Westdeutschland, in: Einheit; herausgegeben vom ZK der SED, Nr.2/70, S.166

(54) Die DKP - eine neue sozialdemokratische Partei..., S.31

(55) Thesen der KPdSU..., a.a.O., S.21

(56) Vgl. Das Erfurter Treffen, a.a.O. S.5

(57) Karl Marx, Klassenkämpfe in Frankreich, MEW Bd.7, S.98

(58) Vgl. Das Erfurter Treffen, a.a.O., S.5

(59) Erklärung der DKP an die Bevölkerung Nordrhein Westfalens: Zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei, 29.9.68

(60) Die Forderung nach Überführung der ÜSTRA in kommunales Eigentum der Stadt Hannover, die auch gestellt wurde, wird doch wohl niemand als sozialistische oder klassenspezifische Forderungen bezeichnen wollen, allenfalls als "fortschrittlich", oder wenn man den Sozialismus ganz mit der Post verwechselt.

(61) Vgl. den Bericht des Hannoveraner SDS in: Straßenbahnaktionen 69, Trikont, München 69

nem breiten Volksbündnis mit Bauern, Mittelstand und kleinen Unternehmern. Der Ausspruch, "die einigende Kraft" zu sein, bezieht sich schliesslich darauf, dass die DKP darauf achtet, "dass sich Aktionen radikaler Gruppen der Arbeiterklasse nicht entfernen aus dem sorgsam gehüteten Feld der Bündnispolitik". (62)

V. Demokratischer Kampf - Betrug an den Massen

Die angestrebte Breitedes Bündnisses ermöglicht nur eine vage programmatische Skizzierung von allgemein demokratischen Aufgaben (63). Den Standpunkt der SED drückt Walter Ulbricht folgendermaßen aus: "In Westdeutschland steht gegenwärtig der Kampf um eine parlamentarische Demokratie (!) mit antimilitaristischem und gegen das Aufkommen des Neonazismus gerichtetem Charakter auf der Tagesordnung". (64) Die DKP ist unter der Parole angetreten: "Demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft". "Unser Volk braucht eine fortschrittliche Demokratie," heißt es in der Grundsatzerklärung. "Die Menschen müssen gehört und respektiert werden, sie müssen mitentscheiden können." (GE 14). Die Kritik an diesem Programm, vor allem von links, die von "reformistischem Opportunismus" (Rabehl) oder falscher Einschätzung der bürgerlichen Demokratie spricht, ist schnell zurückgewiesen. Schliesslich war auch Lenin für Reformen (Meyer) und lehrte: die Revolution entwickelt sich in Etappen (65). Eine Politik des "Alles oder Nichts" könne nicht erfolgreich sein, es gehe vielmehr um die Verbindung von Reform und Revolution. Hier werden dann die klassischen Zitate gegen den Linksradikalismus bemüht, allerdings in gewohnter, formelhafter Weise, die Marx und Lenin zum Zitatenschatz degradiert.

Wenn sich Lenin in "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" zur Frage des Kampfes um die bürgerliche Demokratie äussert, dann kann das auch gar nicht falsch sein, um gegen den "Linksradikalismus" heute zu Felde zu ziehen, z.B.: "Die bürgerliche Revolution ist im Interesse des Proletariats unbedingt notwendig." (Lenin) (66) Wer will das bestreiten? Noch dazu im zaristischen Russland! Es käme halt darauf an, in dem Bezug auf die konkrete historische Situation damals wie heute "die leninistischen Prinzipien kommunistischer Taktik und Organisation" als "eine Konkretion des Marxismus" herauszuarbeiten (67), und nicht einfach alles herauszuschreiben, was von Demokratie handelt. Dann kann man es sich allerdings nicht mehr so einfach machen, und in dem Gegensatz zwischen sich und den anderen einfach den zwischen Orthodoxie und Linksabweichung zu sehen, weil man jedes Zitat über die Reform verabsolutiert, und so als Rationalisierung benutzt, daß jeder, der das reformistische Programm ablehnt, zum Putschisten gemacht wird. Die (zweifellos richtigen) Zitate, etwa daß Lenin die Kommunisten auffordere, "mit dem Kampf um Reformen solche Besserungen der Lage der Arbeiter zu erreichen,' die deren Fähigkeit den Klassenkampf zu führen erhöht ' ", (68) verschleiern nur, dass mit dem "demokratischen Kampf" anderes gemeint ist.

Dimitroff hat dagegen das Problem recht einsichtig formuliert: "Vor 15 Jahren hat uns Lenin aufgefordert", berichtet er, "unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, "Formen des Übergangs oder des Herankommens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen". Nachdem Dimitroff davon gesprochen hat, daß die Einheitsfrontregierung eine solche Übergangsform sein könnte, und nachdem er die "linken" Doktrinäre zurückgewiesen hat, die "Übergangsformen" überhaupt ablehnen, fährt er fort: "Die Rechtsopportunisten aber versuchten, ein besonderes "demokratisches Zwischenstadium" zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive "Zwischenstadium" nannten sie auch "Übergangsform" und beriefen sich sogar auf Lenin ! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken: sprach doch Lenin von einer Form des Überganges und des Herankommens an die "proletarische Revolution", d.h. an den Sturz der Diktatur und nicht von irgendeiner Übergangsform zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der proletarischen Diktatur." (69)

Die "demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" ist so ein "Zwischenstadium". In der Formulierung von "Imperialismus heute" heißt das so: "Zwischen der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Übergang zum Sozialismus liegt die Etappe der Erkämpfung, Errichtung und Entfaltung der gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus gerichteten Demokratie unter Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen demokratischen, friedliebenden Kräften." (70) Das ist also nicht einfach die Verteidigung der bürgerli-

---

(62) Die DKP - eine neue ..., S.32

(63) Vgl. Ursula Schmiederer, Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz, Frankfurt 68, S.61

(64) Walter Ulbricht, Grundlegende Aufgaben im Jahre 1970, zit. in: G. Meyer, a.a.O., S. 164

(65) Vgl. Meyer, a.a.O., S. 166 und
Peter Hess, Aktuelle Bezüge der Leninschen Lehre von Klassenkampf und Revolution, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 11. Nov. 1969, S, 1614

(66) Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie, AW Bd.1, S.559, zit. v. Roland Lang: in: Rote Korrespondenz 9, Bemerkungen über eine neue Form des Antikommunismus, Langs Artikel ist ein Musterbeispiel des heruntergekommenen "Leninismus", der seine Theorielosigkeit unter heiligen Zitaten verschanzt.

(67) J. Schmierer, Revolutionäre Intelligenz und Arbeiterbewegung, in: Rotes Forum 2/70, S.18

(68) Lenin, Brief an den Nordbund, Werke Bd.6, S.161, zit bei G. Meyer, a.a.O., S.166, vgl. auch: Spätkapitalismus ..., S.322

(69) Dimitroff, a.a.O. , S.86
Wahrscheinlich ist diese Einsicht Dimitroffs einfach der noch erhaltenen revolutionären Rhetorik zu danken.

(70) Imperialismus Heute, S. 727

chen Demokratie, um dem Proletariat günstige Kampfbedingungen zu erhalten. Zwar "erstrebt" die DKP "diese Umgestaltung auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte" (GE 22), aber, erklären die Verfasser von "Spätkapitalismus ohne Perspektive", "sowohl Marxisten als auch Vertreter der demokratischen Opposition erkennen, dass der Kampf um Demokratie nicht einfach Verwirklichung des Grundgesetzes in seiner früheren Fassung bedeuten kann". (71) Der DKP geht es vielmehr um "reale politische Demokratie" (GE 33) oder um eine "reale fortschrittliche Demokratie" (GE 22) oder um eine "reale Demokratie für das Volk" (GE 29). In "Imperialismus Heute" handelt es sich um ein "neue Demokratie", wobei mit deren "Entfaltung" der Kampf der Arbeiterklasse und aller demokratischen,friedliebenden Kräfte" allmählich in die sozialistische Etappe der Revolution hinüberwachsen wird. (72)

War man vielleicht bisher der Meinung, etwa nach einiger Leninlektüre, daß der Charakter der Demokratie eine Klassenfrage ist, d.h. dass es sich entweder um eine bürgerliche oder proletarische Demokratie handelt, so werden wir jetzt eines besseren belehrt. Konnte Lenin als "revolutionärer Marxist", wie er selbst sagt, sich noch mit aller Schärfe gegen die Opportunisten wenden, die " sich dem bürgerlichen Parlamentarismus anpaßten, den bürgerlichen Charakter der heutigen Demokratie verschwiegen und nur ihre Erweiterung, ihre restlose Durchführung forderten"(73), so geht es heute aber der DKP um die "Erweiterung und den Ausbau der demokratischen Rechte des Volkes", was "schliesslich die Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse und aller Werktätigen" nach sich ziehen soll (GE 30). Lenin forderte die "Erweiterung der bürgerlichen Demokratie, um die Massen zur Revolution vorzubereiten", (74) (wie es mitunter auch richtig zitiert wird), und das deshalb weil er wusste, daß "Börse und Bankiers sich die bürgerlichen Parlamente umso vollständiger unterwerfen, je stärker die Demokratie entwickelt ist", daß "in der bürgerlichen Demokratie die Massen durch Tausende von Kniffen der Kapitalisten, die umso geschickter sind und umso sicherer wirken, je entwickelter die "reine"Demokratie ist, von der Teilnahme an der Regierung, von der Versammlungs- und Pressefreiheit usw. abgedrängt" werden. "Daraus folgt nicht, daß man den bürgerlichen Parlamentarismus nicht ausnutzen soll", sagt Lenin weiter, und darauf stürzen sich die Opportunisten aller Länder und exzerpieren auch fleissig die "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie", weil Lenin da ganz zeitgemäß von der demokratischen Revolution abhandelt, "daraus folgt aber" fährt Lenin fort, "daß nur ein Liberaler die historische Beschränktheit und Bedingtheit des bürgerlichen Parlamentarismus vergessen kann." (75)

Die DKP erstrebt die "Umwandlung des Parlaments aus einem Herrschaftsinstrument des Großkapitals in ein Organ des Volksinteresses", sie ist für eine "veränderte Zusammensetzung des Parlaments"; auf dem Weg dahin erscheinen ihr sogar sogenannte "gesellschaftliche Fachausschüsse beim Bundestag, bei den Landtagen und Ministerien, ... deren Mitglieder von den Gewerkschaften und anderen demokratischen Vereinigungen delegiert werden", geeignet, dem "Volk Einfluss auf die Gesetzesentscheidung" zu verschaffen. (GE 22 f) Daß das alles möglich ist, gehört offenbar zu der "Besonderheit des revolutionären Prozesses in industriell hochentwickelten Ländern unter den ... Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus". (76) Das "reaktionäre Monopolkapital" hat ein "breites Bündnis demokratischer Volkskräfte" gegen sich, die die fortschrittliche Entwicklung wollen. Das spätkapitalistische System ist unfähig, "die sozialen und gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit zu lösen". (GE 45) Sie zu lösen ist die Aufgabe vieler, aller die den Fortschritt wollen, wobei die Arbeiterklasse ihn irgendwie am konsequentesten will.

Die "reale", die "fortschrittliche" Demokratie hat keinen Klasseninhalt mehr, sie ist halt Demokratie, und was für welche. Worin besteht sie nun eigentlich, diese Demokratie? Zuerst einmal in einer ganzen Reihe von bürgerlich-demokratischen Einzelforderungen, die es jedem recht machen wollen, aber deren Erfüllung durchaus geeignet sein kann, die Kampfbedingungen des Proletariats zu verbessern, etwa in der Formel: "Volle Wiederherstellung und Anwendung der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Grundrechte für alle Bürger." (GE 32) Aber die "reale", die "fortschrittliche" Demokratie ist ja mehr: "Die demokratische Erneuerung bedeutet ... die Einschränkung der Macht des Monopolkapitals und ihre schließliche Überwindung, die Umwandlung der Bundesrepublik in eine reale, fortschrittliche Demokratie." (GE 21 f). "Das sind Aufgaben von riesigem Umfang", staunt Gerhard Meyer

(71) Spätkapitalismus..., S. 321

(72) Imperialismus Heute, S. 727 f

(73) Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: Gegen den Revisionismus, S.415

(74) ibid.

(75) Lenin, ebda, S.382

(76) Imperialismus Heute, a.a.O., S.728

von der SED nicht ganz zu Unrecht (a.a.O. 167). Denn wir erkennen unter dem so beliebten tautologischen Wortgeklingel, daß die reale Demokratie nichts weniger bedeutet als die "Überwindung der Macht des Monopolkapitals". Und nun begreifen wir, daß hier Einiges durcheinander geraten ist. Die DKP schlägt vor, den Kampf für drei grundlegende gesellschaftspolitische Umgestaltungen in der Wirtschaft aufzunehmen, weil der "Kampf um reale politische Demokratie untrennbar verbunden" sei mit dem "Kampf für tiefgreifende demokratische Reformen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet". (GE 33 f) Diese drei Umgestaltungen sind: 1. Mitbestimmung und demokratische Kontrolle auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens als "Waffe zur Einschränkung der Macht des Großkapitals", 2. demokratische Wirschaftsplanung im Interesse der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und 3. Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum. Schauen wir uns mal an, was das alles ist: "In öffentliches Eigentum zu überführen sind alle Unternehmen der Rüstungs- und Atomwirtschaft, die Großkonzerne der Chemie, Erdöl, Kohle- und Stahlindustrie, des Fahrzeug- und Flugzeugbaus, der Elektroindustrie, der Elektronik und Datenverarbeitung, die Großbanken und großen Versicherungen, die amerikanischen und anderen ausländischen Konzernunternehmen in der Bundesrepublik." (GE 36 f) "Das sind Aufgaben von riesigem Umfang" sagt SED-Mitglied Gerhard Meyer. Wie aber sollen sie gelöst werden? Die Überführung der Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum fordert die DKP "auf der Grundlage der Artikel 14 und 15 GG und entsprechender Bestimmungen der Landesverfassungen."

Man wird zugeben, daß vorher die Umwandlung des Parlaments "aus einem Organ des Großbesitzes zu einem Organ des Volkswillens" stattgefunden haben muß (und einiges mehr). Jetzt soll der Einfluss der Monopole zurückgedrängt werden. Statt dem Großkapital die Reproduktionsbedingungen zu sichern, beginnt der Staat sie zu beschneiden. Er stellt zum Beispiel "ausreichend finanzielle Mittel" bereit für "die materielle Gewährleistung der Unabhängigkeit der Hochschulen" (GE 43); "Schutz der bäuerlichen Betriebe", "Unterstützung der Forderungen der Handwerker, Einzelhändler, Gewerbetreibenden und Kleinunternehmer ... im Kampf gegen das Großkapital, die Verbesserung der Sozialrenten, Vergrößerung des Anteils der Arbeitenden am Sozialprodukt, Stabilisierung der Preise" etc. etc., dies alles soll geschehen "auf Kosten der Profite der Großunternehmen". Die "ökonomische Grundlage" wiederum dieser "demokratischen Wirtschaftspolitik" ist laut Grundsatzerklärung die Überführung der Schlüsselindustrie in öffentliches Eigentum, weil dann die Wirtschaftspolitik "vom Druck privatkapitalistischer Konzerngruppen frei ist" (GE 36). Das ist ein unglaublicher Schlamassel. Einmal soll die demokratische Politik die Macht der Monopole zurückdrängen, das andere Mal ist deren Enteignung die materielle Basis für diese demokratische Politik. Das, was mal die Dialektik von politischem und ökonomischem Kampf der Arbeiterklasse war, ist verballhornt zu einem schlichten Zirkel, wo das eine sowohl Voraussetzung als auch Ergebnis des anderen ist.

Im staatsmonopolistischen Kapitalismus sind alle objektiven Bedingungen reif für den Sozialismus, so sagen sie. Tatsächlich, wenn die kapitalistische Produktionsweise so zur Fessel der Produktivkräfte geworden ist, dann ist die Befreiung der größten Produktivkraft, der revolutionären Klasse, ein objektives Erfordernis, d.h. das Privateigentum an den Produktionsmitteln muß aufgehoben werden, und zwar so, dass die freie Entwicklung der Individualitäten zum Maß des wirklichen Reichtums wird und nicht die unbezahlte Arbeitszeit. (77) Was aber die DKP mit ihrer demokratischen Wirtschaftspolitik anbietet, soll weder eine kapitalistische Wirtschaft sein (die würde auch so nicht funktionieren), noch ist sie eine sozialistische, sondern sie ist halt eine demokratische Wirtschaft, und die große Mehrheit ist dafür, eben weil sie's ist, demokratisch. Und so steht hinter der "demokratischen Wirtschaftspolitik" das altbekannte Gesicht der "Wirtschaftsdemokratie", was auch wiederum nur die Maske des platten bürgerlichen Reformismus für den Fortschritt des - Kapitalismus ist.

In den marxistischen Lehrbriefen, die zu Zwecken der Schulung herausgegeben werden, wird zwar beteuert: "Das Ziel der Marxisten kann nie sein, die monopolkapitalistische Ordnung zum bestmöglichen Funktionieren zu bringen", gleichzeitig aber erklären sie entgegen allem revolutionären Vokabular, daß in einer "demokratischen Wirtschaftsplanung" als Alternative zur "staatsmonopolistischen Regulierung" "eine höhere Besteuerung des Profits und eine Offenlegung der Bilanzen der Wirtschaft der Bundesrepublik echte (!) Stabilität verleihen (würde)". (78)

Das DKP-Programm reproduziert in diesem Zusammenhang auch alle klassischen Zutaten des Revisionismus, wie etwa die relative Selbständigkeit des Staates (79). Die politische Macht des Großkapitals begründet sie etwa nicht aus einer Analyse der Staatsfunktionen überhaupt zur (wenn auch in sich widersprüchlichen) Durchsetzung des Gesamtinteresses des ideellen Gesamtkapitalisten, sondern soziologisch schlicht daraus, dass das Großkapital seine "Beauftragten in Parteien und Parlamenten" sitzen hat, daß es "vor allem durch die Unternehmerverbände ... immer vollständiger" seinen "Einfluß auf die staatliche Exekutive ausübt". Das ist beste bürgerliche Politologie.

Allerdings hat sich die DKP gegenüber dem klassischen Reformismus ein Stück revolutionärer Programmatik bewahrt: Zwar will sie den "gesetzlichen Reformweg" (Luxemburg) einschlagen, aber nicht ohne die - freilich demokratische - Aktion der Massen. "Der Weg zur Lösung der Lebensfragen unseres Volkes in Gegenwart und Zukunft führt nur über die Entfaltung der politischen Aktivität der arbeitenden Massen." (GE 21) Wenn wir uns aber anschauen, was Ziel dieser demokratischen Erneuerung ist, die "nur durch das Volk selbst

(77) Vgl. Hess, a.a.O., S. 1604

(78) Marxistische Lehrbriefe, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, Serie A, Nr.5, Was lehrt der Marxismus über den Staat, S. 14 und: Serie B, Nr.7, Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?, S.12

(79) Wolfgang Müller und Christel Neusüss, Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: SoPo 6/7, S.4

errungen werden" kann, wie es in der Grundsatzerklärung heißt, dann zeigt das schon, wie mechanisch Bewegung und Ziel getrennt sind. Die Selbsttätigkeit, die revolutionäre Aktion der Massen hat keinen Platz in einem System der "demokratischen Wirtschaftspolitik", das auf "schrittweise Eroberung" der Institutionen ausgerichtet ist, und der Sozialismus sich als objektive Notwendigkeit, in die man, wenn's hoch kommt, Einsicht hat, durchsetzt. Die Massen können nur eingesetzt werden von einer Partei, die ihr Wissen um die Entwicklung zum Sozialismus woanders her hat, die gerade nicht aus dem Kampf der Massen schöpft, sich nicht in seiner Führung legitimiert, sondern Bewusstsein wie die nächsten Schritte und längerfristigen Ziele vorschreibt und als solche schon eingeplant hat in ihren Stufenplan der Umwälzung.

VI. Bündnis und Klassenstandpunkt - das Problem der Verteidigung der sozialistischen Staaten

Der bloße Vorwurf des Revisionismus an die Adresse der DKP reicht nicht aus. Wenn diese Partei heute in ihrem Programm die Plattheiten des klassischen Reformismus wiederholt, gleichzeitig aber diese seltsame Mischung anbietet, mit der sie "reformistische, opportunistische, sozialdemokratische und revolutionäre Ansätze zu vereinen sucht" (80), so ist das nicht allein zu erklären als Rechtfertigungsideologie einer bestimmten reformistischen Anpassung der Partei an die scheinbar stabilisierten Herrschaftsverhältnisse des Imperialismus in Westdeutschland, die Rationalisierung "enthält außerdem noch Elemente der Rechtfertigungsideologie der Politik der sozialistischen Länder" (81) und zwar sowohl, was den Aufbau des Sozialismus als auch die daraus resultierenden Fragen des Verhältnisses zu den kapitalistischen Ländern, der friedlichen Koexistenz angeht.

Bei der "Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien" in Moskau 1969 wurden die drei Hauptströmungen der internationalen Revolution hervorgehoben: Das sozialistische Weltsystem, der Kampf der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern und die Befreiungsbewegungen der unterentwickelt gehaltenen Länder. (82) Die Einheit dieses weltweiten Kampfes ist eine der Hauptthesen des Leninismus. Mit Berufung auf Lenin wird auch heute jede Kritik zurückgewiesen, die Gegensätze zwischen dem heutigen politischen Interesse der sozialistischen Staaten und den Erfordernissen des Kampfes und der antiimperialistischen nationalen Befreiungskämpfe sehen. Tatsächlich entspricht die Politik der an Marx und Moskau orientierten Genossen nicht dieser Einheit des Kampfes, sie kann das nur mühsam vortäuschen, was nicht immer gelingt. Die Auseinandersetzungen zwischen den russischen und chinesischen Kommunisten, die Konflikte aus Anlass der CSSR-Frage, aber auch der chronische Mißerfolg der Volksfront"bewegung" sind Symptome dafür. Wir werden andeutungsweise versuchen, zu zeigen, woran das liegt (83).

"Das sozialistische Weltsystem ist die entscheidende Kraft im antiimperialistischen Kampf" heißt es in dem Hauptdokument der Internationalen Beratung (84). Lenin selbst hat die Bedeutung des Sieges der Oktoberrevolution immer hervorgehoben und den Zusammenhang mit der internationalen Revolution betont. "Der Bolschewismus", sagt Lenin, "hat in der Tat die Entwicklung der proletarischen Revolution in Europa und Amerika so stark gefördert, wie bisher keine einzige Partei in irgendeinem Land vermochte". Und: "Die Massen der unterdrückten Klassen, die klassenbewussten und ehrlichen Führer aus den Reihen der revolutionären Proletarier werden für uns sein. Es genügt, diese Proletarier und diese Massen mit unserer Sowjetverfassung bekannt zu machen, und sie werden sofort sagen: Das sind wirklich unsere Leute, das dort ist die richtige Arbeiterpartei, die richtige Arbeiterregierung." (85) Peter Hess vom DWI, der noch am besten das revolutionäre anstelle des reformistischen Vokabulars beherrscht, schliesst an ähnliche Äusserungen Lenins an: "... Jede Nachricht, jeder kleinste Bericht über unsere Revolution, jeder Name wird von dem Proletariat mit einem Beifallssturm begrüßt, weil es weiß, daß in Russland an der gemeinsamen Sache gearbeitet wird, der Sache des Aufstandes des Proletariats, der internationalen sozialistischen Revolution". (86)

Heute zitieren die DKP-Genossen mit Vorliebe und als Legitimation diejenigen Sätze von Lenin, die von der Relevanz der, wie es heute heißt, "Ökonomie als Feld des Systemkampfes" handeln, wobei sie die Bedeutung der "vollen Befreiung der Arbeiter" (Lenin) unterschlagen zugunsten einer platten Vorstellung von den Vorzügen des sozialistischen Systems. Von der Sowjetmacht bleibt die Elektrifizierung. So endet das dann damit: "Der Beitrag des sozialistischen Weltsystems zur gemeinsamen Sache der antiimperialistischen Kräfte wird vor allem durch seine wachsende wirtschaftliche Macht bestimmt." (87) Aus der internationalen Revolution wird die "gemeinsame Sache der antiimperialistischen Kräfte". Hess kratzt die Kurve vom revolutionären Vokabular zur reformistischen Politik dadurch, daß er an Stelle von Sowjetmacht, die bei Lenin Synonym für Befreiung war, "sozialistisches Weltsystem" setzt, ohne zu reflektieren, welche bedeutenden Änderungen sich gerade dadurch ergeben haben, daß die sozialistischen Länder sich gegen einen nach dem

(80) Die DKP - eine neue sozialdemokratische Partei, a.a.O., S.77

(81) ebda, S.75

(82) Vgl. den Sonderdruck zu den Marxistischen Blättern 4/69 und Hess, a.a.O., S.1601

(83) Eigentlich erfordert die Behandlung dieser Frage eine genauere Analyse der spezifischen Form des Aufbaus des Sozialismus in den osteuropäischen Ländern, die hier nicht geleistet wird; was folgt ist unter dieser Einschränkung zu sehen.

(84) Sonderdruck zu den Marxistischen Blättern 4/69, S.11

(85) Lenin, Die proletarische ..., a.a.O., S.428 und S.414

(86) Lenin, Werke Bd.26, S.471 zit. nach Hess, a.a.O., S.1619

(87) Vgl. Sonderdruck zu den Marxistischen Blättern, 4/69

2. Weltkrieg stabilisierenden Imperialismus zu verteidigen hatten, und daß das "sozialistische Weltsystem" zumindest in Osteuropa eher Ergebnis des 2. Weltkrieges als der internationalen Revolution war. Darauf werden wir gleich zurückkommen. Festzuhalten bleibt, daß Lenin gerade auch dann, wenn er von der Bedeutung des wirtschaftlichen Aufbaus sprach, das immer in Einheit gesehen hat mit der "vollständigen Befreiung des Proletariats", so 1921: "Unsere Haupteinwirkung auf die internationale Revolution üben wir jetzt durch unsere Wirtschaftspolitik aus. Auf die russische Sowjetrepublik sind die Augen aller gerichtet, aller Werktätigen in allen Ländern der Welt ohne jede Ausnahme und ohne jede Übertreibung. Das haben wir erreicht. Die Kapitalisten können nichts mehr totschweigen oder verheimlichen, deshalb greifen sie mit Vorliebe unsere wirtschaftlichen Fehler und unsere Schwächen auf. Der Kampf ist im Weltmaßstab auf dieses Gebiet übertragen. Lösen wir diese Aufgabe, dann haben wir im internationalen Maßstab bestimmt und endgültig gewonnen." (88) Warum sind die Augen aller Werktätigen ohne jede Ausnahme auf die Sowjetrepublik gerichtet, trotz deren Fehler und Schwächen? Weil, erklärt uns Lenin, "der Bolschewismus ... die Idee der Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt popularisiert ... und an dem Beispiel der Sowjetmacht gezeigt (hat), dass die Arbeiter und die armen Bauern sogar eines rückständigen Landes ... imstande waren, inmitten gigantischer Schierigkeiten, im Kampfe gegen die (von der Bourgeoisie der ganzen Welt unterstützten) Ausbeuter die Macht der Werktätigen zu wahren, eine ungleich höhere und breitere Demokratie als alle früheren Demokratien der Welt zu schaffen und mit der schöpferischen Arbeit Dutzender Millionen von Arbeitern und Bauern die praktische Verwirklichung des Sozialismus zu beginnen." (89) Das ist klar genug, als daß mit diesen Zitaten Schindluder getrieben werden kann, wie das immer wieder versucht wird.

Andererseits können und wollen die Kommunisten Moskauer Richtung nicht zugeben, daß das nicht mehr der Fall ist, was Lenin hier beschreibt. Da der Sozialismus - aus welchen Gründen auch immer - seine politische Anziehungskraft vorerst verloren zu haben scheint, setzen sie auf die ökonomische. Wenn dazu der staatsmonopolistische Kapitalismus fast ausschließlich dadurch charakterisiert wird, daß er die Entwicklung der Produktivkräfte fesselt, daß er unfähig ist, "Lebensfragen unseres Volkes", "die sozialen und gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit zu lösen" (GE), dann wird der Sozialismus zu einem System der optimalen Anpassung an den Stand der Produktivkräfte, an die Erfordernisse der wissenschaftlich technischen Revolution. Dann führt die Aufgabe, die kapitalistischen Länder in der Produktion zu überholen, zu der letzten Entscheidung und zum tatsächlichen Beweis "der objektiven Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft". (90) Die sozialistische Gesellschaft ist demnach imstande, "vollauf den objektiven Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte Rechnung zu tragen", im Gegensatz zum Monopolkapital, das "seiner ganzen Natur nach", wegen "Profit- und Machtstrebens", nicht fähig ist, diesen Anforderungen nachzukommen. In den Begriffen des "Systemkampfes", wie er von den kommunistischen und Arbeiterparteien Moskauer Prägung verwandt wird, werden wesentliche Inhalte des Sozialismus fallen gelassen. Nicht zufällig erscheinen dann Befreiung und Emanzipation des Menschen von den blindwütigen Gesetzen kapitalistischer Produktionsweise in den traditionellen ideologischen Ausdrücken des Bürgerrechts. Die Krisenfreiheit des sozialistischen Systems im Gegensatz zur chronischen Strukturkrise des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird zum hauptsächlichen propagandistischen Vorteil. "Beständiges Wachstum, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit" erklärt die DKP zu den Vorzügen dieses Systems (Erklärung zur Neukonstituierung...29.9.68). Der Sozialismus wird den Massen angeboten und nicht als Ziel ihres eigenen Kampfes propagiert.

Tatsächlich ist die soziale Sicherheit offensichtlich im Augenblick der einzige Vorteil der sozialistischen Länder, in denen noch Lohnarbeit existiert, der Mehrwert aber zentral verteilt wird, d.h. auch dort noch weiter ohne Stagnation produziert werden kann, wo es nicht mehr "rentabel" ist. (91) Ob das nun mitallen seinen politischen Folgen wirklich objektiven Notwendigkeiten entspricht, mag dahingestellt bleiben. Die opportunistische Abweichung findet jedenfalls da ihren Ausdruck, wo die Fehler wegrationalisiert werden, wo "aus der Not eine Tugend" gemacht wird. In der Verteidigung der sozialistischen Staaten können DDR-Genossen bis zu den Straßenbahnfahrpreisen hinabsteigen, und merken nicht, wenn sie an äusserlichen Erscheinungen hängen bleiben, daß sie gerade der Arbeiterklasse die Diskrepanz zwischen der Realität und auch den Zwängen, denen die sozialistischen Länder unterworfen sind, einerseits und den "lichten Höhen des Kommunismus", zu denen die Sowjetunion jetzt aufsteigt, (91a) andererseits nicht mehr erklären können. Lenin konnte ungeniert vom "Staatskapitalismus" reden, weil er (noch) der Sowjetmacht vertrauen konnte. Heute führt die opportunistische Auffassung vom Sicherheitsbedürfnis der sozialistischen Länder dazu, daß die Sozialisten dem Sicherheitsbedürfnis des Kapitals erliegen.

Die mögliche Macht der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern hat sich durch die Monopolisierung erheblich erhöht. Allein durch die Verflechtung der Produktion kommen heute Kampfmaßnahmen in einzelnen Branchen verstärkte Bedeutung zu. Die Zahl der Lohnabhängigen hat sich weiter erhöht. Von ihrer Arbeit und Disziplin hängt die Fortexistenz der Gesellschaft ab, bei gleichzeitig spürbarer Labilität des Kapitalismus. In der bürgerlichen Ideologie spiegelt sich das als extremes Sicherheitsbedürfnis wider. In der Furcht von den Konsequenzen der sozialen Umwälzung verzichten Arbeiterparteien und Gewerkschaften nicht nur auf die Perspektive der Revolution, sondern sogar auf Sozialisierung und Verstaatlichung, vor allem aber auf die Führung des konsequenten ökonomischen Kampfes. Im Bewußtsein der Unterdrückten wird

(88) Lenin, Rede bei der Schliessung der gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) in: Werke Bd.32, S.457 f

(89) Lenin, Die proletarische ..., a.a.O., S.428

(90) Spätkapitalismus..., S.29; vgl. auch S. 395 f

(91) Paul Mattick, Kritik an Herbert Marcuse, Frankfurt 1969, S.47

(91a) vgl. Vorwort des Verlages zu Engels: Die Entwicklung d Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Berlin (Dietz) 19

das Verlangen nach Freiheit in das Verlangen nach Sicherheit und schließlich nach Ordnung pervertiert.

Die DKP konserviert dieses Sicherheitsbedürfnis, indem sie es ihrer Strategie zugrundelegt, vereinigt mit dem Sicherheitsbedürfnis der sozialistischen Staaten. Dies wiederum entspringt aus der Bedrohung durch den Imperialismus, aber auch aus dem Bedürfnis der Bürokratie, das sozialistische System auf dem gegenwärtigen Stand politisch zu konservieren, weiter auf Basis der Lohnarbeit ausreichend zu akkumulieren. Zum anderen gerät diese Politik in Gefahr, die Herrschaft des Kapitals reformistisch zu stärken. Das Hinausschieben von Krisen im Monopolkapitalismus ist im wesentlichen angewiesen auf eine Befriedungspolitik gegenüber der durch Niederlagen geschwächten Arbeiterklasse. Eine reformistische Politik ist daher gerade nicht geeignet, dies (die anhaltende "Labilität") zu durchbrechen, deren Anhalten im wesentlichen gerade auf das Zusammenspiel von Befriedung und Reformismus beruht. (92)

Die DKP kann aber nicht den traditionellen Weg des Reformismus gehen, zum endgültigen Aufgeben des sozialistischen Zieles (93), daran wird sie tatsächlich durch die Solidarität mit dem Aufbau des Sozialismus in den Staaten, die sich in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus befinden, gehindert (94). Wie sehr aber eine verballhornte Geschichte dieses Aufbaus zur Rechtfertigungsideologie der Politik der westeuropäischen KPs werden kann, läßt sich zeigen anhand der Rolle, die das Beispiel DDR für die Bundesrepublik spielen soll. "Eine schematische Nachahmung des in der DDR beschrittenen Weges zum Sozialismus", beteuert die DKP (Erklärung ... 29.9.68), "ist infolge der andersgearteten historischen Situation und der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in der BRD ausgeschlossen." (Vgl. auch GE 47) Gleichwohl wird das Beispiel DDR gerade dann herangezogen, wenn es darum geht, die Möglichkeit des friedlichen Weges des Etappenmodells der antifaschistisch-demokratischen und schliesslich sozialistischen Revolution zu beweisen. "Der Kampf um Demokratie in Westdeutschland (wird) ... viele Analogien zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung (in der DDR) aufweisen", heißt es in "Imperialismus Heute" (S. 718); zwar könne die Entwicklung in Westdeutschland keine Kopie dieses Weges sein, "aber wesentliche Grundinhalte werden identisch sein", von daher ergebe sich auch die "grundsätzliche Bedeutung" und der wachsende Einfluss des Beispiels der DDR (95). Es wird völlig wegrationalisiert, daß die faschistische Staatsmacht in Ostdeutschland durch die Rote Armee nun aber so gründlich zerschlagen worden ist, wie kaum durch eine Revolution, und daß die Rote Armee strekkenweise allein der Garant zur Verhinderung der Konterrevolution gewesen ist.

Die Einheit der drei Hauptströmungen des Opportunismus, beim Aufbau der sozialistischen Länder, bei der Anpassung an den bürgerlichen Parlamentarismus und gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen ist nicht herstellbar.

Liegt schon in der Dominanz des breiten Bündnisses der demokratischen Volkskräfte vor dem Kampf der Arbeiterklasse - was eine schlichte Umkehrung des marxschen Verhältnisses von Klassenkampf und Interesse der Gesamtbewegung ist - die permanente Möglichkeit der Sprengung dieses Bündnisses durch die entwickelten Klassenkämpfe selber (etwa durch militante Verteidigung eines Streiks), so erst recht dann, wenn der "Klassenstandpunkt" seine Inhalte erhält durch die sich in Formen klassischer Machtpolitik abspielende Verteidigung der sozialistischen Länder. (Die DKP fordert die Verbesserung der Beziehungen zur "Weltmacht Sowjetunion"). "Die Breite der Bewegung (der antiimperialistischen Volkskräfte) (wird) immer wieder gegensätzliche Auffassungen in Details zutage fördern", hatten die Verfasser von "Spätkapitalismus ohne Perspektive" geschrieben. In der Frage der "Hilfsaktion der sozialistischen Länder für die CSSR" sind sie aber gezwungen, auf einem "klaren Klassenstandpunkt" als Grundlage dieses Bündnisses zu bestehen, was die ganze Sache sowieso schon ad absurdum führt, und noch dazu ein Klassenstandpunkt ist, dessen "Klarheit" sich an einer Frage beweisen soll, in der die Klassenauseinandersetzungen bereits durch zwischenstaatliche Beziehungen überlagert sind. "Linkssektiererische und reformistische Strömungen", heißt es dort weiter, bewiesen "ein tiefes Unverständnis für die Funktionen der Arbeiterklasse, ihrer Partei und ihrer staatlichen Machtorgane." (S. 326) Die Argumentation ist geradezu grotesk. Dieses "Unverständnis" der "antiimperialistischen Kräfte" kann von den Verfassern gar nicht mehr erklärt werden und gerät ihnen unter der Hand zur "Verleumdung des Sozialismus" und zu "antikommunistischen Positionen", obwohl es doch die einsichtigste Sache von der Welt ist, daß sich ein breites Bündnis demokratischer Kräfte gerade etwa an der Frage der Diktatur des Proletariats spaltet, eben weil sie eine Klassenfrage ist. Dafür kann das breite Bündnis auch nicht angestrebt werden. Diese Unterscheidungen sind der ganze Inhalt der Bündnispolitik, daß man nämlich sowohl die reformistischen Teile der Arbeiterbewegung als auch demokratisch eingestellte Teile der Bourgeoisie für ganz bestimmte Etappenziele, die an die Revolution heranführen, gewinnen kann, mehr nicht.

Was als breites Bündnis angeboten wird, ist - wie sich herausstellt - ein Parteiladen. Aber dieser Parteiladen ist nicht der der Arbeiterklasse, schon deshalb, weil er sich als breites Bündnis gibt.

Scheint es vielleicht erst so, daß die DKP in guter Tradition des Reformismus an die Stelle des Kampfes zum Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats den Kampf der demokratischen Kräfte letztlich nur um Reformen setzt, so ist es eher so, daß sie an dessen Stelle die opportunistische Verteidigung der sozialistischen Staaten setzt und zwar so, daß das in den internationalen Beziehungen zum Aufgeben des Klassenstandpunkts und zum prinzipienlosen Paktieren führt. Diese opportunistische Verteidigung des Opportunismus in den sozialistischen Ländern führt zu Widersprüchen, die die ganze Politik sprengt. Die KPF hat nach der CSSR-Okkupation lange daran laboriert.

(92) Vgl. Wolfgang Müller, Christel Neusüss, a.a.O., S.19

(93) a.a.O., S.4 f

(94) Elmar Altvater, Christel Neusüss, a.a.O., S.19

(95) Vgl. auch: Spätkapitalismus ..., S.326 wo diese These wiederholt wird.

Sie hatte sich der Bourgeoisie schon soweit angebiedert, daß sie sich deshalb nicht mehr traute, den CSSR-Einmarsch zu verteidigen, und sah sich dann doch gezwungen, auf Moskauer Linie einzuschwenken.

Was erst wie ein Anhängen an bestehendes Bewusstsein in der Arbeiterklasse und "breiten Schichten des Volkes" sich ausmachte, ist in Wirklichkeit der Versuch, ihnen ein solches Bewusstsein vorzuschreiben. Die Volksfrontpolitik muß scheitern, und zwar in jeder Hinsicht, schon weil diese Volksfront auch nie zustande kommt. So schliesst die DKP permanent Bündnisse mit sich selbst oder mit vereinzelten notorischen Friedensfreunden. "In den Arbeiterorganisationen der Bundesrepublik tauchen vielerorts Forderungen nach 'Überführung der entscheidenden Großkonzerne ... in ... öffentliches Eigentum' auf", frohlockt Gerhard Meyer von der SED (S.168), und der Fußnote entnehmen wir, daß er eine Erklärung des DKP-Parteivorstandes zitiert hat. Mit dieser Politik kann die DKP nicht die bürgerlichen reformistischen Kräfte gewinnen, wie sie gerne möchte, und auch nicht die Arbeiterklasse, schon gar nicht für die Revolution.

In der Grundsatzerklärung heisst es (GE 59): "Die Lehren eines mehr als hundertjährigen Kampfes der Arbeiterbewegung und die Erfahrungen der Nachkriegsentwicklung zeigen, daß die Arbeiter und alle Werktätigen der Bundesrepublik eine revolutionäre Arbeiterpartei brauchen."

Das ist zweifellos richtig.

Dietrich Hildebrandt

SOWJETUNION UND CHINA:

E.S. VARGA: "TESTAMENT" Der russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse

Die Authentizität von Vargas Text ist nicht verbürgt. Dennoch ist die Schrift von besonderem Interesse. Sie gibt einen Abriss der Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion beginnend mit der Oktoberrevolution bis zu Anfang der 60iger Jahre. Einige der behandelten Themen sind: Die Oktoberrevolution und ihre zeitgenössische theoretische Einschätzung/der russische Weg zum Sozialismus Staat und Revolution/Gewerkschaftsfrage/Stalin und die Industrialisierung/die Bürokratisierung der Partei/zum Stand des Bewusstseins in der Sowjetgesellschaft/ Vargas Revisionismuskritik ist geprägt von tiefer Resignation, die Schlussfolgerung seiner Analyse endet in einer moralischen Anklage und in einer Kritik des bestehenden Bewusstseins der Massen. Hier ist genau der Ausgangspunkt, an dem Maccio und Bettelheim ansetzen. Bettelheim weist nach, dass die Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der Übergangsphase fortbestehen. Diese Widersprüche können nur revolutionär gelöst werden. Die Leitlinien wurden in der chinesischen Kulturrevolution theoretisch niedergelegt und praktiziert. Maccio setzt das Problem unmittelbar am Produktionsprozess an. Es zeigt sich, dass der Revisionismus wesentlich begründet ist im Überdauern bürgerlicher Arbeitsteilung nach der Revolution. Themen sind: Aufbau des Sozialismus und bürgerliche Arbeitsteilung/Sozialistische Transformation und bürgerliche Arbeitsteilung/Privilegien und Kontrollen/Schaffung von sozialistischen oder von bürgerlichen Technikern/Alle materiellen und intellektuellen Energien der Massen benutzen/Proletarische Verwaltungssysteme in den Fabriken/ die intensive wirtschaftliche Entwicklung und die Rechte Linie/die Klassenursprünge des Revisionismus. Anhang: E.H. Carr: REVOLUTION VON OBEN / Historische Materialien zur Kollektivierung in der Sowjetunion

CH. BETTELHEIM: China und die Sowjetunion - zwei "Modelle" der Industrialisierung

ZWEI WEGE DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS

M. MACCIO: Partei, Techniker und Arbeiterklasse in der chinesischen Revolution

POLITISCHE BUCHHANDLUNG HEIDELBERG

69 Heidelberg

Schiffgasse 3

Tel. (06221) 46153

N. BUCHARIN - Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapital

Sonderdruck aus "Unter dem Banner des Marxismus". 105 S., Fester Einband, Preis: DM 3,20, Für Buchhandlungen und Wiederverkäufer DM 2,20 zuzüglich Versand.

Dieses Buch, der 1. Band unserer Reihe DOKUMENTE ZUR IMPERIALISMUSTHEORIE, stellt eine Antwort auf Rosa Luxemburgs "Die Akkumulation des Kapitals" dar.

R. LUXEMBURG – Einführung in die Nationalökonomie

ca. 300 S., DM 4,- für Buchhändler und Organisationen

RECHTSHILFEFONDS

volksbank heidelberg

9930

NEUES ROTES FORUM

2/70 16.11.70

Jochen Noth
Arabischer Nationalismus, Palästinensische Befreiungsbewegung und die Demokratische Revolution in Jordanien

Joscha Schmierer
Bauern, Befreiungsbewegungen und die proletarische Revolution bei Marx und Engels

Richard Vahrenkamp
Technischer Fortschritt und konstantes Kapital

1/70 **12.10.70**

Friedliche Lösung und blutige Liquidierung - Zur Funktion des Rogers-Plans

Nayef Hawatmeh zur "friedlichen Lösung"

Zukunft des Imperialismus-Zur Analyse des Pearson-reports

Das Schuldenproblem der "Entwicklungsländer"

Das internationale Kapital gegen die Befreiung von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique

Legitimationsversuche des deutschen Kapitals

The world of SIEMENS

SIEMENS-Konzern - Elektroimperium in der Expansion

Brief an die Genossen von der RPK und die "Projektgruppe Afrika"

Gewerkschaftlicher und politischer Kampf in den italienischen Streikbewegungen seit Frühjahr 69

Frankfurter Rundschau
Unabhängige Tageszeitung

Freitag, 27.11.1970

Die Genossen sind sauer, aber keineswegs entmutigt

Was weder ein ministerielles Verbot der Heidelberger Gruppe des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes noch härteste Polizeimaßnahmen fertigbrachten, ist nun eingetreten: die sozialistischen Studenten haben sich gespalten.

Schon seit vielen Monaten schwelten intern heftige theoretische Auseinandersetzungen darüber, wie man sich taktisch zu den Reformen verhalten solle, die, von liberalen Professoren- und Assistentenflügeln unterstützt, in einigen Ländern der BRD durchgesetzt werden konnten. Fast alle SDS-Gruppen, am längsten hielt sich die Heidelberger, zerbrachen an diesem Problem, aus Furcht, als Revisionisten abgestempelt zu werden. Nach dem langsam sich verengenden Weltbild wurde Reform als perfide Integrationsstrategie denunziert.

Alt-SDSler fühlten sich an Zeiten eines Claudius Ptolemäus (etwa 85—160 n. Chr.) erinnert, der sich die Erde als Mittelpunkt des Weltalls erdacht hatte: Die maxistisch-leninistischen Neoptolemäer sahen sich selbst als Zentrum, um das sich der Rest der Gesellschaft nach bestimmten Schemata dreht.

Der „sozialistische Generationenkonflikt" trat während der Generalversammlung aller Heidelberger Basisgruppen, die in den letzten Tagen stattfand und mit allen Referaten und Diskussionsbeiträgen der über 500 Anwesenden so manchen Parteitag an Länge und Niveau in den Schatten stellen konnte, deutlich zutage. Das Resultat ist die Spaltung in zwei annähernd gleiche Lager, deren theoretische Standpunkte unversöhnlich scheinen.

Überraschenderweise in der knappen Minderheit blieb dabei die Traditionalistengruppe, geschart um das gemeinsame theoretische Organ „Neues Rotes Forum". Diese Zeitung wollen sie weder von einer von allen gewählten Redaktionskonferenz leiten lassen, noch sind sie bereit, „Abweichungen" der von ihnen als gültig festgelegten Linie abzudrucken. Wer abweicht, gilt als „Kleinbürger". Die Mehrheit ist machtlos, da das frühere SDS-Organ nach dem Verbot im Trikont Verlag, München, erscheint und von den Genossen Joscha Schmierer, Jürgen Sendler und Gerd Steffens „in typisch kapitalistischer Manier" nicht herausgegeben wird.

Ihre Gegner, unter ihnen der amtierende AStA, sind zwar über dieses Verhalten „sauer", aber keineswegs entmutigt. Sie fühlen sich eher von neoleninistischem Ballast befreit. Nach dem Willen der Mehrheit dürfen die Basisgruppen nicht länger Kaderorganisationen mit einem ideologischen Absolutheitsanspruch sein, sie sollen sich vielmehr als Zusammenschlüsse radikaldemokratischer und sozialistischer Studenten verstehen, die die „Aufklärungsarbeit der Studentenbewegung" erst richtig in Gang setzen sollen.

So gesehen, bedeutet die Spaltung gleichzeitig eine Erweiterung. Statt „unhistorisch übernommene Klassenanalysen" des 19. Jahrhunderts wiederzukäuen, soll nun die Analyse objektiver Möglichkeiten und Grenzen von Reformen im Kapitalismus erarbeitet werden. Das organisatorische Ziel ist die Gründung eines sozialistischen Verbandes auf Landesebene, fernab von dogmatischem DKP- und „neoleninistischem Verranntsein". Auch eine Mitarbeit in einigen Heidelberger Universitätsgremien wird nicht mehr, wie beim fast totalen Boykott des letzten Jahres, ausgeschlossen.

rh